Sozialdimokratische Arbeiterpartei
Deutschösterreichs
Protokoll des Sozialdemokratischen
Parteitages 1899

Verhandlungen

des

Gesammtparteitages

der

Sozialdemokratie in Oesterreich

abgehalten zu

Brünn

vom 24. bis 29. September 1899 im „Arbeiterheim“.

Nach dem stenographischen Protokolle.

Preis 25 Kreuzer.

Wien, 1899.
Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand
VI., Gumpendorferstraße 8.

Verhandlungen

des

Gesammtparteitages

der

Sozialdemokratie in Oesterreich

abgehalten zu

Brünn

vom 24. bis 29. September 1899 im „Arbeiterheim".

Nach dem stenographischen Protokolle.

Preis 25 Kreuzer.

Wien, 1899.
Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand
VI., Gumpendorferstraße 8.

Als Einberufer fungirten die Genossen:

Ferdinand Skaret für die deutsche Exekutive. Josef Krapka für die tschechische Exekutive. Ignaz Daszynski für die polnische Exekutive.

Bureau des Parteitages.

Geschäftspräsidium:

Julius Popp (Wien), Anton Nemec (Prag).

Mitpräsidenten:

Jan Englisch (Krakau), Antonio Gerin (Triest), Nikolaus Hankiewicz (Lemberg), Etbin Kristan (Triest).

Schriftführer:

Mathias Eldersch (Brünn), Johann Job (Lieben), Leopold Winarsky (Wien H. Liebermann (Przemysl).

Tagesordnung des Parteitages:

1. Berichte:
   a) der Gesammtpartei; Referent: Ferd. Skaret.
   b) des Verbandes der Abgeordneten; Referent: Eduard Rieger.
   c) der nationalen Exekutiven.
2. Politische Lage und Taktik. Referent: Dr. Viktor Adler.
3. Organisation der Gesammtpartei. Referent: Josef Krapka.
4. Die internationale Sozialdemokratie und der Nationalitätenstreit in Oesterreich. Referent: Josef Seliger.
5. Wahl einer Kommission zur Revision des Parteiprogramms. Referent: Dr. Wilhelm Ellenbogen.
6. Arbeiterschutz. Referent: Josef Hannich.
7. Konsumvereine. Referenten: Dr. Viktor Adler und Franz Schuhmeier.
8. Frauenbewegung. Referentin: Adelheid Popp.
9. Eventuelles.

Druck von L. Bergmann & Comp. in Wien.

Inhalt.

Beschlüsse des Parteitages
der
socialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs
am
Parteitag zu Hainfeld
(30./31. December 1888 und 1. Jänner 1889), ergänzt am Parteitag zu Wien (Pfingsten 1892).

I. Principien-Erklärung.

Die socialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich erstrebt für das gesammte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, die Beseitigung der politischen Rechtlosigkeit und die Erhebung aus der geistigen Verkümmerung. Die Ursache dieses unwürdigen Zustandes ist nicht in einzelnen politischen Einrichtungen zu suchen, sondern in der das Wesen des ganzen Gesellschaftszustandes bedingenden und beherrschenden Thatsache, daß die Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzender monopolisirt sind. Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterclasse, wird dadurch zum Sklaven der Besitzer der Arbeitsmittel, der Capitalistenclasse, deren politische und ökonomische Herrschaft im heutigen Staate Ausdruck findet. Der Einzelbesitz an Productionsmitteln, wie er also *politisch* den Classenstaat bedeutet, bedeutet *ökonomisch* steigende Massenarmuth und wachsende Verelendung immer breiterer Volksschichten.

Durch die technische Entwicklung, das kolossale Anwachsen der Productivkräfte erweist sich diese Form des Besitzes nicht nur als überflüssig, sondern es wird auch thatsächlich diese Form für die überwiegende Mehrheit des Volkes beseitigt, während gleichzeitig für die Form des gemeinsamen Besitzes die nothwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden. Der Uebergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesammtheit des Volkes bedeutet also nicht nur die Befreiung der Arbeiterclasse, sondern auch die Erfüllung einer geschichtlich nothwendigen Entwicklung. Der Träger dieser Entwicklung kann nur das classenbewußte und als politische Partei organisirte Proletariat sein. *Das Proletariat politisch zu organisiren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist daher das eigentliche Programm der socialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich*, zu dessen Durchführung sie sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel bedienen wird. Uebrigens wird und muß sich die Partei in ihrer Taktik auch jeweilig nach den Verhältnissen, insbesondere nach dem Verhalten der Gegner zu richten haben. Es werden jedoch folgende allgemeine Grundsätze aufgestellt:

1. Die socialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich ist eine *internationale* Partei, sie verurtheilt die Vorrechte der Nationen ebenso wie die der Geburt und des Geschlechtes, des Besitzes und der Abstammung und erklärt, daß der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muß wie die Ausbeutung selbst.

2. Zur Verbreitung der socialistischen Ideen wird sie alle Mittel der Oeffentlichkeit, *Presse, Vereine, Versammlungen*, voll ausnützen und für die Beseitigung aller Fesseln der freien Meinungsäußerung (Ausnahmsgesetze, Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze) eintreten.

3. Ohne sich über den Werth des Parlamentarismus, einer Form der modernen Classenherrschaft, irgendwie zu täuschen, wird sie das *allgemeine, gleiche und directe Wahlrecht* ohne Unterschied des Geschlechtes für alle Vertretungskörper mit Diätenbezug anstreben, als eines der wichtigsten Mittel der Agitation und Organisation.

4. Soll noch innerhalb des Rahmens der heutigen Wirthschaftsordnung das Sinken der Lebenshaltung der Arbeiterclasse, ihre wachsende Verelendung einigermaßen gehemmt werden, so muß eine lückenlose und ehrliche *Arbeiterschutz-Gesetzgebung* (weitestgehende Beschränkung der Arbeitszeit, Aufhebung der Kinder-

arbeit u. s. f.), deren Durchführung unter der Mitcontrole der Arbeiterschaft sowie die unbehinderte Organisation der Arbeiter in Fachvereinen, somit volle Coalitionsfreiheit angestrebt werden.

5. Im Interesse der Zukunft der Arbeiterclasse ist der obligatorische, unentgeltliche und confessionslose Unterricht in den Volks- und Fortbildungsschulen, sowie unentgeltliche Zugänglichkeit sämmtlicher höheren Lehranstalten unbedingt erforderlich; die nothwendige Vorbedingung dazu ist die Trennung der Kirche vom Staate und die Erklärung der Religion als Privatsache.

6. Die Ursache der beständigen Kriegsgefahr ist das stehende Heer, dessen stets wachsende Last das Volk seinen Culturaufgaben entfremdet. Es ist daher für den Ersatz des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung einzutreten.

7. Die socialdemokratische Arbeiterpartei wird gegenüber allen wichtigen politischen und ökonomischen Fragen Stellung nehmen, das Classeninteresse des Proletariats jederzeit vertreten und aller Verdunkelung und Verhüllung der Klassengegensätze, sowie der Ausnützung der Arbeiter zu Gunsten von herrschenden Parteien energisch entgegenwirken.

8. Da die indirecten, auf die nothwendigen Lebensbedürfnisse gelegten Steuern die Bevölkerung umso stärker belasten, je ärmer sie ist, da sie ein Mittel der Ausbeutung und der Täuschung des arbeitenden Volkes sind, verlangen wir die Beseitigung aller indirecten Steuern und Einführung einer einzigen, direkten progressiven Einkommensteuer.

II. Resolution über die politischen Rechte.

In Erwägung, daß die weltgeschichtliche Aufgabe des Proletariats die Umgestaltung der heutigen wirthschaftlichen Ordnung ist, daß der Hebel dieser Umgestaltung der Classenkampf ist, dessen Verlauf mit umso weniger Opfern verbunden, umso rascher und ruhiger sein wird, je mehr auf beiden Seiten Klarheit und Einsicht in die Bedingungen und Ziele der ökonomischen Entwicklung herrscht; daß aber die herrschenden Classen die Aufklärung durch gesetzliche und polizeiliche Maßregelungen zu hemmen und zu verzögern suchen, wodurch die Bewegung zwar nicht aufgehalten, aber verbittert und verschärft wird, erklärt der Parteitag:

Jede Einschränkung der Freiheit der Meinungsäußerung, sowie jede Monopolisirung politischer Rechte für die Besitzenden ist verwerflich und für die naturgemäße Entwicklung schädlich. Er verlangt daher volle Freiheit für die socialdemokratische Agitation und Propaganda und die Möglichkeit einer ruhigen Organisation des Proletariats; zunächst also:

1. Die Aufhebung der Beschränkung der Freizügigkeit, also der Ausnahmsverfügungen, Vagabunden- und Schubgesetze;

2. die Aufhebung der Beschränkung der Preßfreiheit durch die verschiedenen Formen der Censur und Aufhebung des Preßmonopols für die Besitzenden durch Caution und Stempel, sowie des Verbotes der Colportage;

3. Herstellung des Vereins- und Versammlungsrechtes durch Aufhebung der Vereins- und Versammlungsgesetze;

4. die Aufhebung des Monopols der Besitzenden auf das politische Wahlrecht durch die Einführung des allgemeinen, gleichen, directen und geheimen Wahlrechtes (und zwar ohne Unterschied des Geschlechtes vom 20. Lebensjahre an, wo für die Männer die Verpflichtung zur Blutsteuer beginnt), als eines wichtigen Mittels der Agitation und Organisation, ohne sich jedoch über den Werth des Parlamentarismus irgendwie zu täuschen;

5. die ehrliche Sicherung der Unabhängigkeit der Gerichte, Unentgeltlichkeit der Rechtspflege, Ausdehnung der Geschworenengerichte auf alle politischen Vergehen und Verbrechen, sowie Wahl der Geschworenen auf Grund des allgemeinen, geheimen Wahlrechtes durch das gesammte Volk;

6. Schaffung und Durchführung eines Gesetzes, welches Beamte, welche die politischen Rechte von Einzelnen oder Vereinen beeinträchtigen, einer strengen Strafe zuführt.

III. Resolution über Arbeiterschutz-Gesetzgebung und „Socialreform".

Was heute vorzugsweise „Socialreform" genannt wird, die Einführung der vom Staate organisirten Arbeiterversicherung gegen Krankheit und Unfall, entspringt vor Allem der Furcht vor dem Anwachsen der proletarischen Bewegung, der Hoffnung, die Arbeiter von dem Wohlwollen der besitzenden Classen zu überzeugen, und zuletzt aus der Einsicht, daß die zunehmende Verelendung des Volkes endlich die Wehrfähigkeit beeinträchtigen müsse. Mit der Ausführung der Arbeiterversicherung werden zwei Nebenzwecke verknüpft: Die theilweise Ueberwälzung der Kosten der Armenpflege von den Gemeinden auf die Arbeiterclasse und die möglichste Einengung, womöglich Beseitigung der selbstständigen Hilfsorganisationen der Arbeiter, welche als Vorschulen und Uebungsstätten der Organisation und Verwaltung den Herrschenden ein Dorn im Auge sind. Angesichts dieser Sachlage erklärt der Parteitag:

Die Arbeiterversicherung berührt den Kern des socialen Problems überhaupt nicht. Eine Einrichtung, welche im besten Falle dem arbeitsunfähigen Proletarier ein kärgliches, von ihm selbst theuer bezahltes Almosen gewährt, verdient nicht den Namen „Socialreform". Die Arbeiterschaft wird sich darüber nicht täuschen lassen, sondern klare Einsicht darüber verbreiten, daß eine wirklich sociale Reform den arbeitsfähigen Arbeiter zum Gegenstande und die Beseitigung seiner Ausbeutung zum letzten Ziele haben muß, daß aber freilich diese sociale Reform niemals von den Ausbeutern, sondern nur von den Ausgebeuteten durchgeführt werden wird.

So lange die capitalistische Productionsweise herrscht, ist nur eine theilweise Einschränkung der Folgen der Ausbeutung möglich durch eine ehrliche und lückenlose Arbeiterschutz-Gesetzgebung und ihre energische Durchführung. Die physische Verelendung der Arbeiterclasse findet in der hohen Kindersterblichkeit, in dem kurzen Lebensalter, der frühen Invalidität der Arbeiter ihren Ausdruck. Das Herabsinken der Lebenshaltung, welches den Arbeiter zu einem stumpfsinnigen Sklaven herabwürdigt, macht es ihm unmöglich, Kraft und Zeit der Thätigkeit für menschliche Ziele, vor Allem für seine eigene Befreiung zu widmen. Die Arbeiterschutz-Gesetzgebung soll dem Zunehmen dieser unmenschlichen Verhältnisse einigermaßen Einhalt thun.

Die österreichische Gewerbeordnung erfüllt diesen Zweck ganz ungenügend Sie ist schwächlich und lückenhaft in ihren Bestimmungen, gibt jede einzelne Vorschrift dem Mißverstand und der Willkür der Verwaltungsbehörden preis. Die Gewerbe-Inspection ist unwirksam, weil unzulänglich in ihren Mitteln und äußerst beschränkt in ihren Befugnissen.

Eine Arbeiterschutz-Gesetzgebung, die ihren Zweck erreichen soll, muß zum Mindesten umfassen:

1. Volle Coalitionsfreiheit und gesetzliche Anerkennung von Lohnverabredung und Cartellen der Arbeiter.
2. Den achtstündigen Maximalarbeitstag ohne Clauseln und ohne Ausnahmen.
3. Verbot der Nachtarbeit (mit Ausnahme jener Betriebe, deren technische Natur eine Unterbrechung nicht zuläßt).
4. Volle Sonntagsruhe von Samstag Abends bis Montag Früh.
5. Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren.
6. Ausschluß der Frauenarbeit aus den für den weiblichen Organismus besonders schädlichen Betrieben.
7. Alle diese Bestimmungen haben für Betriebe jeder Stufenleiter (Großindustrie, Transportgewerbe, Handwerk, Hausindustrie) zu gelten.
8. Auf Uebertretungen dieser Bestimmungen von Seite der Unternehmer sind Arreststrafen gesetzt.
9. Arbeiter-Organisationen, welche auf fachlicher oder localer Grundlage beruhen, haben durch die von ihnen gewählten Inspectoren bei der Controle der Durchführung der Arbeiterschutz-Gesetzgebung mitzuwirken.

Die Arbeiterschutz-Gesetzgebung soll international ausgebaut und in geeigneter Weise auf die Landarbeiter ausgedehnt werden.

Parteiorganisation

beschlossen am VI. Parteitage zu Wien 1897 (geändert am Gesammtparteitag zu Brünn.)

Gesammtorganisation der Sozialdemokratie Oesterreichs.

I. Gesammtparteitag.

Mindestens in jedem zweiten Jahre wird ein Gesammtparteitag einberufen, der in der Regel in der ersten Hälfte des Monats September stattfindet. Jeder Wahlkreis hat das Recht, zwei Delegirte, und wo organisirte Frauen sind, auch eine Frau als Delegirte zu entsenden. In sprachlich gemischten Wahlkreisen hat jede sprachliche Gruppe das Recht, zwei Delegirte zu schicken. Den organisirten Industriegruppen jeder Nationalität ist durch je einen Delegirten am Parteitage eine Vertretung einzuräumen. Die Mitglieder der Gesammtvertretung, sowie die sozialdemokratischen Reichsrathsabgeordneten haben das Recht auf Sitz und Stimme.

Aenderungen des Parteiprogramms sind ausschließlich dem Gesammtparteitage vorbehalten. Im Uebrigen erledigt er die Angelegenheiten der Gesammtpartei in Bezug auf Agitation, Taktik und Organisation. Fragen der Organisation, Administration, Presse und sonstige Fragen, die nicht für alle nationalen Organisationen gemeinsam sind, sollen auf die Tagesordnung der Gesammtparteitage nicht gestellt werden. Die Einberufung des ordentlichen Gesammtparteitages erfolgt durch die Gesammtexekutive mindestens zwei Monate vor dessen Abhaltung durch Veröffentlichung der Einladung in den Parteiblättern mit Angabe der provisorischen Tagesordnung. Um ein einheitliches Bild über die Thätigkeit der Gesammtorganisation zu bekommen, haben die an den Gesammtparteitag zu erstattenden Berichte die Thätigkeit für die abgelaufene Periode bis Ende Juni jenes Jahres zu umfassen, in dem der Gesammtparteitag stattfindet. Die Wahlkreisvertrauensmänner sind verpflichtet, diese Berichte von den Organisationen ihres Wahlkreises rechtzeitig einzufordern und ungesäumt an ihre nationale Exekutive abzusenden. Die Parteiberichte und Anträge sind vier Wochen vor dem Parteitage zu veröffentlichen.

II. Gesammtvertretung der Sozialdemokratie Oesterreichs.

Die politische Leitung der Gesammtpartei obliegt der Gesammtvertretung der Sozialdemokratie in Oesterreich. Den Sitz der Gesammtvertretung bestimmt der Gesammtparteitag. Die Gesammtvertretung setzt sich aus den Exekutivcomités der deutschen, tschechischen, polnischen, ruthenischen, italienischen und südslavischen Organisationen zusammen. Insoweit einzelne Exekutivcomités ihren Sitz nicht am Sitz der Gesammtvertretung haben, soll ihre Vertretung durch eigens dazu gewählte Delegirte geschehen, die am Sitz der Gesammtvertretung wohnen. Diese Mitglieder der Gesammtvertretung sind auf Antrag der einzelnen Exekutivcomités auf den Nationalparteitagen zu wählen und als Mitglieder des Exekutivcomités zu betrachten.

Die Gesammtvertretung der Sozialdemokratie in Oesterreich tritt zu gemeinsamen Berathungen behufs Regelung der den Organisationen gemeinsamen Angelegenheiten nach Erforderniß zusammen. Sie ist dem Gesammtparteitage verantwortlich.

Die Mitglieder jeder nationalen Vertretung können jederzeit an den Sitzungen aller anderen Vertretungen oder Exekutivcomités theilnehmen, und es ist wünschenswerth, daß das so oft als möglich geschehe.

III. Kontrole.

Der Gesammtparteitag wählt eine dreigliedrige Kontrole aus dem Orte, in dem sich der Sitz der Gesammtvertretung befindet. Genossen, die in der verflossenen Periode diese Funktion ausübten, sind für die nächste Periode nicht wieder wählbar.

IV. Allgemeine Bestimmungen.

„In allen Wahlkreisen, wo es die territorialen Verhältnisse nicht ganz unmöglich machen, ist die Organisation der Genossen für öffentliche Wahlen irgendwelcher Art nicht nach nationalen Gruppen getrennt, sondern gemeinschaftlich und einheitlich durchzuführen."

„Durch die vom Wiener Parteitag 1897 beschlossene Gliederung der sozialdemokratischen Partei nach nationalen Gruppen wurden vollständig neue Formen in der Organisation geschaffen, die deren weiteren Ausbau dringend nothwendig machen, um in Fragen von allgemeinem Interesse, besonders dort, wo es sich um politische Angelegenheiten handelt, ein einheitliches, gemeinsames Vorgehen zu sichern. Der Parteitag beschließt daher, daß in allen Landeswahlkreis- und Bezirksorganisationen die nationalen Gruppen gegenseitig vertreten sein müssen, um die politische Organisation gemeinschaftlich und einheitlich durchzuführen."

Bestimmungen für die deutsche Organisation der Socialdemokratie in Oesterreich.

(Abgeändert am Parteitage zu Linz.)

I.

Zur Partei gehörig ist jede Person, welche das Parteiprogramm anerkennt für die Verbreitung desselben eintritt, die Partei nach Möglichkeit geistig und materiell unterstützt und sich keiner ehrlosen Handlung schuldig macht.

Es ist Pflicht der Parteiangehörigen, der Organisation ihrer Branchen, respektive einem Bildungs- oder politischen Vereine anzugehören.

Ein Parteigenosse darf keiner bürgerlichen politischen Partei angehören oder für dieselbe thätig sein.

II. Vertrauenspersonen.

Bezirksorganisation.

Die Vertrauenspersonen werden von den localorganisirten Genossen und Genossinnen gewählt. Die Anzahl derselben richtet sich nach den örtlichen Verhältnissen, und bilden diese Vertrauenspersonen zusammen die Bezirksorganisation. Es kann eine Vertrauensperson nur einer Bezirksorganisation angehören: die Vertreter der Bezirksorganisation sind der Parteivertretung bekanntzugeben. Der Umfang der Bezirksorganisation wird wieder von den örtlichen Verhältnissen abhängig sein und wird von der Kreisconferenz festgestellt. Die Bezirksorganisation bestimmt ihre Vertreter für die Kreisconferenz.

Wo es die sprachlichen Verhältnisse nothwendig machen, werden Agitationsbezirke ohne Rücksicht auf Provinzgrenzen gebildet.

Ueber specielle Fälle im Rayon der Bezirksorganisation entscheidet die Bezirksconferenz, doch ist der Kreisconferenz gestattet, derartige Beschlüsse aufzuheben, wie weiter auch der Parteitag Beschlüsse der Kreisconferenz aufheben kann. Ohne oder bis zur Aufhebung derartiger Beschlüsse haben selbe Giltigkeit für die Partei, doch kann auch ohne vorhergehende Entscheidung durch die Bezirksconferenz die Kreis- und ohne die Kreisconferenz der Parteitag Beschlüsse diesbezüglich fassen.

III. Wahlkreisorganisation.

Die Wahlkreisorganisation, welche ein ganzes Kronland oder bestimmte Theile desselben umfaßt, bildet ein Agitationscomité. Dieses befaßt sich mit der Or-

ganisation und sorgt für die nöthige Agitation im Wahlkreise. Gleichzeitig hat die Wahlkreisorganisation dafür zu sorgen, daß durch die Bezirksorganisationen regelmäßig freiwillige Beiträge zur Deckung der Agitationskosten aufgebracht werden.

Zur Besprechung und Erledigung von Parteiangelegenheiten tritt die Wahlkreisorganisation über Berufung des Agitationscomités nach Bedarf zu einer Konferenz zusammen und entscheidet endgiltig über Angelegenheiten der Organisations- oder Parteiverhältnisse ihres eigenen Wahlkreises.

Die Wahlkreisconferenz muß auch einberufen werden, wenn ein Drittel der Bezirksorganisationen des betreffenden Kreises die Einberufung unter Angabe der Gründe verlangt.

Jede Wahlkreisorganisation hat an die jeweilige Parteivertretung vierteljährlich Bericht über den Stand der Bewegung in dem betreffenden Wahlkreise, sowie über Namen und Sitz aller in ihrem Territorium befindlichen Organisationen jeder Art Bericht zu erstatten.

IV. Parteitag.

Parteitage finden regelmäßig in jedem zweiten Jahre statt. Außerordentliche Parteitage können nur unter Zustimmung der Mehrheit der deutschen Wahlkreisorganisationen stattfinden.

Die Delegirten zum Parteitag werden durch die Parteigenossen eines jeden Ortes, beziehungsweise Bezirkes bestimmt.

Orte, an welchen eine Frauenorganisation besteht, haben das Recht, außer Genossen auch Genossinnen zum Parteitage zu entsenden.

Die Wahlkreisvertretungen, Corporationen, welche von Wahlkreisorganisationen eingesetzt sind, sowie die Redactionen der Parteiblätter haben gleichfalls das Recht, einen Vertreter auf den Parteitag zu entsenden. Die Vertreter der Redactionen und Corporationen haben jedoch kein Stimmrecht.

Die socialdemokratischen Abgeordneten haben die Verpflichtung, auf dem Parteitag zu erscheinen und haben dort Sitz und Stimme.

Die organisirten Genossen der einzelnen Industriegruppen haben das Recht, je einen Vertreter zum Parteitag zu delegiren, welcher stimmberechtigt ist.

Der Parteitag hat den Ort zu bestimmen, an welchem der nächste Parteitag stattfindet. Ist dies nicht möglich, so wird die Wahl des Ortes der Parteivertretung überlassen.

Die Einberufung des Parteitages muß mindestens zwei Monate vor dem Termine der Abhaltung desselben durch das Centralorgan mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen.

Der Parteibericht hat längstens 14 Tage vor dem Parteitage in der „Arbeiter-Zeitung" veröffentlicht zu werden.

Anträge sind vier Wochen vor dem Stattfinden des Parteitages an die Parteivertretung einzusenden und in dem Centralorgan der socialdemokratischen Partei zu veröffentlichen; dasselbe gilt für Anträge der Parteivertretung.

Der Parteitag prüft die Einladungen seiner Theilnehmer und bestimmt den Sitz der Parteivertretung.

V. Parteivertretung.

Der Parteitag wählt eine aus 16 Personen bestehende Parteivertretung. Acht vom Parteitag zu bestimmende Mitglieder der Parteivertretung bilden den engeren Parteiausschuß, welcher die laufenden Geschäfte der Partei zu besorgen hat. Die anderen acht Mitglieder der Parteivertretung bilden die Parteicontrole.

Der Parteitag bestimmt den Sitz des engeren Ausschusses, an welchem seine Mitglieder und zwei Mitglieder der Controle wohnhaft sein müssen.

Als Mitglieder der Controle können Reichsrathsabgeordnete nicht gewählt werden.

Jene beiden Genossen, die in der verflossenen Periode diese Funktion als Controlore in Wien ausübten, sind in der nächsten Periode nicht wieder wählbar.

Die Mitglieder der Gesammtexecutive können an den Sitzungen der Parteivertretung jederzeit theilnehmen.

Die Parteivertretung hat regelmäßig mindestens vierteljährig einmal zusammenzutreten und ist überdies vom engeren Ausschuß in außerordentlichen Fällen einzuberufen.

Die Mitglieder der Controle haben jederzeit das Recht, in alle Bücher und Schriftstücke Einsicht zu nehmen und allen Sitzungen stimmberechtigt beizuwohnen.

Das Secretariat und die Cassegeschäfte der Partei sind von der „Arbeiter-Zeitung" zu trennen. Parteisecretär und Parteicassier dürfen nicht Angestellte der „Arbeiter-Zeitung" sein.

Der Chefredacteur des Centralorgans hat das Recht, an den Sitzungen der Parteivertretung mit berathender Stimme theilzunehmen.

Jedem Parteitage hat die Parteivertretung über ihre Thätigkeit, sowie über die Durchführung der vom vorhergegangenen Parteitage beschlossenen oder ihr zugewiesenen Anträge Bericht zu erstatten.

Zur Erledigung wichtiger und das ganze Reich berührender Fragen hat jede Kreisorganisation, und wenn dies nicht gut möglich wäre, mehrere Kreisorganisationen zusammen, ständige Vertreter zu wählen, die im gegebenen Falle von der Parteivertretung einzuberufen sind.

VI. Vereinswesen.

Die Gründung von politischen Vereinen, deren Wirkungskreis sich womöglich auf eine ganze Provinz erstreckt, wird den Genossen angelegentlichst empfohlen. Diese Vereine sollen nicht nur ein Mittel zur Organisation sein, sondern auch vor Allem durch die Behandlung aller die Interessen der Arbeiter berührenden Angelegenheiten in öffentlichen Versammlungen für die Verbreitung der socialdemokratischen Prinzipien wirken und durch Discussionen die theoretische Ausbildung der Parteigenossen fördern.

VII. Parteisteuer.

Jeder einer Organisation angehörige Genosse ist verpflichtet, pro Monat einen Kreuzer direct an die Parteivertretung als Parteisteuer abzuliefern. Mit der Durchführung dieser Bestimmung wird die Parteivertretung beauftragt. Durch die directe Steuer an die Parteivertretung wird die Parteisteuer, welche von den organisirten Genossen an die Landesparteivertretungen oder Wahlkreisorganisationen geleistet wird, nicht aufgehoben.

VIII. Parteipresse.

Die Parteipresse wird nur dann ein gutes und wirksames Agitations- und Kampfmittel sein und ihrer wichtigsten Aufgabe: die Arbeiter aufzuklären und zum Classenbewußtsein zu erziehen, entsprechen können, wenn strenge darauf geachtet wird, daß fremde, nicht parteigenössische Einflüsse ferngehalten werden und wenn ebenso verhindert wird, daß sie Gegenstand der Privatspeculation werde.

Gründungen von Parteiblättern können nur dann erfolgen, wenn die Herausgabe derselben von der Wahlkreiskonferenz im Einvernehmen mit der Landesconferenz beschlossen wird. In jenen Ländern, welche keine Landesorganisation besitzen, tritt an Stelle der Landeskonferenz die Reichsparteivertretung.

Die „Arbeiter-Zeitung" ist Organ der Gesammtpartei und wird der Parteivertretung unterstellt; desgleichen die „Arbeiterinnen-Zeitung". Eventuelle Ueberschüsse fließen dem Parteifonds zu.

Geschäftsordnung

für die

Verhandlungen des Parteitages.

1.

Die Meldungen zum Wort sind schriftlich einzureichen, und erhalten die Redner nach der Reihenfolge der Anmeldung das Wort.

2.

Alle Anträge, außer denen zur Geschäftsordnung, sind schriftlich einzureichen.

3.

Bei Anträgen auf Schluß der Rednerliste oder Schluß der Debatte erhält nur ein Redner für und einer gegen das Wort. Das Wort zur Geschäftsordnung wird außer der Reihenfolge der vorgemerkten Redner ertheilt. Persönliche Bemerkungen sind erst am Schlusse der Debatte zu machen.

4.

Die Redezeit der Referenten wird auf eine Stunde festgesetzt.

In der Discussion erhält jeder Redner 10 Minuten das Wort. Kein Redner darf mehr als zweimal in einer Sache das Wort nehmen.

Die einzelnen Reden, mit Ausnahme der Referate, werden nur über Verlangen in eine andere Sprache übersetzt.

5.

Die Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der Abstimmenden gefaßt. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung des Antrages.

6.

Auf Antrag von mindestens 20 Mitgliedern des Parteitages muß die namentliche Abstimmung über einen Antrag stattfinden.

7.

Nur die Theilnehmer haben das Recht, sich an der Discussion zu betheiligen und abzustimmen; den Gästen kann nur über besonderen Beschluß des Parteitages ausnahmsweise das Wort ertheilt werden.

Anträge und Resolutionen

für den Gesammtparteitag der Sozialdemokratie in Oesterreich zu Brünn.*)

Tagesordnung.

1. Sozialdemokratisches Frauen-Reichscomité: „Der Parteitag möge beschließen, daß bei der definitiven Feststellung der Tagesordnung der von der Parteivertretung vorgeschlagene Punkt 8, „Frauenbewegung", zum Punkt 4, „Organisation der Gesammtpartei", eingereiht werde. (b) Frauenbewegung.) Das Referat wäre sonach als selbstständiges zu betrachten und den Delegirten gleich den übrigen Rednern eine Stunde Redezeit zu gewähren."

Berichte.

2. Krejci (Pilsen): „Der Bericht der Gesammtexekutive soll eine vollkommene Uebersicht über den Stand der Zeitschriften, über die Thätigkeit und die Personalien der Partei enthalten."

3. Karpas (Prag): Berichte über die Parteipresse. Seite 46.

4. Smitka (Wien): Absolutorium an den Kassier. Seite 46.

5. Dr. Ellenbogen (Wien): Das Absolutorium werde der Gesammtexekutive ertheilt.

Politische Lage und Taktik.

6. Resolution Prachensky (Innsbruck): „Der Parteitag spricht der Gesammtparteivertretung und dem Verbande sein volles Vertrauen aus und billigt die bisher eingeschlagene politische Taktik. Der energischeste Kampf gegen das feudal-klerikale Regime, das sogar den letzten Schein des Parlamentarismus frivol durch den § 14 erschlagen hatte, die Vertheidigung der konstitutionellen freiheitlichen Volksrechte, die auf alles gefaßte Abwehr der ruchlosen Attentate der klerikalen Volksfeinde gegen die Volksschule und die Entfaltung einer Massenbewegung zur Eroberung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes in Staat, Land und Gemeinde bleibt auch für die Zukunft die vornehmste Aufgabe der Partei.

Der gegenwärtig in Oesterreich geführte Verfassungskampf muß bis an sein für das Volk siegreiches Ende geführt werden, und die Partei hat kein Interesse, sich mit einem Scheinfrieden und mit faulen Kompromissen zufriedenzugeben. Sie wird ihrem prinzipiellen Charakter getreu in jedem Moment ihre Taktik nach dem proletarischen Interesse des arbeitenden Volkes einrichten."

7. Resolution Krejci (Pilsen): Gegen Steuererhöhungen auf Grund des § 14 2c. Seite 58.

Organisation der Gesammtpartei.

8. Gesammtparteivertretung: Termin für Abhaltung des Gesammtparteitages und Berichte für denselben. Seite 72.

9. Gesammtparteivertretung: Gesammtparteitag, Gesammtvertretung, Kontrole. Seite 73.

10. Skaret (Wien): „Als Sitz der Gesammtparteivertretung wird Wien bestimmt."

11. Mandatsprüfungskommission (Kristan und Theodorczuk): Mandatsformulare. Seite 64.

12. Meizr-Winarsky (Wien): Berichterstattungsformulare. Seite 64.

13. Frauen-Reichscomité (Adelheid Popp): Delegirungsrecht der Frauen. Seite 64.

14. Lotte Glas (Wien): Eventualantrag zu 13. Seite 69.

15. Hannich (Steinschönau): „Jeder Wahlkreis hat das Recht, zwei Delegirte, und wo organisirte Frauen sind, auch eine Frau als Delegirte zu entsenden."

16. Zipfinger (Wien): Eventualantrag zum Antrag Hannich Nr. 15. Seite 68.

---

*) Aus Raumrücksichten sind hier im Wortlaut nur die angenommenen Anträge, und die zwar nicht angenommenen, aber im Protokoll nicht vollständig zitirten Anträge Nr. 1 und 27 angeführt. Bei den anderen Anträgen ist auf den Wortlaut im Protokoll verwiesen. Antrag 24 wurde mit der durch Antrag 30 vorgeschlagenen Aenderung angenommen.

17. Barth (Gablonz): Delegirungsrecht der Frauen. Seite 67.
18. Staret (Wien): Delegirung ohne Unterschied des Geschlechts. Seite 68.
19. Dr. Adler (Wien): Delegirungsrecht der Frauen. Seite 68.
20. Industriegruppe der Verkehrsbediensteten (Taub-Karpas): Delegirungsrecht der Parteiblätter. Seite 64.
21. I. Wiener Wahlkreis (in abgeänderter Fassung): „In allen Wahlkreisen, wo es die territorialen Verhältnisse nicht ganz unmöglich machen, ist die Organisation der Genossen für öffentliche Wahlen irgendwelcher Art nicht nach nationalen Gruppen getrennt, sondern gemeinschaftlich und einheitlich durchzuführen."
22. V. Wiener Wahlkreis: „Durch die vom Wiener Parteitag 1897 beschlossene Gliederung der sozialdemokratischen Partei nach nationalen Gruppen wurden vollständig neue Formen in der Organisation geschaffen, die deren weiteren Ausbau dringend nothwendig machen, um in Fragen von allgemeinem Interesse, besonders dort, wo es sich um politische Angelegenheiten handelt, ein einheitliches, gemeinsames Vorgehen zu sichern. Der Parteitag beschließt daher, daß in allen Landeswahlkreis- und Bezirksorganisationen die nationalen Gruppen gegenseitig vertreten sein müssen, um die politische Organisation gemeinschaftlich und einheitlich durchzuführen."
23. Hueber-Preußler (Wien): Sekretär für die Gesammtpartei. Seite 64.

Die internationale Sozialdemokratie und der Nationalitätenstreit in Oesterreich.

24. Resolution der Gesammtexekutive:

„Da die nationalen Wirren in Oesterreich jeden politischen Fortschritt und jede kulturelle Entwicklung der Völker lähmen, da diese Wirren in erster Linie auf die politische Rückständigkeit unserer öffentlichen Einrichtungen zurückzuführen sind und da insbesondere die Fortführung des nationalen Streites eines jener Mittel ist, durch die die herrschenden Klassen sich ihre Herrschaft sichern und die wirklichen Volksinteressen an jeder kräftigen Aeußerung hindern,

erklärt der Parteitag:

Die endliche Regelung der Nationalitäten- und Sprachenfrage in Oesterreich im Sinne des gleichen Rechtes und der Gleichberechtigung und Vernunft ist vor allem eine kulturelle Forderung, daher im Lebensinteresse des Proletariats gelegen;

sie ist nur möglich in einem wahrhaft demokratischen Gemeinwesen, das auf das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht gegründet ist, in dem alle feudalen Privilegien im Staate und in den Ländern beseitigt sind, denn erst in einem solchen Gemeinwesen können die arbeitenden Klassen, die in Wahrheit die den Staat und die Gesellschaft erhaltenden Elemente sind, zu Wort kommen;

die Pflege und Entwicklung der nationalen Eigenart aller Völker in Oesterreich ist nur möglich auf der Grundlage des gleichen Rechtes und unter Vermeidung jeder Unterdrückung, daher muß vor allem Anderen jeder bureaukratisch-staatliche Zentralismus ebenso wie die feudalen Privilegien der Länder perhorreszirt werden.

Unter diesen Voraussetzungen, aber auch nur unter diesen wird es möglich sein, in Oesterreich an Stelle des nationalen Haders nationale Ordnung zu setzen, und zwar unter Anerkennung folgender leitender Grundsätze:

1. Oesterreich kann nur ein demokratischer Nationalitätenstaat sein. (Nationalitäten-Bundesstaat.)

2. Dieser Bundesstaat gliedert sich in autonome nationale Selbstverwaltungsgebiete, die sich möglichst den Sprachgrenzen anpassen.

3. Die Selbstverwaltungsgebiete jeder Nation bilden zusammen je eine nationale Einheit, die ihre nationalen (das heißt sprachlichen und kulturellen) Angelegenheiten völlig autonom regelt und besorgt.

4. Die nationalen Minderheiten in solchen Gebieten, die gemischt sind, werden durch ein eigenes Gesetz in ihrer nationalen Bethätigung geschützt.

5. Wir anerkennen kein nationales Vorrecht, verwerfen daher die Forderung einer Staatssprache, wogegen wir die schon jetzt bestehende Thatsache der deutschen Verkehrssprache, so lange eine andere nicht gegeben ist, nur als praktische Nothwendigkeit ansehen, ohne daraus ein die anderen Sprachen ausschließendes Privilegium erwachsen zu lassen.

Der Parteitag als das Organ der internationalen Sozialdemokratie in Oesterreich spricht die Ueberzeugung aus, daß auf Grundlage dieser leitenden Sätze eine Verständigung der Völker möglich ist;

er erklärt feierlich, daß er das Recht jeder Nationalität auf nationale Existenz und nationale Entwicklung anerkennt,

daß aber die Völker jeden Fortschritt ihrer Kultur nur in enger Solidarität miteinander, nicht im kleinlichen Streit gegeneinander erringen können, daß insbesondere die

Arbeiterklasse aller Zungen im Interesse jeder einzelnen Nation wie im Interesse der Gesammtheit an der internationalen Kampfgenossenschaft und Verbrüderung festhält und ihren politischen und gewerkschaftlichen Kampf in einheitlicher Geschlossenheit führen muß."

25. Němec (Prag): Amendements zu Nr. 24. Seite 80.

26. Krejci (Pilsen): Amendements zu Nr. 24. Seite 89.

27. Exekutive der südslavischen sozialdemokratischen Partei.

In Erwägung, daß der nationale Hader jeden wie immer gearteten Fortschritt und die gedeihliche Entwicklung der Völker verhindert; daß dieser Zwist aus unseren rückständigen Einrichtungen und hauptsächlich aus der Ungleichheit der wirthschaftlichen und kulturellen Verhältnisse der Nationen entspringt; daß die herrschenden Klassen den Hader, bewußt oder unbewußt, zu dem Zwecke schüren, um ihre Macht leichter zu erhalten und jede mächtigere Kundgebung der wirklichen Volksinteressen hintanzuhalten;

in Erwägung, daß die allgemeine Auffassung der nationalen Frage in Oesterreich eine falsche ist, indem die Nation mit dem Territorium verwechselt und so aus einer rein kulturellen eine Besitzfrage gemacht wird, daß aber die lebenden Nationen niemals identisch sein können mit todten Landkarten:

erklärt der Parteitag:

Die Lösung der Nationalitätenfrage in Oesterreich ist eine Bedingung des kulturellen Fortschritts und der wirthschaftlichen Entwicklung der Bevölkerung und der schließlichen wirthschaftlichen Emanzipation des österreichischen Proletariats; mit Rücksicht darauf ist es eine Pflicht des Proletariats, für eine gerechte und vernünftige Lösung dieser Frage einzutreten;

eine solche Lösung ist für die heutige Gesellschaft nur in einer derartigen Staatseinrichtung möglich, welche allen Einwohnern gleiche Rechte und die Möglichkeit gewährleistet, die Verhältnisse nach eigenem Willen einzurichten; hiezu ist im parlamentarischen Staat das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht Bedingung, welches alle feudalen Prinzipien im Staat und in den Ländern ausschließt;

die Förderung und Entwicklung der nationalen Eigenart jedes einzelnen Volkes ist nur auf Basis gleichen Rechtes und der Freiheit möglich; deshalb ist jeder bureaukratisch-staatliche Zentralismus, ebenso aber auch jedes landesfeudale Prinzip und überhaupt jede Identifikation des Volkes mit einem Territorium zu verwerfen.

Auf Basis dieser Voraussetzungen, der einzigen, welche eine nationale Verständigung gewährleisten, stellt der Parteitag mit Rücksicht auf die Prinzipien des Sozialismus, dessen Ziel eine freie Gesellschaft ist, folgende konkrete leitende Grundsätze auf:

1. Oesterreich muß ein demokratischer Nationalitäten-Bundesstaat werden;

2. jedes in Oesterreich lebende Volk ist, ohne Rücksicht auf die von seinen Mitgliedern bewohnten Territorien, eine autonome Gruppe, welche alle ihre nationalen (sprachlichen und kulturellen Angelegenheiten) ganz selbstständig regelt und besorgt;

3. territoriale Gebiete haben nur einen rein administrativen Charakter und sind ohne jeden Einfluß auf die nationalen Verhältnisse;

4. im Staate sind alle Sprachen vollkommen gleichberechtigt, es sind demnach alle nationalen Vorrechte, also auch jegliche Staatssprache auszuschließen; die Nothwendigkeit des gegenseitigen Verkehrs wird die freien Völker selbst anleiten, auch jene Sprachen zu erlernen, welche sie nebst der Muttersprache zum praktischen Gebrauch benöthigen.

Der Parteitag als Organ der internationalen Sozialdemokratie in Oesterreich spricht seine Ueberzeugung aus, daß eine Verständigung der Nationen auf Grund dieser Fundamentalprinzipien möglich ist.

Der Parteitag betont feierlich, daß er jeder Nation das uneingeschränkte Rechn auf selbstständige nationale Existenz zuerkennt, erklärt aber zugleich, daß die Nationell nur in engem gegenseitigen Anschluß, keinesfalls aber in kleinlichen Zwistigkeiten kulturen fortschreiten können. Die Arbeiterschaft aller Nationen bleibt im Interesse des Ganze- sowie im Interesse der einzelnen Theile nach wie vor auf dem Standpunkte der inter nationalen Vereinigung und Brüderlichkeit und wird nicht den Grundsatz verleugnen daß sie ihren wirthschaftlichen und politischen Kampf in einheitlich geschlossener Masse führen muß.

28. Němec (Prag): Wahl einer Kommission. Seite 80.

29. Winarsky (Wien): „Der Parteitag wählt zur Begutachtung der zum vierten Punkt gestellten Anträge eine Kommission, die sich aus den vier Mitgliedern des Comités der Gesammtexekutive und je zwei Deutschen, zwei Tschechen, einem polnischen, einem ruthenischen, einem italienischen und einem slovenischen Genossen zusammensetzt."

30. Kommissionsantrag:

An Stelle der Punkte 1 bis 5 der Resolution der Gesammtexekutive haben folgende Bestimmungen zu treten:

„1. Oesterreich ist umzubilden in einen demokratischen Nationalitätenbundesstaat

2. An Stelle der historischen Kronländer werden national abgegrenzte Selbstverwaltungskörper gebildet, deren Gesetzgebung und Verwaltung durch Nationalkammern, gewählt auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, besorgt wird.

3. Sämmtliche Selbstverwaltungsgebiete einer und derselben Nation bilden zusammen einen national einheitlichen Verband, der seine nationalen Angelegenheiten völlig autonom besorgt.

4. Das Recht der nationalen Minderheiten wird durch ein eigenes, vom Reichsparlament zu beschließendes Gesetz gewahrt.

5. Wir anerkennen kein nationales Vorrecht, verwerfen daher die Forderung einer Staatssprache; wie weit eine Vermittlungssprache nöthig ist, wird ein Reichsparlament bestimmen."

Wahl einer Kommission zur Revision des Parteiprogramms.

31. Dr. Ellenbogen (Wien):

„1. Ueber diesen Punkt sei keine Debatte zu eröffnen.

2. Der Parteitag beschließt, aus seiner Mitte eine Kommission von fünf Mitgliedern zu wählen, die das Recht der Cooptirung haben soll.

3. Die Parteigenossen, die Vorschläge über die Aenderung des Programms machen wollen, seien verpflichtet, ihre Anträge der zu wählenden Kommission zu übermitteln."

32. Krapka (Wien): „Die Gesammtparteivertretung wird damit betraut, an einem der nächsten Tage dem Parteitag eine Kandidatenliste vorzulegen."

33. Daszynski (Krakau): „Die Kommission wird verpflichtet, sechs Monate vor dem Parteitage den nationalen Exekutiven und der Gesammtparteivertretung den Entwurf des Programms mitzutheilen."

(Auf Vorschlag der Gesammtexekutive wurden in die Kommission gewählt: Adler, Schuhmeier, Daszynski, Ellenbogen und Steiner.)

Arbeiterschutz.

34. Resolution Hannich (Steinschönau):

„Ausgehend von der vielfach erhärteten Thatsache, daß der moderne Großbetrieb selbst bei einer nur mäßig langen täglichen Arbeitszeit und bei entsprechenden Schutzmaßregeln zu Gunsten der Arbeiter eine intensive Anspannung der Kräfte der Arbeiter, somit eine maßlose Aus- und Abnützung des menschlichen Arbeitsmaterials bedingt, wogegen der Kleinbetrieb in Landwirthschaft und Gewerbe sich nur durch eine in's Maßlose ausgedehnte Arbeitszeit zu erhalten vermag, fordert der zu Brünn tagende Gesammtparteitag der österreichischen Sozialdemokratie für die der Verelendung preisgegebene arbeitende Bevölkerung in Stadt und Land den weitestgehenden Arbeiterschutz. Wohl haben die Arbeiter als die eigentlichen Träger der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung und als die wirthschaftlich Schwachen ein unveräußerliches Recht auf den nothwendigen Schutz von Staat und Gesetzgebung. Aber mit Rücksicht darauf, als das österreichische Parlament in seiner heutigen Zusammensetzung die ausgesprochenste Klassenvertretung ist, und als überdies diese Klassenvertretung durch das Ungeschick und die absolutistischen Neigungen der gewesenen Regierungen, sowie durch den maß-, sinn- und ziellosen Sprachenstreit der bürgerlichen Parteien total lahmgelegt und für die Lösung sozialpolitischer Aufgaben unbrauchbar und unfähig geworden ist, fordert der Gesammtparteitag die Arbeiterschaft Oesterreichs auf das Eindringlichste auf, durch den Anschluß an die schon bestehenden, sowie durch den Ausbau der gewerkschaftlichen Organisationen zur Selbsthilfe zu greifen, um die Hebung der Lage der arbeitenden Klassen zu bewerkstelligen und die Arbeiterschaft für den wirthschaftlichen und politischen Befreiungskampf zu befähigen.

Obgleich unter den gegenwärtigen, vollkommen zerrütteten politischen Zuständen in Oesterreich ein Eingreifen der Gesetzgebung zu Gunsten der Arbeiterschaft nicht zu erwarten ist, erklärt der Gesammtparteitag, daß sich die Arbeiterschaft nicht darüber täuschen lassen und auch klare Einsicht darüber verbreiten werde, daß jede wirkliche soziale Reform vor Allem den arbeitsfähigen Arbeiter zum Gegenstand und die denkbar weitestgehende Eindämmung seiner Ausbeutung zum Ziele haben muß, und daß daher soziale Reformen in diesem Sinne nicht von den Ausbeutern, sondern nur durch ein zielklares Eingreifen der Ausgebeuteten durchgeführt werden können.

Eine Arbeiterschutzgesetzgebung, die ihren Zweck erreichen soll, muß zum mindesten umfassen:

1. Volle Koalitionsfreiheit und gesetzliche Anerkennung von Lohnverabredung und Kartellen der Arbeiter.

2. Den achtstündigen Maximalarbeitstag ohne Klauseln und ohne Ausnahmen.

3. Verbot der Nachtarbeit (mit Ausnahme jener Betriebe, deren technische Natur eine Unterbrechung nicht zuläßt).

4. Volle Sonntagsruhe von Samstag Abends bis Montag Früh.

5. Verbot der Beschäftigung von Kindern unter vierzehn Jahren.

6. Ausschluß der Frauenarbeit aus den für den weiblichen Organismus besonders schädlichen Betrieben.

7. Alle diese Bestimmungen haben für Betriebe jeder Stufenleiter (Großindustrie, Transportgewerbe, Handwerk, Hausindustrie) zu gelten.

8. Der Arbeiterschutz ist in geeigneter Weise auf die Landarbeiter auszudehnen.

9. Auf Uebertretungen dieser Bestimmungen von Seite der Unternehmer sind Arreststrafen gesetzt.

10. Arbeiterorganisationen, die auf fachlicher oder lokaler Grundlage beruhen, haben durch die von ihnen gewählten Inspektoren bei der Kontrole der Durchführung der Arbeiterschutzgesetzgebung mitzuwirken."

35. Frauen-Reichscomité: Arbeiterschutz für Frauen. Seite 99.

36. Theodorczuk (Krakau): Achtstundentag. Seite 98.

37. Julius Beyer (Göding): Achtstundentag. Seite 99.

38. Müller (Graz): Achtstundentag. Seite 97.

39. Aufobsky (Wien): Gesetzliche zehnstündige Maximalarbeitszeit für sämmtliche Gewerbeunternehmungen. Seite 97.

40. Benesch (Trebitsch): Ueberzeitarbeit. Seite 98.

41. Handelsarbeiterkonferenz (Ostern 1899 in Prag): Volle Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Seite 96.

42. Katscher (Teplitz): Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Seite 97.

43. Prachensky (Innsbruck): Sonntagsruhe der Arbeiter der Lebensmittelbranche. Seite 97.

44. Ronschar (Prag): Neue Gewerbeordnung. Seite 96.

45. Kozakiewicz (Lemberg): Arbeitsamt. Seite 96.

46. Job (Lieben): Aenderung des Krankenversicherungsgesetzes. Seite 97.

47. Dr. Stark (Karlsbad): Aenderung des Krankenversicherungsgesetzes. Seite 98.

48. Salamander (Lemberg): Aenderung des Krankenversicherungsgesetzes. Seite 98.

49. Müller (Graz): Bemessung der Krankenunterstützung. Seite 98.

50. Kränkl (Falkenau): „Durch das Gesetz vom 14. August 1896 betreffend die Errichtung von Genossenschaften beim Bergbau, sowie durch das Bruderladengesetz vom Jahre 1889 werden die Bergarbeiter verpflichtet, die auf sie entfallenden Wahlen als Delegirte der Genossenschaften und als Ausschüsse in den Bruderladen anzunehmen. Da es nun mehrfach vorgekommen ist, daß die Gewählten an der Ausübung ihrer Funktion, das ist an der Vertretung der Interessen der Bergarbeiterschaft gegenüber den Werksverwaltungen, von diesen verhindert werden in der Weise, daß sie einfach entlassen werden, wenn sie das gesetzlich gewährleistete kümmerliche Recht der Arbeiter geltend machen, die Vertreter der Arbeiterschaft aber, die Genossenschaftsdelegirten und Bruderladenausschüsse, dieser Willkür und brutalen Anmaßung des Unternehmerthums im Bergbau schutzlos preisgegeben sind, beschließt der Parteitag:

Der Sozialdemokratische Verband im Abgeordnetenhause habe ehethunlichst die bereits eingebrachten Anträge betreffend die so nothwendigen Abänderungen an den obzitirten Gesetzen zum Schutze der Genossenschaftsdelegirten und Bruderladenausschüsse im Parlament zu urgiren und für deren Durchführung entschiedenst einzutreten."

51. Vaněk (Budweis): Abschaffung der Arbeitsbücher. Seite 98.

52. Preußler (Wien): Enquête zum Schutze der Glashüttenarbeiter. Seite 97.

53. Tuller (Leoben): Aufhebung der Kartelle. Seite 98.

54. Teller (Neu-Sandez): Regelung der Sträflingsarbeit. Seite 99.

55. Krapka (Wien): Fachverein der Partei-Angestellten. Seite 98.

Konsumvereine.

56. Resolution Dr. Adler (Wien): „Der Parteitag muß es auch jetzt noch wiederholt ablehnen, die Konsumgenossenschaften als ein Element der Parteiorganisation aufzunehmen. Er anerkennt jedoch, daß gutgeleitete Konsumgenossenschaften an manchen Orten und unter gewissen Umständen der Arbeiterschaft nützlich sein können. Er anerkennt

weiter, daß es vielfach im Interesse der organisirten Arbeiter liegt, ihren Einfluß in den Wirthschaftsgenossenschaften geltend zu machen und die Führung nicht indifferenten oder gegnerischen Elementen zu überlassen.

Der Parteitag lehnt jede Verantwortung der Partei als solcher für die Konsumvereine ab, erklärt es aber für in hohem Grade wünschenswerth, daß den bestehenden Genossenschaften ein kaufmännisch und juristisch fachkundiges Organ (fachliche Inspektion) berathend und helfend zur Seite stehe, um sie und die betheiligten Arbeiter vor Schaden zu bewahren.

Der Parteitag erklärt es als selbstverständliche Pflicht aller in Konsumgenossenschaften thätigen Genossen, energisch dafür einzutreten, daß den Angestellten angemessene Löhne, Sonntagsruhe und anständige Arbeitsbedingungen gewährt werden."

57. Zusatz Adler-Schuhmeier zur Resolution Adler: „Der Parteitag fordert die Vertrauensmänner und die Parteigenossen allerorts auf, der leichtfertigen oder ungenügend vorbereiteten Gründung von Konsumvereinen auf das energischeste entgegenzutreten und zu hindern, daß dadurch die Genossenschaftsbewegung diskreditirt und unvorsichtige Mitglieder geschädigt werden."

58. Handelsarbeiterkonferenz (Ostern 1899 in Prag): Stellungnahme zu den Konsumgenossenschaften. Seite 108.

59. IV. Wiener Wahlkreis: Desgleichen. Seite 108.

60. Dietl (VI. böhmischer Wahlkreis): Desgleichen. Seite 109.

61. Zipfinger (Wien): „In Erwägung, daß die Konsumvereine an so manchen Orten für die Arbeiterschaft von Vortheil sein können, erklärt der Parteitag, daß dort, wo sich die Nothwendigkeit und die Bestandsicherheit eines solchen Vereines herausstellt, den Genossen bei der Gründung kein Hinderniß entgegengestellt werden soll. Jedoch bleibt die Gründung von Konsumgenossenschaften Privatsache der betreffenden Genossen, für deren Handlungen die Partei nicht verantwortlich ist. Die Zugehörigkeit zu den Konsumvereinen enthebt die Genossen nicht von der Pflicht, der gewerkschaftlichen Organisation anzugehören und in der Partei thätig zu sein."

62. Krejci (Pilsen): Stellungnahme zu den Konsumgenossenschaften. Seite 117.

Frauenbewegung.

63. Frauen-Reichscomité: „Zur Förderung der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterinnen empfiehlt der Parteitag die Einführung der von der ersten Frauenkonferenz zu Ostern 1898 beschlossenen Frauensektionen.

Um auch die politische Aufklärung der Arbeiterinnen zu fördern, ist in Versammlungen, in der Presse und im Parlament die Zulassung der Frauen als ordentliche Mitglieder in politische Vereine anzustreben.

Für den sozialdemokratischen Programmpunkt: Allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechtes für alle Vertretungskörper rc., ist mit Bezug auf die Frauen mit mehr Nachdruck wie bisher in Versammlungen, Presse und Parlament einzutreten.

Um das Verständniß der Arbeiterinnen für die Presse und ihre eigenen Interessen zu erwecken, empfiehlt der Parteitag den Organisationen, ihren weiblichen Mitgliedern die „Arbeiterinnen-Zeitung" zugänglich zu machen."

64. Amendement Adelheid Popp: Der letzte Satz des letzten Absatzes des Antrages des Frauen-Reichscomités nach „Organisationen" hat zu lauten: „ihren weiblichen Mitgliedern die sozialdemokratische Arbeiterinnenpresse zugänglich zu machen."

65. Dorfer: Agitation für Frauenbewegung. Seite 127.

66. Dr. Liebermann (Przemysl): Stellungnahme der Partei zur Frauenfrage. Seite 127.

67. Božena Tonžil (Werschowitz): „Die sozialdemokratische Partei soll so weit als möglich den theoretischen Forderungen der Frauen auch in der Praxis Rechnung tragen, und zwar derart, daß in der Parteivertretung auch die Frauen ihre Vertretung haben; daß ferner überall, wo sich die hiezu fähigen Frauen vorfinden, diese geradeso wie die Männer zu redaktionellen und administrativen Arbeiten zugelassen sowie in die Institutionen der Partei (zur Krankenkontrole, in die Krankenkassen, Versicherungsinstitute rc.) gewählt werden."

Eventuelles.

68. Dr. Adler (Wien): „Der Parteitag beschließt, es sei die Gesammtexekutive zu beauftragen, für die Beschickung des internationalen Arbeiter- und Sozialistenkongresses in Paris 1900 zu sorgen."

69. Bezirksorganisation Steyr: „Unbeschadet unserer Forderung nach dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht für Reich, Land und Gemeinde, ist von allen jenen Gemeinden, wo es den Verhältnissen entspricht, das Wahlrecht auf Grund der Personaleinkommensteuer mit Bezug auf das Reichsgemeindegesetz Art. IX, Ges. v. 21. Dez. 1867, R.-G.-Bl. 142, Art. IV, mit allem Nachdruck zu fordern."

70. IV. Wiener Wahlkreis: Vertheilung des Hainfelder Programms. Seite 133.

71. IV. Wiener Wahlkreis: Formularien für Skrutinium bei Reichsrathswahlen. Seite 134.

72. V. Wiener Wahlkreis: Zusammensetzung der Schwurgerichte. Seite 134.

73. Reis (Buchdrucker Böhmens): „Den Abgeordneten der Partei wird auferlegt, in den nächsten Parlamentssitzungen mit aller Macht dahinzuwirken, daß der Zeitungsstempel abgeschafft und die Regierung gezwungen wird, daß sie ihr Versprechen, diese abscheuliche Bildungssteuer, die nicht nur auf die kulturelle Entwicklung des Volkes, sondern auch auf die Entwicklung ganzer Industriegruppen schädlich einwirkt, abzuschaffen."

74. Reis (Buchdrucker Böhmens): „In der nächsten Parlamentsperiode sollen die Abgeordneten der Partei einen vollständigen Antrag eines Preßgesetzes vorlegen, aus dem alle reaktionären Bestimmungen, die die freie Entwicklung des Druckes hemmen, hauptsächlich aber jene über das Kolportageverbot und das objektive Verfahren zu beseitigen sind."

75. XIV. böhmischer Wahlkreis: „Der Parteitag beschließt, daß die Revue „Akademie" bis auf weiteres nur in böhmischer Sprache erscheint, und zwar weil sie dadurch billiger sei, unter den böhmischen Genossen größere Verbreitung finden und auf die Entwicklung der tschechoslavischen Partei sehr vortheilhaft einwirken wird."

76. Prähauser (Salzburg): „Der Parteitag stimmt der Ansicht des Verbandes der sozialdemokratischen Abgeordneten über die letzte Hochwasserkatastrophe zu und erwartet, daß er sofort nach Zusammentreten des Reichsrathes eine energische Aktion zu Gunsten einer ausreichenden Staatsunterstützung der durch das Hochwasser Geschädigten, insbesondere der Arbeiter und Minderbemittelten, einleiten werde."

77. Beer (Wien): „Es wird beschlossen, auf die Tagesordnung des nächsten Gesammtparteitages die Fragen der Handels- und Zollpolitik sowie die Kartelle zu stellen."

78. Kristan (Triest): Kommission zum Studium der nationalen Frage. Seite 135.

79. Karpas (Prag): Erwerb von Arbeiterheimen. Seite 135.

80. Bichl (Graz): „In Erwägung, daß es äußerst wünschenswerth und nothwendig ist, daß die Beschlüsse des Parteitages zur Kenntniß aller Partei-Angehörigen gelangen, beschließt der Parteitag:

Es wird allen politischen Organisationen zur Pflicht gemacht, für die Verbreitung des Parteitagsprotokolls das Möglichste zu thun, damit durch größeren Absatz auch der Einzelnpreis herabgesetzt werden kann und so die bessere Verbreitung erleichtert wird."

81. Skaret und Genossen: „Wir beantragen, daß der nächste Gesammtparteitag in Krakau abgehalten wird."

Ergebniß der Abstimmungen

über die dem Parteitage vorgelegten Anträge.

Angenommene Anträge.

Antrag **2.** Berichte der Gesammtexekutive. — **5.** Absolutorium für die Gesammtexekutive. — **6.** Resolution, betreffend die politische Haltung der Partei. — **8.** Termin für Abhaltung des Gesammtparteitages und Berichte für denselben. — **9.** Gesammparteitag, Gesammtvertretung, Kontrole. — **10.** Sitz der Parteivertretung. — **15.** Delegirung von Frauen zum Parteitage. — **21.** wurde geändert; gemeinschaftliche Organisation aller nationalen Gruppen für öffentliche Wahlen. — **22.** Gegenseitige Vertretung der nationalen Gruppen in den Landeswahlkreisen und Bezirksorganisationen. — **24.** mit Ausnahme der Punkte 1 bis 5; Programmerklärung zur nationalen Frage. — **29.** Wahl einer Kommission. — **30.** Amendement zur Resolution 24. — **31.** und **32.** Kommission zur Revision des Parteiprogramms. — **33.** Mittheilung des Programmentwurfes. — **34.** Forderungen an eine zweckmäßige Arbeiterschutzgesetzgebung. — **50.** Aenderung des Gesetzes vom 14. August 1896, betreffend die Errichtung von Genossenschaften beim Bergbau, und des Bruderladengesetzes vom Jahre 1889. — **56, 57** und **61.** Stellungnahme zu Konsumgenossenschaften. — **63** und **64.** Gewerkschaftliche und politische Organisation der Frauen. — **67.** Vertretung der Frauen in der Parteivertretung und ihre Wahl in die Institutionen der Partei. — **68.** Beschickung des Pariser Kongresses. — **69.** Gemeindewahlrecht. — **73.** Abschaffung des Zeitungsstempels. — **74.** Preßreform. — **75.** Anerkennung der „Akademie“. — **76.** Nothstandsunterstützung. — **77.** Tagesordnung des nächsten Parteitages. — **80.** Pflicht zur Verbreitung des Parteitags-Protokolls. — **81.** Nächster Parteitag in Krakau.

Dem Verbande und der Parteivertretung überwiesene Anträge.

7. Resolution gegen Steuererhöhungen auf Grund des § 14 und gegen den österr.-ungar. Ausgleich. — **35.** Arbeiterschutz für Frauen. — **44.** Neue Gewerbeordnung.

Dem Verbande überwiesene Anträge.

36, 37 und **38.** Achtstundentag. — **40.** Ueberzeitarbeit. — **43.** Sonntagsruhe der Arbeiter der Lebensmittelbranche. — **45.** Arbeitsamt. — **46, 47** und **48.** Aenderung des Krankenversicherungsgesetzes. — **49.** Bemessung der Krankenunterstützung. — **51.** Abschaffung der Arbeitsbücher. — **52.** Enquête zum Schutze der Glashüttenarbeiter. — **54.** Regelung der Sträflingsarbeit.

Der Parteivertretung überwiesene Anträge.

11. Mandatsformulare. — **12.** Berichterstattungsformulare zum Parteitage. — **41** und **42.** Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. — **53.** Aufhebung der Kartelle. — **71.** Formularien für Skrutinien bei Reichsrathswahlen.

Der Kommission zur Revision des Parteiprogramms überwiesene Anträge.

66. 2. Punkt. Stellung der Sozialdemokratie zur Frauenfrage. — **72.** Zusammensetzung der Schwurgerichte.

Zurückgezogene Anträge.

17 und **19.** Delegirungsrecht der Frauen. — **23.** Sekretär für die Gesammtpartei. — **70.** Hainfelder Programm als Flugblatt.

Abgelehnte Anträge.

3. Berichte über die Parteipresse. — **13.** Delegirungsrecht der Frauen. — **16.** Recht der Frauen, vom Wahlkreise die Delegirung zu fordern. — **20.** Delegirungsrecht der Parteiblätter. — **39.** Gesetzliche zehnstündige Normalarbeitszeit für sämmtliche Gewerbeunternehmungen. — **55.** Fachverein der Parteiangestellten. — **65.** Agitation für Frauenbewegung. — **78.** Kommission zum Studium der nationalen Frage. — **79.** Erwerbung von Arbeiterheimen.

Erledigte Anträge.

1. Einreihung des Punkt 8 der Tagesordnung in den Punkt 4. — **4.** Absolutorium für den Kassier. — **14.** Eventualantrag zu 13 auf Einsetzung einer Kommission. — **18.** Delegirung ohne Unterschied des Geschlechtes. — **25** und **26.** Amendements zu 24. — **27.** Programmerklärung zur nationalen Frage. — **28.** Wahl einer Kommission in der Nationalitätenfrage. — **58, 59, 60** und **62.** Stellungnahme zu den Konsumgenossenschaften. — **66.** Punkt 1, gewerkschaftliche und politische Organisation der Frauen.

Bericht der Gesammtparteivertretung

an den Gesammtparteitag der Socialdemokratie Oesterreichs in Brünn.

Unmittelbar unter dem Eindruck des Ausganges der Reichsrathswahlen trat zu Pfingsten 1897 der sechste österreichische socialdemokratische Parteitag in Wien zusammen. Sein wichtigstes Werk war der Ausbau unserer Organisation, und er führte weiter, was frühere Parteitage begonnen hatten. Der stetig und mit überraschender Schnelligkeit wachsenden Partei war ihre Rüstung zu eng geworden. Die alte Form einer einzigen Centralorganisation, in der die nationalen Sectionen nur andeutungsweise zur Geltung kamen, wurde in dem Maße unmöglich, als neben dem deutschen auch das czechische und polnische Proletariat zum Classenbewußtsein und zur organisatorischen Selbstständigkeit herangewachsen war. Der Parteitag von 1897 hat nicht getrennt oder gar gespalten, was früher Eins war, sondern er hat zu gemeinsamem Handeln zusammengefaßt, was sich nebeneinander selbstständig entwickelt hatte. „Nationale Selbstständigkeit und internationale Geschlossenheit" erklärte der Parteitag für das Grundprincip der neuen Organisation, die sich nun zu bewähren hatte.

In der That, die neue Organisation hatte sofort eine doppelte Feuerprobe zu bestehen. An die Festigkeit sowie an die Schlagfertigkeit der socialdemokratischen Partei wurden die höchsten Anforderungen gestellt. Die österreichische Geschichte kennt seit fünfzig Jahren keine bewegtere Zeit als die zwei Jahre, über die wir zu berichten haben, und niemals zuvor hatte das organisirte Proletariat in Oesterreich eine politisch so wichtige, ja in gewissen Momenten entscheidende Rolle durchzuführen wie jetzt. Andererseits aber hat der Krieg der Nationen in diesem Oesterreich niemals zuvor zu so leidenschaftlichen Excessen des Chauvinismus geführt, und niemals zuvor war die Gefahr gleich groß, daß die Solidarität des Proletariats zerrissen und seine Stücke in den Bannkreis der gegen einander hadernden bürgerlichen Parteien gezogen würden. Nichts davon ist geschehen, vielmehr ist die österreichische Socialdemokratie aller Zungen niemals so mit vollem Bewußtsein einig und geschlossen gestanden mitten in dem Toben des Chauvinismus als jetzt, und niemals war sie auch technisch mit gleicher Schlagkraft ausgerüstet und ihren taktischen Aufgaben so gewachsen wie jetzt seitdem die neue Organisation dem Proletariat jeder einzelnen Nation seine volle organisatorische Autonomie verbürgt.

Die in Wien, dem Sitze der Gesammtparteivertretung, anwesenden Mitglieder der nationalen Executivausschüsse treten in der Regel jeden Monat einmal — im Bedarfsfalle auch öfter — zur Berathung und Beschlußfassung über gemeinsame Angelegenheiten zusammen. Wenn die politische Lage Entscheidungen von größerer Wichtigkeit erforderte, trat die Gesammtexecutive mit der parlamentarischen Vertretung der Partei, dem Socialdemokratischen Verband im österreichischen Abgeordnetenhause, zu gemeinsamer Berathung zusammen. Die ständige Fühlung mit unserer Fraction wurde dadurch hergestellt, daß dazu delegirte Mitglieder der Executive den Sitzungen des Verbandes regelmäßig beiwohnten. Es ist mit Genugthuung und Freude hervorzuheben, daß bei allen diesen Arbeiten der Gesammtexecutive niemals auch nur entfernt von der Majorisirung einer nationalen Gruppe die Rede war, und daß bisher alle wichtigen Beschlüsse einstimmig gefaßt wurden.

Die Durchführung der von der Gesammtparteivertretung gefaßten Beschlüsse obliegt sodann den einzelnen nationalen Executivausschüssen, und wir können mit Befriedigung constatiren, daß bisher nicht die geringste Differenz die Einheitlichkeit der Action gestört hat.

Die zur Ausführung der Beschlüsse der Gesammtparteivertretung erforderlichen materiellen Mittel werden aus dem Gesammtparteifonds bestritten, zu welchem die einzelnen nationalen Executiven ihren Stärkeverhältnissen entsprechend beitragen.

Es entspricht den thatsächlichen Verhältnissen, daß die alten und großen deutschen und czechischen Organisationen die Hauptlast tragen, und daß insbesondere die Slovenen und Italiener sowie die Organisationen Galiziens, die nicht nur das ärmste Proletariat umfassen, sondern auch unter furchtbaren Verfolgungen zu leiden hatten, soweit unsere bescheidenen Mittel reichten, von Fall zu Fall unterstützt wurden. Ebenso wurde nach Kräften der Pflicht internationaler Solidarität genügt und der ungarländischen sowie der croatischen Partei Mittel bewilligt.

* * *

Das parlamentarische Abbild der Partei ist der Socialdemokratische Verband im österreichischen Abgeordnetenhause. Was seine Thätigkeit innerhalb der Berichtsperiode anlangt, so haben wir, von der Lex Falkenhayn angefangen, über den Sturz Badeni's und Gautsch' hinweg, bis zum gegenwärtigen Ministerium Thun, eine wenig fruchtbare, dafür aber um so stürmischere Zeit hinter uns, wobei wir durchaus nicht sagen wollen, daß uns nicht noch größere Stürme in Bälde bevorstehen.

Die von dem Ex-Ministerpräsidenten Badeni durch Erlassung einer Sprachenverordnung zusammengekaufte Majorität einerseits und die dadurch heraufbeschworene Obstruction andererseits hat jede praktische gesetzgeberische Arbeit unterbunden und die parlamentarische Tribüne zum Tummelplatz der widerwärtigsten nationalen Verhetzungen gemacht. Die berüchtigte Lex Falkenhayn, der Versuch, durch Ueberrumpelung die Geschäftsordnung zu brechen und die Freiheit, ja die Immunität der Abgeordneten zu vernichten, das sollte den Badeni retten. Das war aber auch das Zeichen für die socialdemokratischen Abgeordneten, aus ihrer bisher beobachteten Reserve herauszutreten. Und so erfolgte am 26. November 1897 von Seite der Socialdemokraten der Sturm auf das verbrecherische Parlamentspräsidium. Der Schein der Legalität dieses geschändeten Parlaments wurde zerbrochen. Sie besetzten die Präsidententribüne und wichen nur der brutalen Gewalt, als sie durch die mittlerweile in den Sitzungssaal eingedrungene Sicherheitswache aus dem Saale hinausgeschleppt wurden. Aber das war das Signal zur Empörung der Arbeiterschaft, die sich zu mächtigen Demonstrationen vor dem Parlament in Wien und in allen großen Städten des Reiches erhob, und diese Argumente der Straße waren es, die das scheinbar so festgewurzelte Ministerium zu Fall brachten. Die Arbeiterschaft hat in den Novembertagen ihre Pflicht gethan. Aber damit kam noch der Friede nicht. Alle späteren Versuche, das in seinem Grunde aufgewühlte und von einer corrupten und ehrvergessenen Majorität beherrschte Parlament wieder arbeitsfähig zu machen, scheiterten. So mußte denn auch das Ministerium Gautsch den Schauplatz seines ebenso kurzen als verfehlten Wirkens räumen. An seine Stelle trat Graf Thun. Unfähig der einmal eingerissenen Zustände Herr zu werden, wählte er den bequemeren und seinen absolutistischen Gelüsten mehr entsprechenden Weg: ohne Parlament und mit Hilfe des § 14 zu regieren.

Die Socialdemokratie that alles, um ihm das unmöglich zu machen. Mit aller Schärfe und mit schonungsloser Logik zeigte sie, allen Anfeindungen und Verleumdungen zum Trotz, daß die Obstruction in diesem Moment den Plänen des Grafen Thun in die Hände arbeite, und daß es thöricht sei, wenn die Deutschnationalen die parlamentarische Verhandlung des Ausgleichs mit Ungarn verhindern. Die Socialdemokraten thaten das Ihrige, um im Ausgleichsausschuß und außerhalb des Parlaments diesen Ausgleich als das zu kennzeichnen, was er ist: als eine Auslieferung Oesterreichs, als eine schwere wirthschaftliche Schädigung insbesondere der arbeitenden Classen, und sie wollten die bürgerlichen Parteien zwingen, daß sie Farbe bekennen.

Die Jungczechen, eine der stärksten Majoritätsparteien, die im Frühjahr 1897 in den Wahlkampf für den Reichsrath mit der obersten Parole „Nieder mit dem schlechten Ausgleich mit Ungarn!" getreten waren, hätten nun bei einer parlamentarischen Behandlung des Ausgleichs, ob für oder wider, offen Farbe bekennen müssen. Hätten sie sich als Majoritätspartei für den Ausgleich erklärt, wäre ihr Schicksal bei ihren Wählern besiegelt gewesen. Hätten sie jedoch ihre Stimme dagegen abgegeben, dann wäre nicht nur die Majorität gesprengt worden, sondern auch das Ministerium Thun mit dem Ausgleich gefallen.

Es mußte sonach bei dem Wiederzusammentreten des Reichsrathes im Februar 1899 das abermalige Einsetzen der Obstruction der Regierung als ein willkommener Vorwand zur sofortigen Vertagung des Parlaments dienen. Wußte sie doch, daß bei der Beschaffenheit des Ausgleichs dieser niemals vom Parlament hätte angenommen werden können.

So hat die Obstruction dem Ministerium Thun die Brücke schlagen helfen, über die sie mit Hilfe des § 14 diesen gemeinschädlichen Ausgleich hinübergebracht hat. Wäre es der Socialdemokratie gelungen, die deutsche Opposition bei einer vernünftigen Taktik festzuhalten, so hätte es keine Octroyirung des Ausgleichs und der Zuckersteuer gegeben, und das Ministerium Thun wäre längst bei den Todten.

Seit Februar gibt es kein Parlament. Die kurze Spanne Zeit, die ihm gegönnt war, nützten unsere Abgeordneten, um fleißig in den Ausschüssen zu arbeiten und um

eine ganze Reihe von zum Theil sehr umfassenden Gesetzesanträgen politischen und socialpolitischen Inhalts auszuarbeiten. Hoffentlich kommt die Zeit, wo diese Entwürfe im Parlament lebendig werden.

* * *

So lag denn der Schwerpunkt der politischen Action der Gesammtpartei außerhalb des Parlaments. Eine große Zahl zum Theil sehr umfassender Actionen der Gesammtpartei wurde von der Gesammtexecutive angeregt und zur Durchführung gebracht. Nur einige der wichtigsten können wir erwähnen.

Am 5. September 1897 fand in Prag die große Demonstration für den nationalen Frieden statt, die von den Socialdemokraten Böhmens veranstaltet wurde und der eine große Flugblattvertheilung vorausging. Das Friedensmanifest wurde in 500.000 Exemplaren verbreitet.

Für die Aufhebung des Zeitungsstempels und des Colportageverbotes fand am 7. September 1897 eine große, über das ganze Reich sich erstreckende Kundgebung statt, in der laut und vernehmlich die Abschaffung dieser reactionären, besonders die Arbeiterpresse bedrückenden Maßregel in unzähligen Volksversammlungen verlangt wurde. Noch heute besteht der Zeitungsstempel. Der jetzige Finanzminister Kaizl hat in Reden und Motivenberichten wiederholt seine Beseitigung versprochen, ja, ausdrücklich als Termin die Erhöhung der Zuckersteuer angegeben. Er hat als Mann sein Wort gehalten: Er hat die Zuckersteuer erhöht trotz der widrigsten Umstände — den Zeitungsstempel freilich hat er nicht aufgehoben.

Eine imposante Kundgebung der organisirten Arbeiterschaft Oesterreichs erfolgte am 19. November 1897 gegen den Ausgleich mit Ungarn. Es wurden dadurch gleichzeitig auch die bürgerlichen Parteien, die aus naheliegenden Gründen bisher geschwiegen hatten, gezwungen, ebenfalls hiezu Stellung zu nehmen, und die Bewegung gegen den Ausgleich in Gang gesetzt.

Aus Anlaß des über einen Theil Galiziens verhängten Ausnahmszustandes erließ die Gesammtparteivertretung für die ihrer politischen Rechte beraubten und ausgewiesenen Socialdemokraten am 1. Juli 1898 einen Aufruf zur Unterstützung und veranstaltete gleichzeitig eine Reihe von großen Protestkundgebungen gegen diese ausschließlich unsere Genossen treffende und gesetzlich nicht zu rechtfertigende Maßregel.

Heute stehen wir mitten in einer Action, die gegen die Regierung Thun gerichtet ist, gegen das Ministerium, das ohne Rücksicht auf die Verfassung ohne Parlament den Ausgleich abschloß und sogar den Muth fand, die Erhöhung der Zuckersteuer mit dem § 14 zu verfügen. Dieser Kampf nimmt alle unsere Kraft in Anspruch, und der Parteitag wird sich noch mit ihm zu beschäftigen haben. In massenhaft besuchten Volks- und Frauenversammlungen wurde die Steuerpolitik der Regierung klargelegt, in eindrucksvollen Straßendemonstrationen das Urtheil ausgesprochen. Neben dieser Massenkundgebung gelangte ein Flugblatt, welches die wirthschaftlichen Nachtheile des Ausgleichs mit Ungarn und die mit ihm verbundene Erhöhung der Zuckersteuer in klarer, leichtverständlicher Form beleuchtete, in einer Auflage von einer Million Exemplaren am 29. Juli 1899 in ganz Oesterreich zur Vertheilung. Das betreffende Flugblatt war in allen Sprachen der nationalen Gruppen hergestellt, und war dessen prompte Verbreitung ein weiterer Beweis der Schlagfertigkeit unserer Gesammtorganisation.

Wir treten vor den Parteitag mit dem Bewußtsein, daß wir neuen und schweren Kämpfen entgegengehen. Die Geschichte der letzten beiden Jahre läßt hoffen, daß die Partei ihnen gewachsen sein wird.

Wir wollen noch constatiren, daß das Verhältniß der Gesammtpartei zu den Bruderparteien im Auslande das festeste und innigste war. Wir haben die Hoffnung, daß der internationale Socialistencongreß, der im nächsten Jahre in Paris zusammentreten wird, ein erhebendes Bild der Solidarität des Proletariats aller Länder zeigen wird. Bei einer Vorconferenz, die zu Pfingsten dieses Jahres in Brüssel stattfand, war die Partei durch Genossen Adler vertreten.

Am 1. Jänner 1898 versammelten sich die Delegirten aller österreichischen socialdemokratischen Vereine und Mitgliedschaften der Schweiz behufs engeren Zusammenschlusses. Bei diesem Congreß war die Gesammtpartei vertreten, und es wurde eine engere Fühlung mit unseren Landsleuten im Auslande hergestellt.

Zu dem internationalen Congreß für Arbeiterschutz, der im August 1897 in Zürich tagte, hat ebenfalls die Gesammtparteivertretung ihre Delegirten entsendet. Sie nahmen an allen Arbeiten des Congresses regen Antheil und hatten nebenbei wiederholt Gelegenheit, die Arbeiterfeindlichkeit und die Heuchelei der österreichischen Christlich-Sozialen in Sachen des Arbeiterschutzes an einigen anwesenden Exemplaren dieser Sorte vorzudemonstriren.

Von dem stetigen Wachsen der Gesammtpartei, ihrer Organisation, ihrer Presse, aber auch von der Schwierigkeit ihrer Kämpfe geben die Berichte der einzelnen Organisationen ein gutes Bild. Sie in ihrer Arbeit zu fördern, wo sie konnte, war die

wichtigste Aufgabe der Gesammtexecutive. Wir erwähnen noch eine Reihe von Subventionen, die an angestellte Vertrauensmänner und Parteiblätter verschiedener Nationalitäten aus dem Fonds der Gesammtpartei in nicht unerheblicher Höhe verabfolgt wurden.

Der Parteitag wird beurtheilen, ob seine Executive ihre Pflicht gethan. Das aber lehrt nicht nur dieser Bericht, sondern dafür sprechen laut alle Thatsachen, daß die neue Organisation der Socialdemokratie sich vollkommen bewährt hat, daß wir alle Ursache haben, an ihr festzuhalten und sie weiter auszubauen.

Und so wollen wir auch fernerhin mit allem Eifer in selbstständigen nationalen Gruppen organisiren, um desto geschlossener und erfolgreicher vereint schlagen zu können.

Für die Gesammtexecutive:
Die Secretäre:
Skaret, Krapka, Daszynski.

* * *

Cassenbericht.

Da die Gesammtparteivertretung keine regelmäßigen Einnahmen hat wie die einzelnen nationalen Executiven, eine eigene Parteisteuer sich auch wegen zu starker Belastung der Parteigenossen nicht empfehlen würde, so wurde der Beschluß gefaßt, zum Zwecke der Deckung ihrer verhältnißmäßig hohen Auslagen bestimmte Monatsbeiträge von den einzelnen Executiven einzuheben. Außerdem wurden bei besonderen Anlässen (galizischer Ausnahmszustand und dergleichen) besondere Sammlungen durch die Parteiblätter eingeleitet. Die finanzielle Thätigkeit der Gesammtexecutive besteht beinahe ausschließlich in einer thatkräftigen Unterstützung der agitatorisch minder begünstigten Punkte der Partei. Der Verwaltungsapparat verursacht gar keine Kosten, weil die nöthigen Arbeitskräfte von den nationalen Executiven beigestellt werden.

Cassenbericht bis 30. April 1899.

Einnahmen:

Beiträge der deutschen Parteivertretung	fl. 920·—
„ „ czechischen „	„ 440·—
„ „ polnischen „	„ 40·—
„ „ italienischen „	„ 30·—
„ „ slovenischen „	„ —·—
In der „Arbeiter-Zeitung" veröffentlichte Sammlungen	„ 4154·32*)
„ „ „Dělnické Listy" „ „	„ 22·42
Rückzahlungen	„ 400·—
	fl. 6006·74
Mehrausgabe	„ 114·76
	fl. 6121·50

Ausgaben:

Für Zwecke der Gesammtparteivertretung	fl. 473·53
„ „ „ deutschen Parteivertretung	„ 992·04
„ „ „ tschechischen „	„ 1344·77
„ „ „ polnischen „	„ 1220·—
„ „ „ ruthenischen „	„ 370.—
„ „ „ italienischen „	„ 1025·16
„ „ „ slovenischen „	„ 200·—
Für das Ausland	„ 496·—
	fl. 6121·50

Vom 1. Mai bis 31. August 1899.

Einnahmen:

Beiträge der deutschen Parteivertretung	fl. 80·—

Ausgaben:

Für Zwecke der Gesammtparteivertretung	fl. —·—
„ „ „ deutschen Executive	„ —·—
„ „ „ czechischen „	„ 110·—
„ „ „ italienischen „	„ 63·—
„ „ „ slovenischen „	„ 30·—
	fl. 203·—

Gesammteinnahmen bis 31. August	fl. 6086·74
Gesammtausgaben bis 31. August	„ 6324·50
Mehrausgabe	fl. 237·76

*) Darunter eine große Zahl direct abgelieferter Beiträge czechischer Genossen.

Detaillirung der Ausgaben
bis 30. April 1899:

Agitation	fl. 3888·18
Conferenzen und Congresse	„ 492·69
Zur Unterstützung der polnischen Genossen im Ausnahmszustand	„ 690·—
Wahlbewegungen	„ 100·—
Unterstützung von Parteiblättern	„ 310·—
„ ausländischer Parteien	„ 485·—
Rechtsschutz	„ 45·—
Druck- und Schreibsachen	„ 99·63
Diverse kleine Ausgaben	„ 11·—
	fl. 6121·50

Wien, 1. September 1899.

Dr. Ellenbogen,
Cassier der Gesammtparteivertretung.

Bericht der czechischen Executive.

Wir erstatten hiemit Bericht über unsere Thätigkeit vom 1. Juli 1897 bis Ende 1898, also für $1^1/_2$ Jahre. Aus begreiflichen Gründen ist dieser Bericht nur unvollständig. Unsere Organisation ist eine wirkliche Organisation erst seit dem Budweiser Congreß, und es ist ganz natürlich, daß sie noch nicht genügend in die Tiefe geht und noch nicht das Verständniß findet, dessen sie bedürfte, um sich ganz zu entfalten.

Aber auch so hat sie einen derartigen Fortschritt gemacht, daß Derjenige, der die Verhältnisse kennt, gestehen muß: die czechischen Socialdemokraten haben gethan, was in ihrer Macht stand.

Die Partei hat sich als solche an allen gemeinsamen Kundgebungen der übrigen Schwesterorganisationen betheiligt, und zwar immer trotz aller Hindernisse und aller Verfolgungen, und dabei hat sie ihre agitatorische Thätigkeit mit Erfolg auch in localen Fragen entfaltet.

Eines der wichtigsten Ereignisse der Berichtsperiode ist die Gründung des täglich erscheinenden Blattes „Právo Lidu". Die Opferwilligkeit, die die meisten Genossen diesem Unternehmen entgegenbrachten, sucht ihresgleichen. Dabei dürfen wir nicht unterlassen, dankbar der Unterstützung zu gedenken, die uns zu diesem Zwecke von den deutschen Genossen zutheil wurde.

Wir wollen hier nicht zu ausführlich werden und überlassen es daher dem Parteitag, sich aus den unten angeführten Ziffern selbst ein Urtheil über die vollbrachte Arbeit zu bilden.

Unsere politische Presse bestand am 31. December 1898 aus folgenden Zeitungen:

		Auflage	Exemplare jährlich
„Právo Lidu" (Volksrecht)	täglich	7.500	2,715.000
„Hlas Lidu" (Volksstimme)	3mal monatlich	1.000	60.000
„Nový Hlas Lidu" (Neue Volksstimme)	2 „ „	1.000	
„Jihočeský Dělník" (Südböhmischer Arbeiter)	3 „ „	1.900	68.400
„Zář" (Lichtschein)	3 „ „	24.000	1.237.000
„Rudá Zář" (Rother Lichtschein)	2 „ „	24.000	
„Svoboda" (Freiheit)	3 „ „	2.700	276.000
„Nová Svoboda" (Neue Freiheit)	3 „ „	2.700	
„Kladenská Svoboda" (Kladener Freiheit)	3 „ „	2.500	
„Severočeský Dělník" (Nordböhm. Arbeiter)	3 „ „	1.800	108.000
„Mezinár. Severočeský Dělník" (Internationaler nordböhmischer Arbeiter)	2 „ „	1.800	
„Západočeský Posel Lidu" (Westböhmischer Volksbote)	3 „ „	4.500	468.000
„Nová Doba" (Neue Zeit)	2 „ „	4.500	
„Rovnost" (Gleichheit)	3 „ „	2.500	260.000
„Nová Rovnost" (Neue Gleichheit)	3 „ „	2.500	
„Brněnská Rovnost" (Brünner Gleichheit)	3 „ „	2.500	
„Duch Času" (Zeitgeist)	3 „ „	2.000	120.000
„Nový Duch Času" (Neuer Zeitgeist)	2 „ „	2.000	
„Dělnické Listy" (Arbeiter-Zeitung)	2 „ wöchentlich	4.000	416.000

Unsere Fachpresse:

		Auflage	Exemplare jährlich
„Dřevodělník" (Holzarbeiter)	2mal monatlich	1800	62.000
„Kovodělník" (Metallarbeiter)	3 „ „	4500	234.000
„Nový Kovodělník" (Neuer Metallarbeiter)	2 „ „	4500	
„List železničních zřízenců" (Eisenbahner-Zeitung)	3 „ „	?	?
„Koželědník" (Lederarbeiter)	?	?	?
„Odborové sdružení" (Die Gewerkschaft)	1 „ „	700	8.400
„Knihařský Obzor" (Buchbinder-Revue)	?	?	?
„Obuvník" (Schuhmacher)	2 „ „	?	?
„Oděvník" (Kleidermacher)	3 „ „	2200	79.000
„Orgán obchodního pomocnictva" (Organ der Handlungsgehilfen)	1 „ „	1500	18.000
„Potravodělník" (Lebensmittelarbeiter)	2 „ „	?	?
„Stavebník" (Bauarbeiter)	2 „ „	?	?
„Veleslavín" (Buchdrucker-Zeitung)	1 „ „	?	?
„Nazdar" (Glückauf)	2 „ „	4900	117.600
„Textilník" (Textilarbeiter)	2 „ „	2300	55.200

Andere Zeitungen:

		Auflage	Exemplare jährlich
„Akademie"	1mal monatlich	1000	12.000
„Červánky" (Morgenroth)	2 „ „	9600	230.000
„Ženský List" (Frauen-Zeitung)	2 „ „	3000	72.000
„Rašple" (Raspel)	1 „ „	8600	104.000
„Šlehy" (Geißel)	2 „ „	4000	96.000

Die Entwicklung der Presse der czechischen Socialdemokratie ergibt sich aus folgenden Ziffern:

Im Jahre 1893 gab es	9 politische,	11 Fach-	und 5 andere	Blätter
„ „ 1896 „ „	8 „	8 „	„ 3 „	„
„ „ 1897 „ „	15 „	13 „	„ 4 „	„
„ „ 1898 „ „	19 „	14 „	„ 5 „	„

Diese Blätter hatten eine Jahresauflage:

Im Jahre 1893 von	806.200,	resp. 520,000,	resp. 280.000	Exemplaren
„ „ 1896 „	1,106.000	„ ?	„ ?	„
„ „ 1897 „	5,500.000	„ ?	„ 410.000	„
„ „ 1898 „	6,884.000	„ 889.800*)	„ 514.000	„

Alle Blätter hatten

im Jahre 1893 eine Jahresauflage von 1,706.200 Exemplaren

„ „ 1898 „ „ „ **8,287.800** „

die Auflage ist daher gestiegen um . . . . 6,581.600 Exemplare.

Das beweist also, daß wir gearbeitet haben.

Unsere Vereine nahmen folgende Entwicklung:

Ende 1898 gab es 57 politische, 328 Fach-, 356 Bildungs-, 105 andere Vereine, zusammen also 846 Vereine mit 48.623 Mitgliedern.

Interessant ist die Statistik der Versammlungen, Meetings, Vorträge und § 2-Versammlungen.

So wurden in der Zeit vom 1. Juli 1897 bis 31. December 1898 abgehalten: 240 Meetings, 3325 öffentliche, 5439 vertrauliche Versammlungen und 2843 Vorträge, das ist für die geringe Zahl von Genossen, die in der Agitation thätig sind, eine riesige Arbeit.

Aber auch die Herren Bezirkshauptleute sind fleißig gewesen, und die folgenden Ziffern charakterisiren unsere Versammlungsfreiheit so gründlich, daß weitere Bemerkungen dazu unnöthig sind.

Verboten wurden:

91 Meetings, 343 öffentliche Versammlungen.

---

*) Da von einzelnen Fachblättern keine Daten geliefert wurden, ist diese Ziffer unbestimmt; die Auflage ist jedenfalls größer, da für jede Nummer durchschnittlich eine Auflage von blos 1500 Exemplaren angenommen wurde.

Die Redefreiheit wird wieder durch folgende Ziffern illustrirt:

Es wurden aufgelöst:

3 Meetings, 115 Versammlungen.

Welcher Aufmerksamkeit sich unsere Genossen bei den Staatsanwälten erfreuten, darüber gibt nachstehende Tabelle Auskunft:

Gerichtlich verfolgt wurden 753, verurtheilt 386 Genossen.

Diese 386 Genossen und Genossinnen erhielten zusammen:

11 Jahre, 3 Monate und $6^{1}/_{2}$ Tage Freiheits- und fl. 1498·23 Geldstrafen.

16 Genossen wurden ausgewiesen.

Es ergibt sich also, daß die Partei nicht faul war, daß sie leistete, was sie vermochte, und daß sie mit ruhigem Gewissen auf die gethane Arbeit zurückblicken kann.

Im Nachstehenden bringen wir die Berichte der einzelnen Organisationen im Auszuge, wie sie uns eingesendet wurden:

Böhmen.

I. Böhmischer Wahlkreis. Dieser zählt in seinem Gebiete 6 politische, 28 gewerkschaftliche und 4 Bildungsvereine mit insgesammt 5055 Mitgliedern. Die agitatorische Thätigkeit offenbarte sich in der Veranstaltung von 19 Meetings, 167 öffentlichen und 520 vertraulichen Versammlungen und 263 Vorträgen. Aufgelöst wurden 2 Meetings und 3 öffentliche Versammlungen. Gerichtlich verfolgt wurden 14 Genossen, von denen 5 zu 21 Tagen Arrest und fl. 20 Geldstrafe verurtheilt wurden. Die Organisation ist im Besitze einer Bezirkskrankencasse mit 30.000 Mitgliedern und mehrerer Genossenschaftskrankencassen. Die Frauenbewegung concentrirt sich in einem Frauenverein und einer freien Organisation.

II. Böhmischer Wahlkreis. Der Bericht dieses Wahlkreises ist nicht vollständig, da es die Organisationen von Smichov und Rakonitz unterlassen haben, die vom Wahlkreiscomité ausgesendeten Fragebögen rechtzeitig zu beantworten. Es beziehen sich die angeführten Daten nur auf Kladno, Beraun und die anderen Theile des Wahlbezirkes. In diesem Gebiete befinden sich 5 politische, 31 gewerkschaftliche, 55 Bildungs- und 25 andere Vereine mit 6927 Mitgliedern. Eine Frauenorganisation besteht und hat 7 freie Organisationen. Veranstaltet wurden: 46 Meetings, 551 öffentliche und 702 vertrauliche Versammlungen und 324 Vorträge; verboten wurden 28 Meetings und 67 Versammlungen, aufgelöst 1 Meeting und 15 Versammlungen. Daraus ist zu ersehen, daß die Rechtsverhältnisse im II. Böhmischen Wahlkreis sehr unerfreulich sind, und daß die Bezirkshauptmänner, namentlich der Kladnoer, mit großem Eifer den Staatsbürgern die gewährleisteten Rechte vorenthalten. Auch in der politischen Verfolgung der Socialdemokraten wird in diesem Wahlkreis das Möglichste geleistet. Es wurden gerichtlich verfolgt 231 Genossen, wovon 63 zu 1 Monat, 15 Tagen Arrest und fl. 185·83 Geldstrafe verurtheilt wurden. Zwei Genossen wurden aus dem Bezirk ausgewiesen.

VII. Böhmischer Wahlkreis. In seinem Gebiete befinden sich 4 politische 17 gewerkschaftliche, 37 Bildungs- und 3 Consumvereine mit 9750 Mitgliedern. Die agitatorische Thätigkeit offenbart sich in der Veranstaltung von 34 Meetings, 654 öffentlichen und 267 vertraulichen Versammlungen und 257 Vorträgen. Die Bezirkshauptmänner haben verboten 14 Meetings und 80 Versammlungen und aufgelöst 6 Versammlungen. Eine Frauenbewegung besteht hier nicht. Gerichtlich verfolgt wurden 103 Genossen, wovon 82 zu insgesammt 3 Jahren, 4 Monaten und 15 Tagen Arrest, sowie fl. 222 Geldstrafe verurtheilt wurden. Drei Genossen wurden aus dem Wahlkreis ausgewiesen.

Czechische Minoritätsorganisationen im VIII. und IX. Böhmischen Wahlkreis. Im Gebiete dieser Wahlkreise befinden sich: 1 politischer, 7 gewerkschaftliche und 5 Bildungsvereine mit 637 Mitgliedern. Oeffentliche Versammlungen wurden 97, vertrauliche 108, Vorträge 63 abgehalten. Fünf öffentliche Versammlungen wurden verboten. Gerichtlich verfolgt und verurtheilt wurde ein Genosse zu einer Geldstrafe von fl. 1·50. Eine Frauenbewegung besteht nicht.

X. Böhmischer Wahlkreis. Wegen Mangel an Agitationskräften wird hier keine systematische Agitation entwickelt. Unsere Bewegung steht hier einer unbändigen, jungczechischen Bewegung gegenüber. Im Gebiete des Wahlkreises befinden sich: 4 politische, 7 gewerkschaftliche, 15 Bildungs- und 6 andere Vereine mit insgesammt 1400 Mitgliedern. Die Frauenbewegung ist unbedeutend und beschränkt sich auf die Städte Nimburg, Podiebrad, Neu-Bydschow und Jičin. Die agitatorische Thätigkeit offenbart sich in der Veranstaltung von 11 Meetings, 165 öffentlichen und 136 vertraulichen Versammlungen und 75 Vorträgen. Verboten wurden 5 Meetings und 14 öffentliche Versammlungen, aufgelöst 2 öffentliche Versammlungen. Gerichtlich

verfolgt wurden 14 Genossen und verurtheilt zu insgesammt 12 Tagen Arrest und fl. 20 Geldstrafe.

XI. Böhmischer Wahlkreis. Die Bewegung wurde hier wiederholt durch unglückliche Zwischenfälle unterbrochen, so daß sie sich nicht regelmäßig entwickeln konnte. Im Gebiete des Wahlkreises bestehen: 2 politische, 9 gewerkschaftliche und 18 Bildungsvereine mit rund 1300 Mitgliedern. Die Frauenbewegung ist unbedeutend. Veranstaltet wurden: 8 Meetings, 55 öffentliche und 110 vertrauliche Versammlungen und 45 Vorträge. Verboten wurden 3 Meetings und 15 öffentliche Versammlungen, aufgelöst 3 Versammlungen. Gerichtlich verfolgt wurden 17 Genossen, wovon 11 zu 9 Tagen Arrest und fl. 21 Geldstrafe verurtheilt wurden.

XII. Böhmischer Wahlkreis. Dieser Wahlkreis hat in seinem Gebiete 1 politischen, 6 Fach-, 10 Bildungs- und 6 andere Vereine mit zusammen 1593 Mitgliedern. Die geleistete Agitationsarbeit zeigt sich in Folgendem: Es wurden veranstaltet 2 Meetings, 55 öffentliche, 113 vertrauliche Versammlungen und 64 Vorträge. Verboten wurde 1 Meeting und 4 Versammlungen; 6 Versammlungen wurden aufgelöst. Gerichtlich verfolgt wurden 15 Genossen, 12 wurden auf 7 Monate, 28½ Tage und zu fl. 25 Geldstrafe verurtheilt, 2 Genossen ausgewiesen. Die Organisation entwickelt sich in diesem Wahlkreis sehr langsam, zunächst in Folge des Terrorismus von Seite der Bourgeoisie und dann auch deshalb, weil die Lohnverhältnisse in diesem Bezirke geradezu unglaublich schlechte sind.

XIII. Böhmischer Wahlkreis. Im Wahlkreise befinden sich: 3 politische, 2 gewerkschaftliche, 9 Bildungs- und 1 anderer Verein mit insgesammt 808 Mitgliedern. Eine Frauenbewegung besteht. Abgehalten wurden 4 Meetings, 76 öffentliche und 85 vertrauliche Versammlungen, sowie 73 Vorträge. Verboten wurden 2 Meetings und 4 öffentliche Versammlungen. Gerichtlich verfolgt wurden 23 Genossen, von denen 11 zu insgesammt 32 Tagen Arrest und fl. 10 Geldstrafe verurtheilt wurden. Vier Genossen wurden aus dem Wahlkreise ausgewiesen.

XIV. Böhmischer Wahlkreis. Im Gebiete dieses Wahlkreises befinden sich: 4 politische, 11 gewerkschaftliche, 26 Bildungs- und 1 anderer Verein mit insgesammt 2132 Mitgliedern. In jüngster Zeit beginnt sich auch die Frauenbewegung erfreulich zu entwickeln. Die Agitation offenbart sich in der Veranstaltung von 31 Meetings, 403 öffentlichen und 409 vertraulichen Versammlungen, sowie 216 Vorträgen. Die Wirksamkeit der politischen Organe documentirt das Verbot von 8 Meetings und 73 öffentlichen Versammlungen, sowie die Auflösung eines Meetings und von 37 Versammlungen. Vertrauliche Versammlungen wurden 11 durch Polizei und Gendarmerie verhindert, ja es wurden sogar 7 Vereinsversammlungen im Gebiete dieses Wahlkreises verboten!!! Gerichtlich verfolgt wurden 112 Genossen und verurtheilt 83 zu insgesammt 1 Jahr, 2 Monaten, 26½ Tagen und fl. 205·50 Geldstrafe.

XV. Böhmischer Wahlkreis. Dieser Wahlkreis ist ausschließlich ein Agrarbezirk und wirthschaftlich sehr zurückgeblieben. In seinem Gebiete bestehen: 1 politischer, 3 gewerkschaftliche und 6 Bildungsvereine mit zusammen 626 Mitgliedern. Bis zum Jahre 1898 wurde hier keine Statistik über die agitatorische Thätigkeit geführt. Vom 1. Jänner 1898 wurden veranstaltet: 21 öffentliche und 45 vertrauliche Versammlungen und 17 Vorträge; 5 Versammlungen wurden verboten, 1 aufgelöst. Eine Frauenbewegung besteht nicht.

XVI. Böhmischer Wahlkreis. Im tschechischen Gebiete dieses Wahlkreises bestehen: 2 politische, 8 gewerkschaftliche und 9 Bildungsvereine mit 2300 Mitgliedern. Veranstaltet wurden: 7 Meetings, 49 öffentliche und 48 vertrauliche Versammlungen, sowie 84 Vorträge. Verboten wurden 2 öffentliche Versammlungen. Gerichtlich verfolgt wurden 6 Genossen, wovon 2 zu 4 Tagen Arrest und fl. 45 Geldstrafe verurtheilt wurden. Die Frauenbewegung befindet sich im Anfangsstadium. Im Allgemeinen wächst die Bewegung erfreulich.

XVII. Böhmischer Wahlkreis. In diesem Wahlkreise bestehen: 4 politische, 14 gewerkschaftliche und 11 Bildungsvereine mit 1352 Mitgliedern. Eine Frauenbewegung besteht nur in einem Orte. Die Agitationsthätigkeit offenbart sich in der Veranstaltung von: 3 Meetings, 104 öffentlichen und 220 vertraulichen Versammlungen, sowie 98 Vorträgen. Ein Meeting und 14 öffentliche Versammlungen wurden verboten und 3 Versammlungen aufgelöst. Gerichtlich verfolgt wurden 45 Genossen, von denen 26 zu insgesammt 1 Monat, 16 Tagen Arrest und fl. 85 Geldstrafe verurtheilt wurden. Ein Genosse wurde ausgewiesen.

XVIII. Böhmischer Wahlkreis. Diese Wahlkreisorganisation hat eine sehr erfolgreiche Agitation entwickelt. Es wurden veranstaltet: 18 Meetings, 278 öffentliche und 965 vertrauliche Versammlungen, sowie 133 Vorträge. Die Wirksamkeit der politischen Behörden manifestirt sich im Verbote von 7 Meetings und 6 öffentlichen Versammlungen und in der Auflösung von 8 Versammlungen. Im Wahlkreise bestehen:

4 politische, 22 gewerkschaftliche, 87 Bildungs- und 12 andere (Sport-, Turner- ꝛc.) Vereine, die insgesammt 6155 Mitglieder zählen. Der Frauenbewegung wurde in letzter Zeit eine größere Aufmerksamkeit gewidmet und wurden namentlich bei den Bildungsvereinen Frauensectionen gegründet. Gerichtlich verfolgt wurden 43 Genossen, wovon 22 zu insgesammt 8 Monaten, 3 Tagen Arrest und fl. 241·50 Geldstrafe verurtheilt wurden. Ein Genosse wurde ausgewiesen.

* * *

Die czechoslavische Kreisorganisation in Nordwestböhmen zählt in ihrem Gebiete 3 politische, 45 gewerkschaftliche, 16 Bildungs- und 20 andere Vereine mit insgesammt 1327 Mitgliedern. Eine Frauenbewegung besteht und concentrirte sich in 3 freien Organisationen. Die agitatorischen Leistungen waren: 10 Meetings, 75 öffentliche und 276 vertrauliche Versammlungen und 66 Vorträge. Zwei öffentliche Versammlungen wurden verboten, eine Versammlung und ein Meeting aufgelöst. Gerichtlich verfolgt wurden 26 Genossen, davon 9 verurtheilt zu 1 Tag Arrest und fl. 14·90 Geldstrafe. Die Organisation entwickelt sich sehr beschwerlich und leidet noch immer unter der einstmaligen großen Zerfahrenheit und Zerklüftung der Arbeiter in zahlreiche Fractionen.

Mähren.

I. Mährischer Wahlkreis. Im Gebiete des Wahlkreises bestehen 1 politischer, 42 Fach-, 12 Bildungs- und 7 allgemeine Gewerkschaftsvereine. Politische Localorganisationen zählt der Wahlkreis 33. Eine Frauenbewegung besteht und concentrirt sich in 2 Frauenvereinen. Gerichtlich verfolgt wurden 8 Genossen, die zusammen zu 3 Jahren, 2 Monaten und 1 Tage Arrest verurtheilt wurden. Veranstaltet wurden 8 Meetings, 168 öffentliche und 662 vertrauliche Versammlungen. Verboten wurden 2 Meetings und 4 öffentliche Versammlungen. Die Organisation ist im Besitze der Allgemeinen Arbeiter-Krankencasse mit 25.000 Mitgliedern und der Brünner Bezirks-Krankencasse.

II. Mährischer Wahlkreis. Der Wahlkreis hat 1 politischen, 4 Bildungs-, 14 gewerkschaftliche und 3 andere Vereine mit insgesammt 594 Mitgliedern. Die Agitation wird sehr erschwert durch die ungenügenden Communicationsmittel und das ausgedehnte Terrain. Es wurden veranstaltet 4 Meetings, 46 öffentliche und 114 vertrauliche Versammlungen, sowie 28 Vorträge. Zwei öffentliche Versammlungen wurden verboten, eine aufgelöst. Gerichtlich verfolgt wurden 7 Genossen und davon 3 zu 8 Tagen Arrest verurtheilt. Eine Frauenbewegung hat bestanden.

III. Mährischer Wahlkreis. Der Wahlkreis ist national gemischt und bezieht sich der Bericht nur auf den czechischen Theil desselben. In den czechischen Gegenden ist die Bewegung wegen des niedrigen Bildungsgrades der Bevölkerung, sowie in Folge des Umstandes, daß die Industrie auf wenige Orte beschränkt ist, sehr zurückgeblieben. Im czechischen Gebiete bestehen 1 politischer Verein, 4 Fach- und 3 Bildungsvereine mit insgesammt 228 Mitgliedern. Frauenbewegung keine. Die Agitation bestand in der Veranstaltung von 2 Meetings, 25 öffentlichen und 82 vertraulichen Versammlungen, sowie 54 Vorträgen. Verboten wurden 11, aufgelöst 2 öffentliche Versammlungen. Gerichtlich verfolgt wurden 5 Genossen, von denen 2 zu $2^1/_2$ Tagen Arrest verurtheilt wurden.

IV. Mährischer Wahlkreis. Die Organisation dieses Wahlkreises ist sehr zurückgeblieben. Er hat eine überwiegend ackerbautreibende Bevölkerung und in Folge dessen Mangel an geeigneten Organisations- und Agitationskräften. Im Bezirk bestehen 2 politische, 4 gewerkschaftliche und 2 Bildungsvereine mit insgesammt 307 Mitgliedern. Veranstaltet wurden 4 Meetings, 20 öffentliche und 58 vertrauliche Versammlungen, sowie 16 Vorträge. Verboten wurden 1 Meeting und eine öffentliche Versammlung, aufgelöst zwei Versammlungen. Gerichtlich verfolgt und verurtheilt wurden 7 Genossen zu Geldstrafen im Betrage von fl. 219. Frauenbewegung besteht keine.

V. Mährischer Wahlkreis. Im Gebiete des Wahlkreises befinden sich 2 politische, 9 Fach- und 5 Bildungsvereine mit zusammen 1859 Mitgliedern. Die Frauenbewegung ist concentrirt in 1 Frauenvereine und 2 freien Organisationen. Veranstaltet wurden im Bezirke 14 Meetings, 49 öffentliche und 54 vertrauliche Versammlungen, sowie 37 Vorträge. Ein Meeting wurde aufgelöst und je eine Versammlung verboten und aufgelöst. Gerichtlich verfolgt wurden 3 Genossen; 2 davon wurden zu einer Arreststrafe von 5 Monaten, 6 Tagen und einer Geldstrafe von fl. 52 verurtheilt. Der Wahlkreis ist überwiegend agrarisch.

VI. Mährischer Wahlkreis. Im Wahlkreise bestehen 2 politische, 22 gewerkschaftliche, 8 Bildungs- und 20 andere Vereine mit insgesammt 2875 Mitgliedern. Die agitatorische Thätigkeit bestand in der Veranstaltung von 11 Meetings, 45 öffentlichen und 76 vertraulichen Versammlungen und 296 Vorträgen. Verboten wurden 3 Meetings

und 16 öffentliche Versammlungen, aufgelöst 5 Versammlungen. Eine organisirte Frauenbewegung besteht nicht. Gerichtlich verfolgt wurden 35 Genossen, von denen 14 zu insgesammt 9 Monaten, 13 Tagen Arrest und Geldstrafen im Betrage von fl. 65 verurtheilt wurden. Die Bewegung leidet sehr unter dem niedrigen Bildungsniveau der arbeitenden Bevölkerung, die größtentheils aus Berg- und Hüttenarbeitern besteht.

Niederösterreich.

Die czechoslavische Organisation in Niederösterreich entwickelt sich zwar langsam, aber sicher. Allerdings kann die organisatorische und agitatorische Thätigkeit außerhalb Wiens in Folge unserer prächtigen Rechtsverhältnisse und in Folge des Umstandes, daß wir derzeit eine slavenfreundliche Regierung in Oesterreich haben, nur eine vertrauliche sein. Oeffentliche czechische Versammlungen werden überhaupt nicht bewilligt. Die Organisation zählt 4 politische, 13 Bildungs- und 1 Turnverein, sowie 22 Fachgruppen mit insgesammt 4158 Mitgliedern. Die agitatorische Thätigkeit offenbarte sich in der Veranstaltung von 219 öffentlichen und 351 vertraulichen Versammlungen und 5 Meetings. Verboten wurden 13 und aufgelöst 8 öffentliche Versammlungen. Außerdem wurden 597 Vorträge abgehalten. Gerichtlich verfolgt wurden 37 Genossen und Genossinnen, von denen 14 zu insgesammt 5 Monaten, 3 Tagen Arrest und fl. 50 Geldstrafe verurtheilt wurden, ein Genosse wurde ausgewiesen.

Oberösterreich.

Czechische Organisation. Die Wirksamkeit dieser Organisation beschränkt sich auf die Veranstaltung vertraulicher Versammlungen. Sie zählt derzeit 5 freie Organisationen und 1 Fachgruppe. In Folge der sowohl von Seite der Deutschnationalen als auch von Seite der jungczechischen Verbündeten, der Deutschclericalen, betriebenen nationalen Hetze sind die czechischen Genossen nicht nur wirthschaftlich, sondern auch persönlich bedroht. Trotzdem arbeiten sie mit einer bewunderungswürdigen Ausdauer und Opferwilligkeit. Wünschenswerth wäre eine größere Unterstützung seitens der deutschen Genossen. Veranstaltet wurden 3 öffentliche Versammlungen, die alle verboten wurden, 38 vertrauliche Versammlungen (darunter 2 Frauenversammlungen) und 7 Vorträge. Gerichtlich verfolgt und verurtheilt wurde ein Genosse, und zwar zu fl. 15 Geldstrafe. Eine Frauenbewegung besteht nur in Steyr.

Bericht des socialdemokratischen Frauen-Reichs-Comités.

Wir sind leider nicht in der Lage, einen vollständigen Bericht über die Arbeiterinnenbewegung geben zu können, glauben jedoch, daß manche Lücke unseres Berichtes durch die Gesammtberichte der Kreis-Vertrauensmänner ergänzt werden wird. Wir bemühen uns, in kurzen Zügen einen Ueberblick über die Agitation und Organisation der Arbeiterinnen seit dem Bestand des Frauen-Reichs-Comités zu geben, das ist seit Ostern 1898, zu welcher Zeit die socialdemokratische Frauenconferenz stattfand. Bis zur Frauenconferenz war die Abhaltung von Arbeiterinnenversammlungen das einzige Agitationsmittel. Ein festes System, durch die Versammlungen Erfolge für die Organisation zu erzielen, gab es nicht. Der auf der Frauenconferenz im Einvernehmen mit der Parteivertretung und der Gewerkschafts-Commission angenommene Organisationsentwurf sollte dem abhelfen. Die Agitation unter den Arbeiterinnen sollte von nun an in ein besseres einheitliches System gebracht und die Erfolge durch die Errichtung von Frauensectionen festgehalten werden. Als Executivorgan wurde das Frauen-Reichs-Comité mit dem Sitze in Wien eingesetzt. Das Comité besteht aus zwölf Genossinnen, von welchen die Hälfte auf der Frauenconferenz, die Hälfte in der Plenarversammlung der Wiener Gewerkschaften gewählt wurde. Dem Comité steht die Befugniß zu, mit Anträgen, die den wirthschaftlichen Interessen der Arbeiterinnen förderlich erscheinen, an die Organisationen heranzutreten. Bei besonderen Actionen sind die Parteivertretung und die Gewerkschafts-Commission zu Rathe zu ziehen.

Das Reichscomité hat seine Thätigkeit Ende Mai 1898 begonnen. Zunächst wurde eine rege Correspondenz mit Genossen und Genossinnen der Provinz eingeleitet und dieselben veranlaßt, Agitationscomités in den einzelnen Orten zu gründen. In vorgeschrittenen Organisationen wurden Sectionen für die weiblichen Mitglieder errichtet, und zwar für die Textilarbeiterinnen in Bielitz, Jägerndorf, Odrau; für den Gewerkschaftsverein in Probstau, Turn und Dux; dann im Glasarbeiterfachverband Steinschönau und den Ortsgruppen Falkenau-Kittlitz und Langenau. In Brünn sind die organisirten Arbeiterinnen der Bekleidungsindustrie als Section beigetreten.

In mehreren Orten wurden Agitationscomités gegründet, welche eine rege Agitation unter den Arbeiterinnen entfalten, wie z. B. in St. Pölten und in mehreren Orten des Reichenberger Bezirkes u. A. In Wien wurden in der Gewerkschaft der Hutarbeiter und Buchbinder Frauensectionen eingeführt, die sich sehr gut bewähren und eine Zunahme der weiblichen Mitglieder zur Folge hatten. In Steiermark wurde ebenfalls auf Initiative des Frauencomités ein Vorstoß gemacht und der Weg angebahnt, Erfolgreiches auf dem Gebiete der Arbeiterinnenorganisation zu schaffen.

Auch eine Anzahl Delegirungen hat das Comité angenommen. Es wurde der Textilarbeitercongreß in Reichenberg beschickt, dann der Parteitag in Linz, die niederösterreichische Landesconferenz in Wr.-Neustadt, die Textilarbeiterconferenz in Wien und der Unionstag der keramischen Branchen.

Was die Versammlungen betrifft, so hat das Comité geleistet, was es bei seinen geringen Mitteln und verhältnißmäßig wenig Kräften leisten konnte. 127 freie Versammlungen und 77 § 2-Versammlungen wurden unter Mitwirkung des Comités abgehalten. Das Comité hat nicht nur die Referentinnen für alle diese Versammlungen beigestellt, sondern sehr oft auch die Einberufung übernommen.

Von den freien Versammlungen entfallen 86 auf die Provinz und 41 auf Wien, von den § 2-Versammlungen 53 auf die Provinz und 24 auf Wien. Außerdem haben die Mitglieder des Comités in vielen Versammlungen referirt und Vorträge gehalten, welche direct von Branchen veranstaltet wurden und nicht in den Aufzeichnungen des Comités enthalten sind.

Die Frauenconferenz hat auch beschlossen, sich für die Verbreitung der „Arbeiterinnen-Zeitung“ mit voller Energie einzusetzen. In den Bildungsvereinen soll die obligatorische Einführung für die weiblichen Mitglieder angestrebt werden. Die Bemühungen der Genossinnen haben auch einen nicht unerheblichen Erfolg gehabt, soweit die Provinz in Betracht kommt. In Orten, wo vor der Frauenconferenz die „Arbeiterinnen-Zeitung“ gar keinen Absatz hatte, werden jetzt bis 100 und noch mehr Exemplare bezogen. Ueberall, wo Frauensectionen oder Comités sind, ist auch die Verbreitung der „Arbeiterinnen-Zeitung“ gesichert. Auch in einzelnen Gewerkschaften und Bildungsvereinen der Provinz wird die „Arbeiterinnen-Zeitung“ den weiblichen Mitgliedern zugestellt. So erfreulich die Resultate in der Provinz sind, so geringfügig sind sie in Wien. Hier hat das Blatt die allergeringste Verbreitung, es wird mit sehr wenigen Ausnahmen gar nichts für die Verbreitung der einzigen Arbeiterinnen-Zeitung Oesterreichs gethan. Es liegt dies nicht allein an den Organisationen und den Genossen, sondern zum großen Theil an den Genossinnen selbst, welche eine merkwürdige Lauheit in Bezug auf ihr Blatt zeigen. Es wird die Aufgabe des Frauencomités nach dem Parteitag sein, zu versuchen, bessere Erfolge zu erzielen, und wir rechnen dabei auf die Mithilfe der Genossen.

An das Comité sind 239 Schreiben gelangt, wovon in 143 Fällen Referentinnen verlangt wurden. In 85 Fällen sind Berichte von den Agitations-Comités und Frauensectionen der Provinz eingelangt. 94 enthalten Anfragen über verschiedene organisatorische Angelegenheiten und 17 sind von den Vertrauensmännern der Gewerkschaftscommission.

Daß unser Bericht nur den allerbescheidensten Anforderungen entspricht, verkennen wir durchaus nicht. Doch hatten auch wir mit all den Schwierigkeiten zu kämpfen, welche jede neue Sache zu überwinden hat. Verfügten wir doch auch nicht über allzu große Mittel und Kräfte! Unsere ersten Arbeiten haben wir von dem Ueberschuß geleistet, welcher sich von der Frauenconferenz ergeben hat — eine Summe von fl. 216·93, dazu kamen fl. 118·11, welche die Organisationen als Beiträge zu unserem Gründungsfonds geleistet haben. Gegenwärtig verfügen wir nur mehr über einen kleinen Betrag, doch sind wir überzeugt, daß die Organisationen unser Bemühen so unterstützen, daß wir in Zukunft in der Lage sein werden, Zufriedenstellenderes zu leisten, als uns bis heute möglich war. Wir bauen auf die Einsicht und Solidarität der Parteigenossen und versichern, daß wir gewillt sind, nach Kräften unser Bestes zu leisten.

Bericht der Parteivertretung der deutschen Socialdemokratie in Oesterreich

und der zu ihr gehörigen Organisationen an den in Brünn zusammentretenden Gesammtparteitag.

Der sechste socialdemokratische Parteitag (Wien 1897) hatte den Beschluß gefaßt, die Organisation der österreichischen Socialdemokratie in selbstständige nationale Gruppen zu theilen, um so bei der Vielsprachigkeit des österreichischen Proletariats für Organisation und Agitation günstigere Bedingungen zu schaffen. So wie die social-

demokratischen Parteien anderer Zunge, hat auch die deutsche ihre selbstständige Leitung und diese ist es, welche für die abgelaufene Periode hiemit ihren Rechenschaftsbericht erstattet. Anschließend daran berichten die zu ihr gehörigen Landes- und Wahlkreisorganisationen.

Die in den letzten beiden Jahren von unserer Partei durchgeführten Actionen betrafen zumeist gemeinsame Angelegenheiten und galt die Hauptthätigkeit dem Ausbau der Organisation.

Der im Jahre 1898 in Linz stattgefundene Parteitag der deutschen Socialdemokratie Oesterreichs war der erste, dessen Verhandlungen ausschließlich in deutscher Sprache geführt wurden und auf dem die Organisationen deutsch-sprechender Zunge ihre Angelegenheiten — soweit sie nicht gemeinsame Angelegenheiten betrafen — unter sich regelten.

Je stärker unsere Partei in den letzten Jahren wurde, und je größer der Kreis der Aufgaben wird, denen unsere Genossen ihre Aufmerksamkeit zuwenden müssen, desto mehr tritt die Bedeutung der Landes- und Wahlkreisorganisationen in den Vordergrund. Die Möglichkeit, von einer Centralstelle aus die ganze Agitation zu regeln, ist geschwunden, so daß der größte Theil dieser Aufgaben nunmehr den Landes-, respective Wahlkreisorganisationen zufällt, welche sich dem auch vollständig gewachsen gezeigt haben. Dort, wo die Nothwendigkeit vorhanden, wurden einzelnen Wahlkreisen betreffs der von ihnen angestellten selbstständigen Vertrauensmänner Subventionen, sowie sonstige Hilfsmittel zur Verfügung gestellt.

Daß vielfach geäußerte Wünsche, insbesondere in Bezug auf bekanntere Parteiredner, unbefriedigt bleiben mußten, ist auch in der abgelaufenen Berichtsperiode wiederholt zu constatiren. Bei der großen Zahl der von den Genossen arrangirten Versammlungen ist es vollständig ausgeschlossen, daß den hiebei geäußerten Wünschen auch nur im Entferntesten hätte genügt werden können.

Durch die Eintheilung unserer Parteiorganisation in Wahlkreisorganisationen und die den letzteren zugewiesenen selbstständigen Organisations- und Agitationsarbeiten wurden aber auch deren Mittel so in Anspruch genommen, daß die percentuelle Abgabe an die Parteivertretung mit wenigen Ausnahmen nur dem Namen nach noch bestand, so daß sich die Parteivertretung bemüssigt sah, auf dem Linzer Parteitag einen Antrag auf Einführung einer directen Parteisteuer einzubringen, welcher Antrag auch zum Beschlusse erhoben wurde.

Obwohl sich noch einzelne Organisationen außerhalb dieses Parteitagsbeschlusses stellen, können wir doch mit der Durchführung insoweit vorläufig zufrieden sein, als die Parteivertretung über eine bestimmte Einnahme verfügt und bezüglich ihrer finanziellen Mittel nicht mehr von allen Zufälligkeiten abhängig ist. Durch den Linzer Parteitagsbeschluß, wonach jeder einer Organisation angehörende Genosse per Monat einen Kreuzer direct an die Parteivertretung zu leisten hat, ist nunmehr die Parteivertretung in die Lage versetzt, den Ausbau der Organisation auch in solchen Gebieten vornehmen zu können, welche bisher vollständig brach gelegen und außer Stande waren, die für ihre eigene Organisations- und Agitationsarbeit nothwendigen Mittel aufbringen zu können.

Inwieweit die deutsche Socialdemokratie die in sie gesetzten Hoffnungen gerechtfertigt hat, mögen folgende Ziffern beweisen.

Die deutsche Parteiorganisation zeigt uns bis jetzt folgende Entwicklung:

Bis Ende März 1899 gab es, soweit Berichte darüber erstattet wurden, 175 politische, 346 Gewerkschafts-, 204 Bildungs-, 8 Frauen- und 594 diverse andere Organisationen mit zusammen 114.056 männlichen und 4807 weiblichen Mitgliedern.

Die diesen Organisationen an der Seite stehende Presse besteht aus folgenden Zeitungen:

1. Politische Presse.

	Erscheint:
Arbeiter-Zeitung, Wien	täglich
Arbeiterinnen-Zeitung, Wien	14tägig
Arbeiterwille, Graz	wöchentlich
Böhmerwaldbote, Krumau	3mal monatlich
Der Freigeist, Reichenberg	3 „ „
Freigeist, Reichenberg	2—3 „ „
Neuer Freigeist, Reichenberg	3 „ „
Die Freiheit, Teplitz	3 „ „
Freiheit, Teplitz	3 „ „
Neue Freiheit, Teplitz	2—3 „ „
Gebirgsbote, Gablonz	3 „ „
Gleichheit, Wr.-Neustadt	3 „ „
Neue Gleichheit, Wr.-Neustadt	1—2 „

	Erscheint:
Glühlichter, Wien	14tägig
Neue Botschaft, Graz	1mal monatlich
Nordböhmischer Volksbote, Steinschönau	3 " "
Neuer Volksbote, Steinschönau	1—2 " "
Nordböhmische Volksstimme, Warnsdorf	3 " "
Nordböhmisches Volksblatt, Warnsdorf	1—2 " "
Salzburger Wacht, Salzburg	3 " "
Volksbote, Floridsdorf	3 " "
Neuer Volksbote, Floridsdorf	1—2 " "
Volksfreund, Brünn	3 " "
Mährisch-schlesischer Volksfreund, Brünn	1—2 " "
Volksrecht, Aussig	3 " "
Neues Volksrecht, Aussig	1—2 " "
Volkspresse, Czernowitz	2 " "
Volkstribüne, Wien	3 " "
Neue Volkstribüne, Wien	1—2 " "
Volkswille, Falkenau	3 " "
Neuer Volkswille, Falkenau	1—2 " "
Volkszeitung, Innsbruck	3 " "
Wahrheit, Linz	3 " "

Ueberdies erscheinen in Brüx die „Wahrheit" und in Tachau der „Vorwärts" und „Der arme Teufel". Diese Blätter sind jedoch gegen die Bestimmungen der Parteiorganisation gegründet und können daher unter die Liste der bisher anerkannten Parteiblätter nicht aufgenommen werden.

2. Fach- und Gewerkschaftspresse.

	Erscheint:
Arbeiterpresse (Textilarbeiter)	3mal monatlich
Arbeiterschutz (Krankencassen)	2 " "
Arbeiterstenograph	1 " "
Der Bauarbeiter	14tägig
Die Bekleidungsindustrie	3mal monatlich
Der Decorateur (Maler u. Anstreicher)	1 " "
Einigkeit (Buchbinder)	2—3 " "
Der Eisenbahner	3 " "
Fachzeitung der Gerber	2 " "
Die Gewerkschaft (Organ der Gewerkschaftscommission)	2 " "
Glückauf! (Bergarbeiter)	3 " "
Der Genossenschafter (Consumvereine)	14tägig
Der Handlungsgehilfe	2mal monatlich
Der Holzarbeiter	2 " "
Oesterr. Metallarbeiter	3 " "
Neuer Metallarbeiter	1—2 " "
Der Maschinist	2 " "
Der Papierarbeiter	1 " "
Solidarität (Keramische Branchen)	3 " "
Die Solidarität (Keramische Branchen)	1—2 " "
Vorwärts (Buchdrucker)	wöchentlich
Wahrheit (Drechsler)	14tägig
Der Zeitgeist (Nahrungsmittelarbeiter)	14tägig

Es war nicht möglich, von allen Blättern die genaue Ziffer der Auflage zu erhalten.

An Versammlungen haben von Seite der deutschen Parteiorganisation vom 1. Mai 1898 bis Ende März 1899 — vom Jahre 1897 liegen nähere Daten nicht vor — wie folgt stattgefunden: 2206 Volks-, 6842 Vereins- und 3979 § 2-Versammlungen, somit 13.027 zusammen.

Daß nicht alle stattgefundenen Volks-, Vereins- und § 2-Versammlungen ermittelt werden konnten, ist fast begreiflich, und steht die oben angeführte Zahl hinter den thatsächlich abgehaltenen weit zurück. Ebenso konnte nicht genau ermittelt werden, wie viele von diesen Versammlungen verboten und aufgelöst wurden; obwohl die Zahl keine kleine ist, müssen wir leider von der Wiedergabe dieser Ziffern Abstand nehmen.

An politischen Verfolgungen hatte, wenn wir von den vielen resultatlos verlaufenen Untersuchungen absehen wollen, unsere Partei folgende Verurtheilungen zu erleiden:

Es wurden über die Parteigenossen deutscher Zunge Strafen im Gesammtausmaß von 2 Jahren und 1 Monat schweren Kerker, 9 Monate, 20 Tage strengen Arrest, 6 Jahre, 7³/₄ Tage einfachen Arrest und fl. 781·50 an Geldstrafen, somit zusammen **8 Jahre, 10 Monate und 27³/₄ Tage Freiheits- und fl. 781·50 Geldstrafen** verhängt.

Ziehen wir hiebei noch die große Zahl der Confiscationen, denen unsere Parteiblätter verfallen, in Betracht, so ergibt sich hieraus zur Genüge, welcher Beliebtheit die socialdemokratische Partei und ihre Thätigkeit sich nach oben erfreut.

Erwähnen wollen wir noch, daß am deutschen Parteitag in Stuttgart 1898 von Seite der österreichischen Socialdemokratie Genosse Dr. Ellenbogen und als Vertreter des socialdemokratischen Verbandes Reichsrathsabgeordneter Genosse Daszynski theilnahm.

Wie alljährlich fiel auch in der Berichtsperiode die Maifeier großartig aus, und wird auch weiterhin an ihr festgehalten.

Nicht minder großartig verlief die Feier des 13. März zur Ehrung der im Jahre 1848 gefallenen Opfer. Insbesondere wurde der 50jährige Gedenktag an die Achtundvierziger-Revolution im Jahre 1898 in ganz Oesterreich in imposanten Kundgebungen gefeiert.

Durch die Einführung der Parteisteuer ist der Umfang der Geschäfte des Parteisecretariats gewaltig gewachsen, und ist es ungemein schwer, auch nur ein annähernd genaues Bild von der sich stetig steigernden Correspondenz, sowie von allen übrigen Interventionen wiedergeben zu können. Eines jedoch glauben wir am Schlusse des Berichtes aussprechen zu müssen, daß im Interesse der Partei und mit Hilfe des Opfermuthes der Parteiangehörigen in diesen beiden Jahren ganz gewaltige Fortschritte gemacht wurden.

Daß wir dabei nicht stehen bleiben können, ist selbstverständlich, und wünschen wir nur, daß im Interesse des arbeitenden Volkes der Opfermuth unserer Parteigenossen uns bei allen weiteren Actionen hilfreich zur Seite stehen möge.

Ferdinand Skaret, Parteisecretär.

Böhmen.

Die politische Organisation in Böhmen zerfällt in 18 selbstständige Wahlkreisorganisationen, und zwar in 12 czechische und 6 deutsche. Der Stand der deutschen Wahlkreisorganisationen ist wie folgt:

I. böhmischer Wahlkreis (Prag). Deutsche Section. Die deutsche Organisation von Prag und Umgebung hat in der Berichtszeit eine ziemlich rege Thätigkeit entfaltet und es wurden im Ganzen 8 Volks- und 42 § 2-Versammlungen abgehalten. Gegenwärtig ist ein politischer Verein in Gründung begriffen, durch den die Genossen für ihre Agitation eine festere Grundlage zu erhalten hoffen.

III. böhmischer Wahlkreis (Mies). Dieser Wahlkreis zerfällt gegenwärtig in drei Bezirksorganisationen, und zwar Tachau, Podersam und Petschau. Der Sitz des Wahlkreisausschusses befindet sich derzeit in Tachau und es wurde für die Organisation und Agitation seit März 1899 ein eigener Vertrauensmann angestellt; ebenso wurde für den Organisationsbezirk ein eigenes Wahlkreisorgan geschaffen, welches unter dem Titel „Vorwärts" als Kopfblatt des in Falkenau a. E. bestehenden „Volkswille" erscheint. Der Wahlkreis war bis Anfang des Jahres 1898 ein gemeinsamer Organisations- und Agitationsbezirk mit dem IV. böhmischen Wahlkreis (Eger), und hat sich in einer am 20. Februar 1898 in Pilsen stattgefundenen Conferenz selbstständig gemacht. In organisatorischer Beziehung liegt der III. böhmische Wahlkreis noch sehr im Argen und wurden erst in allerjüngster Zeit nennenswerthe Vorstöße in den bis jetzt für die Partei vollständig brachgelegenen Gegenden vorgenommen.

IV. böhmischer Wahlkreis (Eger). Der Sitz des Wahlkreisausschusses befindet sich derzeit in Falkenau a. E. Der Wahlkreis ist in neun Bezirksorganisationen eingetheilt und zwar: Asch, Eger, Falkenau, Graslitz, Chodau, Bäringen, Joachimsthal, Karlsbad und Schlaggenwald. Der Wahlkreis umfaßt — soweit es zu ermitteln war — 6 politische Vereine, ferner eine große Anzahl von Gewerkschaftsvereinen und Ortsgruppen und 7 Lese- und Bildungsvereine. Außerdem befindet sich in Asch ein selbstständiger Frauenverein, welcher inclusive der Ortsgruppen circa 400 Mitglieder zählt.

Im Wahlkreise wurden in der Berichtszeit 180 Volksversammlungen, circa 924 Vereinsversammlungen und eine nicht näher zu bestimmende Zahl von § 2-Versammlungen abgehalten. Als Wahlkreisorgan erscheint der „Volkswille" in Falkenau in einer Auflage von 4200 und der „Neue Volkswille" mit 3600 Exemplaren. Außerdem erscheint noch der „Glück auf!", gewerkschaftliches Organ der Berg- und Hüttenarbeiter Oesterreichs, in 8000 Exemplaren. Auch werden im Wahlkreise eine nicht unbedeutende Zahl anderer politischer Blätter abgesetzt.

An politischen Verfolgungen sind zu verzeichnen: Wegen Demonstrationen in Asch, 5 Genossen zu 3 Monaten, wegen desselben Delictes in Falkenau 6 Genossen zu 22 Tagen Arrest; 1 Genosse zu fl. 10 und einer zu fl. 25 (Vernachlässigung der pflichtgemäßen Obsorge) Geldstrafe verurtheilt.

Ueberdies wurden wegen der Demonstrationen gegen den Zeitungsstempel 30 Genossen angeklagt und 16 davon zu Arreststrafen von 24 Stunden bis zu 4 Tagen verurtheilt. Eine Verurtheilung wegen des Colportage-Paragraphen ist noch ausständig.

V. **böhmischer Wahlkreis (Saaz).** Der Sitz des Wahlkreisausschusses ist derzeit in Teplitz. Der Wahlkreis ist in die 7 Bezirksorganisationen Teplitz, Dux, Brüx, Komotau, Saaz, Kaaden und Weipert eingetheilt, welche wieder 73 Localorganisationen umfassen. In Teplitz, Komotau und Brüx wirken unabhängige Agitationskräfte, deren Anstellung durch die Partei erfolgte, und die sich für den Ausbau der Organisation als besonders vortheilhaft erwiesen.

An Organisationen befinden sich im Wahlkreise: 5 politische Vereine in den Orten Teplitz, Brüx, Komotau, Saaz und Dux (letzterer czechisch). Gewerkschafts- und Fachvereine bestehen 125 mit 6083 Mitgliedern. Außerdem sind im Wahlkreise 36 Lese- und Bildungsvereine, 12 Gesangs- und 15 Turnvereine mit zusammen 3890 Mitgliedern, sowie 4 Ortsgruppen einer selbstständigen Frauen- und Mädchenorganisation mit 160 Mitgliedern. Weitere Gründungen neuer Ortsgruppen für Frauen stehen in nächster Zeit bevor. Von Brüx und Saaz stehen die Berichte über die Organisationen aus.

160 Volks- und 870 Vereinsversammlungen wurden im Wahlkreise abgehalten. Verboten wurden — so weit bekannt — von ersteren Drei.

Als publicistische Organe für den Wahlkreis erscheinen die politischen Blätter „Freiheit" und „Die Freiheit", welche, weil sie den Anforderungen nicht mehr entsprachen, noch durch die Neugründung „Die neue Freiheit" ergänzt werden mußten, so daß nun jede Woche zwei Blätter mit einer Auflage von je 3500 Exemplaren erscheinen. Ohne Rücksicht auf die Erweiterung des Kreisorganes gründete die Bezirksorganisation Brüx gegen den Beschluß der Kreisconferenz ein neues Blatt „Die Wahrheit".

Der Bericht über die politischen Verfolgungen im Wahlkreise ist sehr unvollständig. Was zu erheben war, lassen wir folgen. Der Redacteur der „Freiheit" wurde zu 6 Monaten, Genosse Sommer zu 7 Tagen Arrest verurtheilt. Ueberdies wurden circa 30 Genossen wegen Uebertretung des § 23 Preßgesetz zu Geldstrafen von 2 bis 5 fl. verdonnert. Der Genosse Pfeifer, ein deutscher Bergarbeiter, wurde aus Brüx ausgewiesen. Ueberdies wurden Verfolgungen wegen der §§ 305 und 312 Strafgesetz und wegen Religionsstörung eingeleitet, die theils resultatlos verliefen, theilweise noch in Schwebe sind. Erwähnen müssen wir hier noch die Saazer Affaire, wo 39 Genossen — drei davon zu Brüx in Haft — wegen Schlägereien bei einer von dem bekannten deutschnationalen „Arbeiterführer" Stein veranstalteten Versammlung in Untersuchung stehen.

Lohnkämpfe fanden im Wahlkreise 11 statt. In vier Abwehrstrikes waren die Maurer, Handschuhmacher, Verbandstoffarbeiter und Schuhmacher betheiligt. Letzterer endete mit einem ganzen, ersterer mit theilweisem Siege. Der Bauarbeiterstrike in Brüx ging verloren, der der Cassenfabrik wurde gewonnen.

Bei den Wahlen in die Gemeindevertretung wurden in einigen Orten Candidaten aufgestellt und es gelang, in zwei Orten den dritten Wahlkörper ganz zu erobern. Im Ganzen dürften in sieben Gemeindenvertretungen die Socialdemokraten eingedrungen sein. In Kaaden erhielten die socialdemokratischen Candidaten von 390 abgegebenen Stimmen 152; in Weipert von 330 Stimmen 108.

Trotzdem die Deutschnationalen mit den verwerflichsten Mitteln der Beschimpfungen und Verleumdungen gegen unsere Partei arbeiten, werden sie dennoch aus einer Position nach der anderen hinausgedrängt, was insbesondere bei den Bezirkskrankencassenwahlen immer wieder zum Ausdruck kommt.

VI. **böhmischer Wahlkreis** (Leitmeritz). Der Sitz des Wahlkreisausschusses befindet sich derzeit in Aussig a. E. Der Wahlkreis zerfällt in zwölf Bezirksorganisationen, und zwar: Aussig, Karbitz, Tetschen, Bensen, Leipa, Niemes, Wernstadt, Lobositz, Leitmeritz, Gastorf, Dauba und Auscha.

Der Wahlkreis umfaßt — so weit ermittelt werden konnte — 4 politische, 22 gewerkschaftliche und 8 Bildungsvereine mit zusammen circa 8512 Mitgliedern. Diese Ziffern können keinen Anspruch auf Richtigkeit erheben und es ist die wirkliche Zahl der Organisationen sowie der Mitglieder derselben weit höher.

Ebensowenig war es möglich, die wirkliche Zahl der im Wahlkreise abgehaltenen Versammlungen feststellen zu können; es dürfte in Hinkunft geboten erscheinen, daß sich die einzelnen Vertrauensmänner genau geführte Verzeichnisse über die im Organisationsbezirk stattgefundenen Versammlungen anlegen.

Als Wahlkreisorgane erscheinen das „Volksrecht" und „Neues Volksrecht" in einer Auflage von je 4800 Exemplaren. Neben diesen werden noch die Parteiblätter „Freigeist", „Volkstribüne", „Arbeiter-Zeitung", „Freiheit" und „Glühlichter" verbreitet.

An politischen Verfolgungen sind zu verzeichnen: Verurtheilungen erfolgten wegen § 23 P.-G., § 19 P.-G., § 2 V.-G., § 489 St.-G. und § 28 P.-G. mit zusammen vier Monaten Arrest. Zwei Processe wegen § 81 St.-G. und § 2 V.-G., sowie drei Processe wegen § 489 St.-G. und zwei wegen § 25 P.-G. sind derzeit noch in Schwebe.

VIII. Böhmischer Wahlkreis (Reichenberg). Der Sitz des Wahlkreisausschusses ist in Reichenberg und ist der Wahlkreis in elf Bezirksorganisationen eingetheilt, und zwar wie folgt: Reichenberg, Friedland-Haindorf, Neustadtl bei Friedland, Kratzau, Grottau, Warnsdorf, Rumburg-Schluckenau, Böhmisch-Kamnitz, Haida-Arnsdorf, Böhmisch-Zwickau und Gabel.

Im ganzen Wahlkreis wurden in der Berichtsperiode 133 Volks-, 1041 Vereins- und 694 § 2-Versammlungen abgehalten, wobei von ersteren 13 verboten und 5 aufgelöst worden sind.

Der Wahlkreis selbst ist politisch besser organisirt als gewerkschaftlich, obwohl auf die Gewerkschaftsorganisation in jeder Beziehung das größte Gewicht gelegt wurde. Die Ursache, daß trotz der großen Masse der sich hier befindenden industriellen Bevölkerung eine so schlechte gewerkschaftliche Bewegung vorhanden ist, liegt in den hier noch nicht so scharf geschiedenen Eigenthumsverhältnissen. Eine große Zahl kleiner Eigenthümer, die jedoch von ihrer Scholle nicht leben können, nehmen sammt ihrer Familie in den Fabriken Zuflucht, und sie sind es, die neben einer Reihe anderer Umstände eine gesunde Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung hindern.

Als Wahlkreisorgan erscheinen in Reichenberg „Der Freigeist", „Neuer Freigeist" und „Freigeist" je in einer Auflage von 3500 bis 3700 Exemplare. Außerdem erscheinen in Warnsdorf „Nordböhmische Volksstimme" und das „Volksblatt" mit einer Auflage von 2200 und 2100 Exemplaren und in Steinschönau der „Nordböhmische Volksbote" mit 1600 Auflage, welch letzteres Blatt zugleich auch Fachorgan der keramischen Branche ist. Ferner erscheint in Reichenberg das Fachblatt des Centralvereines der Textilarbeiter Böhmens unter dem Titel „Arbeiter-Presse" in einer Auflage von 4000 Exemplaren. Auch werden noch eine Reihe anderer Blätter und Broschüren nach Tausenden im Wahlkreise verbreitet.

Politische Processe haben in der Zeit vom 1. April 1898 bis Mai 1899 im Wahlkreise 33 stattgefunden und wurden bei denselben Strafen von 4 Monaten, 98 Tagen, 36 Stunden Arrest und fl. 88 Geldstrafen verhängt.

An Lohnkämpfen waren drei zu verzeichnen und zwar der der Maler und Lackirer in Reichenberg, welcher nach zehntägiger Dauer mit vollem Erfolg der Arbeiter beendet wurde. Ein Strike in einer Fahrradfabrik, welcher resultatlos für die Arbeiter verlief und ein Fabriksstrike in Neudorf mit gleichem Ausgange.

Der Wahlkreis umfaßt 3 politische Vereine mit 404 Mitgliedern und 76 Localorganisationen mit 2590 männlichen und 56 weiblichen Mitgliedern; 57 Gewerkschaften und Ortsgruppen mit 4728 männlichen und 138 weiblichen Mitgliedern. Außerdem bestehen 76 Bildungs-, Lese-, Turn- und Gesangvereine, sowie ein Freidenker-Verein mit zusammen 4970 männlichen und 219 weiblichen Mitglieder. Bei einzelnen Organisationen und insbesonders bei denen der Frauen fehlen die Angaben über die Zahl der Mitglieder. Im Wahlkreise befindet sich auch noch eine czechische Organisation, welche einen politischen Verein, eine Localorganisation, 3 Fach- und 2 Bildungsvereine umfaßt.

Für die Gemeindewahlen wurden in mehreren Orten socialdemokratische Candidaten aufgestellt und sind, insbesonderes im dritten Wahlkörper, fast vollzählig durchgedrungen.

IX. Böhmischer Wahlkreis (Trautenau). Der Sitz des Wahlkreisausschusses befindet sich in Gablonz. Der Wahlkreis ist in 7 Bezirksorganisationen eingetheilt. Dieselben heißen: Gablonz, Tannwald, Hohenelbe, Trautenau, Braunau, Grulich und Landskron.

Es wurden während der Berichtszeit 100 Volks-, 757 Vereins- und 465 § 2-Versammlungen abgehalten. Verboten wurden 9 und aufgelöst 4 Volks- und 3 § 2-Versammlungen.

Als Wahlkreisorgan erscheint dreimal monatlich der „Gebirgsbote" in Gablonz in einer Auflage von 2600 Exemplaren und werden außerdem noch eine nicht unbedeutende Anzahl außerhalb des Wahlkreises erscheinende politische, sowie Fachblätter abgesetzt.

An politischen Verfolgungen sind zu verzeichnen: 13 Verurtheilungen wegen Uebertretung des § 23 Pr.-G. à fl. 2, 2 wegen § 24 Pr.-G., sowie ein Versammlungsdelict und eine Uebertretung des § 11 der kaiserlichen Verordnung 1854. Außerdem sind 27 Verfolgungen wegen Uebertretungen des Versammlungs- und des Coalitionsgesetzes zu verzeichnen, bei denen 8 Verurtheilungen, sämmtliche zu Arreststrafen, erfolgten.

Die Zahl der im Wahlkreise vorhandenen festgegliederten Organisationen konnte nicht vollständig ermittelt werden. Dieselben umfassen circa 4500 Mitglieder, von welchen auf den politischen Bezirk Gablonz allein ungefähr 3200 entfallen. Die politische und gewerkschaftliche Bewegung im Gablonz-Tannwalder Bezirk ist eine ziemlich gute und gewinnt auch in dem bis vor Kurzem noch ausschließlich von den Deutschnationalen beherrschten Gebieten Trautenau und Braunau immer mehr an Boden.

XVI. böhmischer Wahlkreis (Budweis, deutsche Section Krumau). Der Sitz des Wahlkreisausschusses (deutsche Section) befindet sich derzeit in Krumau, der der czechischen Section in Budweis. Die Eintheilung des Wahlkreises in Bezirksorganisationen ist bis heute noch nicht erfolgt.

Als Wahlkreisorgan erscheint der „Böhmerwaldbote" in einer Auflage von 2000 Exemplaren und werden außerdem noch eine Menge anderer politischer, sowie Fachblätter verbreitet. Seit 1. April d. J. — von früher ist kein Bericht vorliegend — bis zum 31. August wurden 22 allgemein zugängliche und 2 § 2-Versammlungen abgehalten.

An politischen Verfolgungen hatte der Wahlkreis in der Berichtsperiode zu verzeichnen: 1 Verurtheilung wegen Uebertretung des Coalitionsgesetzes, 6 wegen § 23 Pr.-G., 1 wegen § 491 Str.-G. und 1 wegen Versammlungsgesetz zu zusammen 2 Monaten und 5 Tagen Arrest und fl. 53 Geldstrafe. Es sind ferner noch Untersuchungen wegen § 33 V.-G., § 23 Pr.-G. und wegen Geheimbündelei anhängig.

Der Wahlkreis (deutsche Section) umfaßt derzeit 2 politische Vereine, 5 Ortsgruppen von Gewerkschaften und 9 Bildungsvereine mit circa 1200 Mitgliedern.

In der abgelaufenen Berichtsperiode sind 3 Ortsgruppen der keramischen Branche, 1 Ortsgruppe der Papier- und 1 Ortsgruppe der Bauarbeiter, sowie 6 Volksbildungsvereine gegründet worden. Im Ganzen ist die Bewegung bedeutend vorwärts geschritten, was insbesondere dem Eindringen des „Böhmerwaldbote" zu verdanken ist.

Bukowina.

Hier im fernen Osten Oesterreichs liegen die Organisationsverhältnisse noch sehr im Argen. Wohl ist dieses kleine Ländchen in zwei Wahlkreise (Czernowitz und Radautz) eingetheilt, jedoch konnte bisher die politische Organisation wegen des hier vorherrschenden geistigen Tiefstandes der Arbeiter nicht ausgebaut und mußte von der Gründung politischer Vereine Abstand genommen werden.

In Czernowitz besteht ein allgemeiner Gewerkschaftsverein, ein Verein der Buchdrucker und ein Volksbildungsverein mit zusammen 193 männlichen Mitgliedern. Aus den übrigen Orten der Bukowina ist ein Bericht über die Zahl der dort bestehenden Organisationen, sowie über deren Thätigkeit nicht eingelangt.

In der Berichtsperiode haben in Czernowitz 7 Volks-, 28 Vereins- und circa 31 § 2-Versammlungen stattgefunden.

Als publicistisches Parteiorgan für die Bukowina gilt die in Czernowitz unter dem Titel „Volkspresse" zweimal im Monat erscheinende Zeitung, welche derzeit eine Auflage von 700 Exemplaren hat.

An politischen Verfolgungen hatten wir in Czernowitz 2 Processe wegen Uebertretung des Coalitionsgesetzes und 2 Peßprocesse, welche alle mit Freisprüchen endeten. In einem weiteren Preßproceß wurde der Redacteur wegen Vernachlässigung der pflichtgemäßen Obsorge zu einer Geldstrafe verurtheilt.

Die Theilnahme der Arbeiter an der Organisation ist hier im Allgemeinen eine sehr geringe. Nur von Fall zu Fall kommen die Ziele und Bestrebungen des Proletariats in Volksversammlungen zum Ausdruck. Leider mangelt es hier mehr wie wo anders an den nothwendigsten agitatorischen Kräften. Daß die Volkserziehung hier mit aller Gewalt niedergehalten wird, macht sich eben auf allen Gebieten des menschlichen Lebens geltend. Hoffen wir das Beste von der Zukunft.

Kärnten.

Das Land Kärnten bildet eine einzige Wahlkreisorganisation, welche in die neun Bezirksorganisationen Villach, Spital a. d. Drau, Bleiberg-Kreuth, Feldkirchen, St. Veit a. d. Glan, Hüttenberg, Klagenfurt, Völkermarkt und Wolfsberg eingetheilt ist.

An Vereinsorganisationen bestehen: 1 politischer Verein in Villach mit 140 Mitgliedern, 24 Branchenorganisationen mit 1668 Mitgliedern und 18 allgemeine Gewerkschaften mit 907 Mitgliedern. Ob und wie viele Mitglieder in diesen Organisationen weiblichen Geschlechtes sind, können wir nicht sagen, da keine diesbezüglichen Angaben vorliegen.

In Kärnten erscheint kein einziges Parteiorgan. Hauptsächlich verbreitet werden „Arbeiterwille", „Volkstribüne", „Arbeiter-Zeitung" und „Glühlichter". Von verschiedenen anderen politischen Blättern werden ebenfalls einzelne Exemplare verbreitet und überdies circulirt natürlich in den Reihen der organisirten Arbeiter die Gewerkschaftspresse. Genaue Ziffernangaben in dieser Beziehung liegen nicht vor.

Die Cassengebahrung in der Zeit vom 1. 5. 1898 bis 15. 4. 1899 wird durch folgende Ziffern veranschaulicht:

Einnahmen	fl.	1067·39
Ausgaben	„	1024·32
Cassenrest am 15. 4.	fl.	43·07

Auf dem Gebiete der politischen Verfolgungen haben wir auch einige Fälle zu verzeichnen. Es wurden im Ganzen wegen Uebertretung des § 23 Preßgesetz und wegen diverser anderer Uebertretungen fl. 18 Geldstrafe und 16 Tage Arrest verhängt.

Unter der Berichtszeit wurden 108 Volksversammlungen, 143 § 2-Versammlungen, 8 Bezirksconferenzen und 1 Landesconferenz abgehalten. Die Art der Agitation schloß sich an die in den anderen Kronländern übliche an. Auch bei uns werden große Demonstrationsversammlungen gegen den § 14 und gegen die Wahlreformverschleppungen in Gemeinde und Land veranstaltet. Die Agitationsarbeit leidet bei uns vornehmlich an dem Umstande, daß uns selbstständige agitatorische Kräfte fehlen. Auch wurde im letzten Jahre durch die Sperrung der im Besitze der Alpinen Montan-Gesellschaft befindlichen Eisenwerke von Prävali, Heft, Hüttenberg und Lölling ein großer Theil der ohnehin geringfügigen Industrie des Landes lahmgelegt, so daß wir in der Organisation vornehmlich auf kleingewerbliche und ländliche Arbeiter angewiesen sind. Trotzdem hat der Ausbau der Organisation auch im vergangenen Jahre verhältnißmäßig gute Fortschritte zu verzeichnen.

Die Deutschnationalen haben in letzter Zeit den Versuch gemacht, unsere Genossen als Staffage zu ihren Demonstrationen gegen die Regierung zu verwenden. Unsere Genossen sind aber mit Ausnahme eines einzigen Falles (Klagenfurt) darauf nicht eingegangen, sondern veranstalteten eigene Demonstrationsversammlungen, die überall ausgezeichnet besucht waren und rein socialdemokratischen Charakter zeigten.

Mähren.

Die politische Organisation Mährens gliedert sich in sieben Wahlkreise, von denen nur einer, und zwar der siebente, der deutschen Executive untersteht. Es befinden sich aber noch in vier anderen Wahlkreisen Mährens selbstständige deutsche Sectionen, die mit dem VII. Wahlkreise eine eigene deutsche Landesorganisation bilden. Den Bericht derselben lassen wir nachstehend folgen:

In Brünn (I. Mährischer Wahlkreis, V. Curie) bestehen zwei Parteiorganisationen, eine deutsche und eine slavische. Jede dieser Organisationen ist selbstständig, doch stehen sie selbstverständlich in enger Fühlung miteinander. Sie besitzen zur Regelung und Führung der gemeinsamen Parteiangelegenheiten und Geschäfte eine gemeinsame Executive, die sich zur einen Hälfte aus slavischen und zur anderen aus deutschen Genossen zusammensetzt und allmonatlich wenigstens einmal zusammentritt. Auch besteht hier seit Jahresfrist ein Localverband der Brünner Gewerkschaften, der sich u. A. die Durchführung des gemeinsamen Unterrichtes und Pflege der Discussion, die Abhaltung von Versammlungen mit Vorträgen und Vorlesungen zum Ziele setzt.

Die deutschen Genossen des Brünner Wahlkreises verfügen über einen politischen Verein: „Freiheit". Insgesammt haben, soweit wir in Erfahrung bringen konnten, in dem letzten Jahre 18 Volksversammlungen politischen Charakters stattgefunden. Von diesen Versammlungen waren zehn ausschließlich deutsch, die übrigen deutsch-slavisch.

Bei den im Juni durchgeführten Gewerbegerichtswahlen wurden in allen sieben Gruppen die socialdemokratischen Candidaten mit erdrückender Majorität gewählt. Von 3516 abgegebenen Stimmen entfielen auf unsere Candidaten 3080. Bei den im Jänner l. J. vollzogenen Wahlen für den Vorstand der mährisch-schlesischen Arbeiter-Unfallversicherungsanstalt, bei denen die Brünner Arbeiterschaft den Ausschlag gibt, wurden in den zwei Gruppen der Textil- und

Metallarbeiter die socialdemokratischen Candidaten gegen die vereinigten Czechischnationalen, Christlich-Socialen und Unternehmer mit einer Majorität von 18.000, respective über 20.000 Stimmen gewählt. Nur in der Gruppe der Papier- und Holz-Industrie gelang es den Gegnern, durchzudringen. Bei den Wahlen für das Schiedsgericht drangen dagegen sämmtliche socialdemokratische Candidaten durch. Ziffernverhältniß: Socialdemokraten 57.000 bis 85.600 Stimmen, Gegner 11.000 bis 27.000.

Auch die in unseren Händen befindliche Bezirkskrankencasse sollte uns von unseren Gegnern „abgenommen" werden. Der Ansturm, von drei Seiten geführt — Czechischnationale, Christlich-Sociale und Deutschnationale — wurde glänzend zurückgeschlagen. Bei den Delegirtenwahlen am 5. März l. J. entfielen von 1511 abgegebenen Stimmen 1027 auf die socialdemokratischen Candidaten.

Am 14. und 15. August v. J. tagten in Brünn eine Conferenz der Gießerarbeiter und eine solche der Holzarbeiter Mährens.

Der in Brünn erscheinende „Volksfreund", das Organ der deutschen Genossen Mährens und Schlesiens, erscheint gegenwärtig in einer Auflage von circa 4000 Exemplaren, Auch er blieb im verflossenen Jahre von Verfolgungen nicht verschont. Abgesehen von den Confiscationen, wurde am 2. Juni der verantwortliche Redacteur des Blattes wegen Abdruckes des sehr bekannt gewordenen Artikels: „Jesus von Nazareth auf der Anklagebank" zu drei Monaten schweren Kerkers verurtheilt.

Die auf dem Linzer Parteitag beschlossene Form der Einhebung der Parteisteuer ist in der deutschen Parteiorganisation Brünns vollständig durchgeführt. Die Organisation gliedert sich in neun Localorganisationen und eine politische Frauenorganisation, die wieder Delegirte in die Bezirksconferenz entsenden.

Dies der Bericht über die Parteithätigkeit der deutschen Organisation des Brünner Wahlkreises. Er kann auf Vollständigkeit keinen Anspruch erheben, da uns werthvolle Daten, z. B. solche über die Thätigkeit der einzelnen Vereinsorganisationen, leider fehlen. Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß die Maifeier in Brünn wie alljährlich auch im laufenden Jahre einen glänzenden Verlauf genommen, die Arbeitsruhe eine vollständige genannt werden kann. An die Maifeier schließt sich der am 2. Mai ausgebrochene Generalstrike der Brünner Textilarbeiterschaft um die Erringung des zehnstündigen Arbeitstages, dem im April zwei mächtige Textilarbeiterversammlungen vorausgegangen.

Zum Schlusse sei noch angeführt, daß sich die Brünner Arbeiterschaft in dem „Arbeiterheim" (große Restauration, geräumiger Saal und groß angelegter Garten Clubzimmer 2c.) eine Centralstätte für ernste Arbeit und geselligen Verkehr geschaffen.

III. mährischer Wahlkreis. Zur deutschen Section des Wahlkreises gehören die Organisationen der sechs Orte Znaim, Frain, Frainersdorf, Grußbach, Mislitz und Nikolsburg. Im Ganzen existiren zehn Organisationen mit 487 Mitgliedern. Ob auch Frauen darunter sind, konnte nicht ermittelt werden. Auf Znaim allein entfallen von der gesammten Zahl 327.

In der Berichtszeit wurden 29 Volksversammlungen, 67 § 2-Versammlungen und 5 Conferenzen abgehalten. Ein eigenes deutsches Parteiblatt wird im Wahlkreise nicht herausgegeben, aber die außerhalb des Wahlkreises erscheinenden politischen und gewerkschaftlichen Parteiblätter werden verhältnißmäßig gut verbreitet. Ihre Gesammtzahl beträgt 660.

In letzter Zeit wurde gegen einige Genossen wegen Uebertretung des § 23 Preßgesetz, der uns überall wieder begegnet, und gegen einen Genossen wegen § 82 Strafgesetz Untersuchungen eingeleitet, die jedoch noch nicht zum Abschlusse gelangt sind.

Zu bemerken wäre, daß der Bericht nicht ganz vollkommen ist, da einzelne Orte auf die bezüglichen Aufforderungen keine Antwort gegeben haben.

V. mährischer Wahlkreis. Hier hat sich erst vor Kurzem in Proßnitz eine deutsche Organisation gebildet, die bis jetzt 1 Volks- und 2 § 2-Versammlungen abgehalten hat. Politische Verfolgungen sind bisher bei dieser jungen Organisation nicht zu verzeichnen.

VI. mährischer Wahlkreis. Der VI. mährische Wahlkreis theilt sich, soweit die deutsche Organisation in Betracht kommt, in die zwei Bezirksorganisationen Sternberg und Neutitschein. Die Organisation ist in politischer Beziehung ziemlich vorgeschritten und es ist in den Orten des Sternberger Bezirkes überall, in Neutitschein theilweise die freie Organisation nach Häusern und Straßen durchgeführt. Der Wahlkreis besitzt einen eigenen Agitator und die Anstellung desselben hat sich sehr gut bewährt.

Im Wahlkreise bestehen: 1 politischer Verein mit 90 Mitgliedern, ferner 3 politische Localorganisationen mit 80 Mitgliedern in Orten, in denen sich keine andere Organisation befindet und 24 Gewerkschaften, Gewerkschaftsortsgruppen und Bildungs-

vereine mit 1336 männlichen und 285 weiblichen Mitgliedern. Die Zahl der Organisirten hat sich seit dem vergangenen Jahre überall bedeutend vermehrt, doch sind die vorliegenden Angaben nicht vollständig und die als wirklich vorhanden anzunehmende Zahl noch höher als hier ersichtlich.

Versammlungen wurden im Ganzen 529 abgehalten, die sich nach Kategorien folgendermaßen vertheilen: 146 Volksversammlungen, 224 Vereinsversammlungen und 159 § 2-Versammlungen.

Ein selbstständiges deutsches Parteiblatt wird im Wahlkreise nicht herausgegeben, aber die außerhalb des Wahlkreises erscheinenden deutschen politischen und Gewerkschaftsblätter werden in 1560 Exemplaren verbreitet. 430 davon fallen auf das mährische Landesorgan, den „Volksfreund".

Der Cassengebahrung entnehmen wir folgende Zusammenstellung:

Vermögensstand am 1. Mai 1898	fl. 49·31
Einnahmen	„ 797·88
Summe	fl. 847·19
Ausgaben	„ 709·85
Saldo am 31. März 1899	fl. 137·34

Also auch hier eine bedeutende Besserung!

Anklagen wegen politischen Delicten wurden sieben erhoben, und zwar je zweimal wegen Uebertretungen des § 23 Preßgesetz und des § 2 Versammlungsgesetz und einmal wegen Uebertretung der § 487, 491 und 300 Strafgesetz. Verurtheilungen wurden zweimal zu je 48 Stunden und einmal zu 4 Tagen Arrest vorgenommen.

Die gewerkschaftliche Organisation ist im Vergleiche mit der politischen Organisation weniger vorgeschritten und findet sehr schwer Eingang. Dies liegt in erster Linie an den elenden materiellen Verhältnissen, unter denen die proletarische Bevölkerung der Organisationsbezirke lebt.

VII. mährischer Wahlkreis. Das gesammte Gebiet ist in die neun Bezirksorganisationen Brüsau, Hohenstadt, Müglitz, Mährisch-Neustadt, Römerstadt, Mährisch-Schönberg, Mährisch-Trübau, Wiesenberg und Zwittau gegliedert, die ihrerseits wieder 57 Localorganisationen mit 1880 politisch frei organisirten Genossen umfassen.

An Vereinsorganisationen hat der Wahlkreis 2 politische Vereine mit 1203 Mitgliedern und 28 Gewerkschaften, Gewerkschaftsortsgruppen und Bildungsvereine mit 1663 männlichen und, soweit ermittelt werden konnte, 36 weiblichen Mitgliedern. Besonders bezüglich der Frauen sind aber die vorliegenden Angaben ganz ungenau, da die meisten Organisationen nur über die männliche Mitgliedschaft berichtet haben.

Versammlungen wurden 573 abgehalten, die sich auf die einzelnen Kategorien wie folgt vertheilen: 163 Volksversammlungen, 205 Vereinsversammlungen und 225 § 2-Versammlungen.

Auch in diesem Wahlkreise erscheint kein selbstständiges Blatt. Von anderen Blättern wurden 2895 Stück verbeitet, davon das Landesorgan „Volksfreund" allein in 1500 Exemplaren. Ueberdies wurden 3120 Stück verschiedener Parteibroschüren in Umlauf gesetzt.

Politische Verfolgungen waren im Ganzen 27 zu verzeichnen mit einer Gesammtstrafe von 18 Tagen Arrest und fl. 65 Geld. 15 davon bezogen sich auf den berüchtigten § 23 des Preßgesetzes, sechs auf Uebertretungen des § 2 Versammlungsgesetz, eine auf den § 303 des Strafgesetzes und zwei auf Uebertretungen des § 11 der berüchtigten Verordnung vom Jahre 1854.

Wie aus dem Bericht zu entnehmen ist, ist auch hier die gewerkschaftliche Organisation gegenüber der politischen Organisation verhältnißmäßig zurückgeblieben. Die Ursachen dieser Erscheinung sind dieselben wie die beim Bericht des VI. Wahlkreises angeführten.

Niederösterreich.

Während im vorigen Berichte an den Parteitag besonders hervorgehoben wurde, wie sehr wir alle Kräfte in Wien und in der Provinz Niederösterreich auf die Einrichtung und den Ausbau der politischen Organisation concentrirten, um bei künftigen Wahlen wirksamer als bisher vorzuarbeiten, können wir diesmal constatiren, daß die Organisationsarbeit in allen neun Wahlkreisen nicht nur consequent fortgesetzt, sondern auch in größerem Maße als bisher eine intensive Agitation in Stadt und Land entfaltet wurde. Die Regierung Thun, sowie die christlich-sociale Sippe sorgten ja in reichlicher Weise stets für trefflichen Agitationsstoff. Die für die Völker Oesterreichs so verhängnißvolle Ausgleichspolitik des gegenwärtigen Ministeriums, sowie die zu großer

Ueppigkeit gediehene § 14=Wirthschaft rief bei einem großen Theile der Bevölkerung, insbesondere der ländlichen, eine tiefe Mißstimmung hervor, und dieser speciell, sowie auch der erbärmlichen und feigen Haltung der christlich=socialen Gaukler ist es zu verdanken, daß wir in letzter Zeit auf dem flachen Lande in Gebiete eindringen und dieselben mit Erfolg bearbeiten konnten, die uns noch vor Jahresfrist fast für unzugänglich erschienen.

In den fünf Wiener Wahlkreisen wurden vom 1. Mai v. J. bis April l. J. 209 Volksversammlungen, 1405 Vereinsversammlungen (politische und nichtpolitische) und 1103 § 2=Versammlungen abgehalten. Die letztgenannten Versammlungen dienten zumeist dazu, die Indifferenten durch Besprechung actueller politischer Fragen mit den socialdemokratischen Ideen vertraut zu machen, sie über den Werth der gewerkschaftlichen, sowie der politischen Organisation aufzuklären und zur Mitarbeit heranzuziehen. In den vier ländlichen Wahlkreisen ist die Zahl der abgehaltenen Versammlungen ebenfalls bedeutend gestiegen, was insbesondere auf die Thätigkeit der Wahlkreisvertrauensmänner im VI., VII. und seit kürzester Zeit auch im IX. Wahlkreise, sowie auf die politische Situation zurückzuführen ist. Sorgt doch die christlich=sociale Majorität im niederösterreichischen Landtage durch die niederträchtige Wahlreform, welche sie für Gemeinde und Land zu schaffen sich anschickte, dafür, daß selbst in dem kleinsten Orte eine Versammlung abgehalten werden mußte, um die Bewohner der Provinz über den Wahlrechtsraub der Christlich=Socialen aufzuklären und ihnen Gelegenheit zu geben, ihrer Entrüstung über diese Wahlreformmache Ausdruck zu geben. An dieser Stelle sei zugleich bemerkt, daß es der Landesparteivertretung nunmehr gelungen ist, nebst dem VI. Wahlkreis (St. Pölten) auch noch für den VII. (Krems) und den IX. Wahlkreis (Wiener=Neustadt) einen Vertrauensmann zu bestellen, welcher sich ausschließlich mit der Förderung der Agitation und der Organisation im Wahlkreise zu beschäftigen und den Genossen mit Rath und That beizustehen hat. Daß durch die Institution der Wahlkreisvertrauensmänner ein weiterer Schritt nach vorwärts gemacht wurde, um die ländlichen Wahlkreise mehr als ehedem bearbeiten und organisiren zu können, unterliegt keinem Zweifel. Es wartet nur noch der VIII. Wahlkreis (Korneuburg) auf einen Vertrauensmann, der ebenfalls eines solchen schon lange dringend bedarf und der von den Genossen dieses Wahlkreises lebhaft gewünscht wird.

In Wien bestehen, wie durch die Wahlkreisorganisationen erhoben wurde, 242 Organisationen (Bildungsvereine, politische Vereine und Gewerkschaften mitinbegriffen), welche zusammen einen Mitgliederstand von 34.243 männlichen und 2375 weiblichen Mitgliedern repräsentiren. Die politische Organisation umfaßt 19 Bezirksorganisationen, die wieder in Sectionen und Rayons eingetheilt und mit Vertrauenspersonen besetzt sind, deren Zahl mit circa 2000 als nicht zu hoch gegriffen erscheint. In den übrigen vier ländlichen Wahlkreisen zählen wir 37 Bezirksorganisationen, 163 sonstige Organisationen (Bildungs=, Lese=, Gewerkschaftsvereine, Ortsgruppen, deren Centralstellen sich meist in Wien befinden) und eine Anzahl politischer Vereine, deren Mitgliederzahl nicht in allen Wahlkreisen erhoben werden konnte. Beispielsweise verzeichnet der VII. Wahlkreis 11 Organisationen mit 624 männlichen und 4 weiblichen Mitgliedern, und kommen bei diesen Zahlen nur die Bezirke Krems und Gmünd in Betracht. Der VIII. Wahlkreis besitzt hingegen 32 Organisationen mit 1858 Mitgliedern, außerdem eine Ortsgruppe des Frauen= und Mädchenclubs „Libertas" mit 106 Mitgliedern. Der IX. Wahlkreis berichtet über den Bestand von 39 Organisationen mit 1926 männlichen und 18 weiblichen Mitgliedern. Wahlkreisconferenzen fanden in den 9 Wahlkreisen zusammen 19 statt. Der Organisation der Frauen und Mädchen wird seit dem in Wien stattgefundenen Frauencongresse wohl mehr Beachtung geschenkt, als dies seinerzeit der Fall war, und sind nebst den bestehenden Frauenorganisationen noch für drei Branchen, die hauptsächlich nur Frauen und Mädchen beschäftigen, Organisationen gegründet worden. In einigen Wiener Wahlkreisen finden Frauenabende allwöchentlich oder alle vierzehn Tage statt, die sehr viel Anklang finden und stets sehr gut besucht werden. Frauenversammlungen wurden bis Ende März l. J. 13 in Wien allein abgehalten. In Sanct Pölten, Floridsdorf und Traisen wurden Frauensectionen gegründet und ebenso in anderen als den angeführten Provinzorten über Verlangen der Genossen oder Genossinnen Frauenversammlungen abgehalten. Leider macht sich auch hier ein großer Mangel an rednerischen Kräften bemerkbar und muß die Agitation von einigen wenigen Genossinnen allein, und zwar für das ganze Reich bestritten werden. Hoffentlich wird sich die Zahl der weiblichen agitatorischen Kräfte mit der Zeit doch vergrößern.

Die Maifeier fiel in Wien und der Provinz imposant und würdig aus. Das Andenken der Märzgefallenen vom Jahre 1848 wurde seitens der Wiener Genossen wie alljährlich durch einen Massenaufmarsch beim Grabe der Märzgefallenen am Centralfriedhofe geehrt. Diese ernste und würdige

Manifestation der Wiener Genossen zeigt aber auch zugleich in erhebender Weise die wahre Internationalität der Wiener socialdemokratisch gesinnten Arbeiterschaft, denn gleichwie am 1. Mai marschiren deutsche, czechische, polnische, slovenische, croatische und im letzten Jahre auch circa 300 italienische Proletarier, deren Classenbewußtsein erfreulicherweise immer mehr zu erwachen beginnt, brüderlich vereint im Zuge mit und bekunden, daß sie alle die gleiche Liebe und Verehrung für die gefallenen Freiheitskämpfer bewegt und von ihnen das Gefühl der Zusammengehörigkeit aller Proletarier tief empfunden wird.

Die politischen Verfolgungen haben speciell im heurigen Jahre durch die Wahlrechtsbewegung einerseits und durch die § 14-Regierung andererseits eine nur an die Zeit des Coalitionsministeriums und des Ministeriums Badeni erinnernde Heftigkeit und Umfang angenommen. Insbesondere in Wien kam es in Folge der erbärmlichen Wahlreform, welche Dr. Lueger mit seinen Spießgesellen der Arbeiterschaft zu bieten wagte, zu mehreren Demonstrationen, die sich allmälig auf alle Bezirke Wiens ausdehnten und einen mehr oder minder heftigen Charakter, zumeist durch das Einschreiten der Polizeiorgane, annahmen. Unser Bericht, der die Verfolgungen bis Ende August l. J. registrirt, wird deshalb auch für kommende Geschichtsschreiber einen Einblick geben darüber, welche zahlreiche Opfer die Arbeiterschaft in unserem Lande auf sich nehmen mußte, um einer verkommenen und gewissenlosen Bande von politischen Abenteurern, welche im Landtag und in der Gemeindestube augenblicklich die Mehrheit bilden, das Wahlrecht für den Landtag und die Gemeinde abzutrotzen. Zahlreiche Verhaftungen, Untersuchungshaften und nicht weniger als 124 Verurtheilungen setzte es bisher in Wien allein ab, ohne daß die Verurtheilungen einen Abschluß gefunden hätten. Viele Genossen befinden sich wegen Uebertretung der §§ 65, 300, 305, 314, 279 des St.-G., ferner wegen Aufreizung gegen die Regierung, Beleidigung der Regierung &c. in Untersuchung. Es wurden bis Ende August l. J. verurtheilt:

4	Genossen	wegen	§ 81	St.-G.	(Gefährliche Drohung)
10	"	"	§ 279	"	(Auflauf)
26	"	"	§ 283	"	(Nichtfolgeleistung gegenüber der Wache)
9	"	"	§ 284	"	(Zank oder Wortstreite gegenüber den Wachorganen)
2	"	"	§ 303	"	(Beleidigung einer gesetzlich anerkannten Kirche)
7	"	"	§ 305	"	(Gutheißung ungesetzlicher Handlungen)
4	"	"	§ 312	"	(Wachebeleidigung)
2	"	"	§ 314	"	(Einmengung in eine Amtshandlung)
2	"	"	§ 491	"	(Ehrenbeleidigung)

alle übrigen Genossen wegen Uebertretung des Vereins- und Versammlungsgesetzes, der §§ 23 und 24 des Preßgesetzes. Die Strafen betragen in Summa: 17 Monate schweren Kerker, 9 Monate und 13 Tage strengen Arrest, 15 Monate und 1 Tag einfachen Arrest, und circa fl. 200 Geldstrafen. In den Provinzwahlkreisen sind ebenfalls 36 Fälle von Verurtheilungen bekannt geworden, und zwar wurden 20 Genossen wegen Wachebeleidigung, zumeist aber wegen Uebertretung der §§ 23 und 24 des Preßgesetzes; ferner wegen Uebertretung des Vereins- und Versammlungsgesetzes &c., zusammen zu fl. 94 Geldstrafe und 8 Tage strengen Arrest verurtheilt, während 16 Genossen freigesprochen wurden.

Was die Parteipresse betrifft, so kann mit Genugthuung erwähnt werden, daß die Landesorgane „Volkstribüne“ und „Neue Volkstribüne“ je über 24.000 Exemplare Auflage aufweisen. Die Auflage jedes der beiden Blätter ist seit der letzten Berichterstattung um 2000 Exemplare gestiegen. Die Genossen aus dem VIII. Wahlkreis berichten, daß ihr Wahlkreisorgan „Volksbote“ eine Auflage von 3000 Exemplaren aufweist und nunmehr activ ist. Seit 1. Februar l. J. erscheint ein zweites Blatt am selben Orte (Floridsdorf), betitelt: „Neuer Volksbote“, das in der kurzen Zeit seines Bestandes schon die gleiche Auflage wie der „Volksbote“ erreicht hat. Die Organe des IX. Wahlkreises „Gleichheit“ und „Neue Gleichheit“ sind in letzter Zeit, da es den Genossen gelungen ist, den Preis des Blattes von 7 kr. auf 5 kr. herabzusetzen, ebenfalls erfreulicherweise um 400 Exemplare gestiegen und haben jetzt eine Auflage von je 2000 Exemplaren.

Der Agitationsfonds weist wohl eine höhere Ziffer gegenüber dem im letzten Parteitagsberichte auf, jedoch — leider — nicht in Folge größerer Einnahmen aus den Wahlkreisen. Hier der Bericht:

Cassebericht.

Zeit	Einnahmen	Ausgaben	An die Parteivertretung abgeführt	An die czechische Kreisorganisation in Niederösterreich abgeführt
	Gulden			
1898				
Vom 1. 4. bis 30. 4.	656·05	511·77	85·43	29·62
„ 1. 5. „ 31. 5.	739·46	365·45	125·92	44·34
„ 1. 6. „ 30. 6.	904·57	754·38	512·54*)	29·94
„ 1. 7. „ 31. 7.	752·50	379·19	68·57	28·71
„ 1. 8. „ 31. 8.	876·95	1.156·74	143·67	87·90
„ 1. 9. „ 30. 9.	1.344·27	1.487·55	138·70	32·61
„ 1. 10. „ 31. 10.	1.476·01	1.064·81	103·73	50·19
„ 1. 11. „ 30. 11.	574·99	1.086·42	57·15	31·15
„ 1. 12. „ 31. 12.	1.007·73	1.153·45	123·78	38·37
1899				
Vom 1. 1. bis 31. 1.	797·87	829·22	80·34	35·17
„ 1. 2. „ 28. 2.	1.057·92	1.040·11	101·58	35·26
„ 1. 3. „ 31. 3.	1.010·75	831·79	90·27	40·48
„ 1. 4. „ 30. 4.	1.033·77	763·46	152·12	83·33
Vom 1. 4. 1898 bis 30. 4. 1899.. ...	12.232·84	11.424·34	1.783·80	567·07

Oberösterreich.

I. oberösterreichischer Wahlkreis (Linz). Der Wahlkreisausschuß hat seinen Sitz in Linz. Der Wahlkreis ist in drei Bezirksorganisationen, Linz, Mauthausen und Haslach eingetheilt, welche 18 Localorganisationen umfassen.

Volksversammlungen wurden in der Berichtsperiode 58 abgehalten. Die Zahl der Vereins- und § 2-Versammlungen konnte nicht ermittelt werden. 4 Volks- und 1 Vereinsversammlung wurden verboten.

Als Wahlkreisorgan, zugleich Landesorgan für Oberösterreich, erscheint in Linz die „Wahrheit" in einer Auflage von 3500, wovon in Linz allein 1900 Exemplare neben anderen Blättern abgesetzt werden.

Was politische Verfolgungen anbelangt, so haben wir nur zwei Preßdelicte mit geringen Geldstrafen zu verzeichnen.

An Organisationen befinden sich im Wahlkreise: 1 politischer Verein mit 421 Mitgliedern, 14 Gewerkschaftsvereine und Ortsgruppen mit 1711 Mitgliedern, 10 Bildungsvereine, 1 Gesang-, 1 Stenographen-, 1 Arbeiter-Radfahrverein und 1 Verein der Naturfreunde mit zusammen 741 Mitgliedern. Außerdem besteht ein selbstständiger Frauenverein mit circa 80 Mitgliedern. In Folge der Consumvereinsbewegung hat die politische Bewegung an Intensität sehr stark nachgelassen.

Zum ersten Male griff unsere Partei am 20. April 1899 selbstständig in die Wahlen zum Linzer Gemeinderath ein. Die für den dritten Wahlkörper aufgestellte Wählerliste weist bei einem Census von fl. 5, erweitert auch auf Jene, welche fl. 5 Personaleinkommensteuer zahlen, circa 2200 Wähler auf. Während in früheren Jahren so ziemlich Jeder wahlen konnte, wenn dessen Erwerbsteuer auch weniger als fl. 5 betrug, so wurden derartige Wähler diesmal von der Wahl ausgeschlossen. Zur Wahl hatte sich die deutsche Gewerbepartei mit den Deutschnationalen vereinigt und eine gemeinsame Candidatenliste aufgestellt. Die Wahlbetheiligung war stark. Von den 933 abgegebenen Stimmen erhielten die drei vereinigten Parteien (Liberale, Deutschnationale und Gewerbepartei) 691 bis 716 Stimmen, die socialdemokratischen Candidaten 188 bis 207 Stimmen. Die Wahlbetheiligung der Partei war für Linz von besonderer agitatorischer Bedeutung und hat allenthalben die Erkenntniß platzgreifen lassen, daß, wenn die bürgerlichen Parteien siegen wollen, sie sich gegen die socialdemokratisch organisirten Arbeiter, trotz ihrer widersprechenden politischen Anschauung, mit einander vereinigen müssen.

---

*) Davon fl. 400 an den Reichsparteifonds speciell abgeliefert.

Dieses Eingreifen in die Gemeinderathswahl war als nichts anderes als eine Vorarbeit für eine kommende Erweiterung des Gemeindewahlrechts gedacht und wir können für den Anfang mit diesem Resultate zufrieden sein.

II. oberösterreichischer Wahlkreis (Steyr). Das Executivcomité des Wahlkreises befindet sich in Steyr und umfaßt derselbe die Bezirksorganisationen Steyr, Weyr, Ischl und Gmunden.

Im Wahlkreise wurden in der Berichtsperiode 60 Volks-, 284 Vereins- und 146 § 2-Versammlungen abgehalten. 3 Versammlungen wurden verboten.

Als publicistisches Organ für den Wahlkreis gilt die in Linz erscheinende „Wahrheit“, neben welcher noch eine Reihe anderer Blätter, insbesonders in Steyr massenhaft abgesetzt werden.

An Organisationen bestehen im Wahlkreise: 1 politischer Verein, 17 Gewerkschaftsvereine und Ortsgruppen, sowie 13 Bildungsvereine mit zusammen 2319 männlichen und 19 weiblichen Mitgliedern. Die Bewegung in Steyr hängt hauptsächlich von dem jeweiligen Geschäftsgange der Waffenfabrik ab, nachdem es an sonstiger Industrie mangelt.

Auch einige politische Verfolgungen hatten wir in letzter Zeit zu erdulden. 2 wegen der §§ 283, 284 und je eine wegen der §§ 312, 305 und 491 Strafgesetz. Die letztangeführten in Zusammenhang mit dem sattsam bekannten Art. V des Gesetzes vom 17. December 1862. Die Strafen betragen 6 Wochen Arrest.

Was die gewerkschaftliche Bewegung anbelangt, so besteht in der Waffenfabrik ein von der Direction anerkanntes Vertrauensmännersystem, welches besonders bei dem letzten flotten Geschäftsgange vortrefflich functionirte. Im August vorigen Jahres kam es zwischen den Arbeitern und der Direction der Waffenfabrik zu heftigen Differenzen, die zu einem Ausstande führten, an dem sich circa 1200 Abeiter betheiligten und durch welchen verschiedene Vortheile errungen wurden.

Auch wurde zur Erringung des Gemeindewahlrechtes wiederholt durch Demonstrationen eingegriffen, bei welchen es zu Zusammenstößen mit der Polizei kam. Im Großen und Ganzen ist die Bewegung in Steyr und dem Salzkammergute eine gute zu nennen.

III. oberösterreichischer Wahlkreis (Wels). Der Wahlkreis ist in die Bezirksorganisationen Wels, Ried, Schärding und Vöcklabruck eingetheilt.

An Versammlungen wurden abgehalten: 11 Volks-, 32 Vereins- und 23 § 2-Versammlungen; eine Volksversammlung wurde verboten.

Politische Verfolgungen hatte — soweit bekannt — der Wahlkreis eine Verurtheilung wegen § 63 St.-G. zu 6 Monaten schweren Kerkers zu verzeichnen.

Die Zahl der im Wahlkreise befindlichen Organisationen konnte mangels an Berichten nicht genügend festgestellt werden, ebensowenig die der organisirten Mitglieder. Die politische als auch gewerkschaftliche Bewegung liegt hier sehr im Argen und fehlt es nicht nur an finanziellen, sondern hauptsächlich auch an agitatorischen Kräften. Nicht minder sind die elenden Lohnverhältnisse und die damit verbundene große Fluctuation der Arbeiter schuld daran.

Salzburg.

Der Wahlkreis, welcher das ganze Kronland umfaßt, zerfällt in sechs Bezirksorganisationen, und zwar: Salzburg (Stadt und Umgebung), Hallein, St. Johann im Pongau, Mühlbach, Zell am See und Saalfelden.

Im Wahlkreise wurden 77 Volks-, 270 Vereins- und 120 § 2-Versammlungen abgehalten, von welchen zwei aufgelöst wurden.

Als selbstständiges Wahlkreisorgan wurde seit 13. April 1899 die „Salzburger Wacht“ gegründet, welche dreimal monatlich in einer vorläufigen Auflage von 1000 Exemplaren erscheint. Außerdem werden noch eine große Zahl von außerhalb des Wahlkreises erscheinenden politischen Parteiblättern abgesetzt.

Was die im Wahlkreis befindlichen Organisationen anbelangt, so bestehen derzeit 1 politischer Verein, 24 Gewerkschaftsvereine und Ortsgruppen, sowie 1 Bildungs- und 1 Gesangverein, mit zusammen 1641 Mitgliedern.

An politischen Verfolgungen sind nur Bestrafungen wegen Uebertretung des § 23 Preßgesetz in der Gesammthöhe von fl. 15 zu verzeichnen. Außerdem ist eine Untersuchung wegen § 65 und § 302 des Strafgesetzes im Zuge.

Die politische, sowie gewerkschaftliche Bewegung hat in den letzten Jahren einen bedeutenden Aufschwung zu verzeichnen, nur zur Bearbeitung fehlt es in Folge der stetigen Ausbreitung der Partei an den nothwendigen agitatorischen Kräften.

Schlesien.

Die politische Organisation Schlesiens theilt sich in zwei Wahlkreisorganisationen, von denen die eine der deutschen, die andere der czechischen Executive untersteht. Wir geben im Folgenden eine Uebersicht über die deutsche Organisation in beiden Wahlkreisen:

I. **Westschlesischer Wahlkreis.** Der Sitz des Wahlkreisausschusses ist Jägerndorf und ist das ganze Gebiet in die vier Bezirksorganisationen Jägerndorf, Freudenthal, Freiwaldau und Wigstadtl eingetheilt, welche wieder in 15 Localorganisationen zerfallen. Ein selbstständiger politischer Verein befindet sich nicht im Wahlkreise. Soweit den Berichten der Bezirke zu entnehmen ist, existiren 34 Bildungsvereine, Gewerkschaften und Gewerkschaftsortsgruppen, mit einer Mitgliederzahl von 1804 Männern und 271 Frauen; darunter befindet sich auch ein landwirthschaftlicher Verein mit dem Sitze in Lobenstein. Bei der Berechnung der Mitgliederzahl ist nicht zu übersehen, daß von den sieben Troppauer Organisationen trotz wiederholter Anfragen keine Auskunft zu erhalten war, so daß sich die wirkliche Gesammtzahl der organisirten Arbeiter jedenfalls viel höher stellt, als wir hier anzugeben vermögen. In Jägerndorf besteht außerdem eine lose Frauenorganisation, an der circa 40 Genossinnen theilnehmen.

Politische Versammlungen wurden in der Berichtszeit im Ganzen 201 abgehalten, und zwar 82 Volksversammlungen, 47 Vereinsversammlungen und 72 § 2-Versammlungen.

Ein eigenes Blatt existirt im Wahlkreise nicht, doch wird die außerhalb des Wahlkreises erscheinende Parteipresse in 2100 Exemplaren verbreitet.

Die Einnahmen aller Bezirksorganisationen beliefen sich auf fl. 443·05, die Ausgaben auf fl. 389·25. An die Kreisvertretung ist nur von der Bezirksorganisation Wigstadtl der Betrag von fl. 53·96 eingelangt, die anderen Bezirksorganisationen leisteten gar nichts.

An politischen Verfolgungen sind zu verzeichnen: Wegen § 64 St.-G. zwei Monate Kerker, wegen Uebertretung des Versammlungsgesetzes fl. 5 Geldstrafe. Ueberdies wurden mehrere Genossen und Genossinnen, wegen verschiedener Delicte in Anklagezustand versetzt, bei der Verhandlung freigesprochen.

Im Allgemeinen kann constatirt werden, daß die politische Bewegung im Berichtsjahre ziemlich gute Fortschritte gemacht hat. Auf gewerkschaftlichem Gebiete konnte in Folge der schlechten Löhne der hiesigen Arbeiterbevölkerung weniger Erfolg verzeichnet werden.

II. **Ostschlesischer Wahlkreis.** Die Organisation hat mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, da in drei Sprachen — deutsch, czechisch und polnisch — agitirt werden muß. Es ist in Folge dessen noch nicht möglich gewesen, ein Detailbild der deutschen Organisation im Wahlkreise zu erhalten. In letzter Zeit wurden vier Organisationen neu gegründet, und zwar in Bielitz für die Bäcker und die Bekleidungsindustrie, in Alexanderfeld und Ernsdorf allgemeine Arbeitervereine. Ueberdies wurde für die Bielitzer Organisationen ein Bezirksverband constituirt. In den Organisationen sind vornehmlich deutsche und polnische Arbeiter, während die czechischen Arbeiter noch mehr zurückgeblieben sind.

Versammlungen wurden in großer Menge abgehalten, doch war es nicht möglich, eine Angabe ihrer Zahl zu bekommen. Nur für die Zeit vom 1. April bis 30. August dieses Jahres liegen genauere Angaben vor. Nach ihnen wurden 48 Volks-, 12 politische Vereins- und 50 § 2-Versammlungen gehalten. Ueberdies wurden in der ganzen Berichtsperiode 4 Wahlkreis-Conferenzen und in Bielitz 7 Bezirks-Conferenzen abgehalten.

Für das Gebiet der politischen Verfolgungen liegen ebenfalls erst vom 1. April d. J. an Berichte vor. Sie lauten: 7 Fälle mit Verurtheilungen zu insgesammt 7 Monaten, 3 Wochen und 13 Tagen Arrest und 20 fl. Geldstrafe. Ein Genosse und eine Genossin stehen noch in Untersuchung wegen der §§ 65 und 300 Strafgesetz.

Brutale Maßregelungen mußten unsere Genossen wegen der Mai-Feier in Bielitz erdulden. Es wurden nicht weniger als 69 Genossen durch 4 Wochen und Viele vollkommen ausgesperrt.

Ein eigenes deutsches Blatt existirt nicht im Wahlkreise, doch werden die außerhalb des Wahlkreises erscheinenden Blätter ziemlich gut verbreitet; so im Bielitzer Bezirke allein circa 1200 Exemplare. In Bielitz erscheint ein polnisches Organ, die „Równosc“, in einer Auflage von 1600 bis 2000 Exemplaren, das bis 1. Juli 1899 in Teschen herausgegeben wurde. Flugblätter und Broschüren sind in allen drei Landessprachen gegen 30.000 Stück verbreitet worden.

Die Cassegebahrung der Bielitzer Bezirksorganisation — für den ganzen Wahlkreis liegt kein Bericht vor — stellt sich folgendermaßen dar:

	Einnahmen	Ausgaben
	Gulden	
1897/98	705·45	688·10
1898/99	820·47	814·15
Summe . . .	1525·92	1502·25

Zu bemerken wäre noch, daß die Partei sich auch an den Wahlen zur mährisch-schlesischen Unfallversicherungsanstalt und zum Gewerbegericht in Bielitz betheiligte. Bei der ersten Wahl errangen wir den Sieg, bei der zweiten Wahl siegte mit geringer Majorität der Terrorismus der jüdischen Fabrikanten, brüderlich vereint mit dem Schwindel der christlich-socialen Pfarrer.

Steiermark.

Die vier Wahlkreise Steiermarks bilden eine einheitlich verwaltete Landesorganisation, welche in die 14 Bezirksorganisationen: Graz, Cilli, Marburg, Bruck an der Mur, Kindberg, Mürzzuschlag, Leoben, Rottenmann, Aussee, Knittelfeld, Judenburg, Köflach, Voitsberg, Deutsch-Landsberg und 16 Localorganisationen eingetheilt ist. Drei neue Localorganisationen sind überdies in Gründung begriffen. Seit vergangenem Jahre ist auch die Bezirksorganisation Cilli von der südslavischen Organisation abgetrennt und der Landesorganisation einverleibt worden.

Der nachfolgende Bericht ist wenigstens, soweit die Zahl der Parteiveranstaltungen in Betracht kommt, unvollständig, da von Seite der Bezirksorganisationen Judenburg und Knittelfeld und von den Localorganisationen Zeltweg und Eggenberg trotz wiederholter Aufforderungen kein Bericht zu erlangen war.

Es bestehen in Steiermark drei politische Vereine mit 604 Mitgliedern und 156 Gewerkschaften und Gewerkschaftsortsgruppen mit über 16.000 männlichen und, soweit Angaben vorliegen, circa 600 weiblichen Mitgliedern. Bei der Angabe der Mitgliederzahl sind die Mitglieder des Allgemeinen Rechtsschutz- und Gewerkschaftsvereines für Steiermark wohl mitgerechnet, aber die Zahl seiner Ortsgruppen ist bei der Gesammtsumme der Organisationen nicht mitgezählt. Es ist also die wirkliche Gesammtziffer der in Steiermark bestehenden Organisationen viel höher anzunehmen als 156, da der Rechtsschutzverein in allen bedeutenderen Orten seine Ortsgruppen hat. Die gewerkschaftliche Organisation hat im Großen und Ganzen im vergangenen Jahre bedeutenden Zuwachs zu verzeichnen gehabt, aber auch die politische Organisation ist in stetem Fortschreiten begriffen. Insbesondere ist hier mit Erfolg der Versuch unternommen worden, in den einzelnen ländlichen Orten, in denen keine selbstständige Organisation besteht, Vertrauensmänner der Partei aufzustellen und so eine Art freier, politischer Organisation für das ganze Land zu schaffen.

Versammlungen sind in großer Zahl abgehalten worden. Soweit die Daten vorliegen, haben wir 323 Volks- und 385 politische Vereinsversammlungen zu verzeichnen. Ueberdies wurden in großer Menge § 2-Versammlungen veranstaltet, deren Gesammtziffer uncontrolirbar ist. Angemeldet wurden 425. Von den Volksversammlungen wurden zwei verboten. Die Ursache war in dem einen Falle ein formeller Fehler, in dem anderen der berühmte § 6 des Versammlungsgesetzes, die Furcht vor der Störung der „öffentlichen Ruhe und Ordnung".

Außer diesen Versammlungen wurden noch 12 Bezirksconferenzen und 1 Landesconferenzen abgehalten.

Die Presse, repräsentirt durch den wöchentlich erscheinenden „Arbeiterwille" und die monatlich erscheinende „Neue Botschaft" ist in stetem Aufschwunge begriffen. Der „Arbeiterwille" hat im vergangenen Jahre 500 neue Abonnenten gewonnen und hat gegenwärtig eine Auflage von 7200. Er erfreut sich auch der besonderen Fürsorge des Staatsanwaltes, denn von 52 im vergangenen Jahre erschienenen Nummern wurden nicht weniger als 22 confiscirt. Es ist auch noch eine Untersuchung wegen § 65 Strafgesetz in Schwebe. Gewiß ein Zeichen davon, daß er seine Aufgabe gut erfüllt hat. Auch die „Neue Botschaft", vor Allem für die ländliche Bevölkerung berechnet, erfreut sich eines fortwährenden Steigens ihrer Auflage. Gegenwärtig hat sie die Ziffer von 2500 erreicht. Mit diesen Ziffern ist aber noch lange nicht das wirkliche Maß der Verbreitung der Parteipresse in Steiermark bezeichnet, denn außer den bei vielen Gewerkschaften obligatorisch eingeführten Fachblättern werden auch noch viele Exemplare von außerhalb Steiermarks erscheinenden Blättern colportirt, und insbesondere die „Volkstribüne" ist im Lande stark verbreitet.

Ueber die finanzielle Gebahrung können wir mittheilen, daß die Gesammteinnahmen des Landes fl. 4111·38, die Gesammtausgaben fl. 3542·46 be-

trugen. Da durch die ausgedehntere Agitation immer neue Auslagen erwachsen und eine feste Grundlage auch in finanzieller Beziehung für die Partei geschaffen werden muß, hat die Landesconferenz vom 16., 17. und 18. Juli 1898 einen Antrag angenommen, wonach vom 1. August d. J. jeder Parteigenosse die Verpflichtung hat, 2 kr. monatlich als Parteisteuer an die Landesvertretung abzuführen. Von den auf diese Art erhaltenen Summen sollen den Localorganisationen 25 Percent verbleiben. Die übrigen 75 Percent werden zu gleichen Theilen der Bezirksorganisation und der Landesorganisation überwiesen. Dieser Beschluß ist zwar noch nicht überall vollkommen durchgeführt, aber es ist die beste Aussicht hiezu vorhanden, und er hat sich überall gut bewährt.

Politische Verfolgungen waren diesmal zwar nicht in so hohem Maße zu verzeichnen, wie im vorvergangenen Jahre, aber es ist immer noch genug übrig geblieben. Anklagen wurden 29 erhoben, und in 25 Fällen wurde dem Verlangen des Staatsanwaltes auch durch die Verurtheilung entsprochen. Die Strafen betragen zusammen 482 Tage, 6 Stunden Arrest und fl. 62·50 Geldstrafe, dazu 30 Tage Untersuchungshaft, gibt immerhin ein schönes Sümmchen.

In agitatorischer Hinsicht hat die steiermärkische Organisation, entsprechend den Vorgängen in den übrigen Kronländern, das Hauptgewicht auf die Veranstaltung von Demonstrationen gegen den im § 14 symbolisirten Regierungsabsolutismus und auf eine große, in allen bedeutenderen Orten zum Ausdruck kommende Action für die Erringung des Landtags- und Gemeindewahlrechtes gelegt. Hervorgehoben muß werden, daß am 27. November 1898 seitens der Grazer Arbeiterschaft eine große Leichenfeier am Grabe des ein Jahr vorher von den Badeni-Bosniaken um's Leben gebrachten Opfer abgehalten wurde.

Als neue Erscheinung ist zu verzeichnen, daß die Grazer Staatsdiener in ihrer Majorität sich eng an die Partei geschlossen haben und dies trotz einer Disciplinaruntersuchung, die gegen einzelne Gefangenaufseher aus diesem Grunde eingeleitet wurde und trotzdem, daß einige sogar wegen Uebertretung des § 23 angeklagt wurden.

Wenn wir, am Schlusse unseres Berichtes angelangt, die gewonnenen Resultate zusammenfassend, mit Befriedigung einen allgemeinen Fortschritt auf allen Gebieten der Parteithätigkeit in Steiermark constatiren können, so müssen wir hervorheben, daß dies insbesondere, soweit die Organisation in Betracht kommt, vor Allem auch der Constituirung einer ihre Aufgabe gut erfüllenden Landesgewerkschafts-Commission in Graz und der Anstellung von einigen unabhängig für die Partei wirkenden Kräften, so z. B. in Leoben, zuzuschreiben ist.

Tirol.

Im Folgenden werden wir über die Organisations- und Agitationsthätigkeit in den beiden nordtirolischen, der deutschen Executive unterstehenden Wahlkreisen berichten. Ueber den Trienter Kreis wird der Bericht in anderem Zusammenhange erstattet werden.

I. Tiroler Wahlkreis (Innsbruck). Der Wahlkreis ist in die fünf Bezirksorganisationen Innsbruck, Wörgl, Kitzbühel, Landeck und Kufstein eingetheilt, von denen aber die zuletzt angeführte derzeit nicht recht functionirt. Im Wahlkreise bestehen 5 politische Vereine mit 285 Mitgliedern, 23 Gewerkschaften, Gewerkschaftsortsgruppen und Bildungsvereine mit 1550 Mitgliedern und ein italienischer Arbeiterverein mit 30 Mitgliedern. Bei der Beurtheilung der hier gegebenen Zahlen ist zu berücksichtigen, daß nicht alle Organisationen ihre Angaben gemacht haben und daß insbesondere für die Frauen nahezu gar keine Daten vorliegen, doch kann schon aus diesen Zahlen constatirt werden, daß die Organisationen im verflossenen Jahre einen Zuwachs von mehr als 400 Mitgliedern aufzuweisen haben.

An Versammlungen haben wir 30 Volks-, 351 Vereins- und 101 § 2-Versammlungen zu verzeichnen. Eine Vereinsversammlung der Eisenbahner in Landeck wurde verboten.

Im Wahlkreise erscheint das Landesorgan für Tirol und Vorarlberg, die „Volkszeitung", in einer Auflage von 1400 Exemplaren, davon werden im Wahlkreise selbst circa 530 verbreitet. Außerdem werden 250 deutsche und 50 italienische politische Parteiblätter und 700 Fachblätter abgesetzt.

Wie überall hat sich auch bei uns der Staatsanwalt mit liebender Fürsorge um die socialdemokratische Presse bekümmert. So wurde die „Volkszeitung" siebenmal confiscirt und einmal mit fl. 50 Geldstrafe belegt. An Kosten für Einspruchsverhandlungen und Rechtsvertretung erwuchsen überdies noch fl. 43. Für unsere Verhältnisse eine bedeutende Summe!

Trotz der schwierigen Verhältnisse und des Mangels eines guten Kernes von industriellen Arbeitern hat die Organisation doch auch in unserem Wahlkreise gute Fort-

schritte gemacht. In Innsbruck war im vergangenen Jahre ein großer Strike der Bauarbeiter, der 2000 Personen in Mitleidenschaft zog. Trotz der sprachlichen Verschiedenheit — Deutsche, Italiener, Czechen — wurde derselbe musterhaft zu Ende geführt. Sein Ausgang hat auf die gewerkschaftliche Organisation sehr günstigen Eindruck gemacht, aber auch die politische Organisation hat Fortschritte aufzuweisen. Insbesondere die Gründung von Wahlvereinen in den bedeutenderen Orten von Innsbrucks Umgebung hat sich sehr gut bewährt.

II. **Tiroler Wahlkreis** (Bozen). Innerhalb der 3 Bezirksorganisationen Bozen, Meran und Lienz, in die der Wahlkreis zerfällt, bestehen 1 politischer Verein mit 30 Mitgliedern, 34 Gewerkschaften, Ortsgruppen und Bildungsvereine mit 1300 Mitgliedern und ein italienischer Arbeiterverein mit 30 Mitgliedern.

In Innsbruck wurden 3 Genossen wegen Uebertretung des § 3 Coalitionsgesetzes zu Arreststrafen von zusammen 30 Tagen verurtheilt. Gen. Filzer, der auf Grund einer christlich-socialen Denunciation wegen Religionsstörung angeklagt war, wurde vom Landesgerichte freigesprochen.

Ueber die Zahl der organisirten Frauen liegen auch hier keine näheren Angaben vor. Auch haben nicht alle Organisationen nähere Daten über ihren Mitgliederstand geliefert, so daß in den genannten Ziffern nur der niedrigste anzunehmende Mitgliederstand zum Ausdruck kommt.

An Versammlungen haben wir 18 deutsche und 8 italienische Volks-, 20 deutsche und 20 italienische § 2-Versammlungen auszuweisen.

Eine eigene Presse besteht nicht. Von fremden Blättern werden die „Volkszeitung" in 135, eine Reihe anderer deutscher politischer Blätter in zusammen 179 und 2 italienische Blätter in 156 Exemplaren verbreitet. Ueber die Gewerkschaftspresse liegen keine Angaben vor.

Ein Genosse wurde wegen Uebertretung des berühmten § 23 Preßgesetz, der uns, wie wir sehen, überall begegnet, zu fl. 15 Strafe verurtheilt.

Zu bemerken wäre besonders, daß im Allgemeinen die Parteibewegung einen mehr gewerkschaftlichen Charakter hat, da für eine ausgedehntere politische Agitation auch hier die nothwendigen Kräfte fehlen.

Vorarlberg. Der Wahlkreis Vorarlberg hat drei Bezirksorganisationen: Bregenz, Dornbirn, Rankweil. In ihnen befinden sich ein politischer Verein mit 55 Mitgliedern, 16 Berufs- und Bildungsvereine mit 420 Mitgliedern und ein italienischer Verein mit 41 Mitgliedern. Ueber die Betheiligung der Frauen an der Organisation liegen gar keine Angaben vor. Politische Versammlungen wurden im Verhältniß zu der schwach entwickelten Organisation zahlreich abgehalten. Es waren im Ganzen 15 Volks-, 7 öffentliche Vereins- und 32 § 2-Versammlungen zu verzeichnen.

Wenn auch kein eigenes politisches Blatt existirt, so können wir doch eine verhältnißmäßig starke Verbreitung der Parteipresse constatiren. So wurden von der Innsbrucker „Volkszeitung" 276, vom „Eisenbahner" 160 und von den „Glühlichtern" 185 Exemplare regelmäßig abgesetzt. Genaue Angaben über die zahlreich verbreiteten anderen Blätter liegen nicht vor.

Obwohl im Wahlkreise eine ziemlich stark entwickelte Textilindustrie vorhanden ist, läßt doch sowohl die gewerkschaftliche, wie die politische Bewegung ziemlich viel zu wünschen übrig.

Die Hauptschuld daran trägt wohl der Druck der Clericalen, die im Lande allmächtig sind. Ihnen ist kein Mittel zu schmutzig, keine Verleumdung zu gemein, um die Bewegung in ihrem Fortschritt zu hemmen.

Bericht der italienischen Executive.

Südtirol.

Eine wirkliche socialistische Organisation unter den Italienern Tirols besteht erst seit etwa drei Jahren. Am Parteitag Wien (1897) wurde kein Bericht darüber veröffentlicht, weil er zu spät einlangte. Er folgt daher unter Einem mit dem jetzigen.

1. Politische Bewegung. Die politische Agitation. In unserem Thätigkeitsgebiet ist die Agitation wegen der Jugend unserer Bewegung, wegen des völligen Stumpfsinnes unserer Volksmassen gegenüber der Politik, wegen der schlechten Verkehrsverhältnisse, wegen der gehässigen Unduldsamkeit der Clericalen, die in 9 Orten geradezu Krawalle gegen die Socialisten angestiftet hatten, sehr schwer gewesen; überdies

fehlt uns eine genügende Anzahl von Agitatoren. Gleichwohl waren die von uns gemachten Fortschritte und erzielten Erfolge glänzend.

In unserer Kreisorganisation ließen sich 1896 650 Volks- und Wählerversammlungen, mit einer beiläufigen Besucherzahl von 50.000 Personen feststellen. Von vielen Versammlungen haben wir keinen Bericht.

An der Feier des 1. Mai 1898 nahmen im Trienter Gebiet 5000 Personen theil und andere 3000 italienischen Arbeiter in den deutschen Städten Tirols. In Trient und Rovereto gab es am 1. Mai 1898 eine großartige Kundgebung.

2. Wahlkämpfe. An den allgemeinen Wahlen im März 1897 nahm unsere Partei den lebhaftesten Antheil. Im Trienter Wahlkreis der V. Curie konnten wir wegen der enormen Schwierigkeiten des indirecten Wahlsystems bloß in 28 Gemeinden kämpfen, und trugen in Rovereto, Ala und drei anderen Orten den Sieg davon. Im Ganzen bekamen wir 37 Wahlmänner mit 2246 Stimmen. Hier können wir diejenigen Urwählerstimmen anschließen, die nicht für uns abgegeben wurden. Von 638 Wahlmännern der V. Curie Trient stimmten 559 für den clericalen Don Gnetti, 25 für den liberal-nationalen Capraro und 37 für den socialistischen Candidaten Augusto Avancini.

Im Juni 1898 hatten wir einen zweiten Wahlkampf in unserer V. Curie wegen des Todes des Abgeordneten Don Gnetti. Diesmal spalteten sich die Clericalen und stellten zwei Candidaturen auf. Die „christlich-sociale" Partei stellte den Advocaten Capelletti, die clerical-conservative den Priester Don Brusamolin auf. Die liberal-nationale Partei verzichtete diesmal auf einen eigenen Candidaten und zog es vor, den Clerical-Conservativen zu unterstützen. Wir hatten als Candidaten Gen. Eduard Costanzi, Redacteur des „l'avenire del lavoratore" bestimmt.

Außer den Schwierigkeiten des letzten Males haben wir auch noch die Jahreszeit gegen uns. Ueber 30.000 Arbeiter befanden sich in deutschen Ländern, und gerade unter diesen Arbeitern findet unsere Propaganda den besten Boden. Gleichwohl konnten wir manchenorts einen tüchtigen Fortschritt gegen die letzten Wahlen constatiren. In Trient stieg unsere Stimmenzahl von 267 auf 545, in Rovereto hatten wir einen glänzenden Sieg mit 573 gegen 271 für den christlich-socialen und 268 für den liberal-clericalen Candidaten abgegebenen Stimmen. Wir siegten in acht Orten und erlitten eine Niederlage in Ala, wo wir 1897 gesiegt hatten. Wir hatten im Ganzen 2464 socialistische Urwählerstimmen. Aus der eigentlichen Wahl ging dann der liberal-clericale Don Brusamolin mit wenigen Stimmen Majorität als gewählt hervor. Für Costanzi, den socialdemokratischen Candidaten stimmten 29 Wahlmänner.

Communale und Krankencassen-Wahlen. Wir nahmen theil an dem Wahlkampf in den Gemeinden Trient, Rovereto und dem Landort Sover. In Trient drang einer unserer Candidaten durch, ebenso in Rovereto und im dritten Wahlkörper hatten wir 130 Stimmen gegen 160, die für die schimpfliche Allianz zwischen Liberalen, Christlich-Socialen, Clericalen und Wirthschaftspartei abgegeben wurden, die sich vor dem drohenden socialdemokratischen Sieg vereinigten.

Im Alpenort Sover siegten wir vollständig.

Bei den Krankencassenwahlen siegten wir durchaus in Trient, Roveredo, Mirano und theilweise in Bozen. In Bozen und Meran stimmten die italienischen Arbeiter naturgemäß mit den deutschen.

3. Die Presse. Unser Organ, „l'avenire del lavoratore", erscheint jede Woche mit sieben Ausnahmen wegen des Zeitungsstempels; er wird jetzt in Trient gedruckt. Er stieg von 800 auf 1200 verkaufte Exemplare in den letzten sechs Monaten. 1898 hatte er eine Einnahme von fl. 1797 und eine Ausgabe von fl. 1669·43. Von der Mainummer allein wurden 4000 Exemplare verkauft. Von einer Broschüre für den Wahlkampf wurden 8000 Exemplare verbreitet, vom Arbeiterkalender 600. Der italienische Parteiausschuß hat überdies circa 1000 italienische Broschüren verbreitet.

4. Die politische Organisation. Der socialistische Parteiausschuß der Tiroler Italiener umfaßt in seiner Thätigkeit den Wahlkreis Trient der V. Curie und die politischen italienischen Organisationen in ganz Tirol. Unsere politische Organisation ist noch sehr mangelhaft und unvollständig. Die Geldmittel, über die sie verfügen kann, sind sehr gering. Außer den oben angegebenen Gründen, ist die Ursache hievon der Umstand, daß wir in diesen drei Jahren dem Ausbau der gewerkschaftlichen Organisation, der Agitation und dem Wahlkampf unsere ganze Zeit widmen mußten. Jedoch functioniren in Trient und Rovereto die Localausschüsse sehr gut. Unter den italienischen Genossen Tirols besteht ein im Juli 1898 gegründeter politischer Verein, der bis jetzt 200 Mitglieder zählt.

Der Kreisausschuß hatte 1898 fl. 248·47 Einnahmen und fl. 231·61 Ausgaben, mußte aber außerdem eine Schuld von fl. 83 wegen der Administration unseres Blattes machen. Die socialistischen Localausschüsse von Trient und Rovereto gaben 1898 etwa fl. 500 für Agitation und Wahlkampf aus. Die Gesammtparteivertretung Oesterreichs

gab eine Unterstützung von fl. 100 für den Wahlkampf von 1897 und weitere fl. 100 für den von 1898.

5. Methode der Agitation. Die Fragen, die die lebhafteste Agitation entfesselten, waren der Kampf um das allgemeine, gleiche und directe Wahlrecht für Reich, Land und Gemeinde. Im Jänner 1898 fand eine große Protestversammlung in Trient gegen den Tiroler Landtag statt, der den Argumenten der Deutschnationalen von Bozen folgend, den Bau der Bahn von Trient in's Fleimserthal verhinderte. Am 18. December 1898 fand in's Innsbruck eine wichtige Versammlung deutscher und italienischer Socialdemokraten Tirols statt, die sich zu Gunsten der Autonomie des italienischen Theiles des Kronlandes aussprach. Am 8. December wurde eine große Protestversammlung gegen die Knebelung der Presse in Oesterreich in Rovereto abgehalten.

Viele Volksversammlungen fanden statt zur Bekämpfung der Gemeindesteuer von 18 kr. für jeden Gulden Brot, eine traurige Eigenthümlichkeit der Trientiner Gemeinden, sowie ein trauriger Vorzug ganz Tirols der Landesgetreidezoll und Mehlzoll ist, den wir energisch bekämpften.

6. Die Frauenbewegung ist bis jetzt noch sehr beschränkt. Eine Genossin hielt in Trient und Rovereto Frauenversammlungen ab. Aber bis jetzt sind der Arbeiterinnen wenig, die zu Versammlungen kommen und an den politischen und wirthschaftlichen Organisationen sich betheiligen. In Fiume kommen die Bäuerinnen sehr zahlreich zu unseren Versammlungen. Das größte Hinderniß, die Frauen zu gewinnen, bilden die Clericalen dadurch, daß sie uns als Religionsfeinde hinstellen. Damit erschweren sie uns auch das Eindringen in die Bauernschaft.

Die wirthschaftliche Bewegung. 1. Strikes und Lohnbewegung. Vom Jahre 1896 an gab es in Tirol (nach den dem Vertrauensmann gewordenen Nachrichten) 13 Strikes, an denen italienische Arbeiter theilgenommen haben mit 3600 italienischen Theilnehmern. Von diesen hatten neun einen günstigen Erfolg mit etwa 3000 Arbeitern, zum großen Theil Fabriksarbeiter. Einen theilweisen Erfolg hatten der Strike der Tischler von Meran (120 Personen) und der der Sägenarbeiter im Fleimserthal (circa 60 Personen). Dieser letztere war von den Christlich-Socialen organisirt. Vollständig verunglückten: der Strike der Seidenweberinnen (circa 300 Arbeiterinnen) und der der Taglöhner der Südbahn (etwa 60 Arbeiter). Die Hauptursache des Mißlingens dieser zwei letzten Strikes war das gänzliche Fehlen einer Organisation. Auch die Verkürzung der Arbeitszeit auf zehn Stunden, die die Lederarbeiter von Rovereto im Strike errungen hatten, konnte wegen der Schwäche ihrer Organisation und der ungünstigen Geschäftsconjunctur der Industrie nicht aufrecht erhalten werden. Außer diesen Strikes gab es unter den Italienern Tirols 19 Lohnbewegungen durch die Organisation veranlaßt, die mit der Verkürzung der Arbeitszeit auf zehn Stunden und der Erhöhung des Lohnes endeten.

2. Gewerkschaftsorganisationen und Arbeiterbildungsvereine. Wir sind nicht in der Lage, die Zahl der Gewerkschaften anzugeben, in denen italienische Arbeiter im deutschen Theil des Kronlandes Mitglieder sind. Im Trienter Gebiet gibt es 13 Vereine und Ortsgruppen von Gewerkschaften mit etwa 1200 Mitgliedern. Unter den Italienern Tirols gibt es 17 Arbeiterbildungsvereine mit circa 1300 Mitgliedern. Diese Bildungsvereine fungiren thatsächlich auch als allgemeine Gewerkschaftsvereine und haben dementsprechend ihr Statut geändert. In Trient und Rovereto sind die Bildungsvereine im Begriffe, durch Gewerkschaften ersetzt zu werden. Vor drei Monaten wurde in Trient eine Arbeitskammer (Gewerkschaftscartell) geschaffen und am 1. Mai wurden die Statuten für eine von Rovereto eingereicht.

3. Consumgenossenschaften. Unter den socialistischen italienischen Arbeitern Tirols waren bis jetzt Consumvereine in Innsbruck, Untermais, Bozen, Rovereto. Bis jetzt hatten alle sehr guten Erfolg und konnten einen 4percentigen Antheil über die gemachten Einkäufe vertheilen.

4. Das Arbeitersecretariat und die ökonomische Bewegung. Von Tag zu Tag macht die wirthschaftliche Bewegung und die Gewerkschaftsorganisation größere Fortschritte, was zum großen Theil dem Arbeitersecretariat zu danken ist, das für ständig in Trient organisirt ist. Die Gewerkschaftscommission in Wien stellt ihm eine monatliche Unterstützung von fl. 30 zur Verfügung. Das Secretariat hat einen ständigen Beamten, welcher nebstdem die Redaction der „L'Avenire del lavoratore" besorgt. Unsere wirthschaftlichen Organisationen halten sich dem Gesetze gemäß von der politischen Bewegung fern, aber sie sind das beste Mittel, Genossen für die socialistische Idee zu gewinnen.

Schwerer sind die Landarbeiter zu organisiren, weil bei uns beinahe Alle Kleinbauern sind. Die Christlich-Socialen haben unter ihnen ein großes Netz von Consumvereinen, von Bauerncassen und Viehversicherungsanstalten errichtet. Die liberal-natio-

nalen Bürger haben jeden Einfluß auf das Volk verloren und auch die Clericalen verlieren fortwährend an Boden gegen die Christlich-Socialen. Im Uebrigen sind auch unsere Christlich-Socialen nichts als maskirte Clericale, nur noch gemeiner und niedriger im Gebrauche ihrer Waffen gegen uns.

Triest, Küstenland und Dalmatien.

Leider läßt es der für diesen Bericht bewilligte Raum nicht zu, unsere Absichten klar darzulegen; wir werden uns daher begnügen, über unsere Thätigkeit nach der Reihenfolge der Verhandlungen des Parteitages zu berichten.

Politische Lage und Taktik der Partei. Einerseits der erbitterte Nationalitätenkampf, andererseits der eingewurzelte Clericalismus wirken hemmend auf die Entwicklung der Partei; überdies noch die persönlichen Zwistigkeiten, welche im Schoße der Partei, wegen Einschleichung von ungewissenhaften Elementen, entstanden sind, haben auf den Fortschritt derselben höchst nachtheilig gewirkt; dessenungeachtet hat politisch unsere Partei große Fortschritte gemacht. Es wurden Meetings abgehalten, welche von Tausenden von Personen besucht waren; jedesmal, wenn die Centralleitung für die Erreichung von ökonomischen und politischen Rechten Agitationen anordnete, hat das Secretariat, oder die Lega sociale democratice Volksversammlungen ausgeschrieben. In Folge der geschehenen Agitation zur Erlangung des allgemeinen Wahlrechtes für die Gemeinden studirt der Gemeinderath, welcher in Händen der liberalen Partei ist, diese Frage.

Was die Taktik anbelangt, war unsere Partei immer absolut selbstständig, und. obwohl die liberale Partei als auch die klerikale Partei eine Annäherung mit uns gesucht haben, haben wir stets alle Anbote und Versprechungen zurückgewiesen.

Betreffs der Centralorganisation der Partei, was die politische Organisation in Triest betrifft, haben wir die Lega sociale democratic (Socialdemokratischer Bund) und das betreffende Secretariat. Folgende Vereine bilden die ökonomische Organisation: die Federazione dei lavoratori e lavoratrici (Bund der Arbeiter und Arbeiterinnen), welcher Gruppen in Triest, Pola, Rovigno, Görz, Cormons hat, und in Bälde eine in Muggia gründen wird. In Isola existirt ein Gabinetto operaio di lettura (Arbeiter-Lesecabinet); im Ganzen haben alle diese Vereine circa 10.000 Mitglieder.

Nationale Frage. In der ersten Landesconferenz der Socialdemokraten des Küstenlandes und Dalmatiens (25. und 26. December 1897. Anwesend waren 56 Delegirte und der Vertreter der Gesammtexecutive Dr. Ellenbogen), wurde ein Entschluß genehmigt, der die nationale Hetze bekämpft und jedes Zusammengehen mit den nationalen Parteien als unzulässig erklärt. Was den Contact unter italienischen und slavischen Socialisten betrifft, ist derselbe jetzt vollkommen gelungen, und man hofft in Zukunft eine starke, gemeinschaftliche Agitation.

Der Arbeiterschutz ist den ökonomischen Organisationen der Partei anheimgestellt. In dem Wahlkampfe der Krankencasse sind nach heißem Kampfe 32 der Unsrigen in die Direction eingetreten; im Unfallversicherungs-Institute jedoch ist nur ein einziger socialistischer Arbeiter Mitglied der Direction. Zur Eroberung der Gewerbegerichte hat die Partei viele Versammlungen abgehalten und mehrere Tagesordnungen festgesetzt, ohne jedoch ein Resultat erlangt zu haben. Es wird überall der Mangel an „Camere di lavoro“ (Arbeiterkammern) und an einem Arbeiter-Secretariat für die italienischen Provinzen Oesterreichs gespürt; es fehlen jedoch momentan die Mittel hiezu, und wurde deswegen die Centralcasse um eine Unterstützung angegangen. Consumvereine existiren nicht und die Frauenbewegung ist höchst eingeschränkt, obwohl wir unter den Bureauarbeiterinnen viele Genossinnen zählen; um eine Frauenorganisation zu gründen, wären auch reichliche Mittel nöthig für die Propoganda. Die Sessolotte, Arbeiterinnen der Südfrüchtenmagazine, der Webereien und der Druckerereien, bilden ein großes industrielles Proletariat, welches eine Organisation dringend benöthigt.

Es bestand eine Organisaton jugendlicher Arbeiter (Circolo recreativo), welche sich nicht wegen Mangel an Mitgliedern, sondern wegen Abgang an leitenden Elementen auflösen mußte. Nunmehr ist eine solche Organisation im Begriff, wieder aufzukommen.

Presse. In den ersten Monaten des Jahres 1898 hat der „Lavoratore“ wöchentlich 4000 Exemplare in Druck gelegt; deswegen und überdiesgestützt auf andere Umstände, wie zum Beispiel die Wichtigkeit der Arbeiterbewegung im Jahre 1897, welche der Partei viele neue Angehörige verschafft hat und das Bedürfniß der täglichen Presse, hat die Lega sociale democratice am 1. Mai 1898 den täglich erscheinenden „Lavoratore“ gegründet, was aber eine complete Enttäuschung war, da der-

selbe auf keinem festen Fond, sondern blos auf persönliche Opfer von Vielen gestützt war. Mit Mühe und Noth konnte sich das Blatt nur bis Hälfte December halten und wegen Zwistigkeiten im Schooße der Partei erst am 13. Jänner d. J. wieder erscheinen. Der wöchentliche „Lavoratore“, welcher jeden Freitag mit 7 Ferien im Jahre erscheint, kostet 5 kr. und hat einen Absatz von durchschnittlich 3000 Exemplaren. Mit Rücksicht auf die numerische Kraft unserer Partei und auf die Wichtigkeit der von uns bestandenen Kämpfe, macht sich das Bedürfniß eines täglich erscheinenden Blattes sehr fühlbar. Eine socialistische Verlagsbibliothek besteht nicht, deswegen hat die Administration des „Lavoratore“ mehrere Druckschriften herausgegeben, wie zum Beispiel den Kalender pro 1899 unter Mitwirkung von De Amicis, Schiavi, Barbato, Ferri, Lombroso, Liebknecht, Bebel ꝛc., die Mainummer pro 1899 u. s. w.

Seinerzeit wurde der „Avanti“ von Triest, welcher jetzt nicht mehr publicirt wird, boycottirt. Diese Zeitung wurde bloß aus Widerwärtigkeit einzelner Individuen gegen einige Parteiführer gegründet. Jetzt ist der täglich erscheinende „Lavoro“ („Arbeit“) boycottirt, welcher aus Privatspeculation von einem Individuum, welches von der Partei ausgestoßen worden ist, herausgegeben wird. Eine Person wurde aus der Partei ausgestoßen, weil dieselbe gegen einige Parteigänger in ein gouvernementales Blatt schrieb; eine andere, weil sie durch die Presse einen Genossen verleumdete.

In Dalmatien erleiden die Genossen eine hartnäckige polizeiliche Verfolgung, welche ihnen eine Unzahl Processe und Strafen verursachte. Im Görzerischen erlaubt der Bezirkshauptmann keine Volksversammlungen, weshalb man für Agitationen den § 2 gebrauchen muß. In Triest sind keine demonstrativen Spaziergänge erlaubt. Was Confiscirungen betrifft, erlitt der täglich erscheinende „Lavoratore“ **25 Percent**; selbst für die Reproduction von Artikeln, die in österreichischen Zeitungen z. B. „Arbeiter-Zeitung“, „Avvenire del Lavoratore“, „Pravo Lidu“, „Corriere di Gorizia“ ꝛc. erschienen waren, wurde das Blatt confiscirt. Unter Anderen wurde der „Lavoratore“ für die Reproduction des Artikels des Genossen Austerlitz „Der Socialismus und der Nationalitätenkampf in Oesterreich“, welche auch in Wien („Arbeiter-Zeitung“) und in Prag („Pravo Lidu“) gedruckt wurde, **zweimal** confiscirt. Viele Genossen erlitten Processe und Strafen kraft der §§ 275 bis 305 G. und §§ 19, 23, 24, 25 des P.-G. wegen Agitation zu Gunsten der Partei.

In Zara (Dalmatien) hat „Der Socialist“ (Il Socialista) bestanden, welcher jedoch wegen Mangel an Redactionskräften nach wenigen Nummern die Publication einstellen mußte. Andere socialistische Zeitungen bestehen in der Provinz nicht, weil einerseits der „Lavoratore“ sie ersetzt und anderseits es an intellectuellen Kräften mangelt, wo solche nöthig wären.

Strikes. Nach den denkwürdigen vom Jahre 1897 geschahen in Triest keine Strikes von einiger Wichtigkeit, ausgenommen jener der Eisengießer, welcher mangels Organisation einen nicht gänzlich befriedigenden Ausgang hatte, und jenen der Drucker des Etablissements S. D. Modiano, welcher einen günstigen Erfolg hatte. In der Provinz jedoch, und zwar in Piedimonte (Podgora bei Görz), brach ein sehr großer Strike von Arbeiterinnen aus, welcher dank unserer Intervention einen guten Ausgang hatte. Während die Lage des industriellen Proletariats manchmal erträglich ist, ist jene der Agenten (Eßwaaren, Manufacturen, Privatbureaux, Gewölber ꝛc.) sehr kritisch. Da die Organisation, welche fast unmöglich durchzuführen ist, unter diesen Arbeitern fehlt, mußte die Auferweckung einzelner Kategorien den Strike als nothwendige Folge haben.

Zum Schlusse kann man folgendermaßen unsere Thätigkeit zusammenfassen: Wir haben Vieles geleistet; leider aber fehlen intellectuelle Elemente, obwohl Genossen nicht fehlen, damit das viele Geleistete auch Früchte bringe; aus der Arbeiterclasse selbst sind leider noch wenige Kräfte aufgekommen, welche zur Propaganda mit Gedanken und That geeignet wären.

Bericht der polnischen Executive.

Allgemeiner Bericht. Die eherne Logik der geschichtlichen und ökonomischen Entwicklung hat tiefe Furchen im politischen Antlitz Galiziens eingeprägt. Schneller, als erwartet, geht das feudale Regime in Brüche und kracht in allen Fugen; das morsche Gebäude der Schlachta steht unmittelbar vor einem Zusammenbruch. Im gleichen Schritt damit beginnt es in der Volksmasse zu dämmern. In anderen Ländern ist es schon heller Tag und die Gegensätze haben sich zugespitzt; in Galizien beginnt es erst zu dämmern: und im Zwielicht wird manches anders gesehen. Das Fehlen der Großindustrie, das unsäglich tiefe Lebensniveau der Bevölkerung, die Ueberarbeit und Unterconsumtion, alle diese Factoren haben der Volksbewegung in Galizien ein eigenthümliches Gepräge gegeben. Während das Bürgerthum bis nun, von einigen schwäch-

lichen Anfängen abgesehen, sich zu einer politischen Organisation nicht aufraffen konnte, haben sich mehrere agrarische Parteien gebildet, die alle Merkmale der kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Formationen haben und einander blutig bekämpfen. Sie sind höchstens in Charakter und Programmlosigkeit einig und propagiren einen Personencultus widerwärtigster Art; sie schillern in allen Farben und weisen eine seltsame Mischung von Radicalismus, Reaction und Clericalismus auf. Galizien befindet sich jetzt in einem Zustande der Gährung, in einem Uebergangsstadium, wo Alles verworren und verkehrt herauskommt.

Bei solchen Zuständen ist die Aufgabe der Socialdemokratie klar und deutlich vorgezeichnet. Sie, die einzige Partei mit einer modernen Organisation und klarem Programm, gibt den Ton der Opposition an, sie ist die Trägerin der socialen Entwicklung des Landes und Ruferin im Kampfe gegen die Schlachta. Die Socialdemokratie in Galizien wurde die gefürchtetste und bestgehaßte Partei, und alle Schläge und Verfolgungen der Schlachta blieben ihr nicht erspart. Sie versah immer den Vorpostendienst der Opposition, und wo es eine Bresche zu schlagen galt, eilte sie voran mit fliegenden Fahnen zum Kampfe.

Die letzten zwei Jahre waren Jahre der Prüfung. Als die Wahlerfolge die Ausbreitung und Macht der socialdemokratischen Bewegung bewiesen haben, wurde der Antisemitismus und Panslavismus nach erpropten Mustern als das Gegengift benützt, um die Arbeiterbewegung lahmzulegen. Wie Pilze schossen verschiedene antisemitische Käseblättchen aus der Erde; vom Clerus und der Schlachta subventionirt, begannen sie einen „Vernichtungskrieg" gegen die Socialdemokraten. Hiezu gesellte sich bald der Panslavismus, jener reactionäre Wechselbalg, welcher alle Schmutzflecke des Polenclubs reinwaschen sollte. Badeni wurde der panslavistische Heros; ein wahres Kesseltreiben wurde in der corrupten galizischen Presse in Scene gesetzt. Das panslavistische Schlagwort wurde bald sehr populär. Stojalowski wurde von den Stanzyken gekauft, und alle bisherigen politischen Gruppirungen lösten sich auf im wirren Durcheinander. Der Rummel trieb bald Blüthen; in Krakau und anderswo kam es zu Zusammenstößen und Demonstrationen. Die Socialdemokratie hielt kaltblütig diesen Paroxismus des wildgewordenen Philisters aus und zog mit ätzender Schärfe die aufgeblähten Phrasen in's Lächerliche zurück. Gegen den Volksverräther Stojalowski wurde ein Kampf bis auf's Messer geführt. Der unnatürliche Nimbus, welcher ihn in Folge der bornirten Verfolgungen der Stanzyken umgeben hat, sank immer mehr im gleichen Schritte mit dem Steigen seiner politischen Schuftereien. Das Mandat von Lancut konnte er nur dank dem ungeheueren Terrorismus und der Unterstützung der Regierung erobern. Im Bezirke Sanok verlor sein Candidat das Mandat an den Volksparteiler.

Das Treiben des gewissenlosen Demagogen zusammen mit der antisemitisch-clericalen Agitation zeitigte die bekannten Bauernunruhen und Judenexcesse und gleich darauf den Ausnahmszustand, welcher natürlich in erster Reihe gegen die Socialdemokraten gemünzt war.

Der Ausnahmszustand (verhängt am 28. Juni 1898) sollte die Socialdemokratie vernichten; vernichtet hat er sie jedoch nicht. Die junge Organisation hat die Feuerprobe glänzend bestanden. Der „Naprzod", der in Krakau verboten worden ist, erschien zwei Wochen später in Lemberg. Von hier aus ging er regelmäßig in großen Partien nach Westgalizien und wurde dort mit umso größerem Eifer und Erfolg colportirt. Eine ganze Reihe von Genossen wurde ausgewiesen oder internirt; im Krakauer Bezirke wüthete der berüchtigte Laskowski. Eine Unmasse von Colportageprocessen wurde durchgeführt und die „Verbrecher" mit unverhältnißmäßig großen Arrest- und Geldstrafen belegt. Alle gewerkschaftlichen und politischen Vereine wurden sistirt. Trotz alledem konnte die Polizei nicht ein einziges Mal den Transport des „Naprzod" auffangen. Nach einigen Wochen Uebung betrieben unsere Genossen die „unterirdische" Agitation mit der Routine erfahrener Conspiratoren. Eine genaue Statistik der Verfolgungen ist leider nicht vorhanden. Hunderte von Bauern und Arbeitern wurden internirt oder ausgewiesen, und Uebergriffe der politischen Organe waren besonders auf dem flachen Lande auf der Tagesordnung.

Nichts auf Erden dauert ewig, und auch der schäbige Ausnahmszustand mußte unter dem Drucke der öffentlichen Meinung und der energischen Proteste im Reichsrathe aufgehoben werden. Nach einigen Tagen feierte die todtgesagte Organisation ihre Auferstehung. Alle sistirten Vereine begannen wieder ihre Thätigkeit, der „Naprzód" übersiedelte Ende November 1898 wieder nach Krakau, und es begann ein frisch-fröhlicher Kampf. Der Ausnahmszustand hat die schwüle Atmosphäre, die auf dem politischen Leben Galiziens lastete, gereinigt und die Vorfälle letzter Monate haben bewiesen, daß die Herrlichkeit der Schlachta im Sinken begriffen ist. Die socialdemokratische Partei wird die nächsten Ereignisse nicht unvorbereitet finden.

Was die innere Organisation betrifft, wurde auf dem Parteitage, der in Lemberg im September 1897 stattfand, der neue Organisationstypus, welcher auf dem

letzten Gesammtparteitage beschlossen worden ist, angenommen und den Verhältnissen Galiziens angepaßt. Als Sitz der Executive wurde Krakau gewählt und vier Organisationsbezirke gebildet: Lemberg, Přemysl, Krakau und Teschen. Die neue Organisation hat sich sehr gut bewährt und es ist Hoffnung vorhanden, daß das Agitationsnetz in Bälde viel dichter sich gestalten werde.

Zugleich ist ein Erstarken der gewerkschaftlichen Bewegung bemerkbar. Schon im Juni 1897 konnte die Krakauer organisirte Arbeiterschaft einen nicht zu unterschätzenden Erfolg verzeichnen. Es wurde nämlich ein Boycott gegen eine Brauerei verhängt, und schon nach drei Wochen wurde der Kampf siegreich zu Ende geführt. Auf dem Gewerkschaftscongresse in Krakau 1898 wurde der engste Anschluß an die Gesammtorganisation einstimmig beschlossen. Es wurde eine rege Agitation entfaltet, und das Erfreulichste ist, daß endlich auch die Provinzgenossen, welche mit Schwierigkeiten, die anderswo unbekannt sind, zu kämpfen haben, sich energisch zur Arbeit genommen haben. Im Jahre 1898 haben die Krakauer Genossen eine Arbeiter-Enquête veranstaltet. Sie wurde wegen des Ausnahmszustandes nicht zu Ende geführt; es wurden jedoch Vorbereitungen getroffen, um dieselbe weiter zu führen.

Es sei noch erwähnt, daß die Partei im Jahre 1898 überall Mickiewicz-Feiern veranstaltet hat, als Gegendemonstration gegenüber den Versuchen der Stanczyken und Demokraten, den großen Dichter und Revolutionär als ihren Mann hinzustellen. Der Arbeiterschutz-Congreß in Zürich ist durch einen Delegirten beschickt worden.

Organisation und Agitation. Im Zeitraume vom letzten Parteitag bis zum 1. April 1899 sind 193 Volksversammlungen und über 1200 § 2-Versammlungen veranstaltet worden. Es wurde gegen den Zeitungsstempel demonstrirt, ferner für das allgemeine Wahlrecht zum Landtage. Bei allen wichtigeren Ereignissen nahm die Partei immer Stellung. Die Bauernagitation mußte sich nothwendigerweise auf das Herausgeben von Zeitschriften und Broschüren beschränken. Die Organisation der Bauern geht aus leicht erklärlichen Gründen nur langsam vorwärts. Trotzdem ist die bäuerliche Bevölkerung durchwegs den Socialdemokraten gegenüber sympathisch gestimmt.

Presse. Das Wochenblatt „Naprzód“ erscheint in 2500 Exemplaren; die Teschener „Rownosć“ in 1700 Exemplaren. Bis zur Verhängung des Ausnahmszustandes ist das Bauernblatt „Prawo ludu“ in Krakau und der „Robotnik“ in Lemberg erschienen. Außerdem erscheint in Lemberg das Witzblatt „Ciengi“ und in Krakau die wissenschaftliche Monatsrevue „Krytyka“. Von Fachzeitschriften erscheint das Schriftsetzerorgan „Ognisko“.

In den letzten zwei Jahren wurde eine größere Anzahl von Agitationsbroschüren herausgegeben.

Cassagebahrung. In der zweiten Hälfte des Jahres 1897 beliefen sich die Einnahmen auf fl. 5436·01, die Ausgaben auf fl. 5330·21. Im Jahre 1898: Einnahmen fl. 5259·21, Ausgaben fl. 5321·91. Die verminderte Geldgebahrung im Jahre 1898 ist auf den Ausnahmszustand zurückzuführen. Es ist bis jetzt nicht gelungen, die Parteisteuer einzuführen.

Politische Verfolgungen sind in Galizien immer enorm. Sie betrugen vom 1. Juni 1897 bis 1. April 1899 zusammen 24 Jahre, 10 Monate und 4 Tage. Es ist bezeichnend für galizische Justizzustände, daß wegen einer Demonstration im Theater, — ein niederträchtiges Machwerk wurde ausgelacht und ausgezischt — mehrere Genossen zweimal bestraft worden sind; erstens auf Grund des Prügelpatentes zu je 14 Tagen, zweitens von den Gerichten zu zwei Monaten verschärften Arrest! Und wie die Geschwornengerichte präcise arbeiten: ein Genosse hat im „Prawo ludu“ geschrieben, daß der Gemeindevorsteher Madej einen großen Bauch, aber kleinen Verstand besitze. Er bekam dafür zwei Monate Arrest! Ein Arbeiter, der gegen Badeni zu demonstriren wagte, wurde zu einem Jahre verurtheilt. Ländlich, sittlich . . .

Bericht der ruthenischen Executive.

Die allerjüngste unter den socialdemokratischen Organisationen, die ruthenische, ist deshalb so spät zustande gekommen, weil bis vor Kurzem die ruthenischen Socialdemokraten in der sogenannten „ruthenischen radicalen“ Partei thätig waren. Diese Partei wurde gegründet von Männern, die noch in den Siebziger-Jahren eine bedeutende Rolle in der galizischen Socialistenbewegung gespielt haben und ebenso mit den polnischen Socialisten in Warschau, wie auch mit den russischen in Kiew und anderen Städten in Verbindung standen. „Wissenschaftlicher Socialismus“ war ein wichtiger Bestandtheil des theoretischen und praktischen Programms der Partei, insbesondere auf agrarischem Gebiete, und beide ließen erwarten, daß die

Partei früher oder später sich in eine socialdemokratische umgestalten werde. Daß es nicht geschehen, daran waren schuld eher persönliche Capricen der Parteimatadoren, als irgend welche Gründe principieller Natur. Nach mehreren Conferenzen und wiederholten stürmischen Verhandlungen im Schoße der Partei, die schließlich nach zweijähriger Dauer zu keinem Resultate führten, trennten sich vor einigen Monaten die ruthenischen Socialdemokraten von den Radicalen und gründeten eine eigene Partei. Sie umfaßt die besten Bezirke Ostgaliziens, d. h. die Bauernschaft der culturell am meisten entwickelten und politisch thätigen Bezirke hat sich an Seite der Socialdemokraten gestellt. In den kleinen Städtchen Ostgaliziens hat die Partei sehr starke Anhängerschaft unter dem vielfach jüdischen Proletariate. Das Organ der Partei soll in nächster Zeit gegründet werden; die Verbindung einzelner bäuerlichen und städtischen Organisationen zu einer Gesammtorganisation soll den Gegenstand der Berathungen des Parteitages bilden, der im Herbst in Lemberg tagen wird.

Bericht der slovenischen Executive.

Dem ersten Parteitage der österreichischen Südslaven, der im August 1896 tagte und die auf socialdemokratischem Boden stehenden Organisationen zu einer Partei constituirte, folgte im darauffolgenden Jahre (Weihnachten 1897) schon ein zweiter, wobei Bauernelemente besonders stark vertreten waren, wie überhaupt die Beschickung eine sehr gute war.

Leider ist hier eine Katastrophe zu verzeichnen, die der Partei wohl ziemlich großen Schaden anstiftete, dennoch aber dann noch zum guten Ende geleitet ward. Die Ursache war ein unangenehmer Zwiespalt zwischen der Parteivertretung in Laibach und der Bezirksorganisation Triest. Es wurde eine Landesconferenz einberufen, an welcher auch Genossen aus Wien und Graz theilnahmen und die dann folgenden Beschluß faßte: Das bisherige Parteiorgan „Delavec“ wurde mit dem „Rdeči prapor“ zu einem einzigen Blatte vereinigt. Dasselbe erscheint dreimal im Monat. Die socialistischen Ideen könnten bei den Slovenen, die in ihrer Mehrheit ein bäuerliches Proletariat bilden, bei geeignetem Vorgehen trotz der schwarzen Landesfärbung sehr stark verbreitet werden.

Die Parteivertretung hat ihren Sitz in Laibach und die Partei selbst wird repräsentirt durch folgende Organisationen:

1. Eine Gewerkschaftsorganisation in Laibach, die aber auch den Bezirk Laibach umfaßt. Gewerkschaften besitzen: die Tischler, die Buchdrucker, die Angehörigen der Bekleidungsindustrie und die Gerber. Außer den Buchdruckern wären noch die Gerber als eine sehr gute, gegenwärtig stark aufblühende Organisation besonders hervorzuheben. Der Allgemeine Arbeiterrechtsschutz-, Bildungs- und Unterstützungsverein ging zum Schaden der Partei in Brüche. Der Arbeitergesangverein befindet sich eben in einer Krise und ist an seinem Auftommen vorläufig noch immer zu zweifeln! Was den Verein der Verkehrsbediensteten Oesterreichs anbelangt, so hatte derselbe bis vor Kurzem eine starke Ortsgruppe in Laibach, die sich aber jetzt wiederum in zwei kleinere theilte mit dem Sitze in Siška bei Laibach und Laibach selbst. Auch die Ortsgruppen in kleineren Orten (St. Peter, Divacca, Nabresina und dergleichen) und in Triest existiren noch.
2. Eine Bezirksorganisation für das slovenische Steiermark in Cilli.
3. Eine Bezirksorganisation für den Bezirk Littai in Sagor.
4. Eine Bezirksorganisation in Idria.
5. Die slovenische Bezirksorganisation für Triest.

In Gründung begriffen sind politische Organisationen für die Oberkrainer Bauern in Radmannsdorf.

Endlich wäre auch noch der politische Verein „Rodočnost“ (Zukunft) zu erwähnen, der seine ausgezeichnete Thätigkeit über ganz Krain ausdehnt.

Was die Maifeier im Jahre 1898 anbelangt, so verlief dieselbe wahrhaft glänzend in Laibach. Den slovenischen Chauvinistenschädeln gelang es zwar mit Anspannung aller ihrer Kräfte, die Behörden so weit zu bringen, daß der Umzug der Arbeiter verboten wurde — ein beredtes Stück österreichischer „Gleichberechtigung“! Darum ist aber auch die vormittägige Versammlung und das Fest am Nachmittage imposant ausgefallen.

Auch in Idria, Cilli und Triest war die Maifeier gut ausgefallen — am besten aber vor Allem in Sagor, wo sie von der Kanzel eifrig vorbereitet vom gesammten Proletariat mitgemacht wurde. Selbst von den elendsten Bauernhütten wehten rothe Fahnen herab.

Gleichzeitig wurde auch von der Redaction unseres Parteiblattes die erste slovenische Maifestschrift herausgegeben. Obwohl noch äußerst klein und unansehnlich, war sie doch ein Anfang und ist die heurige Maifestschrift, die bereits zur Ausgabe gelangte, doch schon weit besser und kann sich mit einer Reihe anderer Maifestschriften in gleiche Linie stellen

Selbstverständlich blieb bei allen diesen Thätigkeiten das Auge des Gesetzes nicht blind und die vielen, oft wirklich drakonischen politischen Verfolgungen beweisen, daß man die Partei auch hier zu fürchten beginnt. Erwähnt möge hier nur die 14tägige Einkerkerung wegen Uebertretung des § 2 Versammlungsgesetz, des Gen. Kristan werden.

Parteiorgan ist, wie schon erwähnt, der durchschnittlich dreimal monatlich erscheinende „Rdeči prapor“ („Rothe Fahne“). Die Redaction und die Herausgabe und Druckerei des Blattes selbst befinden sich in Triest, da in ganz Krain sich Niemand aus den Reihen der sattsam bekannten bürgerlichen Hasenfüße gefunden hat, der das Blatt zum Druck übernehmen würde. Ursache davon ist wohl hauptsächlich die gemeine Kampfesweise unserer tonsurten und untonsurten Pfaffen. Gegen die „rothe Pest“ verbünden sich selbstverständlich auch hier „liberal“ und „clerical“ in brüderlicher Eintracht!

Von Zeitschriften wären auch noch die „Svobodni glasovi“ (Freiheitliche Stimmen) zu erwähnen, die in sechs Heften erschienen sind unter der Redaction des Rok Drofenik. Sie wiesen einen ausgezeichneten Inhalt auf, konnten aber in Folge materieller Ursachen der Concurrenz officiöser Blätter nicht standhalten!

Die Broschürenliteratur ist in dem vergangenen Zeitraume nicht sehr vermehrt worden und wäre ganz besonders nur die Broschüre „Božji namestniki v pravi podobi“ zu verzeichnen. (Dieselbe wurde zu unserem Vortheile auch confiscirt); umsomehr wurden aber die schon früher Erschienenen verbreitet und verkauft.

Was endlich noch die Versammlungen anbelangt, so wurden eine große Menge davon mit fast durchgehends gutem Besuche abgehalten. Hauptsächlich natürlich in Laibach. Aber auch in Oberkrain unternahm der politische Verein „Bodočnost“ Vorstöße mit Versammlungen, für welche sich insbesondere ein starkes Interesse der Bauern durch riesigen Besuch offenbarte! Selbstredend machten die Herren Regierungsvertreter auch in mehreren Versammlungen in ihrer Manier „Ordnung“.

Die südslavische Socialdemokratie kann also zum Schlusse wohl sagen, sie habe gethan, was möglich war, und daß sie einen furchtbaren Kampf zu führen hat, muß Jeder glauben, der das „schwarze Krain“ und seine Herren kennt. Wohl hätte mehr gemacht werden können, wenn mehr agitatorische Kräfte vorhanden wären. Die ganze riesige Agitationsarbeit liegt aber fast allein auf den Schultern eines Einzelnen, der bei dem großen Agitationsgebiete außer Stande ist, auch nur das Nothwendigste leisten zu können. Wir wollen nur noch erwähnen, daß die Agitationstouren von Südsteiermark bis hinab nach Dalmatien reichen. In dem Maße, als dem Mangel an tüchtigen agitatorischen Kräften abgeholfen werden kann, muß und wird es auch in Krain bezüglich der Organisation schneller vorwärts gehen.

Erster Verhandlungstag.

Zusammentritt des Parteitages halb 10 Uhr Vormittags.

Skaret eröffnet namens der Gesammtexekutive den Parteitag mit folgender Ansprache: Wir treten heute zum erstenmal auf Grund des vor zwei Jahren beschlossenen Organisationsstatuts, das die Sonderung nach nationalen Exekutiven bestimmt, zum Gesammtparteitag zusammen. Es ist nöthig, daß wir uns vor Augen halten, welche Vortheile diese Organisationsform uns gebracht hat, und wie weit wir im Stande waren, gerade in letzter Zeit durch unsere Organisatiosform jene Einmüthigkeit und Entschlossenheit in unserer Partei aufrechtzuerhalten, die wir angestrebt haben. Während Oesterreich, besonders in letzter Zeit, von nationalen Kämpfen und chauvinistischen Exzessen ärgster Art durchtobt wird, trotzdem versucht wurde, diesen Kampf auch in unsere Reihen zu tragen, haben wir dies bisnun mit Erfolg zurückgewiesen. Wir halten heute unseren Gesammtparteitag auf einem Boden ab, auf dem vor ganz kurzer Zeit ein mächtiger Kampf der Arbeiterschaft ohne Unterschied der Nationalität, ein Kampf des geschlossenen Proletariats gegen das internationale Kapital geführt wurde. Ohne Unterschied der Nationalität, unbeeinflußt von nebensächlichen und kleinlichen Momenten, haben wir immer und werden wir auch heute nur die Sache im Auge behalten und nur das Interesse des Proletariats aller Zungen vertreten. In diesem Sinne begrüße ich Sie namens der Gesammtexekutive und erkläre den ersten Gesammtparteitag der Sozialdemokratie für eröffnet.

Krapka (tschechisch): Wenn wir heute über die Grundfrage dieses Reiches berathen, so handelt es sich uns nicht um die Existenz Oesterreichs, sondern um die kümmerlichen Rechte des unterdrückten Proletariats. Wir müssen unsere Kräfte anspannen, damit die frechen Angriffe der Reaktion, wenn durch keine andere Partei, durch die Sozialdemokratie siegreich abgewehrt werden. Wir sind heute zusammengekommen, um uns Rechenschaft abzulegen über das, was wir in der vergangenen Zeit gethan haben, wir sind zusammengekommen, um zu berathen, ob die Formen, die wir uns gewählt haben, sich bewährt haben. Um uns wüthet der nationale Kampf, gegenüber dem unsere Einheitlichkeit und Solidarität, die Solidarität der Interessen des Proletariats, so deutlich als nur möglich hervortreten wird. Wir sind zusammengekommen, wie es bei einem sozialdemokratischen Parteitag nicht anders sein kann, nur zu dem Zweck: um die Interessen des Proletariats zu vertreten. Das ist der einzige Gedanke, der uns heute erfüllt, all unser Sinnen ist nur auf dieses Eine Ziel gerichtet. Ich erkläre hiemit den Kongreß eröffnet. (Beifall.)

In das Bureau werden einstimmig gewählt: für das Präsidium: Popp, Nemec, Englisch, Gerin, Hankiewicz und Kristan; als Schriftführer: Eldersch, Job, Winarsky und Liebermann.

Popp (den Vorsitz übernehmend): Unser heutiger Parteitag erhält dadurch eine besondere Prägung, daß es das erstemal ist, daß es der Arbeiterschaft ermöglicht ist, ihren Parteitag im eigenen Hause abzuhalten. (Beifall.) Während die bürgerlichen Parteien sich in chauvinistischen Leidenschaften zerfleischen, während sie dadurch jedes politische und wirthschaftliche Leben versumpfen lassen, strebt das Proletariat eine einige, machtvolle Organisation an ohne Unterschied der Sprache. Hier in Brünn haben wir einen Beweis dafür, daß durch einiges Zusammenarbeiten der deutschen und tschechischen Organisation Erfolge erzielt werden können. Diesem Zusammenarbeiten haben wir es auch zu danken, daß wir heute im eigenen Hause berathen können. Ich hoffe, daß der Parteitag seine Pflicht gegenüber dem Proletariat erfüllen und den Weg weisen wird, auf

dem wir weiterzuschreiten haben, um unserem Ziele, dem wir alle zustreben, abermals um ein gut Stück näherzukommen. (Bravo!)

Nemec (tschechisch): Es ist eine ernste Zeit, in der der sozialdemokratische Parteitag heute zusammentritt. Der ganze Staat wankt in seinen Grundfesten, der Regierungsapparat funktionirt heute nicht mehr, und das Ministerium ist zurückgetreten, weil es keine Ordnung schaffen konnte: in diesem Augenblick tritt das österreichische Proletariat zusammen, um zu berathen, nicht nur wie es seine Interessen am besten wahren, sondern auch (welche Ironie des Schicksals!), wie es dieses Reich wieder zusammenleimen soll. Es ist sonst nicht unsere Sache, uns für staatliche Formen zu echauffiren, aber da wir in diesem Staate leben, haben wir gewiß ein großes Interesse daran, daß dieser Staat so beschaffen sei, daß das arbeitende Volk in seiner Entwicklung nicht behindert werde. Während das Bürgerthum sich im heftigsten Kampfe befehdet, schließt sich das Proletariat immer enger aneinander, um zu zeigen, daß dieser wahnsinnige Kampf nicht nöthig ist, daß ein Zusammenwirken aller Nationen möglich ist, ein Zusammenwirken zu einem höheren Ziele, zu einer höheren gesellschaftlichen Form. Die Arbeiter zeigen auch hier, daß sie die einzige Partei der Kultur sind, die einzige Partei, die in Oesterreich Ordnung schaffen kann. Aber in der Organisation des Proletariats beruht nicht nur das Wohl des Proletariats selbst, sondern auch das Wohl dieses Staates und der ganzen Menschheit. (Bravo!)

Die vorliegende Geschäftsordnung wird hierauf genehmigt, ebenso auch die provisorische Tagesordnung mit der Aenderung, daß in dem ersten Punkt als Punkt b der Bericht des parlamentarischen Verbandes (Referent Rieger) aufgenommen wird; der Bericht der nationalen Exekutivcomités bildet somit 1 c.

In die Mandatsprüfungskommission wurden gewählt: Ronschar, Chura, Bichl, David Theodorku, Gerin, Kristan und Hankiewicz.

Popp gedenkt in warmen Worten des dahingeschiedenen Genossen Smetana, des verstorbenen Genossen Neander, der noch am Linzer Parteitag den Vorsitz führte, und des Genossen Jobst, die alle durch eine Reihe von Jahren im Interesse der Organisationen thätig gewesen sind.

Popp begrüßt hierauf den Reichstagsabgeordneten Frohme, den Vertreter der Sozialdemokratie Deutschlands, und Genossen Baron, den Vertreter der ungarischen Sozialdemokratie. (Beifall.)

Frohme (deutscher Parteivorstand): Genossen und Genossinnen! Namens des Vorstandes der deutschen sozialdemokratischen Partei, beziehungsweise im Namen dieser Partei selbst habe ich Ihnen die herzlichsten Grüße zu überbringen. Ich bin hiehergeschickt worden, damit vor aller Welt aufs neue der Beweis erbracht wird, daß die deutsche Sozialdemokratie mit Ihnen im Geiste, im Streben einig ist. Wir kennen keine uns trennenden Unterschiede, die Landesgrenzen sind es nicht, die uns auseinanderzuhalten vermöchten, die zu verhindern im Stande wären, daß wir uns in Einem Streben begegnen. Es gereicht mir zur hohen Freude und Genugthuung, in Ihrer Mitte weilen zu dürfen und Kenntniß zu nehmen von dem Eifer, womit Sie sich zweifellos der Vertretung und Förderung der gemeinsamen guten Sache hingeben werden. Wir wissen ja, auf allen Parteitagen pflegen die Meinungen aufeinanderzuplatzen, und man darf wohl sagen, daß dieser Kampf der Geister für die Sozialdemokratie ein gutes Zeugniß darstellt. Aus der Klärung der Geister heraus muß das Rechte, das Gute geschaffen werden!

Ich komme aus einem Lande, in dem wir einen steten harten Kampf mit der Reaktion zu führen haben. Wir in Deutschland wissen den schweren Kampf zu würdigen, den Sie hier in Oesterreich nun schon geraume Zeit für des Volkes Sache zu führen genöthigt sind. Ich darf Ihnen aus innerstem Gefühl erklären, daß wir mit Stolz und Freude auf die österreichische Bruderpartei blicken. Ohne sich zu thörichten Schritten hinreißen zu lassen, wohl erwägend, aber mit vollster Energie haben Sie im Kampfe gegen die Reaktion dagestanden, stehen Sie noch heute da, und wer weiß, was die nächste Zukunft Ihnen an Ueberraschungen und neuen schweren Kämpfen bringen wird. Möge dieser Partei-

tag dazu beitragen, Sie zu stärken und zu stählen für den neuen Kampf, möge er nach außen hin den Beweis liefern, daß Sie gewillt sind, unter dem Banner des demokratischen Sozialismus nach wie vor die Sache des Volkes zu vertreten. (Stürmischer Beifall.)

Baron (Budapest): Mir wurde die ehrende Aufgabe zutheil, an Ihren Verhandlungen als Vertreter der ungarländischen Sozialdemokratie theilzunehmen und zu lernen, wie Sie Ihre Geschäfte erledigen. Seit langem wüthet in den beiden Theilen des österreichischen Staates der Nationalitätenkampf. Bei uns in Ungarn wetteifern sämmtliche bürgerliche Parteien im Hasse gegen das österreichische Volk. Dem armen, ausgebeuteten und unterdrückten Volke will man bei uns die Meinung aufoktroyiren, daß an all dem Elend und Unglück, in dem das ungarische Proletariat steckt, Oesterreich schuld sei, daß Oesterreich die Schuld habe an der Ausbeutung und dem Untergang des braven ungarischen Landarbeiters. Die ungarische Sozialdemokratie hat diesem Glauben unter dem Volke ein Ende gemacht. Das ungarische Proletariat ohne Unterschied der Nationalität weiß, daß das österreichische Volk ebenso entrechtet und ebenso ausgebeutet wird wie das ungarische. Und in der Ueberzeugung, daß das österreichische Volk ebenso denkt wie das ungarische, bin ich hiehergeschickt worden, um zu dokumentiren, daß wir Schulter an Schulter kämpfen wollen für die Ziele der Sozialdemokratie. Wir verfolgen aber auch noch einen anderen Zweck: Wir wollen hier öffentlich aussprechen, was uns zu Hause zu sprechen nicht gestattet ist. Unter dem fluchwürdigen Regime der B a n f f y und P e r c z e l war in der ganzen gesitteten Welt die berechtigte Meinung vertreten, daß in Ungarn Ausnahmsgesetze, Willkür und Gewalt herrschen. Die europäischen Zeitungen schrieben spaltenlange Artikel. Mit Ekel wendete man sich von Ungarn ab. Das paßte aber unseren ungarischen Scheinliberalen nicht in den Kram. Nach außenhin wenigstens wollten sie anders erscheinen; die Welt sollte nicht wissen, daß in Ungarn das Proletariat unterdrückt, eingekerkert und gefoltert wird. Und deshalb mußte Banffy weichen. Koloman Szell war sein Nachfolger, und er war wirklich der Mann, der sich ganz in den Dienst des Scheinliberalismus stellte. „Gesetz, Recht und Gerechtigkeit" war seine Devise, als er die Regierung übernahm. Recht und Gerechtigkeit sollten herrschen, wo früher Gewalt und Willkür hausten, frei sollte das Volk werden, das bis jetzt geknebelt war! Und ganz Europa jubelte mit auf. Bald aber hatten wir die Ueberzeugung gewonnen, daß das eine leere Phrase war, daß auch er im Dienste des Scheinliberalismus stand und nur scheinbar Recht und Gerechtigkeit verkündete. Unrecht, Ungesetzlichkeit und Ungerechtigkeit herrschen heute in Ungarn wie früher, vielleicht noch ärger. Aber Europa ist ruhig, Europa weiß es nicht. Kommen Sie uns zu Hilfe! Die organisirte Arbeiterschaft im Innern des Landes und die europäische Presse, sie allein sind im Stande, die Korruption und die Willkür in Ungarn zu brechen. Die Ungarn fürchten die sozialdemokratische Organisation in Ungarn nicht, aber sie fürchten das Ausland; sie wollen ein Kulturvolk zu sein scheinen. Deshalb bitte ich Sie: helfen Sie uns, daß auch wir bald Europa zeigen können, daß wir verstehen, was wir wollen, daß unser einziges Ziel ist: die hehre Idee des Sozialismus zu verbreiten und zu verwirklichen. Ich begrüße Sie nochmals im Namen der ungarischen Sozialdemokratie und wünsche Ihren Berathungen den besten Erfolg. (Laute Bravorufe.)

Dr. **Czech**: Ich bin von der Brünner Lokalorganisation beauftragt, Sie in unserer Heimat auf das herzlichste willkommen zu heißen. Dieser Willkommgruß ist keiner bloßen Anstandspflicht entsprungen, es ist der echte, klare Ausdruck der Verehrung für Sie, die Sie hergeeilt sind, um die Interessen des österreichischen Proletariats zu wahren. Die Brünner Sozialdemokratie hat wie die österreichische Sozialdemokratie ihre Pflicht erfüllt. Genossen, ich heiße Sie willkommen auf dem Brünner Boden, auf dem das Banner der Sozialdemokratie aufgepflanzt ist. (Bravo!) Vor wenigen Monaten hat sich in Brünn ein gewaltiger wirthschaftlicher Kampf abgespielt: 12.000 Textilarbeiter und Arbeiterinnen haben einen erbitterten Kampf führen müssen, und Sie wissen, der Kampf hat mit einem Sieg geendet. Es ist gelungen, den profitwüthigen Unternehmern das abzutrotzen, was sie freiwillig nicht geben wollten. Aber wenn es gelungen ist, das Unternehmerthum niederzuringen, ist es nur gelungen dank der Unterstützung der Sozial-

demokratie Oesterreichs wie Deutschlands und Englands. Wenn Sie nach Hause kommen, sagen Sie den Genossen, daß die Brünner Arbeiter sich dessen voll bewußt sind, daß sie Ihre Schuldner sind, und daß sie den Augenblick ersehnen, in dem sie ihre Dankbarkeit bethätigen können.

Sie haben schwere Kämpfe, harte Arbeit vor sich; Sie werden beiden gewachsen sein. Möge dieser Parteitag eine Etappe sein auf dem gewaltigen Vormarsch der österreichischen Sozialdemokratie zur Befreiung des arbeitenden Volkes. Ich wünsche Ihren Arbeiten vollen Erfolg und schließe mit einem dreimaligen Hoch auf die Solidarität des österreichischen, auf die Solidarität des gesammten internationalen Proletariats. (Die Delegirten stimmen begeistert ein.)

Habermann (tschechisch): Im Namen der tschechischen Organisationen Brünns rufe ich Ihnen ein herzliches Willkommen! zu und wünsche Ihren Berathungen den besten Erfolg. Auch hier in Mähren sind die nationalen Leidenschaften auf das äußerste aufgepeitscht: aber wir tschechischen Arbeiter können Ihnen mit Stolz die Versicherung geben, daß wir von diesem Wahnsinn freigeblieben sind, und daß wir nach wie vor den Kampf für unsere Ideale, den Kampf für den Sieg der Sozialdemokratie führen. Ich bin überzeugt, daß die Berathungen des Parteitages sachlich und ernst sein werden wie bisher immer. Mögen sie auch den Erfolg haben, daß der geknechtete österreichische Proletarier daraus neue Hoffnungen, neue Kraft schöpfen kann zu den weiteren Kämpfen, die wahrscheinlich noch schwerer sein werden als bisher. Unserer Arbeit ein aufrichtiges Na zdar! (Bravo- und Na zdar-Rufe.)

Abgeordneter **Hybesch:** Die organisirten Textilarbeiter Brünns benützen den Parteitag, um Ihnen als den Vertretern der österreichischen Sozialdemokratie für die Unterstützung, die Sie uns in dem großen Kampfe gegen unverschämte Fabrikanten zutheil werden ließen, den wärmsten Dank auszusprechen. Die Brünner Textilarbeiterschaft weiß, daß sie den Kampf nur mit Ihrer Hilfe siegreich beenden konnte. Die Brünner Textilarbeiter sind bereits zweimal im Kampfe gegen ihre Unternehmer gestanden, aber noch nie war dieser Kampf so hartnäckig, so langwierig wie diesmal, noch nie ist das Unternehmerthum so fest organisirt gewesen. Unser Kampf war von größter Bedeutung für die proletarische Bewegung weit über die Grenzen von Brünn hinaus. Tausende von Arbeitern in Nordböhmen sind heute schon des vollen Zehnstundentages theilhaftig, den auch wir in nicht zu langer Zeit voll erringen werden. Nehmen Sie die Versicherung von uns entgegen, daß wir der wirthschaftlichen Organisation wie der sozialdemokratischen Partei gegenüber in alle Zukunft unsere Kraft widmen wollen. (Beifall.)

Es wird sodann festgesetzt, daß die Sitzungen täglich von 9 bis 12 Uhr Vormittags und von 2 bis 6 Uhr Nachmittags dauern sollen.

Den **Bericht der Gesammtpartei** erstattet Genosse **Skaret:**

Die Organisationsbestimmungen, die wir auf dem Wiener Parteitag vor zwei Jahren beschlossen haben, haben sich für die gesammte sozialdemokratische Bewegung auf das beste bewährt. Unser Grundsatz war nationale Selbstständigkeit und internationale Geschlossenheit. Sowohl von politischen Gegnern als auch innerhalb unserer Partei wurde jenen Beschlüssen eine trübe Prognose gestellt und die Befürchtung geäußert, daß dadurch der einheitliche Charakter der österreichischen Bewegung stark leiden werde. Heute können wir uns auf Grund zweijähriger Erfahrungen mit Befriedigung davon überzeugen, daß die Einheitlichkeit und Geschlossenheit unserer Bewegung nicht nur nicht gelitten haben, sondern vielmehr gefestigt wurden, daß sich zwischen den einzelnen nationalen Gruppen bei den gemeinsamen Aktionen auch nicht die allermindesten Differenzen gezeigt haben. (Beifall.) Unsere Organisation entsprang der Natur unserer Bewegung. So lange das gemeinsame Klassenbewußtsein nicht vorhanden war, mußte sich die schwächere Organisation an die stärkere schließen, mit deren Hilfe sie erst im Stande war, ihre eigenen nationalen Bedürfnisse durchzusetzen. Je kräftiger aber sie sich entwickelten, umsomehr haben sie auch jene Selbstständigkeit erlangt, die sie heute nicht mehr entbehren können, um ihre Kräfte zu entfalten.

Die Gesammtparteivertretung, die sich aus allen am Sitze der Parteivertretung befindlichen nationalen Exekutiven zusammensetzt, hat regelmäßig all-

monatlich und nach Bedarf auch öfter ihre Sitzungen abgehalten, um ihre gemeinsamen Angelegenheiten zu regeln. Wenn in letzter Zeit die slovenischen und italienischen Exekutiven bei diesen Sitzungen nicht vertreten waren, so hatte dies seinen Grund bloß in lokalen Verhältnissen. Die Verbindung mit den beiden Exekutiven war aber trotzdem in keiner Weise gestört. Uebrigens soll für die Zukunft vorgesorgt werden, daß alle nationalen Exekutiven am Sitze der Parteivertretung ihre Vertreter besitzen.

Wir haben also gesehen, daß sich die gesammte Organisation in Oesterreich noch niemals so stark entwickelte als in den letzten Jahren, obwohl sie gerade jetzt unter den allerschwersten Verhältnissen zu kämpfen hatte, obwohl wir eine vollkommen parlamentslose Zeit hatten, obwohl der bürgerliche Chauvinismus die Leidenschaften bis zur Weißglühhitze steigerte. Während die deutsche Partei auf dem Linzer Parteitag berichten konnte, daß ihre Presse in einer Gesammtauflage von 156.000 Exemplaren erscheine, so können wir heute bei der deutschen Presse bereits eine Steigerung auf 246.000 Exemplare konstatiren. Die tschechischen Blätter haben eine Gesammtauflage von 144.000 Exemplaren, und die Auflage der gesammten österreichischen Parteipresse beträgt im ganzen 406.000 Exemplare. Aus diesen Ziffern ist zu ersehen, daß durch die nationale Organisation der Aufschwung der Partei nicht behindert, sondern vielmehr befördert wurde. Mit welchen gewaltigen Schwierigkeiten unsere Partei in den beiden letzten Jahren zu kämpfen hatte, beweisen die politischen Verfolgungen, deren wir nicht weniger als 45 Jahre und 8 Tage Kerker und Arrest und 2279 fl. 73 kr. an Geldstrafen zu verzeichnen hatten, ein Beweis, daß sich die „k. k. konzessionirten Spaziergänger" keiner besonderen Beliebtheit oben erfreuen.

In diese Berichtsperiode fällt allerdings der galizische Ausnahmszustand, der den galizischen Genossen allein 24 Jahre Kerker eingetragen hat. Die Aktionen der beiden letzten Jahre haben gezeigt, daß innerhalb unserer Partei wohl nationale Besonderheit, aber keinerlei nationale Spaltung herrscht; sie haben bewiesen, daß, wo wir gezwungen sind, vereint zu schlagen, die sprachlichen Verschiedenheiten uns daran nicht im mindesten behindern. Die Partei steht nach wie vor einig und geschlossen da.

Noch Eines sei erwähnt. Der Parteivertretung wurde im Jahre 1897 der Auftrag ertheilt, im Interesse der Frauenorganisation alles zu thun, was für sie dienlich sei. Sie ist ihrer Pflicht nachgekommen, und es ist alles geschehen, was geschehen konnte, wie auch aus dem Berichte der Frauen zu ersehen ist.

Die Parteivertretung hat, soweit sie im Stande war, nach allen Richtungen hin das Interesse des gesammten Proletariats ohne Unterschied der Nation verfochten. Von diesem Gesichtspunkt aus bitte ich, die Thätigkeit der Parteivertretung zu prüfen und zu beurtheilen.

Den **Kassenbericht** erstattet Dr. **Ellenbogen**: Ich verweise auf den vorliegenden Bericht und bemerke, daß die Parteivertretung das Schwergewicht ihrer Thätigkeit darauf verlegt hat, gerade die schwächeren Organisationen mit ihren finanziellen Mitteln zu unterstützen. Die armen Genossen in Südtirol, die polnischen Brüder, die unter dem furchtbaren Druck der Schlachta zu leiden haben, und die tschechischen Genossen, die vom Lande hereinkommen und in Folge der Unkenntniß der Verhältnisse den mächtigen Unternehmern ausgeliefert sind, waren in Folge ihrer Schwäche für die Parteivertretung der Gegenstand größter Aufmerksamkeit. Für Südtirol und Triest wurden größere Geldbeträge verwendet, für jene Leute, die gezwungen sind, den heimatlichen Boden zu verlassen und ihr Elend in die Ferne zu tragen, wo sie die soziale Bestimmung haben, den Lohn der einheimischen Arbeiter zu drücken. Es war hier unsere Aufgabe, die gewerkschaftliche Organisation dieser Kreise zu heben und sie aufzuklären. Auf diese Weise bereiteten die Leute, die von den Unternehmern herbeigerufen wurden, um den deutschen und tschechischen Arbeiter zu drücken, den Herren arge Enttäuschungen. Wir haben so nicht nur eine nationale Arbeit im höchsten Sinne des Wortes, sondern eine wahre Kulturarbeit geleistet. Und thatsächlich haben die Genossen jene Unterstützungen auch nicht als eine Gnade erbeten, sondern als ihr Recht gefordert, und die Parteivertretung hat es auch als ihre Pflicht angesehen, diese berechtigten Forderungen zu erfüllen. (Bravo!)

Smitka berichtet namens der K o n t r o l e und beantragt die Ertheilung des Absolutoriums.

Höger wünscht eine Aufklärung darüber, wie es sich mit den 156 Millionen verhalte, welche angeblich die Partei jährlich vereinnahme. (Lebhafte Heiterkeit.)

Kassier Dr. **Ellenbogen** erwidert, das „Deutsche Volksblatt“ habe sich diese Lüge damals selbst beantwortet, indem es ihn (Redner) als den Kompagnon von Rothschild hingestellt habe. Wenn die Partei wirklich über so große Summen verfügen würde, würde die Zeit, wo das „Deutsche Volksblatt“ so dumme Leser finde, die derartiges glauben, längst vorüber sein.

Abgeordneter **Rieger** berichtet hierauf über die **Thätigkeit des parlamentarischen Verbandes.** Die Verhältnisse im Parlament, sagt der Redner, haben sich seit dem Jahre 1897, in welchem der parlamentarische Verband zum erstenmal auf dem Parteitage über seine Thätigkeit berichtete, wesentlich verschlimmert. Die Thätigkeit des Parlaments war in diesen zwei Jahren eine sehr wenig ersprießliche. Das kommt schon in der Anzahl der Sitzungen zum Ausdruck. Seit dem Herbst 1897 waren wir in 91 Sitzungen versammelt. Davon gingen 46 Sitzungen mit der Verhandlung über Ministeranklagen und Nothstandsanträge auf, 5 Sitzungen wurden auf die Konstituirung des Hauses verwendet, und 11 Sitzungen waren reine Obstruktionssitzungen, wo nichts gearbeitet wurde, außer man betrachtet das gegenseitige Durchprügeln auch als eine Arbeit. (Heiterkeit.)

Wir waren aber nicht müßig. Zunächst will ich auf die große Aktion des Verbandes hinweisen, die im November 1897 inner- und außerhalb des Parlaments unternommen wurde: ich meine die Novemberstürme gegen die Lex Falkenhayn. Damals hat sich gezeigt, daß wir in der That eine revolutionäre Partei sind, und daß wir vor den äußersten Konsequenzen nicht zurückschrecken, wenn es unbedingt sein muß. (Beifall.)

In der 14. Session haben wir beantragt, den Grafen Badeni in Anklagezustand zu versetzen und eine Untersuchungskommission einzusetzen, die die Schuldigen an den im Parlament begangenen Verbrechen zu eruiren hätte. Die Ministeranklage kam auch zur Verhandlung, und wir hatten einen uns alle überraschenden Erfolg zu verzeichnen: der Antrag wurde angenommen und einem Ausschuß überwiesen. Dieser aber ist bloß einmal zusammengetreten, da wieder der Schluß der Session dazwischen trat. Später stellte sich die Regierung wie die Majorität auf den sehr bequemen Standpunkt, daß der Anklage-Ausschuß gegen Badeni nicht mehr zu Recht bestehe, eine Auffassung, gegen die wir in einer Erklärung auf das entschiedenste protestirten. Eine weitere Aktion des Verbandes betraf den wundesten Punkt, an dem Oesterreich seit Jahren krankt: die S p r a c h e n f r a g e. Wir haben in dieser Richtung beantragt, daß ein Ausschuß mit der Aufgabe zu betrauen sei, ein S p r a c h e n g e s e t z auszuarbeiten, und zwar so, daß alle Völker Oesterreichs in nationaler und sprachlicher Beziehung vollständig gleichgestellt sein sollen. Es muß hier festgestellt werden, daß unser Antrag dem Antrag Dipauli vorangegangen ist. Sein Schicksal ist bekannt. Er wurde mit zahlreichen anderen ähnlichen Anträgen in Verhandlung gezogen, und der sich darauf entwickelnden uferlosen Debatte wurde durch den Schluß der 14. Session ein Ende gemacht.

Gegen die Praxis der Staatsanwälte, auch immune Interpellationen zu konfisziren und die betreffenden Blätter zu verfolgen, richtete sich ein Dringlichkeitsantrag unserer Fraktion, wonach der Justizminister beauftragt werden sollte, die Generalprokuratur zu veranlassen, die Nichtigkeitsbeschwerde zur Wahrung des Gesetzes einzubringen. Dieser Antrag gelangte zwar nicht zur Verhandlung, er wurde zu Gunsten eines anderen, von deutschnationaler Seite gestellten Antrages zurückgezogen, dieser aber im Hause angenommen, und so hatten wir damals einen vollen Erfolg zu verzeichnen.

Eine andere Aktion des Verbandes ging dahin, dem Grafen Thun, der ja mit dem Entschluß an die Spitze der Regierung getreten war, ohne Parlament zu regieren und den § 14 aufs stärkste zu mißbrauchen, einen Strich durch die Rechnung zu machen. Vor allem war es die „Arbeiter-Zeitung“, die davor warnte, dem Grafen Thun dadurch einen Gefallen zu erweisen, daß auch gegen

die Ausgleichsgesetze die Obstruktion in Szene gesetzt werde. Es wurde daher auch von unserer Seite für den Dringlichkeitsantrag Schwegel, den Ausgleich in Verhandlung zu ziehen, gestimmt, und es ist sicher, daß wenn der Verband nicht diese Haltung eingenommen hätte, die deutschbürgerlichen Parteien die Obstruktion gegen den Ausgleich bereits im Herbst wieder aufgenommen hätten. Es ist demnach als ein großes Verdienst der „Arbeiter-Zeitung" und des Verbandes zu betrachten, daß der Ausgleich nicht schon im vorigen Jahre auf Grund des § 14 gemacht wurde.

Wir hatten noch eine zweite Ministeranklage einzubringen, da das Ministerium über einen großen Theil Galiziens den Ausnahmszustand verhängt hatte. Es ist charakteristisch, daß sich damals im ganzen Hause mit Ausnahme des Polenklubs niemand gefunden hat, der den Ausnahmszustand in Galizien vertheidigt hätte. Der Anklage-Antrag wurde aber mit Hilfe der Herren Jungtschechen, die ja früher unter denselben Ausnahmszuständen zu leiden hatten, niedergestimmt, wieder ein Zeichen für den feigen Verrath, den die Vertreter des tschechischen Bürgerthums an ihren ehemaligen Grundsätzen verübt haben.

Kurz vor der Vertagung haben wir noch zwei Aktionen unternommen. Die eine betraf die Aufhebung des Zeitungsstempels, die andere die Aufhebung des § 14. Schon früher hatten wir bekanntlich die Reformirung unserer verrotteten Preßgesetzgebung im Wege eines Dringlichkeitsantrages beantragt, aber ohne Erfolg. Wie diese Aktionen verlaufen sind, ist Ihnen bekannt. Der erste Antrag wurde dem Preßausschuß zugewiesen, unser Antrag, diesen Ausschuß zu beauftragen, den Bericht binnen achtundvierzig Stunden dem Hause vorzulegen, aber vom Präsidenten nicht zur Abstimmung zugelassen. Hier haben wir es wieder gesehen, daß sowohl die Vertreter der tschechischen wie der deutschen Bourgeoisie reaktionär sind, wenn es sich um wirklich freiheitliche Aktionen handelt. Nicht bloß der klerikale Präsident war gegen unseren Antrag, auch auf Seite der deutschbürgerlichen Parteien hat einer nach dem anderen erklärt, daß es jetzt wichtigere Dinge zu verhandeln gäbe, daß vor allem die nationale Frage gelöst werden müßte. Der Antrag wegen Aufhebung des § 14 gelangte selbstverständlich, wie zahlreiche andere Dringlichkeitsanträge, nicht zur Verhandlung. Knapp vor der Vertagung drangen wir noch energisch darauf, den Antrag in Verhandlung zu ziehen, um dem Grafen Thun die Handhabe zu nehmen, das Parlament und die Verfassung zu vergewaltigen. Der erste Tag, an dem über unseren Antrag verhandelt wurde, endete recht gemüthlich mit einer solennen Keilerei auf der Galerie. Zur Abstimmung kam es nicht, da der Präsident erklärte, er habe bereits den Schluß der Sitzung ausgesprochen. Einige Tage nachher erfolgte die Vertagung des Parlaments.

Ich komme zu den Forderungen wirthschaftlicher Natur. Wir haben eine Reihe von Dringlichkeitsanträgen in Nothstandsangelegenheiten eingebracht, die im Budgetausschuß begraben wurden. Ein Dringlichkeitsantrag verlangte Maßregeln zur Besserung der Lage der böhmischen Glasarbeiter, und thatsächlich wurde dort jetzt eine Produktivgenossenschaft errichtet, die von der Regierung mit 12.000 fl. jährlich subventionirt wird. Unser Antrag auf Aufhebung der Getreidezölle sollte den Brotwucherern an den Leib rücken und dem armen Volke billiges Brot verschaffen.

Wir wurden da verdächtigt, von den Börsejuden bezahlt zu sein, von denselben Leuten verdächtigt, die behaupten, daß der Parteikassier alljährlich einige Millionen Gulden einsteckt. (Gelächter.) Gelegentlich der Verhandlungen über das Gesetz betreffend die Lokalbahnen haben wir zwei Anträge gestellt, welche die schauderhaften Zustände abstellen sollten, unter denen die Arbeiter bei den Bahnbauten schmachten; die Anträge wurden dem Eisenbahnausschuß am 14. Dezember 1898 mit dem Auftrage überwiesen, binnen acht Wochen darüber zu berichten. Wir verlangten in diesen Anträgen die Ausdehnung der Gewerbe-Inspektion auf diese Arbeiter, die Unterdrückung des Kantinensystems, die Regelung der Arbeitszeit u. s. w. Ein anderer Dringlichkeitsantrag betraf die zahlreichen Eisenbahnunfälle; ein Dringlichkeitsantrag betreffend die Reform der Bruderladen sollte den verrotteten Verhältnissen, die hier herrschen, abhelfen. Andere Dringlichkeitsanträge betrafen die Reform der Preßgesetzgebung.

In der 15. Session haben wir zunächst einen Dringlichkeitsantrag einge-

bracht betreffend die Aenderung des Reichsvolksschulgesetzes. Wir verlangten hier, daß die Volksschullehrer, die heute zu den schlechtest entlohnten geistigen Arbeitern gehören, einen Minimalgehalt von 600 fl. erhalten sollen. Als Folge der bekannten Pestdebatte verlangten wir im zweiten Antrage, daß ein parlamentarischer Ausschuß zu wählen sei, der die hygienischen, sanitären und baulichen Zustände in den österreichischen öffentlichen Krankenhäusern zu untersuchen habe.

Von dem Interpellationsrechte wurde seitens unseres Verbandes ausgiebiger Gebrauch gemacht. Wir haben in der 13. Session 85, in der 14. Session 84 und in der 15. Session 133 Interpellationen eingebracht. Von diesen 302 Interpellationen wurden 27 beantwortet, während 275 unbeantwortet blieben. Auf die Mitglieder des Verbandes wurde seitens des Staatsanwalts recht eifrig Jagd gemacht. Während der Berichtsperiode gelangten an das Abgeordnetenhaus 22 Auslieferungsbegehren, von denen 8 auf Genossen Daszynski entfallen und von denen fast kein Mitglied des Verbandes verschont blieb. In den Ausschüssen, deren wir mehr als ein Dutzend zählen, sind wir durch je ein Mitglied, im Preßausschuß durch zwei Mitglieder vertreten. Wir haben auch diesmal unsere Stellung in der Sprachenfrage präzisirt, und Genosse Hybesch hat jene bekannte Erklärung namens des Verbandes abgegeben, in der unter anderem gesagt wurde, daß die produktiv arbeitenden Klassen der Bevölkerung an der planmäßig betriebenen nationalen Hetze durchaus nicht interessirt sind. In der ersten Lesung der Ausgleichsgesetze betheiligten wir uns durch die große Rede des Genossen Dr. Verkauf.

Ich habe noch auf einige Initiativanträge unseres Verbandes aufmerksam zu machen, und zwar unter anderem auf einen Antrag aus der 15. Session, in dem wir die Regierung aufforderten, den aus Anlaß des Wiener und Prager Ausnahmszustandes ausgewiesenen Genossen die Rückkehr zu gestatten. Der Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts wurde selbstverständlich in jeder Session erneuert. Auch eine Reihe vollständig ausgearbeiteter Gesetzentwürfe wurde von uns eingebracht; zunächst ein Gesetzentwurf, betreffend die Lohnzahlungen beim Bergbau; ein Gesetzentwurf, betreffend die Regelung des Dienstverhältnisses der Handlungsgehilfen 2c.; weiter ein Gesetzentwurf, betreffend die Bestellung von Bergwerksinspektoren; ein Gesetzentwurf, betreffend die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte bei Uebertretungen des Berggesetzes; ein Gesetzentwurf, betreffend die Beschäftigung von jugendlichen und weiblichen Personen beim Bergbau; ein Gesetzentwurf, betreffend den Ausbau der Arbeiterversicherung; ein weiterer, betreffend die Haftpflicht der Eisenbahn- und Tramway-Unternehmungen; ein Entwurf, betreffend die Regelung des Vertragsverhältnisses zwischen den Eisenbahnunternehmungen und ihren Angestellten, und schließlich ein Gesetzentwurf über die Inkompatibilität, wodurch der Korruption ein Riegel vorgeschoben werden sollte.

Wir haben die Zeit fleißig benützt: mehr als wir gethan haben, konnten wir nicht thun.

Es heißt, daß jetzt ein Systemwechsel eintreten soll, um das Parlament wieder aktionsfähig zu machen, wo nicht bloß der Einlauf verlesen und namentlich abgestimmt wird. Sollte das gelingen, wird es jedenfalls nur von kurzer Dauer sein. Denn jeder, der dieses Haus kennt, weiß, daß dieses Parlament todt ist und höchstens zu einem Scheinleben erweckt werden kann. Es bleibt nichts übrig, als an Stelle des verfaulten Privilegienparlamentarismus eine wirkliche Volksvertretung zu setzen. Will man aus den nationalen Zwistigkeiten und den absolutistischen Verhältnissen herauskommen, so muß man zu einer ehrlichen Demokratie greifen, zu der man kommen muß, wenn dieser Staat nicht elend zugrunde gehen soll. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Popp begrüßt nun den als Vertreter der sozialdemokratischen Partei Italiens erschienenen Abgeordneten Professor Cabrini. (Lebhafte Akklamation.)

Professor **Cabrini** (italienisch): Im Auftrage der Sozialdemokratie Italiens überbringe ich Ihnen die herzlichsten Grüße. Gerade zwischen den italienischen und österreichischen Proletariern ist das Solidaritätsgefühl besonders lebendig. Und ich muß den österreichischen Sozialdemokraten meine tiefste Dankbarkeit aussprechen, daß sie es nicht unterlassen haben, ihre italienischen Brüder in Triest und Trient auf das thatkräftigste zu unterstützen und ihnen die Kultur von ganz Europa zugänglich zu machen. Zwischen Oesterreich und Italien ist sowohl in den politischen als in der sozialen Verhältnissen eine merkwürdige Analogie zu konstatiren, und auch den § 14 ist keine besondere Spezialität Ihres Vaterlandes. (Heiterkeit.) Auch in Italien wurden Abgeordnete durch Polizei aus dem Parlament hinausgetragen, auch in Italien werden Abgeordnete eingesperrt, und meine Person ist auch ein Beispiel dafür, wie man die Vertreter des Volkes bei uns ehrt. In Italien setzt sich ja der militärische Absolutismus in grenzenloser Verachtung des Parlaments über die Konstitution und die Gesetze des Landes hinweg und schaltet und waltet, wie es ihm gerade in seiner allerdings ohnmächtigen Wuth gegenüber der Demokratie beliebt. Auch in Bezug auf die Frage, die diesen Parteitag besonders bewegt, die nationale Frage, besteht zwischen Oesterreich und Italien eine große Aehnlichkeit. Nicht nur Sie streben nach einem weitausgreifenden Föderalismus und wollen die Fesseln des Zentralismus zerbrechen. Auch wir in Italien haben dasselbe Bestreben. Die Bewohner von Venedig, Genua, Rom, Sizilien, sie sprechen nicht nur verschiedene Dialekte, sie haben auch ganz verschiedene Auffassungen von den Aufgaben des Staates, sie haben verschiedene wirthschaftliche und politische Bestrebungen, und wenn auch alle diese Theile des italienischen Proletariats untereinander solidarisch sind, so haben sie doch alle das Bestreben, den Zentralismus, der von Rom ausgeht, und der sie alle unterdrückt, zu zerbrechen und an seine Stelle einen gesunden Föderalismus zu setzen. Es gibt ein Land in Europa, in dem bereits der geschichtliche und thatsächliche Beweis erbracht worden ist, daß eine solche Föderation von Nationen möglich ist, ohne daß diese Nationen einander in den Haaren liegen: die Schweiz; die Schweiz, die eine politische Nothwendigkeit geworden ist für Italien, da dorthin die besten Männer des Landes, die muthigsten Vorkämpfer der nationalen Kultur gehen, wenn sie zu Zuchthaus verurtheilt werden wegen ihrer Kulturarbeit. Freilich, wo die Großindustrie noch nicht entwickelt ist, wo das Proletariat noch nicht mächtig genug ist, als Masse aufzutreten, dort wird allerdings der Föderalismus zerstörend und zersplitternd wirken. Wo aber das Proletariat organisirt ist, wo die wirthschaftliche und politische Entwicklung bereits weit vorgeschritten ist, dort wird der Föderalismus nur belebend wirken, dort wird er die Reaktion überwinden helfen. (Lebhafte Bravorufe.)

In diesem Jahre hat sich die Bourgeoisie zweimal an die nationale Frage gewagt: die Kirche in Rom und der Friedenskongreß im Haag. Beide wollten es zustande bringen, sie zu lösen, aber sie sind beide schmählich gescheitert, und die Versuche haben mit einer furchtbaren Blamage geendet. Beide haben sich als unfähig erklären müssen, diese Frage zu lösen. Es gibt nur eine einzige Macht in der Welt, die das im Stande ist, das ist die organisirte Arbeiterschaft. (Beifall.)

Für mich bedeutet dieser Parteitag noch etwas: Als ich nach Brünn kam und den Spielberg erblickte, jenes Gefängniß, in dem die österreichische Reaktion bekanntlich vor Jahren die italienischen Revolutionäre eingesperrt hielt, da erinnerte ich mich nicht bloß an die Märtyrer, die hier lebendig begraben wurden, da erinnerte ich mich an die italienischen Gefängnisse, wo unsere Genossen schmachten, die nicht mehr die österreichische, sondern die eigene nationale Reaktion verfolgt und bedrückt. Im Angesicht dieses Spielberges keimt in meinem Herzen die Begeisterung für die internationale Solidarität auf, die die Befreiung des Proletariats nicht nur Oesterreichs und Italiens, sondern der ganzen Welt herbeiführen wird. (Stürmischer, nicht endenwollender Beifall und Händeklatschen.)

(Nachmittagssitzung.)

Auf der Tagesordnung stehen zunächst die Berichte der nationalen Exekutiven. Von einer mündlichen Erstattung dieser Berichte wird abgesehen, da die Berichte gedruckt vorliegen.

In der Debatte bemängelt Salamander (Lemberg), daß das Blatt der jüdisch-polnischen Arbeiter nicht angeführt ist.

Krejci (Pilsen) beantragt, daß die Berichte bis zum heutigen Tage ergänzt werden. Nachdem Krapka dagegen gesprochen, wird der Antrag abgelehnt.

Karpas beantragt, daß die Erstattung der Berichte über die Parteipresse, die Angabe der Auflage, unterbleibe. Wird abgelehnt.

Krejci stellt folgenden Antrag: Der Bericht der Gesammtexekutive soll eine vollkommene Uebersicht über den Stand der Zeitschriften, über die Thätigkeit und die Personalien der Partei enthalten. (Angenommen.)

Smitka beantragt, daß dem Kassier der Gesammtexekutive das Absolutorium ertheilt werde.

Dr. Ellenbogen dehnt den Antrag dahin aus, daß dieses Absolutorium der Gesammtexekutive ertheilt werde. (Einstimmig angenommen.)

Ueber die **politische Lage und Taktik** der Partei referirte sodann Genosse **Dr. Adler**.

Wenn die sozialdemokratische Partei eine Partei wäre, die ihre Taktik danach einrichtet, wie gerade der Wind weht, müßten wir mit dem Punkt „Taktik" warten zumindest bis ans Ende der Woche, denn vorläufig weiß man in Oesterreich überhaupt nicht, woher der Wind weht: in diesem Moment vollständiger Rathlosigkeit der offiziellen politischen Kreise des Landes, wo der Zusammenbruch der bisherigen Regierung, wo der Bankerott in einer Politik, unter die seit mehreren Jahren Oesterreich gebeugt wurde, offenkundig ist, wo die politische Zukunft dieses Landes ein Fragezeichen ist. Zum Glück ist die Sozialdemokratie nicht eine Partei, die ihre Losungen von dem Tage empfängt. Ja, sie ist nicht einmal eine Partei, die davon abhängt, ob wir in Oesterreich ein geordnetes politisches Leben haben oder nicht. In diesem Moment zerbrechen sich die Bürgerlichen wie die Feudalen die Köpfe darüber, wie man aus diesem Oesterreich noch etwas Vernünftiges machen kann, und wie die einzelnen Parteien dabei noch kleine Vortheile erringen könnten. Das Problem, um das es sich handelt, die lebendigen Kräfte des Landes so zu organisiren, daß sie das Land regieren können, wie die deutsche und tschechische Bourgeoisie zusammen das Land regieren können: dieses Problem wird auch in diesem schweren Moment nicht gelöst werden. Die tiefe Spaltung, die furchtbare Feindseligkeit, die aufgehäuft wurde zwischen den bürgerlichen Parteien der Deutschen und Tschechen, macht es unmöglich, daß wir zu einem geordneten parlamentarischen Wesen in Oesterreich kommen. Wenn die Offiziellen, denen von Gottes Gnaden anvertraut ist, Oesterreich zu regieren, einen Blick hätten für offenkundige Thatsachen, so müßten sie von der Rathlosigkeit, die heute in Wien herrscht, hieher sehen nach Brünn in das „Arbeiterheim". Es gibt kein Heim für die Zukunft Oesterreichs, als dieses „Arbeiterheim", wo alle arbeitenden Völker dieses Landes zu friedlicher, ersprießlicher Arbeit versammelt sind, und zwar, was das Wichtigste ist, in gegenseitigem festen Zutrauen zum guten Willen, zur guten Absicht, zur wirklichen Liebe, die wir einander entgegenbringen. Es gibt keine menschliche Gemeinschaft, wo es nicht Streit geben kann: auch wir werden hier streiten, aber der Streit bei uns verwüstet nicht, er baut auf. Der Streit bei uns wird geführt von der Grundlage, gemeinsam dasselbe zu wollen. Der Streit in Oesterreich ist aber darum unfruchtbar und ewig, weil in Oesterreich keine zwei Völker dasselbe wollen. Wenn die Völker einen gemeinsamen Gedanken haben in Oesterreich, wenn sogar die offiziellen Parteien, die ihren Patriotismus am meisten rühmen, Eines gemeinsam haben, so ist es der, daß sie dieses Oesterreich nicht wollen.

Werfen wir zunächst einen Blick auf das, was die Partei in den letzten Jahren zu thun hatte. Seit den letzten zweieinhalb Jahren haben wir ein regelmäßiges, politisches Leben wie die anderen Länder nicht gehabt. Wir sind mit der neuen Wahlordnung in eine Krise eingetreten, deren Charakter sich heute noch schwer bestimmen läßt. Sie ist gewollt und gemeint von den Herrschenden als reaktionäre Krise, sie ist von uns gewollt und gemeint und wird hoffentlich von uns zu diesem Ende geführt werden als revolutionäre Krise. Wenn wir sagen revolutionäre Krise, so meinen wir: Wir wünschen gar nicht und können nicht wünschen, daß ein fauler Friede mit der überlebten Form hergestellt werde, wir

können nicht wünschen, daß zusammengeleimt werde, was sich nicht mehr leimen läßt; wir wollen, daß zugrunde gehe, was nicht mehr lebensfähig ist, wir wollen das, was da stürzt, auch noch stoßen, daß es falle. (Bravo!) Alle diese Versuche, die von den verschiedenen Ministerien gemacht wurden, sind in dem sogenannten konservativen Interesse gemacht worden. Konservativ heißt in diesem Lande nichts Anderes als: Unhaltbares halten zu wollen. Die Sozialdemokratie hatte nun naturgemäß neben diesem politisch-revolutionären Interesse noch ein anderes Interesse, das einzige wirklich konservative Kulturinteresse, daß die Völker, die in diesem Lande und belastet mit der Geschichte dieses Landes zu leben verdammt sind, nicht mit zugrunde gehen. Die Thätigkeit der Partei während dieser kritischen Zeit war also naturgemäß nach diesen zwei Richtungen bestimmt.

Wenn ich von „konservativ" rede, fällt mir jener famose Witz der Geschichte ein, daß man uns Sozialdemokraten zu verschiedenen Zeiten beschimpft hat als „k. k. Sozialdemokraten". Ein famoser Witz darum, weil es unerhört ist und in keinem Lande und zu keiner Zeit vorgekommen ist, daß man zu einem Schimpfwort macht, was man sonst Patriotismus nennt. Die deutschen Parteigenossen, das sind die Vaterlandslosen, die französischen, das sind die Vaterlandslosen, wir selbst wurden ja ebenfalls zu Zeiten als „Vaterlandslose" gebrandmarkt. Ueberall gilt es als Schimpf, wenn man nicht die politische Organisation will, in der man lebt. In Oesterreich sind wir heute so weit, daß als größter Schimpf gilt, daß man ein guter Patriot ist! Wenn das eine Beschimpfung ist, wenn das ein Tadel sein soll, dann gestehen wir hier frank und frei: wir wissen uns frei von der Schuld, „k. k. Sozialdemokraten" zu sein. Wir behaupten aber, es gibt in Oesterreich noch andere Interessen zu vertreten und die Buchstaben „k. k." decken nicht alle Interessen der Völker.

Die Partei hat das parlamentarische Leben durch die Obstruktion nicht gestört, so lange halbwegs etwas von dem Wesen eines Parlaments vorhanden ist, sie hat aber in demselben Moment mit aller Wucht eingegriffen, wo wir nicht nur einen Scheinparlamentarismus — der war ja immer so —, aber wo man die Lüge des Parlaments, ja der Technik des Parlaments, eine physikalische Lüge vor sich gehabt hat, nicht nur eine politische Lüge. Die Sozialdemokraten haben im Jahre 1897 während der ganzen Herbstzeit sich der parlamentarischen Obstruktion gegenüber höchst zurückhaltend benommen, sie haben gewiß kein Interesse an dem Bestande des Ministeriums Badeni gehabt, aber sie haben auch gar kein Interesse gehabt an der Obstruktion, die damals geübt wurde, nicht weil dem Parlament der Boden entzogen war, sondern weil man sich die Sprachenverordnungen nicht gefallen lassen wollte. Es sei mir gestattet, unsere Stellung zu den Sprachenverordnungen und zu ähnlichen Fragen, die sich daran knüpfen, darzulegen. Wir haben, als die Sprachenverordnungen erlassen wurden, in einem offiziellen Dokument durch unsere Abgeordneten niedergelegt, daß wir mit der Erlassung der Sprachenverordnungen nicht einverstanden sein können, weil sie etwas durch die Verordnungsgewalt der Regierung feststellen, was einzig und allein Sache des Parlaments sein kann. Die Sprachenverordnungen an sich sind bereits ein Verfassungsbruch gewesen; wir sind weiter der Ansicht, daß der Inhalt der Sprachenverordnungen zum guten Theil einfach festgestellt hat, was für die slavische Bevölkerung nothwendig ist, daß aber durch die Art, wie diese an und für sich nothwendige Maßregel der Bevölkerung, nicht als von ihr gewollt, dargeboten wurde, schon die Sozialdemokraten gezwungen waren, in der schärfsten Weise auch gegen diese Sprachenverordnungen Stellung zu nehmen. Unsere Fraktion hat gegen die Verhängung der Sprachenverordnungen protestirt. Heute stellt sich nun die merkwürdige Situation dar, daß die Sprachenverordnungen aufgehoben werden sollen, daß es auch verlautet, die Jungtschechen würden mit sich reden lassen und sogar die Aufhebung der Sprachenverordnungen gutwillig schlucken. Das Resultat wird sein, daß die jungtschechische Partei, die sich eine demokratische, eine nationale Partei nennt, die Interessen aller Völker Oesterreichs, nicht nur ihre eigenen, auf das schmählichste verrathen hat, daß sie der Regierung unerhörte Knechtesdienste geleistet hat, daß sie dem alten zentralistischen Oesterreich ihre Ehre, ihre Reputation geopfert hat, unter dem Vorwand

nationaler Errungenschaften, in Wahrheit aus Ehrgeiz, aus Streberei, aus Herrschsucht, aus Machtkitzel, und daß der letzte Vorwand, das schleißige, schäbige Feigenblatt, das ihren Verrath zudecken soll, jetzt zerrissen wird. Es wird sich herausstellen, daß die Jungtschechen sich umsonst prostituirt haben. (Sehr gut!) Werthe Genossen! Die Stellung, die die Partei zur Frage der Sprachenverordnungen einnimmt, wurde im ersten Moment in gleicher Weise von den nationalen tschechischen und von den nationalen deutschen Parteien angegriffen. Die Deutschbürgerlichen behaupteten, daß die Sprachenverordnungen ihrem Inhalt nach für sie absolut unerträglich seien. Jetzt bestehen die Sprachenverordnungen eine geraume Zeit, und man zeige mir doch jene Punkte, wo diese Verwüstungen im Leben des deutschen Volkes zu sehen sind, die durch die Sprachenverordnungen herbeigeführt worden sein sollen. Ich weiß wohl, die Sprachenverordnungen sind vielfach höchst ungerecht gegen die Deutschen, sie enthalten überflüssige Härten. Das ist sicher. Aber wenn wir harte und ungerechte Gesetze immer zum Anlaß nehmen würden, Obstruktion zu treiben, würde die Obstruktion nie aufgehört haben. Heute handelt es sich um eine Machtfrage: ob die Deutschen im Bunde mit den Klerikalen und Polen oder die Tschechen mit den Klerikalen und Polen Oesterreich beherrschen sollen.

Als das Ministerium Thun kam, stand es vor der Aufgabe, es solle den Ausgleich mit Ungarn im Parlament auf legale Weise durchsetzen. Unsere Industriearbeiter haben durchaus kein Interesse, daß Zolllinien zwischen Oesterreich und Ungarn aufgerichtet werden, ebensowenig wie die ungarischen Landarbeiter. Daraus folgt aber nicht, daß man Oesterreich gebunden an die ungarische Bourgeoisie und den ungarischen Grundadel ausliefern muß. Thun konnte nicht mehr den parlamentarischen Ausgleich machen. Wir hätten es allerdings gewünscht, daß der Ausgleich im Parlament zur Abstimmung käme, daß die klerikalen Bauern, daß die Jungtschechen, daß die Polen auftreten und Ja! sagen zu diesem Ausgleich. (Sehr richtig!) Wir haben sie zwingen wollen, Farbe zu bekennen, und darum haben wir die Obstruktion im vorigen Herbst für einen groben Fehler gehalten. Aber die bürgerliche Opposition ist der Regierung auf den Leim gegangen, sie hat die Obstruktion in dem Moment wieder aufgenommen, wo sie der Regierung am angenehmsten war.

Der Dr. Kaizl, der alte Demokrat, hat das zustande gebracht, was früher unmöglich schien. Man hätte den ganzen Ausgleich oktroyiren können, und außer den Sozialdemokraten hätte sich wenig in Oesterreich gerührt. Die Masse des Volkes aufzurühren, dazu bedurfte es der staatsmännischen Einsicht des Finanzministers Kaizl, der, offenbar aus demokratischer Ueberzeugung, der Volksmasse an ihrem eigenen Leibe zeigen wollte, was so eine Verfassungsauslegung bedeutet. Wenn die ganzen Verfassungswirren den breiten Massen fremd blieben, die Zuckersteuer ist verstanden worden. Dafür sind wir dem Demokraten Kaizl dankbar. (Heiterkeit und Beifall.) Wir haben den Kampf mit aller uns zu Gebote stehenden Schärfe geführt. Es gibt hier viele, denen die Partei das einemal zu schläfrig, das anderemal zu aufgeregt war. Das Ministerium Thun existirt heute nicht mehr. Ich glaube, daß das selbst jene befriedigen wird, denen die Partei zu wenig Eifer bewiesen hat.

Ebenso scharf wie gegen die Regierung mußten wir uns auch gegen die oppositionellen Parteien wenden. Die augenblickliche Lage hat es mit sich gebracht, daß ein Theil der bürgerlichen Parteien mit uns in einer Front stand. Früher waren es die Jungtschechen, und sie sind bald verschwunden, später wurden es die Deutschbürgerlichen. Auch die werden verschwinden, wenn man sie nur zu kaufen weiß. Aber auch während der Zeit, da sie mit uns in einer Front standen, haben sie in der frechsten und dümmsten Weise gegen uns gehandelt. Während wir im vordersten Treffen gegen die Regierung standen, wurden wir von den Deutschnationalen in der schmählichsten Weise angegriffen, und daß wir ihnen nach Gebühr heimgezahlt haben, versteht sich von selbst.

Welches Ministerium jetzt kommen wird, ist schwer zu sagen. Die Nationen Oesterreichs lassen sich schwer unter Einen Hut bringen, aber unter den Jesuitenhut sind sie überhaupt nicht mehr zu bringen. (Richtig!) Mögen die

bürgerlichen Parteien jeder Nation an die Schwarzen ihre politischen Seelen verkaufen, die Arbeiter werden es nicht thun. (Beifall.)

Unsere Haltung in Zukunft wird sein, daß wir jedem Versuch, mit Scheinkonstitutionalismus zu regieren, entgegen treten werden, nicht indem wir durch Obstruktion das Parlament mechanisch zum Stillstand bringen, sondern indem wir die lebende Kraft des Volkes aufrufen, indem wir an alles, was politisch fühlt, indem wir an die Arbeiter appelliren und so dieses alte Oesterreich ad absurdum führen. Die Taktik, die wir bisher verfolgten, werden wir auch in Zukunft befolgen. Wir haben keine anderen Interessen als die Ineressen der Arbeiterklasse. Diese wirthschaftlichen und kulturellen Interessen der Arbeiter sind für alle Nationen dieselben, und weil wir dasselbe Interesse haben, darum können wir in diesem durch nationale Zwistigkeiten zerrissenen Lande einheitliche sozialdemokratische Politik machen. (Stürmischer, anhaltender Beifall.)

Dr. **Morgenstern** (Sternberg) erklärt, er gehöre zu jenen, denen die Thätigkeit der Partei in der verflossenen Zeit zu schläfrig gewesen sei. Alle Beschlüsse der früheren Parteitage seien gewissermaßen illusorisch gemacht durch die lahme Haltung der Parteivertretung und dadurch, daß man gerade jenen Moment, wo die Massen im Flusse waren, unbenützt verstreichen ließ. Der Erfolg des von der Parteivertretung herausgegebenen Flugblattes habe nicht die Opfer an Geld und Zeit aufgewogen. Das sei auch nicht das geeignete Mittel, um solchen absolutistischen Experimenten ein- für allemal den Boden zu untergraben. Der Redner müsse daher der Parteivertretung den Vorwurf machen, daß die Partei in den letzten zwei Jahren nicht jene Fortschritte gemacht habe, die sie hätte machen müssen. Auf sich allein gestellt, sei die Partei zu schwach, die Demokratisirung der Verfassung durchsetzen zu können. Voraussichtlich werde im Parlament auch die Indemnität zur Sprache kommen und mit dem Ministerium die große Abrechnung gepflogen werden. Diese Abrechnung durch eine Bewegung außerhalb des Parlaments zu unterstützen, werde Aufgabe der Partei sein.

Abgeordneter **Berner**: Ich gehöre nicht zu jenen Geistern, die stets verneinen; trotzdem will ich es wagen, heute ein Ketzer zu sein, indem ich mich nicht auf den Standpunkt des Referenten stelle, daß wir hauptsächlich eine abwartende Haltung einnehmen sollen. Ich glaube im Gegentheil, daß wir in die Offensive überzugehen, daß wir den Kampf in das feindliche Lager hineinzutragen haben. Schon zu lange haben wir die Politik des Zuwartens betrieben. Wir haben gewartet, bis die Regierung die Verzehrungssteuer dekretirte, und dann haben wir unsere Protestversammlungen begonnen. Ich habe aber die Parteivertretung schon im Dezember vorigen Jahres dazu getrieben, sie möge gegen die Verzehrungssteuern energischen Protest erheben. Nun hat es sich getroffen, daß die Arbeiterschaft, die zu den rückständigsten gehört, jene von Mährisch-Ostrau, die erste Protestkundgebung auf der Straße im Juli dieses Jahres veranstaltet hat. Erst als die Steuern oktroyirt waren, haben die übrigen Versammlungen stattgefunden. Das wird uns nicht mit Unrecht von den Gegnern vorgeworfen. Ich bestreite weiter, daß sich die gegenwärtige österreichische Politik nur um die Nationalitätenfrage dreht; für die österreichische Arbeiterschaft bilden die wirthschaftlichen Fragen den Mittelpunkt. Wir dürfen uns von der Bourgeoisie nicht ins Schlepptau nehmen lassen, indem wir anfangen, uns mit der Zungenfrage zu beschäftigen. Wenn auch das angedrohte Ministerium Liechtenstein kommt, stehen wir nicht vor der Frage: Klerikalismus oder nicht?, sondern vor der Frage: Feudalismus oder Demokratie? Die Entscheidung dieser Frage bildet die Voraussetzung für die Lösung aller anderen, und wir hätten daher mit allem Nachdruck dahin wirken müssen, daß Oesterreich sich im Sinne der Demokratie entwickle, und in allen Versammlungen vor allem die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes verlangen müssen, das der einzige Schlüssel zur Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeiten ist. (Bravo!)

Abgeordneter **Daszynski**: Wenn wir die Bedingungen unserer Taktik zu diktiren hätten, so würden wir diese Form längst ausgestrichen und die Bourgeoisie vernichtet haben. (Sehr richtig!) Es ist die ganze Kunst und Nüchternheit der sozialdemokratischen Partei dazu nöthig, um das zu leisten, was sie geleistet hat. Die Partei hat in den Jahren 1896/97 eine ganz kolossale Aufklärungsarbeit verrichtet. Es ist aber auch nicht richtig, daß wir auch nur einen Augenblick

von der demokratischen Losung abgewichen sind, und es ist eine Phrase, wenn gesagt wird, daß in diesem Staate zuerst die Demokratie nothwendig sei. Wir sind eine Volkspartei, jede unserer Regungen ist demokratisch. Die Bedingungen, unter denen wir leben, sind uns aufgedrungen; jahrelang haben wir an der nationalen Frage nicht rütteln wollen. Es sind die tschechischen Genossen gezwungen worden, die nationale Frage zu einem Kernpunkt ihrer Bewegung zu machen, um die national sich geberdenden Jungtschechen bekämpfen zu können. Das ist die Brandfackel, die wir in das Lager unserer Feinde geworfen haben, und ich begreife den Vorwurf des Genossen Berner nicht, wenn er sagt, wir hätten die nationale Frage leichtfertig heraufbeschworen. Die Mahnung des Genossen Dr. Morgenstern, wir sollten den Wahlrechtskampf wieder auffrischen, kann ich nur mit dem Hinweis auf die Wahlrechtskämpfe in Wien und bei den Landtagswahlen beantworten. Künstlich kann man so große Volksbewegungen wie jene im Jahre 1893 nicht hervorrufen. (Lebhafte Zustimmung.) Das vermag vielleicht ein großer Hexenmeister wie der Abgeordnete Berner. (Heiterkeit.) Um Ihnen zu zeigen, wie schwierig es ist, die Taktik im allgemeinen festzustellen, will ich Sie auf eine Frage verweisen, die in der letzten Woche lebhaft ventilirt worden ist, die Frage, ob wir die Delegationswahlen zulassen sollen oder nicht. Sie werden mir ja gestehen, daß das eine taktische Frage ersten Ranges ist. Ich frage Sie, haben Sie den Muth, zu bestimmen, daß die Delegationswahlen unter allen Umständen zu verhindern seien? Es ist ja gewiß ausgeschlossen, daß der Verband so einfältig wäre, das Gebotene oder das Vernünftige nicht zu thun. Wir müssen daher an Sie appelliren, uns das Vertrauen zu schenken, daß wir mit Rücksicht auf die gegebenen Verhältnisse immer und immer nur die alte sozialdemokratische Taktik einschlagen werden. Allerdings halten wir es für nothwendig, in dieser Zeit der allgemeinen Verwirrung zu betonen, daß wir uns nie und nimmer eine Wiederholung jener Vorgänge gefallen lassen werden, wie sie unter Badeni und Thun beliebt wurden. Wir werden auch nie und nimmer dulden, daß sich der Klerikalismus als Retter der Völker Oesterreichs aufspiele. Wir werden den begonnenen Kampf gegen das alte, verfaulende System unnachsichtlich weiterführen. (Lebhafter Beifall.)

Die Verhandlung wird um 6 Uhr abgebrochen.

Zweiter Verhandlungstag.

Vormittagssitzung (Beginn 9 Uhr 15 Minuten).

Vorsitzender **Popp** eröffnet die Sitzung.

Die Debatte über die politische Lage und Taktik wird fortgesetzt.

Schuhmeier (Wien): Ich muß dem Vorwurf der Genossen Dr. Morgenstern und Berner entschieden entgegentreten, als ob im abgelaufenen Jahre nichts gearbeitet worden wäre. Es ist vielmehr noch in keinem Jahre so viel geleistet worden als gerade im verflossenen Berichtsjahre. Hätte sich Dr. Morgenstern auch nur eine Stunde Zeit genommen, die Berichte der einzelnen Exekutiven zu lesen, so hätte er finden müssen, daß in Wien, daß in Steiermark, in Salzburg, auch in Mähren viel gekämpft wurde. Dr. Morgenstern möchte am liebsten Steuerverweigerung haben. Ja, sollen wir vielleicht die indirekten Steuern verweigern und sollen die Arbeiter auf den Bissen Brot verzichten, nur um die Mährisch-Schönberger zu befriedigen? Die direkten Steuern aber werden nur zum geringsten Theile von uns gezahlt, viel mehr von den bürgerlichen Parteien. Genosse Berner meint, daß wir über die Verzehrungssteuer zu wenig gesprochen haben, und daß er angeblich der Erste war, der im Juli in Ostrau darüber eine Versammlung abgehalten hat. Nun, wer die Parteiblätter liest, wird finden, daß Berner ein halbes Jahr zu spät aufgestanden ist. (Heiterkeit.) Berner wirft uns vor, daß wir uns in der letzten Zeit nur in der Nationalitätenfrage verloren haben. Das wäre aber höchstens ein Vorwurf den tschechischen Genossen gegenüber (Widerspruch seitens der tschechischen Genossen), und die mögen es sich mit Berner selbst ausmachen, ob der Vorwurf berechtigt ist. Daß heute über die Nationalitätenfrage gesprochen werden muß, liegt nicht im Belieben der Partei, sondern in den Verhältnissen, ob es nun Berner konvenirt oder nicht. Wenn die beiden Genossen erklären, es hätte dies und jenes geschehen können, so hätten sie selbst Gelegenheit gehabt, der Partei als leuchtendes Beispiel für Mehrarbeit voranzugehen. Genosse Dr. Adler meinte gestern, es sei im gegebenen Moment schwer, die Taktik der Partei zu bestimmen. Ja, deshalb tagt doch der Parteitag, damit wir gegen Eventualitäten rechtzeitig gerüstet sind und unseren Parteigenossen draußen eine feste Richtschnur geben können. Wenn es sehr wahrscheinlich ist, daß wir ein feudal-klerikales Ministerium bekommen werden, so müssen wir heute schon die Parole ausgeben: Kampf bis aufs Messer seitens der sozialdemokratischen Partei, denn der Klerikalismus ist die größte Gefahr für die österreichische Arbeiterschaft. (Lebhafte Zustimmung.)

Zeller (Teplitz): Wenn Dr. Morgenstern meint, daß die Erhöhung der Zuckersteuer nicht erfolgt wäre, wenn mit den Demonstrationen früher eingesetzt worden wäre, faßt er das wohl etwas falsch auf; denn für Demonstrationen müssen sich die Leute auch erwärmen; man kann sie nicht künstlich hervorrufen. Wir hätten nicht im März demonstriren können gegen die Zuckersteuer, die im August ins Leben trat. Auch ich bin der Meinung, daß mit den Demonstrationen etwas zu spät eingesetzt wurde, aber wir müssen für die Parteivertretung den Milderungsgrund gelten lassen, daß sie in Wien einen schweren und auch erfolgreichen Kampf gegen die Wiener Luegerei zu führen hatte. Es ist aber Pflicht der Parteivertretung, nicht nur die Wiener Verhältnisse, sondern die des ganzen Reiches zu berücksichtigen. Wenn Schuhmeier meint, daß die bürgerlichen Parteien die Steuern hätten verweigern können, so hätten ja diese radikalnationalen Gemeindevertretungen insbesondere bei der Rekrutenaushebung ihre Opposition bethätigen können. Das Schlagwort der „Steuerverweigerung" können wir nicht in die Massen werfen, denn Taktik läßt sich nicht mit Schlagworten machen. Schuhmeier verlangt, wir sollen schon jetzt den Kampf gegen jedes zukünftige Ministerium erklären. Das

wissen wir Sozialdemokraten ohnehin; wir werden auf alle Fälle die sozialdemokratische Taktik beobachten, müssen sie aber auch nach der Taktik der Gegner einrichten. (Beifall.)

Spera (tschechisch): Der Vorwurf des Genossen Berner scheint mir denn doch nicht so unbegründet, wie hier behauptet wird. Es ist wahr, daß nicht nur diesmal, sondern auch schon bei anderen Gelegenheiten die Partei zu spät gekommen ist. Ich messe die Schuld gewiß nicht ausschließlich den Abgeordneten und der Parteivertretung zu. Aber ich glaube doch, es wäre nöthig, daß die Parteivertretung mit den Demonstrationen schon einsetzt, wenn eine derartige Vorlage angekündigt wird, nicht erst, wenn sie schon durchgeführt ist. Was die Flugblätter betrifft, muß ich den Vorwurf erheben, daß sie nicht deutlich und populär genug waren. Die Flugblätter sind nicht für die gebildeten Genossen, sondern für die breiten Massen, die sich in diesen Dingen nicht auskennen. Es wäre auch angezeigt, für das allgemeine Wahlrecht wieder eine intensivere Bewegung einzuleiten. Von der „höheren Politik" verstehen die „gewöhnlichen" Leute nicht zu viel, sie wollen außer von ihr auch von solchen Sachen hören, die sie mehr angehen. Wir würden dadurch auch frische Kräfte aus dem Volke ziehen können. (Beifall.)

Hanusch (Sternberg): Das von der Parteivertretung herausgegebene Flugblatt hat in der Provinz nicht entsprochen. Wir versprechen uns von einem Flugblatt mehr, wenn es ein konfiszirtes Blatt ist. (Heiterkeit. Schuhmeier: Woher sollen wir denn das bekommen?) Ob die Genossen wegen des § 23 oder 24 angeklagt werden, bleibt sich gleich. (Widerspruch.) Den Ausführungen der Genossen Berner und Dr. Morgenstern kann ich nicht zustimmen. Wir haben ja schon seit zwei Jahren in den Versammlungen über die Steuern gesprochen und den Leuten vorgehalten, für welche unproduktive Zwecke diese Steuern eingehoben werden sollen. Trotz alledem ist die Bevölkerung kühl geblieben, weil das österreichische Volk erst dann aufgerüttelt wird, wenn es in die Tasche greifen muß. (Sehr richtig!) In dieser Hinsicht kann also der Parteivertretung kein Vorwurf gemacht werden. Dagegen halte ich es für einen taktischen Fehler, wenn sich die Genossen an manchen Orten von den Phrasen der Radikalnationalen hinreißen lassen und mit dieser Partei theilweise Hand in Hand gehen. Dadurch wird gegenüber den indifferenten Arbeitern der Parteicharakter verwischt. Hier sollte die Parteivertretung eingreifen und dahinwirken, daß derartige Kompromisse nicht mehr vorkommen.

Resel (Graz): Aus dem Referat des Dr. Adler habe ich entnommen, daß wir eine sozialdemokratische Taktik einhalten werden. Das ist hübsch; aber wir haben doch ein Recht darauf, etwas Näheres darüber zu erfahren. Das andere, was wir von ihm gehört haben, ist, daß wir uns nicht unter den Jesuitenhut bringen lassen. Auch das ist wohl verflucht wenig. Es liegen uns bestimmte Fragen vor, zu denen Stellung genommen werden muß. Und die Besprechung unserer Taktik muß sich nach zwei Richtungen bewegen. Erstens: Haben wir alles angewendet, was nöthig war? Zweitens: Haben wir solche Mittel angewendet, die geeignet sind, die Bevölkerung zu gewinnen? Ich will nicht darauf eingehen, ob das Aufgeben der Obstruktion nöthig war. Aber auf Eines muß ich doch verweisen. Als die ersten § 14-Verordnungen erlassen wurden, hat sich in der Partei nichts gerührt. Die Parteivertretung hat vollständig geschwiegen, erst nach und nach hat sich eine Bewegung entwickelt, aber nicht, weil die Parteivertretung etwas dazu gethan hätte, sondern weil die Erregung in der Bevölkerung immer mehr angewachsen ist. Wir haben eine hübsche Bewegung gegen den § 14 bekommen ohne Zuthun der Parteivertretung. Man hat erklärt, daß die schärfsten Maßregeln gegen das Ministerium Thun ergriffen werden, bis das Parlament zusammentritt. Wir haben uns allmälig an diese scharfen Maßregeln, die kommen werden, gewöhnt. (Heiterkeit.) Jetzt stehen wir vor einer vollständig neuen Situation, wo wir gar nichts zu sagen wissen. Das Ministerium ist weg. Alle fragen: „Was werden wir nun thun?" Und die Antwort ist: „Sozialdemokratische Taktik einhalten." Wir wissen, daß sich große Bewegungen nicht machen lassen, aber voraussehen muß man sie wenigstens können; es mußte vorausgesehen werden, daß diese Bewegung kommen werde. Das Ganze, was man in weiser Voraussicht gethan hat, war das Flugblatt, das denn doch nicht das Lob verdient, das ihm im Parteibericht zutheil wird.

Nemec (Prag): Daszynski hat gestern in seiner Polemik gegen Berner behauptet, daß es die Tschechen waren, die die nationale Frage in die Partei gebracht haben. Das ist nicht wahr. Was die tschechischen Sozialdemokraten gethan haben, hat nur das gegenseitige Verhältniß der einzelnen Organisationen innerhalb der Partei betroffen. Es wurde ferner darüber gesprochen, was die gemeinsame Exekutive machen sollte. Meiner Ansicht nach — und ich habe einen Einblick in die Thätigkeit der Exekutive — hat die Exekutive ihre Taktik ganz richtig beobachtet. Wohl aber kann man dies von manchem Parteigenossen nicht sagen. So der Abgeordnete Resel, der einer von Jenen war, die der Partei am meisten geschadet haben, der sogar ein Begrüßungsschreiben an eine deutschnationale Versammlung geschickt hat. Man darf sich mit den Deutschnationalen nicht so weit einlassen, daß manchmal schwer der Unterschied zwischen den Sozialdemokraten und den Deutschnationalen gezogen werden kann. (Widerspruch des Abgeordneten Resel.) Die Frage ist also die, ob sich die einzelnen Organisationen immer so benommen haben, wie sie hätten sollen. Es ist wahr, daß nicht in jedem Lande bis auf das letzte i-Tüpferl die gleiche Taktik beobachtet werden kann. Wir in Prag konnten zum Beispiel nicht gegen die Luegerei auftreten. Wir haben unsere eigene Luegerei. Wenn uns der Vorwurf gemacht wurde, daß wir unter dem Druck der Jungtschechen Verschiedenes thaten, was wir nicht hätten thun sollen, so ist das nicht richtig. Schärfer ist gegen die nationalen Parteien wohl niemand aufgetreten als wir, und nirgends wurde die Sozialdemokratie mit solchen Mitteln bekämpft, wie bei uns. Wir haben erklärt, je entschiedener wir die bürgerlichen Parteien von uns abwehren, desto besser ist es uns gegangen. Anfangs gab's wohl schwere Kämpfe, aber schließlich haben wir doch gesiegt. Gefährlich aber ist es, wenn die Grenzlinie gegenüber den anderen Parteien etwas schwankend geworden ist. Wir haben auch radikale Parteien bei uns. Unter den Fortschrittlern sind Leute, die uns viel näher stehen als den deutschen Genossen die Deutschnationalen, und doch haben wir es verstanden, die Herren ganz energisch von uns fernzuhalten. Man kommt wohl oft dazu, mit den bürgerlichen Parteien denselben Gegner bekämpfen zu müssen. Aber wir dürfen mit ihnen nie in nähere Berührung treten, als unbedingt nöthig ist. Wir können denselben Kampf führen wie sie, aber getrennt von ihnen. Wenn wir also unsere Taktik revidiren, so sollen wir weniger revidiren, was die Exekutive gethan hat, als was die Parteigenossen und besonders was die einzelnen nationalen Organisationen gethan haben.

Dr. **Morgenstern** (Mährisch-Schönberg): Aus der Lebhaftigkeit der Abwehr, die meine Ausführungen hervorgerufen haben, läßt sich schließen, daß ich doch nicht so ganz Unrecht gehabt habe. Mir handelt es sich weniger darum, die Fehler der Vergangenheit zu rügen, als darum, daß sie in Zukunft vermieden werden, und mein Vorwurf ging vor allem dahin, daß die zweieinhalb Jahre Absolutismus nicht so ausgenützt worden sind, daß wir derartige Fortschritte gemacht hätten, wie wir sie zum Beispiel in Belgien sehen. Die radikale Stimmung der Bevölkerung hätte dazu ausgenützt werden sollen, die Nothwendigkeit einer Wahlreform immer in den Vordergrund zu rücken. Die Behauptung, daß wir jetzt vor einer neuen Situation stehen, ist unrichtig. Die § 14-Verordnungen bestehen weiter, und jedes neue Ministerium übernimmt die Verantwortung hiefür. Daß unsere fünfzehn Abgeordneten die Delegationswahlen auf die Dauer nicht verhindern können, ist selbstverständlich. Aber es kann dafür gesorgt werden, daß die Delegationswahlen nicht eher zur Verhandlung gelangen, bevor nicht mit dem Ministerium gründliche Abrechnung gepflogen sein wird. Wenn der Parteitag dies ausspricht, so ist damit zugleich die Direktive für unsere Abgeordneten gegeben. Nicht entsprechend wäre es, gegen das gegenwärtige System und für das Wahlrecht den Kampf länderweise zu führen. Wir in der Provinz können nur schwer etwas unternehmen. Wir haben keine Presse, und das Zentralorgan berichtet darüber nicht immer, wenn in der Provinz etwas geschieht. Wir sind also nicht in der Lage, eine selbstständige Taktik einzuschlagen, und müssen auf die Beschlüsse des Parteitages warten. Was die Steuerzahlung betrifft, so wäre es ganz leicht gewesen, daß jene Leute, die mehr als 10 Kilogramm Zucker haben, am 1. August die Steuer vorläufig nicht gezahlt hätten. Diese hätten dann die Möglichkeit gehabt, sich an den Verwaltungsgerichtshof zu wenden und eine gerichtliche Entscheidung herbeizuführen. Ein solches Vorgehen ist aber nur möglich, wenn die Sozial-

demokratie ihre Aufgabe wirklich erfüllt, die dahin geht, alles zu versuchen, um die Verhältnisse in ihrem Sinne zu leiten. Mit nationalen Phrasen allein wird dieses Ziel aber nicht erreicht. (Gelächter und ironischer Beifall.)

Prachensky (Innsbruck): Auch wir in Tirol waren mit der Taktik der Parteivertretung nicht immer ganz zufrieden. Die Taktik muß in den einzelnen Ländern nach den Verhältnissen eingerichtet werden. Wenn wir in Innsbruck auch theilweise mit den Deutschnationalen gegangen sind, so haben wir es besonders darum gethan, um gegen die Herrschaftsbestrebungen der Christlich-Sozialen und Klerikalen anzukämpfen. Unsere Deutschnationalen sind mir noch immer lieber als die Christlich-Sozialen, denn sie sind auch nicht so wie die Deutschnationalen in Böhmen. (Beifall.)

Schließlich beantragt Redner folgende Resolution:

> Der Parteitag spricht der Gesammtparteivertretung und dem Verband sein volles Vertrauen aus und billigt die bisher eingeschlagene politische Taktik. Der energischeste Kampf gegen das feudal-klerikale Regime, das sogar den letzten Schein des Parlamentarismus frivol durch den § 14 erschlagen hatte, die Vertheidigung der konstitutionellen freiheitlichen Volksrechte, die auf alles gefaßte Abwehr der ruchlosen Attentate der klerikalen Volksfeinde gegen die Volksschule und die Entfaltung einer Massenbewegung zur Eroberung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes in Staat, Land und Gemeinde bleibt auch für die Zukunft die vornehmste Aufgabe der Partei.
>
> Der gegenwärtig in Oesterreich geführte Verfassungskampf muß bis an sein für das Volk siegreiches Ende geführt werden, und die Partei hat kein Interesse, sich mit einem Scheinfrieden und mit faulen Kompromissen zufriedenzugeben. Sie wird ihrem prinzipiellen Charakter getreu in jedem Moment ihre Taktik nach dem proletarischen Interesse des arbeitenden Volkes einrichten.

Auf Antrag des Genossen Barth (Gablonz) wird Schluß der Rednerliste angenommen.

Abgeordneter **Schrammel** (Aussig): Ich muß die Parteivertretung gegen den Vorwurf vertheidigen, daß die Frage der indirekten Steuern nicht gehörig und rechtzeitig besprochen worden wäre. Während der ganzen Zeit, als der Ausgleich mit Ungarn in Diskussion stand, wurde immer und immer wieder die Frage der 47 Millionen neuer indirekter Steuern in den Vordergrund gerückt. Man kann ja, wenn man will, unzufrieden sein mit den geringen Erfolgen, die wir aufzuweisen haben, man kann aber gewiß nicht unzufrieden sein mit der Thätigkeit der Partei. (Beifall.) Die Ausführungen des Dr. Morgenstern kann ich überhaupt nicht ernst nehmen. Oder sollen gar die Konsumvereine die Zuckersteuer „verweigern"? Nun, wir haben Gendarmen und Militär, und die Steuerkreuzer würden schon mit Bajonnetten herausgekitzelt werden. Man kann keine Revolution, man kann auch keine Demonstration beschließen. Besonders die Provinzgenossen waren erst dann für Demonstrationen zu haben, als sie die 6 kr. für das Kilo Zucker mehr zu bezahlen hatten. Bei der Taktik gegenüber den Deutschnationalen müssen wir damit rechnen, daß wir draußen in Böhmen Deutschnationale haben, die noch infamer und noch gewaltthätiger sind als die Christlich-Sozialen. Es steht fest, daß wir gerade in diesem Punkte die Beschlüsse des letzten deutschen Parteitages genau beachtet haben, und wer dies nicht gethan hat, möge sich selbst bei der Nase nehmen und nicht andere beschuldigen, zu wenig gemacht zu haben. Was wir in Zukunft machen werden, läßt sich im vorhinein nicht bestimmen, und auch jene Genossen, die an der Vergangenheit Kritik geübt haben, haben für die Zukunft nichts angegeben. Ich meine, daß Oesterreich noch nie eine andere als eine feudal-klerikale Regierung gehabt hat und wir unsere Taktik gegenüber den herrschenden Faktoren gar nicht zu ändern brauchen. (Beifall.)

Werner (Mährisch-Ostrau): Ich bin durchaus nicht dagegen, daß die Nationalitätenfrage auf dem Parteitag aufgerollt wurde. Ich muß mich aber dagegen wenden, wie der Referent die Sache behandelt hat. Die Nationalitätenfrage ist nur ein Stück einer größeren Frage, nämlich der Frage der Demokratie in Oesterreich, und darauf hat Dr. Adler nicht hingewiesen. Er hat insbesondere von dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht nicht gesprochen, und dieses ceterum censeo müssen wir an den Schluß aller unserer Ausführungen setzen. Vergeblich spähen wir aber danach in den Spalten unserer Blätter. (Zwischen-

ruf: In jeder zweiten Glosse!) Auf den Vorwurf, daß wir mit den Straßendemonstrationen gegen die Verzehrungssteuern zu spät gekommen sind, antwortet man mir: „Ja, wir agitiren schon seit 1896 dagegen." Man hätte gleich sagen können, Lassalle habe schon im Jahre 1860 gegen die indirekten Steuern geschrieben. Ich meine aber — und ich bin in dieser Meinung nicht allein geblieben —, wir haben nicht rechtzeitig und nicht scharf genug mit dieser Agitation eingesetzt. Ich sage nicht, daß die Parteivertretung unthätig gewesen ist, sie hat insbesondere in Wien sehr viel gemacht; aber dieser Kampf hat so viel Arbeitskraft vorweg genommen, daß sie für andere Fragen nicht mehr eintreten konnte. Es genügt nicht, daß wir auf dem Parteitag allgemein erklären, wir werden im sozialdemokratischen Sinne weiterarbeiten, sondern wir müssen die Agitation und die Aufmerksamkeit der Bevölkerung darauf lenken, daß sich Oesterreich in demokratischer Richtung zu bewegen habe und wir immer und immer wieder für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht einzutreten haben. Die Zeit zur Aenderung des Wahlsystems für ganz Oesterreich ist jetzt da.

Zipfinger (Wien): Während beim ersten Punkt der Tagesordnung der Parteivertretung das Vertrauen einstimmig votirt wurde, wird jetzt bei Organisation und Taktik die Thätigkeit der Parteivertretung kritisirt. Vielen Genossen hat die Parteivertretung zu wenig gemacht; wir in unserem Wahlkreise müssen aber konstatiren, daß die Parteivertretung und die Parteipresse manchmal sogar zu scharf vorgegangen sind. Denn thatsächlich ist das österreichische Volk gegen das politische Unrecht schon abgestumpft, es stößt sich nicht mehr an Kleinigkeiten, und es war kein Wunder, daß die Regierung die § 14-Verordnungen herausgeben konnte, ohne daß die großen Massen des Volkes einen intensiven Widerstand dagegen geleistet hätten. Die Parteipresse hat alles gethan, um die Massen in Bewegung zu setzen, aber es war nicht möglich und erst als die Zuckersteuer oktroyirt wurde, wurde das Volk aufgerüttelt. Es ist auch nicht richtig, daß die Parteivertretung für das ganze Reich nicht gleichmäßig gearbeitet habe; denn die intensive Thätigkeit in Niederösterreich ist zu 90 Perzent der Landespartei zu verdanken. Bezüglich der Taktik stimme ich den Genossen Adler und Daszynski bei, daß wir zuerst wissen müssen, wen wir vor uns haben, bevor wir die Einzelheiten unserer Taktik bestimmen. Wenn uns die Genossen die Zukunft voraussagen, so werden wir ihnen auch antworten, was wir thun werden. (Beifall.)

Krapka (Wien): Genosse Berner ist grundsätzlicher Parteikritiker. Für ihn ist nur der 26. November 1897 ein Tag, den er nicht kritisirt, alle anderen Tage der Parteithätigkeit sind für ihn unter der Kritik. (Heiterkeit und Beifall.) Er stellt uns als nicht denkfähige Wesen hin, und sein ganzer Verstand läuft darauf hinaus: Wahlrechtsbewegung! Aber dazu brauchen wir nicht den Genossen Berner. Eine Wahlrechtsbewegung zu arrangiren, mag in Wahlkreisen möglich sein, wo keine feste Organisation besteht, sondern wo nur manchmal große Massenversammlungen abgehalten werden. Je kräftiger aber die Organisation ist, umsomehr muß man das thun, was die organisirten Massen verlangen, und nicht was Einer Person beliebt. Die Genossen verlangen, die Parteivertretung solle alles thun, sie selbst aber thun gewöhnlich wenig oder gar nichts. (Beifall.)

Müller (Graz): Es ist Sache der Parteivertretung, nicht nur fleißig zu arbeiten, sondern auch im richtigen Moment die Initiative zu großen Aktionen für das ganze Reich zu geben. Denn eine Aktion, die nur von Einem Kronland geführt wird, kann keinen Effekt haben, wenn sich dieses Land dabei auch aufreibt. Das Referat des Genossen Adler war sehr lückenhaft. Er hat nicht einmal gesagt, wie wir uns gegenüber den § 14-Verordnungen zu verhalten haben. In der allgemeinen Bemerkung, daß wir jedes bürgerliche Ministerium bekämpfen müssen, liegt keine Direktive. Wenn Genosse Nemec uns vorwirft, in Steiermark ein Bündniß mit den Deutschnationalen geschlossen zu haben, so verkennt er die Situation. Wir haben hier mit anderen Deutschnationalen zu rechnen als in Nordböhmen; sie haben bei uns nicht die Macht, uns entgegenzutreten, und gehen eben in gewissen Fragen mit uns; aber von einem „Bündniß" kann keine Rede sein. (Zustimmung.) Er soll sich über unsere Taktik gegenüber den Deutschnationalen nicht aus den „Narodni Listy", sondern aus dem „Arbeiterwille" und aus den Thatsachen informiren.

Daszynski: Lassen wir die kleinlichen Ausführungen der „Oppositionellen", des Dr. Morgenstern und Berner beiseite, wenn wir zu bestimmen haben, wie wir in Zukunft kämpfen sollen. Auf dieses Niveau kann man sich bei Behandlung dieser Frage nicht stellen. Diese kaufmännischen Mittelchen und Konsumvereine als Rettung im Kampfe gegen den § 11 — diese elf Kilogramm Zucker, wie sie da vorgeschlagen wurden, sind unserer unwürdig. Was Resel und die Grazer betrifft, die in den Versammlungen Punkt für Punkt die Bedingungen aufgestellt haben, unter denen sich die Ministerien werden ergeben müssen — hier schweigen sie darüber. Sie werfen Dr. Adler vor, daß er die Wundermittel, die Kunststückchen nicht angegeben habe, die wir in der nächsten Zukunft zu gebrauchen haben. Wir sind zu weit von der Regierungsmaschine, als daß wir solche Bedingungen aufstellen könnten. Es ist gewiß mehr werth, wenn Adler sagt, daß wir uns unter den Jesuitenhut nicht bringen lassen, daß die altbewährte Taktik bleiben wird. Es ist — glaube ich — gewissenhafter, als wenn man uns mit den elf Kilogramm Zucker kommt. Die Ostrauer und die Grazer sind gewiß die sprungbereitesten Genossen (Heiterkeit), aber ein Fundamentalgrundsatz in der Taktik ist, daß sich die großen Volksbewegungen nicht machen lassen. Wenn man uns vorwirft, daß der Kampf um das allgemeine Wahlrecht jetzt nicht lebendig ist, so muß man andererseits bedenken, daß jetzt in Land und Gemeinde eifrig um das Wahlrecht gekämpft wird. Man hat die großartigsten Wahlrechtsbewegungen in diesem Jahre gesehen, in Wien, Graz, Prag, Krakau und in vielen anderen Orten. Die Empfindung für die Nothwendigkeit der Eroberung des Wahlrechtes ist in die tiefsten Schichten des Volkes eingedrungen. Wenn wir aber über die Taktik hier reden, geschieht es, um in möglichst scharfer Weise zu dokumentiren, daß wir weiter Intransigenten geblieben sind, die wir waren, daß wir mit dem Beamtenministerium so wenig wie mit einem liberalen und feudalen in Abmachungen eingehen werden. Es wurde auch das Verhältniß zu den oppositionellen deutschen Parteien zur Sprache gebracht. Auch die schönsten Deutschnationalen können sehr bald schäbig werden (Heiterkeit); sie mögen sich in Steiermark heute noch sehr radikal und sehr oppositionell geberden. Wir kennen die Leute aus dem Reichsrath. (Ruf: Wir täuschen uns nicht!) Ich rede nicht von einem Bündniß — es ist nicht wahr, daß ein Bündniß bestand —, aber ich meine, daß eine gewisse Vorsicht beobachtet werden soll auch gegenüber diesen braven, guten Deutschnationalen von Graz. Es gab eine Zeit, wo auch die Tschechischnationalen oppositionell waren, und wo es von zärtlichen Verhältnissen zwischen Omladinisten und Sozialdemokraten wimmelte, und die Zeit wird wieder kommen; wenn die Tschechischnationalen wieder in der Opposition sind, ziehen sie andere Saiten auf den Mandolinen auf und werden wieder oppositionell spielen. (Richtig!) Unser Standpunkt gegenüber allen diesen ist: wir marschieren ganz getrennt von diesen Leuten, wir geben uns über sie keiner Täuschung hin! Wir müssen aber auch aussprechen, daß wir das feste Vertrauen zum Verband und zur Parteivertretung haben. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Seliger (Teplitz): Ich hätte von jenen, die dem Dr. Adler den Vorwurf machten, daß er nicht gesagt hat, was in der nächsten Zukunft zu machen wäre, erwartet, daß sie es sagen werden. Die Debatten haben sich aber mehr in der Kritik dessen bewegt, was die Partei gethan hat, und ich meine, es geht auch nicht anders, als heute die allgemeinen Grundsätze anzugeben, die für die Zukunftstaktik einzuhalten sind. Wissen wir denn, welche Haltung diese Zukunftsministerien einnehmen werden? Wissen wir denn, ob wir überhaupt dazukommen werden, eine derartig große Wahlrechtsbewegung einzuleiten, wie sie da von einzelnen Genossen gewünscht wird? Wenn nicht alles so gewesen ist, wie man es sich vielleicht wünschen könnte, so hängt doch das wohl nicht allein ab von dem Willen der Parteivertretung oder des Parteitages, da spielt eine große Rolle der alte Schlendrian im Volksleben. Allerdings kann auch ich der Parteileitung den Vorwurf nicht ersparen, daß sie vielleicht etwas zu spät auf den Plan getreten ist. Ich habe die Empfindung, daß die Partei in dem Augenblick nicht so schlagfertig funktionirt hat, wie sie es sonst zu thun gewohnt ist. Es wurden hier den tschechischen und deutschen Genossen Vorwürfe gemacht; ich glaube, diese

Vorwürfe sind unberechtigt. Es war ja immer so, daß die verschiedenen bürgerlichen Parteien ihre Stellung zu den Regierungen gewechselt haben, daß einmal diese Partei, das anderemal jene Partei an unserer Seite stand. Ich weiß nicht, ob es opportun, ob es richtig wäre, und vor allem ob es von den Arbeitern verstanden würde, wenn wir gerade auf jene Partei hinhauen würden, die neben uns steht. Das ist noch kein Bündniß. Es mag vielleicht ein eigenthümliches Gefühl zum Beispiel bei den Tschechen hervorrufen, wenn die deutschen Genossen mit den Deutschnationalen zu gehen gezwungen sind. Aber wenn Sie genauer zusehen, so erkennen Sie, daß wir immer das Bestreben hatten, der Bewegung gegen die § 14-Wirthschaft unseren Stempel aufzudrücken. (Beifall.) Es wurde auch darüber gesprochen, daß die Parteivertretung zu selten über die nöthige Taktik Direktiven gebe. Ich muß sagen, es freut mich, daß die Exekutive bei uns nicht so eingegriffen hat, als es vielleicht von manchen Genossen gewünscht worden wäre. Wir werden mit den Deutschnationalen schon selbst fertig.

Resel (Graz): Es ist mir der Vorwurf gemacht worden, ich hätte die sozialdemokratische Taktik mehr geschädigt als irgend jemand. Womit wurde dieser schwere Vorwurf begründet? Mit dem erlogenen Bericht der tschechisch-nationalen Blätter, daß ich zu einer nationalen Versammlung ein Begrüßungsschreiben abgesendet habe. Thatsache ist bloß, daß ich zu der Versammlung eingeladen wurde und abgesagt habe. Wir glauben, Genosse Nemec sollte sich über unser Vorgehen nicht aus den „Narodni Listy" informiren. Wir pflegen uns unser Urtheil über die tschechischen Genossen auch nicht gerade aus der „Ostdeutschen Rundschau" zu nehmen. Ist der Vorwurf vielleicht dadurch gerechtfertigt, daß wir den Stein so schön heimgeschickt haben? Ist er vielleicht dadurch bewiesen, daß es in Graz überhaupt keine nationalen Arbeiter gibt? Ich würde wünschen, daß das auch in Prag so wäre. Bevor man so schwere Anwürfe erhebt, sollte man sich doch genauer informiren. Es ist doch selbstverständlich, daß unsere Taktik den Deutschnationalen gegenüber eine andere ist als die des Genossen Nemec, wie die der deutschböhmischen Genossen. Genosse Daszynski möge beruhigt sein. Wenn die Deutschnationalen bei uns schäbig werden, werden wir sie schon gehörig kratzen. (Heiterkeit.) Daß unsere Nationalen in Graz anständig sind, das ist nicht die Schuld der Nationalen, sondern der Sozialdemokraten, weil wir unanständige Nationale bei uns überhaupt nicht dulden. (Heiterkeit.)

Nun wurde auch weiter gefragt: Was hätte die Parteivertretung machen sollen? Ich erinnere Sie daran, daß eine Aktion für die Aufhebung des Zeitungsstempels eingeleitet wurde zu einer Zeit, wo die Bürgerlichen andere Schmerzen gehabt haben. Ist nicht die Wirthschaft des § 14, die Oktroyirung der Zuckersteuer zumindest ebenso bedeutend, daß man auch ihretwegen hätte wenigstens Resolutionen und Zirkulare an die Organisationen ausschicken können? Aber das ist nicht geschehen, obwohl der Erlaß des Finanzministers vierzehn Tage vorher allgemein bekannt war. Es ist auch nicht wahr, daß die Bevölkerung auf einem so tiefen Niveau steht, daß man ihr erst in den Sack greifen muß, damit sie sich auskennt. Es wurde oft genug mit dem „Belgischreden" gedroht. Was das bedeutet, darüber herrscht bei uns kein Zweifel. (Daszynski: Straßendemonstrationen!) Jetzt ist nur der Thun weg, alles Andere ist geblieben, und da sagt man nur noch: Wir werden uns nicht unter den Jesuitenhut bringen lassen. Was machen wir, wenn das Parlament zusammentritt und die Ausgleichsvorlage bewilligt? Ist denn der Thun bloß das Karnickel gewesen? Auch wir empfinden es schwer, daß bei uns Ministerpolitik getrieben wird. Daß aber der Fehler nicht dort allein steckt, daß es noch andere Gründe unserer traurigen Verhältnisse gibt, das sollte doch auch gesagt werden. Die Minister sind eben die Ausführer des Systems. Wir müssen uns fragen: „Wie viel Kraft haben wir, dieses System umzubringen?" Ich bin auch nicht dafür, daß wir unsere Kräfte vergeuden in unsinnigen Aktionen, aber ich bin dafür, daß wir, wie selbstverständlich, nicht ministerielle Politik, sondern ehrliche Klassenpolitik betreiben. (Stürmischer Beifall.)

Wolf (Wien): Aus den Ausführungen aller Vorredner geht hervor, daß wir keine andere Taktik als die sozialdemokratische einschlagen können. Dr. Morgenstern beweist nur, daß er mit der Arbeiterschaft nicht in Fühlung steht, wenn er erklärt, daß es unter den bestehenden Verhältnissen möglich gewesen wäre,

energischer vorzugehen. Kritisiren ist ja leicht, denn die Rathsherren sind ja immer gescheiter, wenn sie vom Rathhause kommen. (Beifall und Heiterkeit.)

Tuller (Leoben) [zur Geschäftsordnung] wünscht, daß auch deutsche Genossen die Uebersetzung einer deutschen Rede verlangen können. Im vorliegenden Falle handle es sich darum, gegenüber den Anwürfen, die Genosse Nemec gegen den Genossen Resel erhoben habe, den tschechischen Genossen auch die Antwort des Genossen Resel verständlich zu machen.

Der Vorsitzende Genosse Popp hält dies nach dem Sinne der Geschäftsordnung für unzulässig.

Nachdem die Genossen Resel gegen und Pernerstorfer für den Antrag gesprochen, schließt sich der Parteitag prinzipiell dem Antrage des Genossen Tuller an.

Krejci (Pilsen, tschechisch): Wir haben mit der Aktion gegen die Zuckersteuer nicht gewartet, bis wir Befehl bekommen haben, etwas zu thun; allerdings machen wir damit nicht so viel Aufhebens wie die Ostrauer. In der heutigen Debatte wurde uns Tschechen der Vorwurf gemacht, daß wir mit den Jungtschechen ein zu inniges Verhältniß hatten. Vergessen Sie aber nicht, daß es die deutschen Genossen und vor allem Dr. Adler waren, die mit den Jungtschechen besonders befreundet waren und uns erst auf sie aufmerksam machten. (Heiterkeit.)

Der Redner schlägt folgende Resolution vor:

Der Parteitag beauftragt den Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten, die äußersten Mittel zur Verhinderung einer weiteren Erhöhung der Verzehrungssteuern sowie zur Beseitigung aller bisher auf Grund des § 14 erlassenen Steuererhöhungen in Anwendung zu bringen. Gleichzeitig wird der Gesammtparteivertretung aufgetragen, Vorkehrungen zu großen Kundgebungen gegen den österreichisch-ungarischen Ausgleich zu treffen, und zwar für den Tag der Neueröffnung des Parlaments; die Taktik ist entsprechend den gegebenen Verhältnissen zu verschärfen. Die Feststellung der Taktik in Fragen, die ein einzelnes Land betreffen, ist der betreffenden Landesparteivertretung zu überlassen.

Nemec (Prag, tschechisch) berichtigt, daß er seine Ansichten über die Grazer Genossen nicht aus den „Narodni Listy", sondern aus den Parteiblättern habe. Wenn wir den Grazer Genossen Vorwürfe machen, ist die Erregung überflüssig. Wir wollen sie ja nicht schmähen, sondern nur darauf aufmerksam machen, daß sie Fehler begangen haben, etwas, was jedem Parteigenossen gestattet sein muß. Wenn wir einen Fehler begangen haben, werden wir den Grazern nur dankbar sein, wenn sie uns darauf aufmerksam machen.

Dr. **Adler** (zum Schlußwort): Die Angriffe auf die Parteivertretung und die Taktik der Partei sind reichhaltiger geworden, als ich gehofft hatte. Ich will aber aus der Debatte nur einiges herausgreifen. Zunächst wurde uns vorgeworfen, daß wir nicht um so vieles gescheiter sind als die Genossen in der Provinz. Wir möchten ja gern noch gescheiter sein. (Heiterkeit.) Prophezeien können wir aber auch nicht. Um die Taktik für eine unsichere Zukunft vorherzubestimmen, so klug oder unklug sind wir nicht.

Es wurde bedauert, daß das Flugblatt nicht konfiszirt worden ist, und gesagt, daß es deshalb den Parteigenossen nicht entsprochen habe. Ich bitte, sich nur vor Augen zu halten, wie viel Zeit und Geld die Herstellung eines Flugblattes kostet, das in fünf oder sechs Sprachen übersetzt wird. Ich weiß nicht, ob, wenn wir ein konfiszirtes Flugblatt gemacht hätten (Seliger: Es ist konfiszirt worden!) — also etwas haben wir doch gethan — und es uns gelungen wäre, es der Staatsanwaltschaft in Wien zu entziehen, die Genossen überall mit dem § 24 umzugehen wissen, wie das allerdings bei einigen der Fall war. Ich gebe zu, daß unter dem unmittelbaren Eindruck der Ereignisse das Blatt eine andere Sprache geführt hätte, aber unsere Flugblätter sind nicht da, um „aufzureizen"; sie sind und speziell dieses war dazu bestimmt, auch in die kleinste Hütte eine sachliche Darlegung dessen zu bringen, welche Bewandtniß es mit den § 14-Verordnungen hat. Nicht nur die Massen, sondern auch mancher Referent wird aus diesem Flugblatt sehr viel gelernt haben, und es ist vielleicht eine kleine Undankbarkeit dabei, wenn man heute dieses Flugblatt schlecht behandelt, das man so gut benützt hat.

Es wurde auch getadelt, daß wir keine Zirkulare hinausgegeben haben, wie man sich wegen der § 14-Verordnungen benehmen solle. Hier haben Sie ein eklatantes Beispiel dafür, wie wenig mitunter die Genossen sich darüber klar sind, was eine Parteivertretung thun kann und muß. Die Aktion wegen des Zeitungsstempels wurde vom Zaun gebrochen. Der Zeitungsstempel ist ja etwas, für das sich geringe Schichten der Bevölkerung interessiren. Wenn wir darüber zu einer gewissen Zeit reden wollen, dann müssen wir Zirkulare hinausgeben, weil ja die Genossen nicht von selbst daraufkommen werden, daß wir zu einer bestimmten Zeit Versammlungen über den Zeitungsstempel abhalten wollen. Solche Demonstrationen müssen arrangirt werden. Wenn aber Verfassungsbrüche begangen werden, die jeder versteht, dann hat die Parteivertretung keinen Anlaß, Zirkulare hinauszugeben und zu sagen: Ihr habt euch über die Zuckersteuer aufzuregen. (Heiterkeit. — Resel: Das ist ein billiger Witz!) Das ist weder billig noch ein Witz.

Genosse Resel hat gemeint, wir hätten „Ministerpolitik" gemacht, und er meinte damit allerdings nicht eine Politik zu Gefallen eines Ministers, sondern eine Politik von einem Ministerium auf das andere. Ich leugne nicht, daß es bei der Bestimmung unserer Politik ein wichtiger Faktor ist, welche Regierung am Ruder ist, und wenn Sie über eine Politik praktisch entscheiden wollen, so müssen Sie sich den Charakter einer Regierung vor Augen halten.

Genosse Resel hat sich auch darüber lustig gemacht, daß ich Ihnen gestern nichts Anderes zu sagen wußte, als daß wir die sozialdemokratische Taktik weiter verfolgen müssen. Was hat er Ihnen aber heute gesagt? Wir müssen proletarische Taktik machen. Sind Sie nun klüger, als Sie es waren? (Heiterkeit.) Wenn ich gestern über die Indemnitätsfrage nicht gesprochen habe, so war das ein Versäumniß. Glaubt aber jemand, daß sich die sozialdemokratischen Abgeordneten und die Partei in dieser Richtung anders benehmen können, als daß sie gegen diese Ausgleichsverordnungen entschieden auftreten? Was hierüber vorgebracht wurde, sind aber auch nur Allgemeinheiten. Genosse Resel spricht nur so stürmisch, wenn er fordert; wenn man von ihm verlangen wollte, er solle prophezeien, so würde er sich auch nicht darauf einlassen, dazu ist er viel zu klug.

Ein ganz merkwürdiger Vorwurf liegt in der Behauptung, daß die Parteivertretung zu sehr durch die Wiener Verhältnisse beeinflußt werde und die Lage des Reiches zu wenig im Auge habe. Ich gebe zu, daß Ihnen draußen der Kampf gegen Lueger mitunter langweilig sein mag, obwohl ich weiß, daß viele Leute in der Provinz vernünftig genug sind, zu wissen, daß die Herrschaft in Wien ein politischer Faktor allerersten Ranges ist, und daß wir es verstanden haben, diese Alleinherrschaft Lueger's in Wien in Schranken zu halten, das war eine politische Arbeit nicht nur für Wien, sondern für das ganze Reich. Wenn wir den Gemeinde-Angelegenheiten immer mehr Gewicht beilegen, so ist das eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Unser Programm ist nach der Richtung eines Gemeindeprogramms viel zu wenig ausgebaut. Wenn wir die Aufmerksamkeit dahin lenken, so thun wir eine gute Sache.

Es wurde auch von einer Seite gesagt, daß der politische Kampf nicht das Um und Auf sei. Das ist richtig; aber wenn wir unter dem Druck der politischen Krise den ökonomischen und den Klassenfragen nicht mehr Aufmerksamkeit zuwenden können, so bedauern wir dies, weil darunter die unmittelbaren Interessen der Arbeiterschaft leiden. Die bürgerlichen Parteien können das leichter aushalten als die anderen. Das Geschäft geht verhältnißmäßig gut. Der § 14 hat ja sogar den Ausgleich ermöglicht, und selbst die deutschnationalsten Fabrikanten sind darüber lange nicht so empört, als sie scheinen. Wenn wir die Aufmerksamkeit der Genossen darauf lenken, in der Gemeinde sozialistische Prinzipien geltend zu machen, so machen wir etwas, was für die Entwicklung der Partei ebenso nothwendig als gerade jetzt zeitgemäß ist.

Gewöhnlich macht man einer Parteivertretung den Vorwurf, sie sei zu herrschsüchtig; uns wurde vorgeworfen, daß wir zu milde gewesen seien. Genosse Zeller hat für uns Milderungsgründe geltend gemacht. Ich glaube, wenn die Parteivertretung in einer der schwersten Zeiten nichts verdorben und nicht geschadet hat, so hat sie schon ein sehr schweres Stück Arbeit verrichtet. Der letzte Theil der Diskussion gibt Ihnen ein Bild, wie schwer es ist, in dieser Zeit

die Taktik zu bestimmen. Für uns ist das Verhalten zu den anderen oppositionellen Parteien theoretisch vollständig klar. Wir gehen den Weg, den das Programm vorzeichnet, und kümmern uns um die Andern nicht. In der Praxis haben wir es nicht mit einer Armee zu thun, die in Bataillone eingetheilt ist und sich durch Uniformen kenntlich macht. Wir haben eine Masse vor uns, auf die jeder wirken kann, und wir können den anderen Leuten nicht verbieten, auf sie zu wirken. Wir können unseren Demonstrationen nicht immer das sozialistische Abzeichen aufdrücken. Wenn eine Demonstration auf der Straße stattfindet, kann wirklich niemand wissen, wo der Deutschnationale anfängt und der Sozialdemokrat aufhört. Auf die Gasse kommen die Leute nicht, weil sie auf ein bestimmtes Programm eingeschworen sind, sondern weil eine Bewegung im Gange ist. Seien Sie aber deshalb ganz ruhig. Wenn die Erregung vorbei ist, finden wir unsere Leute wieder heraus. Es ist gar nicht nothwendig, daß die abgestempelt werden, damit keine Verwechslung stattfindet. (Heiterkeit.)

Die Sozialdemokraten sind überhaupt eine merkwürdige Partei. Jede andere Partei ist froh, wenn sie Leute findet, die mit ihr gehen; wir haben die größte Angst, daß uns jemand aushilft (Heiterkeit), und wir haben auch allen Grund dazu, weil die Gefahr besteht, daß das, was wir wollen, verfälscht wird. Zur Rechtfertigung unserer deutschen Genossen in Böhmen und Steiermark sei bemerkt, daß sie wiederholt die Deutschnationalen, die mit ihnen demonstrirt haben, plötzlich auf der Straße stehen ließen, um ihnen zu zeigen, wie schwach sie sind. Die Vorwürfe des Genossen Nemec gegen die Grazer sind also nicht ganz berechtigt. Aber auch ich habe gegenüber den Grazer Genossen etwas auf dem Herzen. Sie machen eine lokale Politik, die für das ganze Reich nicht möglich ist (Rufe: Warum?), weil sie unklug ist. An solche Programme können wir uns nicht binden, und wenn eine lokale Organisation mit noch so großer Schärfe ihren Spezialwillen zum Ausdruck bringt, so muß sie sich gefallen lassen, daß die Partei sagt, wir fühlen uns dadurch nicht gebunden. Klug und der Organisation entsprechend wäre es, daß man, bevor man ein solches Programm aufstellt, sich informirt, ob die Genossen an den anderen Orten in ihrer geistigen Entwicklung so weit vorgeschritten sind, daß sie sich dem anschließen können. (Heiterkeit.) Dann wird nicht ein so einseitiger Vorstoß erfolgen, oder man wird nicht in die Verlegenheit kommen, allein zu bleiben.

Der Hauptvorwurf, der uns und auch der „Arbeiter-Zeitung" gemacht wurde, war, wir hätten nicht von Wien aus eine große Bewegung für das allgemeine Wahlrecht in Szene gesetzt. Genosse Schrammel hat mir den journalistischen Rath gegeben, die Forderung nach dem allgemeinen Wahlrecht als ein ständiges Inserat in die „Arbeiter-Zeitung" aufzunehmen. (Heiterkeit.) Genossen! Eine Forderung erkämpft man nicht dadurch, daß man sie alle Tage mit denselben Worten bis zum Ueberdruß wiederholt. Unser Hauptziel ist eine tiefgehende Demokratisirung unseres Landes, und hiezu haben die letzten Bewegungen ungeheuer viel gethan. Daß wir auf diese Weise auch dem allgemeinen Wahlrecht nähergerückt sind, sind wir auch unseren Gegnern schuldig, die gezeigt haben, daß man mit der heutigen Verfassung nicht weiterkommt. Man hat es früher tschechischklerikal versucht, man will es jetzt deutschklerikal versuchen, erst mit, jetzt ohne die Sprachenverordnungen, und so wird darauf die Probe gemacht werden, daß Oesterreich nur dann aus dem Sumpfe zu retten ist, wenn eine gründliche Umänderung des ganzen Baues vorgenommen wird. Ein wirklich großer Staatsmann könnte aus diesem Oesterreich vielleicht etwas machen, aber er müßte das sozialdemokratische Programm, wenigstens soweit es demokratisch ist, erfüllen. Es müßte eine Konstituante einberufen werden, und die Völker müßten zum Worte kommen, um zu sagen, wie sie diesen neuen Staat aufbauen wollen. Daß wir in unseren Versammlungen, in unserer Presse darauf hindeuten und beweisen, daß eine bloße Aenderung der Personen und der Szenerie nicht der richtige Weg zur Wiederaufrichtung Oesterreichs ist, dieses Verdienst haben die sozialdemokratische Presse, die Parteivertretung und unsere Abgeordneten, und das ist uns auch von niemand abgestritten worden. Das ist unsere Taktik. Wir können aber nicht sagen, beispielsweise welche Anträge wir einbringen werden, wenn das Parlament einberufen wird, ob wir

die Delegationswahlen zulassen werden u. s. w.; darüber kann ein ehrlicher und vernünftiger Mann keiner Partei heute Auskunft geben. Aber gewiß wären die anderen Parteien zu Tode froh, wenn sie so genau wüßten, was sie zu thun haben, wie die Sozialdemokraten, für die es kein Schwanken gibt. Daß wir eine Oppositionspartei bleiben, braucht hier nicht betont zu werden. Daß wir auch künftighin keinem der in Aussicht stehenden Minister Vertrauen entgegenbringen werden, versteht sich von selbst.

Eine Schwierigkeit beachten Sie wohl: Wir haben wohl ein Interesse daran, daß die heutige Politik ad absurdum geführt werde, aber wir haben auch ein Interesse daran, daß geordnete parlamentarische Zustände eintreten. Wir müssen jeden Moment entscheiden, ob man neben dem österreichischen Interesse einer gründlichen Umwälzung auch das praktische Interesse einer bestimmten Maßregel im Auge haben soll. Darüber können wir aber auf dem Parteitage nichts sagen, das muß der Moment, der Verstand, die Empfindung und die ehrliche Absicht geben, nicht Phrasen dreschen zu wollen, sondern im Dienste des österreichischen Proletariats und seiner proletarischen Interessen zu arbeiten. (Zustimmung.) Die Resolution Krejci ist zwar nicht schädlich, Sie können sie dem Verband und der Parteivertretung zuweisen. Die Resolution Prachensky ist nicht etwa weniger scharf als die erste Resolution, sondern beschränkt sich darauf, jene Punkte festzustellen, die sich heute schon feststellen lassen. Diese Resolution empfehle ich zur Annahme. Ich bitte Sie, im bevorstehenden Kampf den Kampfesmuth und das Vertrauen, daß die Arbeiterschaft aushalten werde, zu bewahren. Wenn wir in der Parteivertretung beisammensitzen, so überlegen wir nicht, was wir wollen, sondern worauf die Arbeiterschaft wartet, und was sie leisten kann. Wir werden mitunter gedrängt, mitunter aber müssen wir einsehen, daß sie nicht mit jenem Tempo und jener Schärfe vorgehen will, wie wir es wünschen. Im großen und ganzen müssen wir aber sagen, die österreichische Arbeiterschaft hat sich in den zwei Jahren des Kampfes politisch reif, zum Eingreifen schlagfertig und opfermuthig gezeigt, wie sehr viele von uns ihr es nicht zugetraut hätten. Mögen die bürgerlichen Parteien trübe in die Zukunft schauen — wir wissen, der alte Bau ist morsch und brüchig, und haben das Zutrauen zu den Proletariern Oesterreichs, daß sie die Kraft haben werden, an Stelle dieser Ruine einen neuen, großen und mächtigen Bau zu setzen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Bei der Abstimmung wird die Resolution Prachensky **einstimmig angenommen**, die Resolution Krejci wird dem Verband und der Parteivertretung zugewiesen.

Damit ist der zweite Punkt der Tagesordnung erledigt.

Die Verhandlung wir hierauf um 3/42 Uhr auf morgen vertagt.

Dritter Verhandlungstag.

Vormittagssitzung (Beginn 9 Uhr).

Kristan (Triest) erstattet den **Bericht der Mandatsprüfungskommission** und gibt bekannt, daß auf dem Parteitage 64 Delegirte der deutschen Organisationen, 38 der tschechischen, 10 der polnischen Organisationen, 1 Ruthene, 2 Slovenen und 1 Italiener sowie 3 Gäste anwesend seien. Er beantragt, die vorliegenden Mandate anzuerkennen, mit Ausnahme jener der Genossen Preußler und der Genossin Jobst und ebenso das Mandat des Genossen Souček für die westböhmischen Bergarbeiter zu annulliren, da diese Mandate nach Ansicht der Kommission den gestellten Bedingungen nicht entsprechen.

Dr. **Adler** bezeichnet das Vorgehen der Mandatsprüfungskommission als ein bureaukratisches und meint, man könne unmöglich Genossen ausschließen, die bekanntermaßen jahrelang in der Organisation stehen, wenn niemand bezweifeln kann, daß sie ein Mandat haben, bloß deshalb, weil sie nach der Ansicht der Kommission kein ordnungsmäßig ausgestelltes Mandat vorgelegt haben. Er wünscht, daß die Kommission noch einmal die zur Annullirung beantragten Mandate zu überprüfen habe.

Schuhmeier findet das Vorgehen der Kommission vollkommen korrekt und stellt den Antrag:

> In der Ueberzeugung, daß auch die von der Mandatsprüfungskommission zur Annullirung vorgelegten Schreiben 2c., die sie nicht als Mandate gelten lassen konnte, gewiß jenen Personen, auf die sie sich beziehen, das Recht gaben, auf dem Parteitag zu erscheinen, erkennt der Parteitag ausnahmsweise die Betreffenden als Delegirte an.

Krapka (Wien): Der Wahlkreis läßt sich manchmal nicht vertreten, weil er kein Geld hat. Da kommt es vor, daß mancher auf eigene Kosten fährt und sich bloß ein Mandat ausstellen läßt. Da ist doch etwas Strenge nothwendig.

Roušchar (Prag): Nach der Ansicht des Dr. Adler könnten wir uns die Wahl einer Mandatsprüfungskommission ganz ersparen. Wir könnten dann einfach jeden Genossen zulassen. Man muß doch feststellen, wer als Delegirter gesendet wurde. Die Kommission ist viel zu nachsichtig vorgegangen; in Zukunft muß sie noch strenger vorgehen.

Auf Antrag des Genossen **Salamander** (Lemberg) wird Schluß der Debatte angenommen.

Referent **Kristan** erklärt, die Kommission habe nur ihre Schuldigkeit erfüllt, indem sie ihre Bedenken vorgebracht habe. Der Parteitag könne sich ja über diese Bedenken hinwegsetzen. Der Redner empfiehlt den Antrag Schuhmeier zur Annahme.

Bei der Abstimmung wird der Antrag Schuhmeier zum Beschluß erhoben und hierauf zum nächsten Punkt der Tagesordnung übergegangen.

Organisation der Gesammtpartei.

Referent **Krapka:** Gestatten Sie mir zunächst eine kurze Vorbemerkung. Es gibt Leute, die sich Sozialdemokraten nennen und die Partei für unfähig erklären, und die, wenn sie ihren Mist in Oesterreich nicht ablagern können, nach Deutschland gehen, wo sich schon ein Parteiorgan findet, das den Mist aufnimmt. Diese Leute wissen wohl nicht, daß sie damit die Partei schädigen, und unsere Parteigenossen in Deutschland müssen da wohl etwas vorsichtiger sein, wenn es sich um Sachen handelt, die in erster Linie uns angehen.

Als auf dem letzten Wiener Parteitag zum Ausbau der Selbstständigkeit der nationalen Organisationen weitere Schritte gethan wurden, haben die bürgerlichen Parteien mit großem Jubel hinausposaunt, daß die sozialdemokratische Partei zerfranst ist, und ihr nahes Ende wurde bis auf das Datum festgestellt. Auch einzelne Genossen sind mißtrauisch nach Hause gegangen, in der Meinung, daß die Bande, die bis jetzt das österreichische Proletariat zusammenhielten, durch die Selbstständigkeit der nationalen Organisation doch wenigstens gelockert werden. Ich bin aber heute in der Lage, zu konstatiren, daß die Partei durch die Autonomie gestärkt und womöglich noch mehr geeinigt dasteht als ehedem. Ich bin stolz darauf, weiter konstatiren zu können, daß während der ganzen gemeinsamen Berathungen niemand majorisirt wurde und jeder Organisation gegenüber das größte Entgegenkommen herrschte. Es läßt sich nicht leugnen, daß Meinungsverschiedenheiten bestanden. Aber sie waren meistentheils kleinlicher und lokaler Natur; das ist im Parteileben unausweichlich. Aber alle müssen zugestehen, daß der Kampf, der geführt wurde, in der größten Einigkeit geführt war, daß wir geeint marschierten und geeint zugeschlagen haben. Es handelt sich weniger darum, ob wir in gleichen Organisationsformen organisirt sind, sondern ob wir die gleichen Ziele und die gleichen Grundsätze haben, und ob wir den Feind einer unserer Organisationen als unser aller Feind betrachten. Diese Einigkeit bestand und wird bestehen, wenn auch unser Karl Marx von Sozialökonomen verschiedener Qualität in Fransen zerstückt wird. Nicht Karl Marx hat aus uns Sozialdemokraten gemacht, sondern die Verhältnisse, in denen wir leben. Marx hat uns den Weg gewiesen, und die wissenschaftlichen Schmarotzer können ihn noch lange bespeien; er bleibt doch immer *unser* Karl Marx! In den lokalen Organisationen hat hie und da nicht das nothwendige Verständniß für die freie Entwicklung der Minoritäten bestanden, und manche diesbezügliche Vorfälle sind lebhaft zu bedauern. Eine jede Organisation verlangt zunächst, daß ihre Formen allen Angehörigen leicht verständlich gemacht werden. Es muß auch der Entwicklung der Gesammtpartei Rechnung getragen werden, und Ergänzungen der Organisation müssen platzgreifen. Die Gesammtvertretung muß immer über alle wichtigen Vorkommnisse mit objektiver Genauigkeit von den einzelnen Exekutiven informirt werden. Vieles würde anders aussehen, wenn die Gesammtvertretung nicht an finanziellem Mangel litte. Zunächst müssen die schwächeren Organisationen von den stärkeren unterstützt werden. Wir werden uns, wenn auch nicht heute, mit der Geldfrage der Gesammtvertretung beschäftigen müssen. Durch die Entwicklung der einzelnen nationalen Organisationen vergrößert sich auch der Wirkungskreis der Gesammtparteivertretung. Deswegen wird es vielleicht in der nächsten Zeit nothwendig werden, für die Gesammtparteivertretung eine ständige Kraft anzustellen.

Die Anträge der Parteivertretung zu diesem Punkt sind solche, die den Bedürfnissen des praktischen Lebens entsprungen sind. Da ist vor allen der Antrag, daß der Parteitag Anfangs September stattfinden soll. Wir haben es immer schmerzlich empfunden, daß unsere Parteitage mitten während der Tagung des Parlaments oder erst am Schluß der Tagung stattfanden. Ich glaube, es wird auch den Abgeordneten angenehm sein, wenn sie durch den Parteitag eine Direktive bekommen können. Der andere Antrag betrifft die Beschickung des Parteitages. Durch die geänderte Organisation der Partei sind die geltenden Bestimmungen zum Theil antiquirt, und ihre genaue Durchführung würde einen heillosen Wirrwarr hervorrufen. Nach dem gegenwärtigen Statut hätten zum Beispiel wir Tschechen das Recht, zum Parteitage 27 Mitglieder als Parteivertreter zu entsenden. Aehnlich ist es mit den Kontroloren der deutschen Partei, die auch Mitglieder der Parteivertretung sind. Es müßte daher eine genaue Bestimmung über die Gesammtvertretung vorgeschlagen werden. Es sind größtentheils Präzisirungen der gegenwärtigen Bestimmungen. Ebenso nothwendig ist wohl der Antrag, der bestimmt, daß die Berichte der einzelnen nationalen Organisationen mit demselben Tage abschließen sollen. Die Gesammtorganisation soll jetzt auch ein eigenes Kontrolorgan erhalten; bisher haben die deutschen Kontrolore bloß aus Gefälligkeit auch für die Gesammtpartei die Kontrole besorgt.

Was die anderen Anträge betrifft, habe ich nichts dagegen, daß der Antrag des I. Wiener Wahlkreises angenommen wird, doch möge er vielleicht so stilisirt

werden, daß bloß die Arbeiten, die Wahlen betreffen, gemeinsam gemacht werden. Der Antrag des V. Wiener Wahlkreises ist eigentlich eine Präzisirung des vorigen und ist im wesentlichen schon eingeführt.

Vorsitzender **Nemec** gibt bekannt, daß zu diesem Punkte noch folgende Anträge eingelangt sind, und zwar:

Antrag der **Mandatsprüfungskommission** (Kristan und Theodorczuk):

Der Parteitag wolle beschließen: Die nationalen Parteisekretariate haben vorgedruckte Mandatsformulare zu beschaffen, die den delegirenden Organisationen verabfolgt werden. Jedes Mandatsschreiben hat die Bekanntgabe der erfolgten Wahl der Delegirten und der dabei beobachteten Modalitäten zu enthalten.

Jede delegirende Organisation hat ihre Delegirten dem Parteisekretariat rechtzeitig bekanntzugeben und auch die eventuellen Ersatzmänner anzuführen, damit die Sekretäre in der Lage sind, der zusammentretenden Mandatsprüfungskommission diesbezüglich alle Aufschlüsse zu geben.

Wenn ein Vertrauensmann selbst als Delegirter gewählt wird, muß sein Mandat noch mit einer zweiten Unterschrift der betreffenden Organisation versehen sein.

Antrag der **Industriegruppe der Verkehrsbediensteten** (Taub-Karpas):

Der Parteitag wolle beschließen, daß auch zum Gesammtparteitag die Parteipresse das Recht habe, Delegirte mit berathender Stimme zu entsenden.

Antrag der Genossen **Meizr-Winarsky**:

Um eine einheitliche Berichterstattung zum Gesammtparteitag zu ermöglichen wird das Sekretariat der Gesammtexekutive beauftragt, entsprechende Formulare an die Wahlkreise zeitgerecht auszusenden. Die präzise Beantwortung der gestellten Fragen und pünktliche Einsendung der Antworten wird den Organisationen zur Pflicht gemacht.

Antrag **Hueber-Preußler**:

Die Geschäfte werden durch einen auf dem Gesammtparteitag gewählten Sekretär besorgt. Die Erhaltung dieses Sekretariats wird von den nationalen Exekutiven durch eine zwanzigperzentige Beitragsleistung der durch die Parteisteuer eingehobenen Gelder als Grundlage sichergestellt.

Antrag des **Frauen-Reichscomités** (Genossin Popp):

Der Parteitag möge beschließen, daß die Genossinnen eines jeden Wahlkreises das Recht haben, eine Delegirte zum Parteitag zu entsenden.

Karpas (Wien, tschechisch): Ich bin von der Exekutive der Eisenbahnerorganisation beauftragt worden, hier den Antrag einzubringen, daß künftig zum Gesammtparteitag auch die Redakteure der Parteiblätter mit berathender Stimme zugelassen werden sollen. Dieser Antrag ist nichts Neues. Eine ähnliche Bestimmung besteht bereits bei Beschickung der Parteitage der deutschen und tschechischen Sozialdemokraten. Eine nähere Begründung dieses Antrages erachte ich für überflüssig, da doch jeder der anwesenden Delegirten die Bedeutung der Presse und ihr Interesse am Verlaufe der Verhandlungen anerkennen wird. Ich empfehle Ihnen daher die Annahme dieses Antrages auf das wärmste.

Dr. **Ellenbogen** (Wien): Obwohl ich kein Freund von Kleinkrämerei in Organisationsfragen bin, muß ich doch den Antrag der Mandatsprüfungskommission empfehlen; denn wir müssen auf die Zusammensetzung der Parteitage genau achten und brauchen darüber ganz klare Bestimmungen. Sollte eine Zeit kommen, wo die Polizei unserer Organisation noch mehr Schwierigkeiten bereiten würde als heute, so bedürfen wir strikter Bestimmungen nur um so nöthiger.

David (Wien) begründet zunächst den Antrag des V. Wiener Wahlkreises. Wir in Niederösterreich haben nebst der deutschen Bevölkerung eine starke slavische Minorität. Wir sind daher auf eine gemeinsame Arbeit angewiesen. Die diesbezüglichen Bestimmungen unseres Organisationsstatuts werden nicht gehandhabt. Die nationalen Vertretungen haben untereinander zu wenig Fühlung. Durch eine gegenseitige Verbindung sollen die nationalen Organisationen in ihren nationalen Angelegenheiten nicht gestört, sondern es soll diese Fühlungnahme hauptsächlich die Wahlarbeit fördern und eine einheitliche Arbeit ermöglicht werden, ohne daß sich die deutschen und tschechischen Organisationen gegenseitig

behindern. Mit dem Antrage der Mandatsprüfungskommission bin ich einverstanden. Es müssen über die Art der Beschickung der Parteitage ganz klare Bestimmungen getroffen werden, denn sonst könnte man von einer Mandatsprüfungskommission einfach absehen und sie würde zu einer bloßen Komödie herabsinken.

Adelheid **Popp** (Wien): Bei den bisherigen Bestimmungen über die Vertretung der Frauen beim Parteitag hat sich die mißliche Thatsache herausgestellt, daß immer nur die Genossin Glas und die Genossin Popp zum Parteitag kommen. Die Genossinnen des ganzen Reiches sind eigentlich nicht vertreten, sondern nur ein enger Kreis von Wiener Genossinnen. Seit der Frauenkonferenz ist die Organisation der Arbeiterinnen im Aufblühen begriffen. Es gibt heute Wahlkreise, wo bis zu zehn Sektionen der Frauen bestehen mit einer ganz stattlichen Anzahl von Mitgliedern. Gegenüber den männlichen Arbeitern sind sie aber doch nur eine verschwindende Minorität. Die Folge ist, daß Frauen nur selten delegirt werden. Fürchten Sie nicht, daß durch Annahme des Antrages der Frauenorganisation der Parteitag mit weiblichen Delegirten überfluthet werden würde. Die Frauen werden die Delegirung schon aus materiellen Gründen nur dort vornehmen, wo eine genügende Zahl Frauen in der Organisation ist.

Wolf (Wien): Der Antrag des I. Wiener Wahlkreises hat den Zweck, daß das Zusammenarbeiten, das gewiß bis jetzt noch besteht, ein noch innigeres und präziseres werde. Besonders nothwendig ist dies bei Wahlen. Ich akkommodire mich diesbezüglich den Ausführungen Krapka's. Für den Antrag der Genossin Popp spreche ich mich aus, allerdings unter der Bedingung, daß die Frauenorganisationen sich die Kosten ihrer Delegirten selbst bestreiten. (Heiterkeit und Beifall.)

Hueber (Wien): Es wurde im Laufe der Verhandlungen wiederholt hervorgehoben, daß die Organisation aller Nationen große Fortschritte gemacht hat, dabei wurde aber anerkannt, daß ein weiterer Ausbau der Organisation nothwendig ist. Ein Zusammenarbeiten der nationalen Organisationen im ganzen Reiche ist unumgänglich. Und die Arbeiten werden auf die Dauer nicht dem Sekretär der deutschen Executive allein überlassen werden können, es wird nothwendig sein, daß die Gesammtexekutive einen eigenen Sekretär anstellt. Das bezweckt unser Antrag. Freilich werden manche Organisationen die 20 Perzent nicht abführen, weil sie keine Parteisteuer haben, und es kommen überhaupt bloß die deutschen und tschechischen Organisationen in Betracht. Ich glaube aber, daß wir die Mittel aufbringen werden. Der Einheitsgedanke ist trotz des getrennten Marschierens der einzelnen nationalen Organisationen nach wie vor lebendig, und er wird neuerlich auf diesen Parteitagen festgelegt. Uebersehen Sie nicht, von welch großer politischer Bedeutung die Anstellung eines gemeinsamen Sekretärs für die Partei wäre. Die Nothwendigkeit ist schon vom Genossen Krapka in seinem Referat angeführt worden, die materiellen Schwierigkeiten sind auch nicht bedeutend; nehmen Sie also unseren Antrag einstimmig an. (Beifall.)

Adler (Wien): Es wurde schon beim Berichte der Mandatsprüfungskommission von den Formularen gesprochen. Nehmen Sie die Formulare nicht in den Antrag auf. Ich halte es nicht für gut, die Tendenz zur bureaukratischen Erledigung unserer Geschäfte, die unleugbar vorhanden ist, noch zu fördern. Der wichtigste Antrag ist der von Hueber. Wir sind gewiß alle der Ansicht, daß es sehr hübsch wäre, wenn wir einen Sekretär anstellen könnten, und wir unterschätzen auch die politische Bedeutung dessen nicht. Aber Genosse Hueber hat selbst die Kosten des Sekretariats mit einem Fünftel der Gesammteinnahmen jeder nationalen Organisation beziffert. Ueberlegen Sie es sich wohl, ob Sie schon heute bereit sind, ein Fünftel Ihrer Einnahmen darauf zu verwenden. Ich glaube, wir werden uns heute noch ohne das behelfen müssen. Ich fordere Sie dringend auf, die Mittel für die Gesammtexekutive in reichlicherem Maße zu beschaffen als bisher. Sie werden sie aber jetzt noch für dringendere Zwecke verwenden müssen als für das Sekretariat. Nun zum Antrag der Frauen. Ich halte es nicht für nothwendig, daß 72 Wahlkreise durch 72 Frauen vertreten sind, aber die Genossin Popp hat uns in Aussicht gestellt, daß nicht

alle kommen werden. Von diesem Standpunkt aus läßt sich also gegen den Antrag nichts einwenden. (Heiterkeit.) Warum sollen wir aber etwas in die Organisation aufnehmen, wovon wir vorläufig wünschen müssen, daß es nicht durchgeführt werde? Wo die Frauenorganisation ausgebaut genug ist, wird sie es auch durchsetzen, daß die Genossen ihnen eines ihrer Mandate abtreten. (Zwischenrufe und Widerspruch bei den Genossinnen.)

(Nachmittagssitzung.)

Die Debatte über die Organisation der Gesammtpartei wird fortgesetzt.

Spera (Brünn, tschechisch): Bei jedem Parteitag werden zahlreiche Anträge gestellt, die sehr hübsch wären, die aber nicht durchgeführt werden können, weil sie zu viel Geld kosten. So ist es auch mit dem Antrag Hueber. Die Organisationen klagen über ungenügende Finanzen, und jetzt sollten sie noch 20 Perzent abtreten. Wir Tschechen haben auch die Absicht, einen tschechischen Sekretär anzustellen, wir können das aber nicht durchführen, weil wir zu wenig Geld haben. (Richtig!) Dem Antrag der Frauen stimme ich vollkommen zu. Wenn wir den Genossinnen Pflichten auferlegen, müssen wir ihnen auch Rechte geben. (Beifall.)

Schlinger (Floridsdorf): Wenn der Antrag des Frauencomités angenommen wird, so wird gewiß nicht jeder Wahlkreis eine Delegirte senden, sondern nur diejenigen, in denen Frauenorganisationen vorhanden sind. Ich glaube, daß durch die Annahme des Antrages die Frauenorganisationen überhaupt sehr gefördert würden. Auch den Antrag der Mandatsprüfungskommission würde ich lebhaft empfehlen, weil viele Organisationen thatsächlich nicht wissen, wie ein Mandat ausgestellt werden soll. Dagegen muß ich aber den Antrag des Genossen Hueber als unannehmbar bezeichnen, weil wir das hiezu nothwendige Geld nicht aufzubringen vermögen. Vielleicht werden die Verhältnisse bis zum nächsten Parteitage sich soweit geändert haben, daß dann über den Antrag noch gesprochen werden kann.

Skaret (Wien): Warum den Frauen ein besonderes Recht eingeräumt werden soll, kann ich nicht begreifen. Der Antrag der Genossin Popp bedeutet nichts Anderes, als daß dann in jedem Wahlkreise die Frauenbildungsvereine das Recht haben werden, zum Gesammtparteitag zu delegiren. Hier wird ja das Interesse der Frauen, das kein anderes ist als jenes der Männer, in gleichem Maße wahrgenommen, und auch die Interessen der Frauenorganisationen werden auf den nationalen Parteitagen zur Genüge berücksichtigt. Was den Antrag Hueber betrifft, so vermag der Antragsteller selbst kein anderes Argument zu finden, als daß vor dem Zusammentritt des Gesammtparteitages sich die Arbeiten ungemein häufen. Was aber der Gesammtsekretär die übrigen zwei Jahre machen sollte, ist mir unerfindlich. Wenn er die Aufgabe haben sollte, die nationalen Exekutiven anzufeuern und zu überwachen, so scheint mir, daß wir ihn in dieser Richtung sehr wohl entbehren können. Es ist also keineswegs der Beweis für die Nothwendigkeit eines solchen Gesammtsekretärs erbracht worden. Sonderbar wäre es auch, daß dieser Sekretär am Gesammtparteitage gewählt werden soll, während die Gesammtparteivertretung nicht hier gewählt wird. Wenn vielleicht Genosse Hueber das Experiment, das hier gemacht werden soll, dann auf die gewerkschaftlichen Organisationen übertragen will, so würde ich es viel lieber sehen, wenn dort der Anfang gemacht würde. Dann werden wir ja sehen, wie sich die Sache stellt.

Nach meiner Ansicht wäre es auch nicht gut, den Antrag der Mandatsprüfungskommission in das Organisationsstatut aufzunehmen, sondern er wäre besser der Gesammtexekutive zuzuweisen.

Schließlich möchte ich noch darauf hinweisen, daß wenn der Bericht der Gesammtexekutive nicht so ausgefallen ist, wie es von einzelnen Delegirten gewünscht wurde, die Ursache nicht darin liegt, daß wir keinen gemeinsamen Sekretär haben, sondern daß daran vielfach die Lauheit unserer Vertrauensmänner in den Wahlkreisen die Schuld trägt. Die Mittel, die Genosse Hueber für den Gesammtsekretär fordert, würden weit besser zur Unterstützung unserer Vertrauensmänner angewendet werden. Damit würden wir der Organisation einen viel größeren Dienst leisten. (Bravo! Bravo!)

Pelikan (Wien): Den Antrag der Genossin Popp halte ich für verfrüht. Sollen wir heute, wo wir noch gar keine Frauenorganisationen haben, schon unser Organisationsstatut umändern? Wir wissen ja übrigens alle, wie schwer die Kosten für die Delegirten aufzubringen sind. Wenn Sie den Antrag annehmen, dann wird es gewiß zu sehr unerquicklichen Streitigkeiten zwischen den Organisationen und den Frauen in den einzelnen Wahlkreisen kommen. Wo die Frauen vorwärtsstreben und sich Organisationen schaffen, wird es den Genossen gewiß gleichgiltig sein, ob sie eine Genossin oder ein Genosse auf dem Parteitage vertritt.

Abgeordneter **Hannich** (Steinschönau): Ich kann die entschiedene Stellungnahme einzelner Genossen gegen den Antrag Popp nicht ganz begreifen, und auch die Schlußfolgerung des Genossen Skaret bezüglich der Frauenbildungsvereine halte ich nicht für richtig. Der Antrag geht nach meiner Ansicht dahin, daß das Recht der Männer dadurch nicht beeinträchtigt, sondern nur festgelegt werden soll, daß neben den zwei männlichen auch eine weibliche Delegirte aus den Wahlkreisen entsendet werden kann. Die Haltung des Genossen Dr. Adler in dieser Frage ist mir unverständlich, da er ja gestern sagte: Wir müssen trachten, daß die österreichische Arbeiterschaft nicht unter den Jesuitenhut komme. Wenn wir es dahin bringen wollen, so müssen wir vor allem mit der Aufklärung der Frauen den Anfang machen. Wenn Sie den Antrag Popp einfach ablehnen, so werden Sie den bestehenden Frauenorganisationen keinen Dienst leisten. Ich meine, es handelt sich hier einfach um eine Rechtsfrage, und wenn jemand ein Recht gewahrt werden soll, so muß das auch statutarisch festgelegt werden. Sonst stellt man sich auf den Standpunkt jener Personen, die zwar im Prinzip das allgemeine und direkte Wahlrecht wollen, sich aber dagegen stemmen, es gesetzlich festzulegen. Es versteht sich, daß die Arbeiterinnen auch die Mittel für ihre Delegirten aufbringen müssen, wo die Frauenorganisationen stark genug sind. Ich stelle den Antrag:

> Jeder Wahlkreis hat das Recht, zwei Delegirte und, wo Frauenorganisationen bestehen, auch eine Frau als Delegirte zu entsenden.

Božena **Toužil** (Prag-Weinberge): Wenn wir über den Antrag des Frauencomités berathen, sehen wir, daß es ein Fehler ist, daß der Punkt „Frauenorganisation" noch nicht berathen ist. In den Organisationsstatuten heißt es, daß jeder Wahlkreis zwei Delegirte entsenden soll, aber nirgends steht, daß das nur Männer sein dürfen. Wenn wir gemeinsam arbeiten sollen, werden dort, wo auch die Frauen genügend stark in der Organisation vertreten sind, auch Frauen gewählt werden müssen. Ich selbst bin ja vom XIV. Wahlkreis entsendet. Ich würde es beklagen, wenn in das Statut die Bestimmung aufgenommen würde, daß jeder Wahlkreis zwei Männer und eine Frau zu entsenden hätte; das wäre ein Beweis, daß wir die Frauen nicht für gleichberechtigt halten. Wo keine Frauenorganisation besteht, da wird der Antrag Popp auch nichts nützen. (Beifall.)

Genosse **Barth** (Gablonz) stellt folgenden Antrag:

> An Orten, wo die Frauenorganisation so weit gediehen ist, daß eine separate Vertretung geboten erscheint, wird den Genossen empfohlen, nebst einem männlichen Delegirten auch einen weiblichen zu entsenden.

Lotte **Glas** (Wien): Hätten wir die Aussicht, von den Parteigenossen nur etwas Gerechtigkeit zu erhalten, so würden wir der Genossin Toužil gewiß zustimmen. Aber gerade weil wir wissen, daß uns immer nur so viel Gerechtigkeit wird, als wir uns erkämpfen, mußten wir unseren Antrag stellen. Es ist sehr merkwürdig, daß Dr. Adler sich gar so sehr davor fürchtet, daß bei Annahme unseres Antrages am Ende gar 72 Frauen hieher kommen könnten. Sie sollten vielmehr froh sein, wenn die Bewegung einmal so stark ist, daß wir 72 Agitatorinnen in Oesterreich haben. Es gibt Wahlkreise, in denen die Frauen das ganze Jahr arbeiten, nicht für die Frauenorganisation, sondern für die gemeinsame Organisation, und es gibt Frauen genug, die so gescheit sind wie die männlichen Delegirten (Heiterkeit) und den Parteitag auch nicht schänden würden. Ich brauche wohl nicht die alte bekannte Wahrheit wiederholen, daß die Organisation der Männer den größten Vortheil davon

hat, wenn die Frauen organisirt sind. Sie sagen: Dort, wo die Frauen organisirt sind, wird man gerechterweise neben einem Mann auch eine Frau wählen. Das ist eine abstrakte Gerechtigkeit, die in der Wirklichkeit nicht durchgeführt wird. (Beifall und Widerspruch.)

Kristan (Laibach) verlangt nicht, daß der Antrag der Mandatsprüfungskommission in das Organisationsstatut aufgenommen werde, verlangt aber, daß er der Gesammtexekutive zur Danachachtung zugewiesen werde. Dem Antrage Karpas, sagt Redner, müsse er zustimmen, denn die Presse ist ein so wichtiges Instrument im Parteileben, daß es unerklärlich erscheint, daß die Redakteure der Parteiblätter vom Parteitage ferngehalten werden, zumal dieser Antrag ohnehin bloß die Delegirung der Parteiredakteure mit berathender Stimme verlangt. Der Antrag Popp scheint mir von weitgehender Bedeutung. Wenn die Sozialdemokratie allen Erscheinungen auf wirthschaftlichem, wissenschaftlichem, künstlerischem und literarischem Gebiete ihre Aufmerksamkeit zuwendet, so erscheint es ganz merkwürdig, daß wir der Frauenfrage bisnun nur sehr geringe Aufmerksamkeit gewidmet haben. Besonders in den südlichen Ländern, wo die verblödende stumpfe Reaktion, besonders der Klerikalismus, die Geister lähmt, ist nur lebhaft zu wünschen, daß die Frauen so viel wie möglich in unsere Bewegung einbezogen werden, und ich bin überzeugt, daß, so lange es nicht gelingt, das Interesse der Frauen für unsere Bewegung lebhafter zu gestalten, so lange auch unsere gesammte Parteibewegung wie mit einem Mühlstein beschwert sein wird. Eine Partei, die sich die Befreiung der Welt zur Aufgabe gestellt hat, darf an der Befreiung der Frau nicht achtlos vorübergehen. Wir sprechen von voller Gleichberechtigung von Mann und Frau, und mir schiene es da gar nicht unnatürlich, wenn der eine oder der andere Wahlkreis nur weibliche und gar keine männlichen Delegirten heute entsenden würde.

Aber das ist für die nächste Zukunft nicht zu erwarten, auch nicht, daß die Wahlkreise so aufgeklärt werden, einen Delegirten und eine Delegirte zu entsenden. Da wir leider noch nicht so weit sind, so ist es angezeigt, den sehr bescheidenen Antrag der Genossin Popp anzunehmen. Ebenso wie alle Wahlkreise von verschiedener Größe und verschiedener Anzahl der organisirten Genossen gleichmäßig zwei Delegirte entsenden, ebenso können wir auch der Frau das bescheidenere Recht einräumen, je eine Delegirte hieherzuschicken. Trachten wir die Frau mit allen Mitteln für unsere Bewegung zu interessiren, wir werden dann besser vorwärtskommen als bisher.

Slowik (Wien) steht dem Antrag Hueber sympathisch gegenüber. Ein Sekretär, wie ihn der Antrag Hueber wünscht, hätte da die Pflicht, alle nationalen Organisationen zu unterstützen. Wir haben in Wien keine polnische Organisation, es leben aber hier 30.000 Polen, von denen 15.000 Proletarier sind und von denen die Lokalorganisation bisnun gar nichts wußte. Gerade in Wien ist es möglich, die Leute aufzuklären, um sie als tüchtige Agitatoren für ihre Heimat verwenden zu können. Sollten gemäß dem Antrage Popp Frauen zum Parteitag entsendet werden, so wären die Kosten für die Delegirung wohl von den Frauenorganisationen selbst zu bestreiten. An und für sich ist gegen den Antrag Popp nichts einzuwenden.

Es sind im Laufe der Debatte noch folgende Anträge eingelangt:

Zipfinger beantragt (Eventualantrag zum Antrag Hannich):

Die Frauen haben das Recht, von ihren Wahlkreisen die Vertretung durch eine Delegirte zu fordern, wenn die Mitglieder ihrer Organisationen im Wahlkreis ein Fünftel aller Organisationen zählen.

Skaret beantragt:

I. „Gesammtparteitag“ sei dahin abzuändern, daß es in diesem heißt:

„Jeder Wahlkreis hat das Recht, zwei Delegirte, ohne Unterschied des Geschlechts, zu entsenden.“

Der letzte Absatz: „Nach Thunlichkeit“ 2c., sei zu eliminiren.

Dr. Adler beantragt:

Jeder Wahlkreis hat das Recht, neben den zwei Delegirten auch eine Delegirte der organisirten Frauen zum Parteitag zu entsenden.

Lotte **Glas** beantragt:

Im Falle der Ablehnung des Antrages des Frauen-Reichscomités möge der Parteitag die Einsetzung einer Kommission zur entsprechenden Formulirung beschließen.

Auf Antrag des Genossen Trejbal wird die Rednerliste geschlossen.

Sophie **Jobst** bemerkt, daß in einer ganzen Reihe von Parteiblättern die Aufforderung enthalten war, daß ein männlicher Delegirter der Wahlkreise zu Gunsten einer Frau zurücktreten soll, und doch war es nur möglich, zwei Genossinnen aus den Wahlkreisen hieherzubringen. Wenn der Antrag der Genossin Popp angenommen wird, würden die Organisationen der Frauen fortschreiten. Es werden dadurch Agitatorinnen herangezogen, und das Frauen-Reichscomité, das heute alles allein thun muß, wird entlastet werden. Nach dem Prinzip der Gleichberechtigung hätten wir sogar das Recht, ebenso wie die Männer zwei Delegirte für jeden Wahlkreis zu verlangen. Die Kosten zur Delegirung werden aber von den Frauenorganisationen deshalb nicht aufgebracht werden können, weil die Frauen nicht selbstständig gewerkschaftlich organisirt sind, sondern bloß Sektionen bilden, welche die Beiträge an den Verband abführen. Die Kosten müßten daher von den Kreisvertretungen getragen werden.

Adelheid **Popp**: Genosse Skaret hält es nicht für angezeigt, die Bestimmungen des Organisationsstatuts vom Jahre 1897 schon wieder abzuändern. Nun war aber in Folge unerquicklicher Verhältnisse auf dem 97er-Parteitag keine Frauendelegirte anwesend. Aber seit dieser Zeit hat die Frauenkonferenz stattgefunden, und so ist seither die Frage der Delegirung wieder in Fluß gekommen. Die Praxis, daß von den Genossen Frauen werden delegirt werden, wird wohl noch lange auf sich warten lassen. Denn es gibt sehr große Wahlkreise mit einer ganzen Reihe von Vertrauensmännern, die auf den Parteitag geschickt werden müssen, und wo man von den Genossen gar nicht verlangen kann, daß da Frauen an Stelle von Männern treten sollen. Wenn die Gewerkschafts- und politische Organisation der Arbeiterinen noch so aufblühen wird, so werden wir doch immer eine ganz verschwindende Minorität gegenüber den Genossen sein und werden auf die Wahl einen entscheidenden Einfluß nicht ausüben können. Genosse Skaret glaubt, die Bildungsvereine würden die Forderung stellen, daß Genossinnen delegirt werden. Er ist da über die Organisirung der Arbeiterinnen im Irrthum. Die Frauen sind nur in verschwindender Anzahl in Bildungsvereinen organisirt, sie bilden vielmehr separate Sektionen der Gewerkschaften. Das Wirken der Genossinnen kann auch in einem Wahlkreise nicht beurtheilt werden, weil ihre Thätigkeit sich auf das ganze Reich erstreckt. Der von Genossen Skaret soeben gestellte Antrag bedeutet keine Konzession. Dieses „ohne Unterschied des Geschlechts" ist schon in so vielen Forderungen enthalten, ohne daß man darauf Rücksicht nimmt. Wir verlangen heute auch nicht volle Gerechtigkeit, sondern begnügen uns auf eine Reihe von Jahren hinaus mit einer Genossin aus jedem Wahlkreis. Genosse Adler meint, wir dürfen nicht etwas beschließen, was wir heute noch nicht wollen, und fürchtet, daß 72 Frauen herkommen werden, darunter viele, die in die Parteifragen nicht eingeweiht und aufgeklärt sind. Nun, Dr. Adler weiß genau, daß diese Gefahr noch lange nicht eintreten wird. Besser steht allerdings die Sache durch die Thätigkeit des Frauen-Reichscomités, das überall, wo es Organisationen gibt, mit den Genossinnen in Verbindung steht. Dadurch ist aber auch die Gewähr geboten, daß nicht Personen zum Parteitag kommen, die Sie hier nicht gern oder nur ohne Vertrauen sehen würden. Ich bitte um Annahme meines Antrages. (Beifall und Händeklatschen.)

Doležal (Wien, tschechisch): Ich bin der Ansicht, daß für die tschechischen Genossen die Anträge des I. und V. Wiener Wahlkreises die Gefahr bergen, daß sie uns wieder in das alte Verhältniß zur deutschen Organisation, wie es vor zwei Jahren bestand, zurückführen. Das würde uns nur schaden, und ich bin daher gegen diesen Antrag.

Reger (Bielitz): Ich bin gegen den Antrag der Eisenbahner, durch den wir jetzt Delegirte zweiten Ranges erhalten würden. Wenn der Parteitag der Ansicht ist,

daß die Vertreter der Parteipresse zugelassen werden sollen, dann sollen sie als gleichberechtigte Delegirte zugelassen werden. Aber trotzdem ich selbst Redakteur bin, glaube ich, daß dieses Bedürfniß nicht vorhanden ist. Was den Antrag des Frauencomités betrifft, will ich erklären, daß ich nicht so ritterlich bin, wie mein Landsmann Slowik. Wir können einer Organisation nur so viel Macht gewähren als ihrer Stärke entspricht. Ich glaube, eine Vertretung der Frauen wäre leichter durchzuführen, wenn beschlossen würde, daß die einzelnen Wahlkreise drei Delegirte wählen. Der Antrag des V. Wiener Wahlkreises ist wohl im allgemeinen schon durchgeführt: wenn es auch an manchen Orten noch vorkommt, daß beide Organisationen ganz unabhängig von einander arbeiten und daß eine Organisation die andere behindert.

Smitka (Wien): Der Antrag Popp hat die Entscheidung der Frage zur Voraussetzung, ob die Frauenorganisation eine selbstständige sein soll oder nicht. Ich glaube, daß durch die Einsetzung einer eigenen Vertretung der Frauen die Nothwendigkeit einer selbstständigen Agitation und Organisation genügend dokumentirt ist. Wenn dies anerkannt wird, so ist es eine logische Konsequenz, daß jene Körperschaften, in denen nur Frauen sind, auch das Recht haben sollen, an dem Parteitag vertreten zu sein. Die Furcht, daß zu viele Frauen am Parteitag erscheinen würden, dürfte unbegründet sein, und ebenso unbegründet die Besorgniß, daß vielleicht einzelne weibliche Delegirte mit den Fragen, die hier zur Erörterung gelangen, nicht hinreichend vertraut sein würden. Ich bin auch nicht der Ansicht, daß die Interessen der Frauen sich vollständig mit jenen der Arbeiter decken. Wenn wir die einzelnen Nationalitäten so sehr berücksichtigt haben, so sollten wir auch den Frauen gegenüber dieselbe Rücksicht walten lassen. Wir haben es ja in Wien sehr schwer empfunden, daß uns im Wahlkampf die Frauen nicht so sehr an der Seite gestanden sind, wie dies bei den Christlich-Sozialen der Fall ist.

Beer (Wien): Der Antrag des Genossen Karpas scheint mir überflüssig zu sein, weil durch das derzeitige Parteistatut ohnedies eine genügende Garantie für die Vertretung der Parteipresse gegeben ist. Wenn die Genossin Popp fordert, daß wir den Frauen Gerechtigkeit geben sollen, so weise ich darauf hin, daß durch ihren Antrag den anderen Organisationen ein Recht genommen werden würde. Die Vertretung auf dem Parteitage soll der Ausdruck der Stärke der Partei-Organisationen sein. Wenn die Organisationen der Frauen in einzelnen Bezirken leider eine nicht genügend starke ist, so ist dies zwar sehr zu bedauern, ich zweifle aber, ob durch die Zulassung von Frauen zum Parteitage an diesen Organisationen etwas geändert wird. Daraus, daß die Genossinnen das ganze Jahr arbeiten, kann nicht das Recht abgeleitet werden, auf dem Parteitage vertreten zu sein. Wir können den Genossinnen kein Separatrecht geben. (Widerspruch und Rufe: Das wollen sie auch nicht!) Im Parteistatut heißt es, daß nicht die Genossen eines Wahlkreises, sondern der Wahlkreis zwei Delegirte entsendet, und es wäre ein Separatrecht für die Frauen, wenn der Antrag Popp angenommen würde. Der Antrag Zipfinger ist sehr schön gedacht, ich befürchte aber, daß wir dann jedesmal vor dem Parteitag eine sozialdemokratische Volkszählung vornehmen müßten. Wenn wir sagen, die Wahlkreise haben das Recht, auch Frauen zu entsenden, wie dies der Antrag Adler ausdrückt, so wird ja das erreicht, was die Frauen wollen. Der Antrag des Genossen Hueber erscheint mir unannehmbar, weil uns die nöthigen Mittel dazu fehlen. Ich glaube, wir müssen vor allem die Organisationen sich weiter entwickeln lassen, dann wird auch der Augenblick kommen, in dem dieser Antrag zur Annahme wird gelangen müssen.

Zipfinger (Wien): Ich fürchte, daß durch die Annahme des Antrages Hueber eine Neubelastung hervorgerufen werden würde, die wir nicht zu tragen im Stande sind. Was die Anträge des I. und V. Wiener Wahlkreises betrifft, so muß ich diese lebhaft unterstützen. Wir haben es in der letzten Zeit in Wien sehr bitter empfunden, daß sich die nationalen Organisationen trennen, und vielleicht kann es einmal dahin kommen, daß wir bei einer Wahl nicht schlagfertig genug dastehen. In Bezug auf den Antrag Popp muß ich bemerken, daß wir oft in Versammlungen Gelegenheit haben, zu hören, wie die Frauenorganisationen hervorgehoben werden. Wenn es sich aber hier darum handelt, daß der Parteitag dafür eintrete, daß sich die Frauenorganisationen entwickeln können, so leugnet man plötzlich die Nothwendigkeit

dessen. Ich bin überzeugt, wenn keine Frauen hier wären, so würde über die Frauenorganisation gar nicht gesprochen werden. Sie werden zugeben müssen, daß, je stärker die Vertretung der Frauen ist, desto mehr in ihrem Interesse gearbeitet werden wird. Wenn Sie feststellen, daß die Wahlkreise entsenden sollen, wen sie wollen, so wird an dem jetzigen Zustande nichts geändert werden. Im Nothfalle könnte ich für den Antrag des Genossen Hannich stimmen. Man kann annehmen, daß mindestens die Hälfte aller Frauen in einem Wahlkreis in der Partei thätig sind, sobald ein Fünftel der Organisation angehören. In diesem Falle glaube ich, daß die Frauen mit Recht eine Vertretung fordern können.

Muchitsch (Graz): Auf die Gefahr hin, in den Augen des Frauen-Reichscomités nicht mehr so viel zu gelten, muß ich gegen den Antrag Popp Stellung nehmen, weil ich glaube, daß eine separate Begünstigung oder eine separate Organisationsform für die Frauen absolut schädlich ist. Das Frauen-Reichscomité ist ja nichts Anderes als eine Exekutive zur Vertretung der wirthschaftlichen und politischen Interessen der Arbeiterinnen analog der Gewerkschaftskommission. Sie wissen, daß das Frauen-Reichscomité selbst beschlossen hat, die Frauen gewerkschaftlich zu organisiren. Dieser Beschluß ist gefaßt worden, weil das dringend nothwendig ist. Ich glaube auch, daß wir die Frauen weder in der gewerkschaftlichen noch in der politischen Organisation von uns trennen sollen, wir müssen sie immer unter unserer Kontrole haben. (Heiterkeit.) Wenn wir schon etwas konzediren sollen, so werden ich und die übrigen Genossen aus Steiermark für den Antrag Adler stimmen.

Schmidt (Jägerndorf): Ueber die Frauenfrage ist schon viel zu viel geredet worden. Unser Organisationsstatut besagt ja, daß jeder Wahlkreis zwei Delegirte entsenden kann. Wir haben aber eine Anzahl von Wahlkreisen, die, wenn sie auch die Mittel haben, es zu thun, keine zwei Delegirte zum Parteitag schicken, weil die geeigneten Leute nicht die nöthige Zeit haben. Wenn wir nun bestimmen, daß aus einem Wahlkreis noch mehr Delegirte geschickt werden können, so werden jene Wahlkreise, die die nöthigen Mittel und entsprechende Leute finden, hier stärker vertreten sein als die anderen. Ich bin überzeugt, daß gewiß so mancher Wahlkreis keinen Anstand nehmen würde, auch eine Frau zu delegiren, wenn er eine hiezu geeignete Person finden würde. Wir in Schlesien haben gefunden, daß von den Frauensektionen so manche, nachdem sie einige Wochen für sich allein gearbeitet hatten, so zerrissen dastanden (Heiterkeit), daß die Genossen wieder einschreiten mußten, um Ordnung hineinzubringen. Wenn es bei den Frauensektionen gar nicht mehr geht, so kommen sie und sagen: wir fördern sie nicht. Wir haben sie ja sehr gern in unseren Organisationen (lebhafte Heiterkeit), wenn sie aber alles allein machen könnten, so würden wir auch sehr gern darauf verzichten, zu ihnen zu kommen. (Erneuerte Heiterkeit.) Ich glaube also, daß den Frauen sehr wenig damit gedient sein würde, wenn wir diese Bestimmung in das Statut aufnähmen, und daß wir der Partei gar keinen Schaden zufügen, wenn wir alle diesbezüglichen Anträge ablehnen.

Abgeordneter **Resel** (Graz): Die Bestimmungen, die uns in dem Antrage der Parteivertretung vorgeschlagen werden, dürften sich in der Praxis sehr schlecht machen; ich glaube, daß es zum Beispiel sehr schwer fallen würde, entsprechende Delegirte der slovenischen Organisation für die Gesammtexekutive in Wien zu finden.

Bezüglich des Antrages der Mandatsprüfungskommission, glaube ich, genügt die bisherige Bestimmung. Der Antrag der Eisenbahner ist meiner Ansicht nach berechtigt. Stimmrecht würde ich den Redakteuren doch nicht zugeben; die Redakteure, die in der Partei thätig sind, werden leicht ein Mandat bekommen, wenn sie ein solches wollen. Denn man pflegt ja nicht die dümmsten Leute zu Redakteuren zu ernennen. (Heiterkeit.) Was den Antrag des Frauencomités betrifft, stimme ich den Genossinnen zu. Die jetzige Bestimmung bedeutet bloß theoretisch die Gleichberechtigung, praktisch aber den Ausschluß der Frauen vom Parteitag. (Beifall.)

Krapka (zum Schlußwort): Wir haben heute die ersten Debatten über die Frauenfrage gehabt, und wir werden noch einige solche Debatten erleben. Das ist gewiß für die österreichische Sozialdemokratie ein Fortschritt. Genosse Muchitsch ist

der Ansicht, daß die Frauen zu rückständig sind, und der Genosse Hueber kommt ihm sehr nahe. Das ist beinahe so wie die Ansicht des Apostels Paulus, daß die Frauen unreine Geschöpfe sind. Genosse Schmidt stellt die Frauenfrage gar als etwas ganz Nebensächliches dar. Ich glaube, die Frauenfrage ist zumindest von derselben Bedeutung wie die anderen Fragen, die auf dem Parteitag behandelt werden. Entweder wollen wir wirklich die Gleichberechtigung durchführen, oder wir sind dieselben Heuchler wie die Klerikalen. (Beifall.) Was die Delegirung der einzelnen nationalen Exekutiven betrifft, hat Abgeordneter Resel die Möglichkeit mit Unrecht bezweifelt. Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß gerade der gegenwärtige Zustand unmöglich ist. Den Genossen Hueber möchte ich bitten, seinen Antrag zurückzuziehen. Es ist die Aussicht vorhanden, daß diese Anträge auf dem nächsten Parteitage durchgeführt werden. Sollte er das nicht thun, bitte ich Sie, den Antrag abzulehnen. Uebrigens wäre es nicht möglich, daß der Parteitag über die Person des Sekretärs bestimmt. Eine so große Körperschaft ist nicht im Stande, über die Fähigkeiten und die Brauchbarkeit des Sekretärs zu entscheiden. Das müßte der Parteivertretung überlassen werden. Den Antrag Karpas bitte ich abzulehnen. Der Parteitag hat den Redakteuren und den Abgeordneten die Weisungen zu ertheilen, nicht aber umgekehrt. Den Antrag des Frauen-Reichscomites bitte ich Sie ebenso wie die übrigen Anträge, die zu dieser Frage gestellt wurden, abzulehnen, bis auf den Antrag Adler, der übrigens mit dem Antrage Hannich übereinstimmt. Als Begleitschreiben zu dem Antrag muß aber gesagt werden, daß es Pflicht der verschiedenen Wahlkreise ist, daß von ihnen, wo eine Frauenbewegung besteht, auch Frauen delegirt werden müssen. (Zustimmung des Genossen Adler.) Die Genossen müssen sich einmal die Wahrung ihrer Prinzipien mehr vor Augen halten und dort, wo eine Frauenbewegung thatsächlich existirt, auch trachten, daß sie durch Delegirung auf dem Parteitag ihre Vertretung finden. Sonst ist das ganze Reden von Gleichberechtigung eine leere Phrase. Die Anträge der Gesammtparteivertretung bitte ich anzunehmen, von denen es mich übrigens wundert, daß sich der Parteitag nicht mit ihnen beschäftigt hat.

Es wird zur Abstimmung geschritten.

Der Antrag 2 des I. Wiener Wahlkreises wird in folgender Fassung angenommen:

> Der Parteitag beschließe: In allen Wahlkreisen, wo es die territorialen Verhältnisse nicht ganz unmöglich machen, ist die Organisation der Genossen für öffentliche Wahlen irgendwelcher Art nicht nach nationalen Gruppen getrennt, sondern gemeinschaftlich und einheitlich durchzuführen.

Weiter werden folgende Anträge, und zwar die der Gesammtparteivertretung einstimmig angenommen.

3. Antrag des V. Wiener Wahlkreises:

> Durch die vom Wiener Parteitag 1897 beschlossene Gliederung der sozialdemokratischen Partei nach nationalen Gruppen wurden vollständig neue Formen in der Organisation geschaffen, die deren weiteren Ausbau dringend nothwendig machen, um in Fragen von allgemeinem Interesse, besonders dort, wo es sich um politische Angelegenheiten handelt, ein einheitliches, gemeinsames Vorgehen zu sichern. Der Parteitag beschließt daher, daß in allen Landeswahlkreis- und Bezirksorganisationen die nationalen Gruppen gegenseitig vertreten sein müssen, um die politische Organisation gemeinschaftlich und einheitlich durchzuführen.

1. Antrag der Gesammtparteivertretung:

> In den bisherigen Bestimmungen des Absatz 1, „Gesammtparteitag" werden die Worte: „Alle zwei Jahre wird ein Gesammtparteitag einberufen . . .". durch folgenden Wortlaut ersetzt: „Mindestens in jedem zweiten Jahre wird ein Gesammtparteitag einberufen, der in der Regel in der ersten Hälfte des Monats September stattfindet."
>
> Zum zweiten Absatz dieser Bestimmungen wird folgender Zusatz aufgenommen: „Um ein einheitliches Bild über die Thätigkeit der Gesammtorganisation zu bekommen, haben die an den Gesammtparteitag zu erstattenden Berichte die Thätigkeit für die abgelaufene Periode bis Ende Juni jenes Jahres zu umfassen, in dem der Gesammtparteitag stattfindet. Die Wahlkreisvertrauensmänner sind verpflichtet, diese Berichte von den Organisationen ihres Wahlkreises rechtzeitig einzufordern und ungesäumt an ihre nationale Exekutive abzusenden."

5. Antrag der Gesammtparteivertretung:

In die Organisationsbestimmungen werden folgende Punkte aufgenommen:

I. Gesammtparteitag.

Die Mitglieder der Gesammtvertretung sowie die sozialdemokratischen Reichsrathsabgeordneten haben das Recht auf Sitz und Stimme.

II. Gesammtvertretung der Sozialdemokratie in Oesterreich.

Die politische Leitung der Gesammtpartei obliegt der Gesammtvertretung der Sozialdemokratie in Oesterreich. Den Sitz der Gesammtvertretung bestimmt der Gesammtparteitag. Die Gesammtvertretung setzt sich aus den Exekutivcomités der deutschen, tschechischen, polnischen, ruthenischen, italienischen und südslavischen Organisationen zusammen. Insoweit einzelne Exekutivcomités ihren Sitz nicht am Sitz der Gesammtvertretung haben, soll ihre Vertretung durch eigens dazu gewählte Delegirte geschehen, die am Sitz der Gesammtvertretung wohnen. Diese Mitglieder der Gesammtvertretung sind auf Antrag der einzelnen Exekutivcomités auf den Nationalparteitagen zu wählen und als Mitglieder des Exekutivcomités zu betrachten.

Die Gesammtvertretung der Sozialdemokratie in Oesterreich tritt zu gemeinsamen Berathungen behufs Regelung der den Organisationen gemeinsamen Angelegenheiten nach Erforderniß zusammen. Sie ist dem Gesammtparteitag verantwortlich.

Die Mitglieder jeder nationalen Vertretung können jederzeit an den Sitzungen aller anderen Vertretungen oder Exekutivcomités theilnehmen, und es ist wünschenswerth, daß das so oft als möglich geschehe.

III. Kontrole.

Der Gesammtparteitag wählt eine dreigliedrige Kontrole aus dem Orte, in dem sich der Sitz der Gesammtvertretung befindet. Genossen, die in der verflossenen Periode diese Funktion ausübten, sind für die nächste Periode nicht wieder wählbar.

Der Antrag der Mandatsprüfungskommission (Kristan-Theodorczuk) wird der Parteivertretung zugewiesen.

Der Antrag der Verkehrsbediensteten (Taub-Karpas) wird abgelehnt.

Der Antrag Meizr-Winarsky wird der Parteivertretung zugewiesen.

Hueber zieht seinen Antrag zurück.

Dr. Adler zieht seinen Antrag als mit dem des Genossen Hannich identisch zurück.

Der Antrag des Frauen-Reichscomités wird abgelehnt.

Barth schließt sich gleichfalls dem Antrag Hannich an, und dieser wird mit allen gegen vier Stimmen in folgender Fassung angenommen:

Jeder Wahlkreis hat das Recht, zwei Delegirte und, wo organisirte Frauen sind, auch eine Frau als Delegirte zu entsenden.

Es entfallen somit aus dem ersten Absatz des Organisationsstatutes I. Gesammtparteitag:

„Jeder Wahlkreis hat das Recht, zwei Delegirte zu entsenden", sowie der Schlußsatz: „Nach Thunlichkeit sollen auch die Frauenorganisationen der nationalen Gruppen durch je zwei weibliche Delegirte vertreten sein."

Der Antrag Zipfinger wird abgelehnt.

Die übrigen Anträge entfallen.

Skaret beantragt:

Als Sitz der Gesammtparteivertretung wird Wien bestimmt.

Einstimmig angenommen.

Die Wahl der Kontrole wird morgen vorgenommen.

Hiemit ist der dritte Punkt, „Organisation der Gesammtpartei", erledigt.

Die Verhandlung wird hierauf um 3/4 6 Uhr abgebrochen.

Vierter Verhandlungstag.

Vormittagssitzung (Beginn 9 Uhr).

Vorsitzender **Popp** eröffnet die Verhandlung.

Genosse **Winarsky** schlägt namens der Wiener Delegirten vor, für die deutschen Genossen Raimund Körbler und Emil Pelikan, für die tschechischen Genossen Anton Smetana in die Reichskontrole zu wählen.

Die Vorgeschlagenen werden einstimmig gewählt. Der nächste Punkt der Tagesordnung ist:

Die internationale Sozialdemokratie und der Nationalitätenstreit in Oesterreich.

Hiezu ist folgender **Antrag der Gesammtexekutive** eingebracht:

Da die nationalen Wirren in Oesterreich jeden politischen Fortschritt und jede kulturelle Entwicklung der Völker lähmen, da diese Wirren in erster Linie auf die politische Rückständigkeit unserer öffentlichen Einrichtungen zurückzuführen sind und da insbesondere die Fortführung des nationalen Streites eines jener Mittel ist, durch die die herrschenden Klassen sich ihre Herrschaft sichern und die wirklichen Volksinteressen an jeder kräftigen Aeußerung hindern,

erklärt der Parteitag:

Die endliche Regelung der Nationalitäten- und Sprachenfrage in Oesterreich im Sinne des gleichen Rechtes und der Gleichberechtigung und Vernunft ist vor allem eine kulturelle Forderung, daher im Lebensinteresse des Proletariats gelegen;

sie ist nur möglich in einem wahrhaft demokratischen Gemeinwesen, das auf das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht gegründet ist, in dem alle feudalen Privilegien im Staate und in den Ländern beseitigt sind, denn erst in einem solchen Gemeinwesen können die arbeitenden Klassen, die in Wahrheit die den Staat und die Gesellschaft erhaltenden Elemente sind, zu Wort kommen;

die Pflege und Entwicklung der nationalen Eigenart aller Völker in Oesterreich ist nur möglich auf der Grundlage des gleichen Rechtes und unter Vermeidung jeder Unterdrückung, daher muß vor allem Anderen jeder bureaukratisch-staatliche Zentralismus ebenso wie die feudalen Privilegien der Länder verhorreszirt werden.

Unter diesen Voraussetzungen, aber auch nur unter diesen wird es möglich sein, in Oesterreich an Stelle des nationalen Haders nationale Ordnung zu setzen, und zwar unter Anerkennung folgender leitender Grundsätze:

1. Oesterreich kann nur ein demokratischer Nationalitätenstaat sein. (Nationalitäten-Bundesstaat.)

2. Dieser Bundesstaat gliedert sich in autonome nationale Selbstverwaltungsgebiete, die sich möglichst den Sprachgrenzen anpassen.

3. Die Selbstverwaltungsgebiete jeder Nation bilden zusammen je eine nationale Einheit, die ihre nationalen (das heißt sprachlichen und kulturellen) Angelegenheiten völlig autonom regelt und besorgt.

4. Die nationalen Minderheiten in solchen Gebieten, die gemischt sind, werden durch ein eigenes Gesetz in ihrer nationalen Bethätigung geschützt.

5. Wir anerkennen kein nationales Vorrecht, verwerfen daher die Forderung einer Staatssprache, wogegen wir die schon jetzt bestehende Thatsache der deutschen Verkehrssprache, so lange eine andere nicht gegeben ist, nur als praktische Nothwendigkeit ansehen, ohne daraus ein die anderen Sprachen ausschließendes Privilegium erwachsen zu lassen.

Der Parteitag als das Organ der internationalen Sozialdemokratie in Oesterreich spricht die Ueberzeugung aus, daß auf Grundlage dieser leitenden Sätze eine Verständigung der Völker möglich ist;

er erklärt feierlich, daß er das Recht jeder Nationalität auf nationale Existenz und nationale Entwicklung anerkennt,

daß aber die Völker jeden Fortschritt ihrer Kultur nur in enger Solidarität miteinander, nicht im kleinlichen Streit gegeneinander erringen können, daß insbesondere die Arbeiterklasse aller Zungen im Interesse jeder einzelnen Nation wie im Interesse der Gesammtheit an der internationalen Kampfgenossenschaft und Verbrüderung festhält und ihren politischen und gewerkschaftlichen Kampf in einheitlicher Geschlossenheit führen muß.

Referent **Seliger:** Geehrter Parteitag! Es klingt wie ein Widerspruch, daß wir, der Kongreß der internationalen Sozialdemokratie in Oesterreich, nunmehr darangehen, die Frage nach der Lösung des Nationalitätenproblems in Oesterreich zu stellen, daß wir uns damit befassen, eine theoretische Lösung zu finden. Diese Thatsache ist für die Zustände in Oesterreich in zweifacher Beziehung charakteristisch; einmal zeigt sie, in welche Verhältnisse dieser Staat gerathen ist, und wie wenig Fähigkeit der Träger dieses Systems, das Bürgerthum, besaß, seine geschichtliche Aufgabe zu erfüllen. Sie ist aber auch in der Richtung charakteristisch, daß wir, die wir als national geschlechtslos beschimpft werden, die Lösung des Nationalitätenproblems zu finden versuchen. Mir scheint allerdings durchaus kein Widerspruch vorzuliegen, sondern ich betrachte dies gerade als eine natürliche Aufgabe der Sozialdemokratie in Oesterreich. Wenn die Ereignisse der letzten Jahre nicht gewesen wären, würden wir uns zwar nicht heute mit dieser Frage beschäftigen; wir würden aber doch einmal dazu gedrängt worden sein. Die Entwicklung der politischen Verhältnisse haben die Frage für uns viel früher zur Reife gebracht. Wir sind uns heute darüber klar, daß es so nicht fortgehen kann, wie es in den letzten zwei Jahren gegangen ist. Nicht um diese Formen dauernd zu erhalten, sondern um des Interesses des Proletariats willen müssen wir nach einem Ausweg suchen. Man nennt uns k. k. Sozialdemokraten, und wenn dieser Parteitag vorüber sein wird, wird man uns erst recht so nennen, in Folge der Unkenntniß, mit der man unseren Bestrebungen gegenübersteht.

Es ist nicht so leicht, über den vorliegenden Gegenstand zu sprechen, deswegen nicht, weil die chauvinistischen Parteien deutscher und slavischer Nation uns jedes Wort sofort im Munde umdrehen werden. Wir sind fest überzeugt, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Arbeiterschaft am schwersten zu leiden hat. Der Nationalitätenkampf wird zum allergrößten Theil auf dem Rücken der Arbeiterschaft ausgefochten, und die Arbeiter sind es, die die Kosten dieses Kampfes fast ausschließlich zu tragen haben. Ich sehe davon ab, daß, wo es zu nationalen Reibungen kommt, wo die Leute eingesperrt werden, wo Blut fließt, es in der Regel die Arbeiter sind, die darunter leiden, weil sie, wenn irgendwo etwas unternommen wird, dabei sind, und wenn auch nur als Zuschauer. Von größerer Bedeutung ist es aber, daß wir in Folge der nationalen Hetze nicht Zeit gewinnen können, den Interessen des Proletariats im politischen Leben jenen Nachdruck zu verleihen, der nothwendig ist. Also nicht um dieses System dauernd zu erhalten, sondern um die Möglichkeit zu schaffen, daß das Proletariat in Oesterreich der Entwicklung in diesem Lande seinen Stempel aufdrücken kann, müssen wir darangehen, eine Lösung dieser Frage zu finden.

Die Ungelöstheit des Nationalitätenproblems in Oesterreich hat den Feudalen und Klerikalen immer die Möglichkeit geboten, eine Nation gegen die andere auszuspielen, um an dem nationalen Feuer ihr Süppchen zu kochen und zu allen Zeiten einen gewaltigen Einfluß auf die Entwicklung des Reiches auszuüben. Wenn wir heute diese Frage aufrollen, so thun wir es nicht allein, um dem Proletariat den nothwendigen Einfluß auf die Entwicklung dieses Staates zu verschaffen, wir thun es auch, um der gesammten kulturellen Entwicklung in diesem Lande freie Bahn zu schaffen. Das Nationalitätenprinzip war bisher immer ein Herrschaftsprinzip. Wir haben gesehen, wie einmal die Feudalklerikalen im Bunde mit den Deutschen regiert haben, und wir haben gesehen, daß dieses System abgelöst wurde durch ein System der Feudalklerikalen im Bunde mit den Slaven gegen die Deutschen. Wenn das Nationalitätenproblem ungelöst bleibt, so können wir sicher sein, daß wir wieder eine Zeit erleben, wo die Deutschen im Bunde mit den Feudalen und Klerikalen über die Slaven herrschen werden.

Die Nationalitätenfrage in Oesterreich ist eine Machtfrage zwischen den

Deutschen und Slaven, und gerade dieser Umstand hat dazu geführt, daß es den Feudalen und Klerikalen um so leichter wird, die eigentlich Herrschenden in Oesterreich zu sein und den größten Nutzen für sich herauszuschlagen. Wenn wir also eine Lösung finden wollen, so geschieht es, um der Reaktion ein- für allemal die Grundlagen zu entziehen, auf der sie ihre Macht aufbaut. Wir werden aber nicht allein für das Reich, sondern auch für die Länder und Gemeinden eine Lösung finden müssen, denn sonst würde dies nichts Anderes bedeuten als die Uebertragung des Nationalitätenkampfes auf die letzteren. Wir müssen trachten, überall die Ursachen zu beseitigen, aus denen die Nationalitätenhetze entspringt.

Wir sind nicht die ersten, die die Lösung der Nationalitätenfrage versucht haben. Sowohl die deutschen wie die tschechischen Chauvinisten haben ihr nationales Programm, die einen den Zentralismus, die anderen ihr Staatsrecht. Wir haben gesehen, wie sich diese Standpunkte langsam verschoben haben, und, sobald die tschechischen Chauvinisten für einen gewissen Zentralismus eintraten, sofort die Deutschen wieder ihren Standpunkt verlassen haben und zum Föderalismus zurückgekehrt sind, und umgekehrt. Wir haben gesehen, daß gerade jene Parteien die Forderung des Nationalismus auf ihre Fahne geschrieben haben, die selbst das größte Hinderniß für die Lösung des Problems sind. Weder die deutschen noch die tschechischen Chauvinisten wollen die Lösung des Nationalitätenproblems, weil sie nur so lange bestehen können, als dieses Problem ungelöst bleibt. In dem Augenblick aber, wo die Reibungsflächen zwischen den Nationen beseitigt sind, wird den national-chauvinistischen Parteien der Boden entzogen; sie müssen dann entweder den Nationalismus als eine Kulturfrage auffassen, oder sie verschwinden von der Bildfläche. Nun wissen wir genau, daß diese nationalen Parteien nie Kulturparteien werden können. Wir wissen, daß jene kleinbürgerlichen Elemente für das nationale Element im Sinne einer Kulturbewegung nicht zu haben sind, und diese Parteien ein Interesse daran haben, den heutigen Zustand aufrechtzuerhalten. Ein wirkliches materielles Interesse an den heutigen Zuständen haben aber nur die Feudalen und Klerikalen, denn in dem Moment, wo der nationale Ausgleich zwischen den Völkern in diesem Lande geschaffen wird, wo jeder Grund zu einer Nationalitätenhetze verschwindet, ist auch die Macht der Feudalen und Klerikalen in Oesterreich zu Ende. Andererseits ist klar, daß der nationale Ausgleich nur auf Grund einer Demokratisirung Oesterreichs erfolgen kann, und es würde der Ausgleich an sich schon die Herrschaft dieser Parteien vernichten. So ist es nur natürlich, daß von allen bisher in Oesterreich herrschenden Parteien die Lösung des Nationalitätenproblems nie ernstlich in Angriff genommen wurde. Es gibt Leute, die fragen, was denn der nationale Gegensatz die internationale Sozialdemokratie angehe: der nationale Gegensatz bestände ja nur zwischen dem Bürgerthum der verschiedenen Nationen, berühre aber nicht das Proletariat; denn deutsche, tschechische, polnische Arbeiter u. s. w. vertragen sich ja ganz gut, und es liege daher eigentlich sogar im Interesse der Sozialdemokratie, wenn sich die bürgerlichen Parteien der verschiedenen Nationen in den Haaren liegen. Nun, so steht die Sache nicht. Wir können nicht die Hände in den Schoß legen und dem Kampfe ruhig zusehen, weil das Proletariat selbst unter diesem nationalen Kampfe der Bürgerlichen am meisten zu leiden hat. Die sozialdemokratischen Abgeordneten waren in den letzten zweieinhalb Jahren des hochgehenden nationalen Kampfes beispielsweise nicht in der Lage, im Parlament die allernothwendigsten und dringendsten Gesetze auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes zu schaffen und unseren Forderungen jenen Nachdruck zu verleihen, der zu ihrer Realisirung nothwendig ist. Schon das ist ein deutlicher Beweis dafür, daß wir ein ganz eminentes, eigentlich wir allein ein Interesse an der Nationalitätenfrage haben, und wir müssen schon deshalb eine Lösung anstreben. Wir können auch nicht sagen, der Arbeiterschaft mangle es an jenem gewissen österreichischen Gefühl. Man hat wohl den Arbeitern jenes Gefühl schon bei ihren ersten Regungen für Freiheit im Jahre 1848 ausgetrieben, und wo noch ein Rest davon geblieben war, so hätte man es in alle Winde verpufft durch die Schüsse von Falkenau, Ostrau, Nürschan, Graslitz u. s. f.

Hätten wir wirklich ein Interesse daran, daß dieses Oesterreich zum Teufel gehe, so könnten wir vielleicht sagen: „Lassen wir die Dinge einfach gehen.“ Wir wissen aber, daß wir trotz aller Fiktionen in Oesterreich werden zusammenwohnen müssen, und es bleibt uns daher nichts übrig, als aus den heutigen Zuständen einen Ausweg zu finden, um einerseits den wirthschaftlichen Niedergang Oesterreichs zu verhindern, um das Zusammenleben der Völker Oesterreichs zu einem auskömmlichen zu gestalten, und zweitens Zustände zu schaffen, die es ermöglichen, den proletarischen Forderungen den Nachdruck zu verschaffen, der zur Verbesserung der wirthschaftlichen und politischen Lage der Arbeiterklasse nothwendig ist. Gerade die proletarischen Interessen sind es, die uns veranlassen müssen, an die Lösung des Problems heranzutreten, und es wäre eine Unterlassungssünde der österreichischen Sozialdemokratie, wollte sie sich mit dieser Frage nicht beschäftigen in dem Augenblicke, wo sie zur Lösung reif geworden ist.

Die Lösung der Frage kann sich nur in der Richtung der Demokratie bewegen. Um die nationalen Gegensätze, um die äußeren Ursachen der heutigen nationalen Hetze zu beseitigen, ist es vor allem anderen nothwendig, den Nationen volle Selbstständigkeit der Verwaltung ihrer nationalen Angelegenheiten und so eine freie Bahn für ihre Entwicklung zu schaffen.

Die Nationalitätenfrage darf vor allem nicht als Machtfrage, sondern muß als eine Kulturfrage aufgefaßt werden. Die Nationen müssen in der von der Gesammtexekutive vorgeschlagenen Richtung ihr vollstes Selbstbestimmungsrecht erhalten derart, daß Oesterreich in nationale Selbstverwaltungsgebiete getheilt werde, die ihre nationalen Angelegenheiten selbstständig besorgen. Diese Theilung Oesterreichs darf aber nicht in der Weise erfolgen, daß alle Angelegenheiten der Selbstbestimmung der Nationen zugewiesen, sondern gewisse Angelegenheiten müssen auch weiter gemeinsam geregelt werden. Derartige Dinge gibt es in Oesterreich eine ganze Reihe. Wenn heute eine Schule oder eine Universität errichtet werden soll, so ist eine solche Bildungsanstalt Gegenstand des Tauschhandels zwischen der Regierung und den verschiedenen Parteien, ohne daß nach der Nothwendigkeit einer solchen Anstalt gefragt würde. Wenn die Errichtung einer Schule, wenn die Pflege von Kunst und Wissenschaft nicht Sache des Staates, sondern der Nationen sein wird, so werden diese nur vom Standpunkt der Nothwendigkeit über derartige Kulturinteressen entscheiden. Und so wie bei einer Schule, so wird in allen Fragen durch die Schaffung der nationolen Selbstverwaltungsgebiete der Grund für die Nationalitätenhetze beseitigt sein. Diese Neuregelung kann aber nur auf vollständig demokratischer Grundlage geschaffen werden, denn sonst wird wieder nur den Interessen derjenigen Kreise gedient, die den größeren Einfluß in diesen nationalen Selbstverwaltungsgebieten besitzen, und nicht den allgemeinen Interessen der Nation, und wir hätten dann ungefähr ein ähnliches Verhältniß wie heute. Die Existenz Oesterreichs wird aber dadurch nicht aufgehoben. Oesterreich wird repräsentirt werden durch ein Volkshaus, in dem alle Nationalitäten vertreten sind, und zwar durch auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes gewählte Abgeordnete.

Die Resolution der Gesammtexekutive verlangt die Pflege und Entwicklung der „nationalen Eigenart“ aller Völker. Darunter verstehen wir nur die Eigenthümlichkeiten der Kulturentwicklung einer jeden Nation. An der nationalen Kulturentwicklung sind wir aber mindestens ebenso interessirt wie die Bourgeoisie; wir haben ein Interesse an der Förderung von Literatur, Kunst, Poesie und Wissenschaft. Der deutsche Arbeiter hat zunächst das Hauptinteresse an der deutschen Literatur, deren Schöpfungen er viel besser verstehen und empfinden kann als die Schöpfungen der Literatur anderer Völker. Es gewinnen aber auch dadurch alle Nationen, wenn die Entwicklung der Eigenart einer jeden einzelnen Nation geschützt und gefördert wird. Diese Forderung liegt ebenso in unserem Interesse wie rein materielle Dinge.

Die vollständige Demokratie ist für uns nicht nur dahin zu verstehen, daß für jedes nationale Verwaltungsgebiet ein gesetzgebender Körper im kleinen geschaffen werde, sondern daß das Volk auch das Recht erhalte, sich seine Beamten, seine Richter zu wählen.

Wir haben in Oesterreich rein nationale Verwaltungsgebiete, wir haben

aber auch Gebiete, in denen sich nationale Minderheiten befinden, und diesen muß jener Schutz gewährt werden, der zur Entwicklung ihrer nationalen Eigenart nothwendig ist. Um die Reibungsflächen zwischen den Nationen zu beseitigen, wird es nothwendig sein, durch ein Gesetz genau festzulegen, wie weit die Bewegungsfreiheit der nationalen Minderheit, das heißt der Einfluß der nationalen Mehrheit gehen kann. Wenn wir die nationalen Minderheiten einfach schutzlos preisgäben, so würde der Nationalitätenstreit nur wieder neue Nahrung finden und ein nationaler Friede niemals hergestellt werden können.

In Punkt 5 der Resolution wird ausgesprochen: „Wir anerkennen kein nationales Vorrecht, verwerfen daher die Forderung einer Staatssprache, wogegen wir die schon jetzt bestehende Thatsache der deutschen Verkehrssprache, so lange eine andere nicht gegeben ist, nur als politische Nothwendigkeit ansehen.“ Darin liegt viel mehr eine Negation als eine positive Forderung. Wir wollen damit ausdrücklich feststellen, daß wir keiner Sprache in Oesterreich ein Privilegium zukommen lassen wollen, daß wir aber auch nicht vor den Thatsachen die Augen verschließen: wenn wir die deutsche Verkehrssprache, so lange nicht eine andere gegeben ist, für das ganze Reich verlangen, so thun wir es, weil wir wissen, daß sie als Verkehrssprache die geeignetste ist und durch sie am leichtesten die Verständigung unter den Völkern hergestellt werden kann. Nehmen wir an, es sind diese nationalen Selbstverwaltungsgebiete errichtet. Es ist bekannt, daß sich in allen Theilen Oesterreichs deutsche Minderheiten vorfinden. Wenn nun zum Beispiel ein Akt von einem Gericht in Triest, wo italienisch, slovenisch, deutsch und kroatisch amtirt wird, an ein Gericht in Böhmen geleitet wird, wo slavisch und ebenfalls deutsch amtirt wird, so liegt es doch nahe, daß hier die Verständigungssprache die deutsche sein werde.

Ich eile zum Schlusse und bemerke, daß wenn ich mir in meinen Ausführungen eine gewisse Reserve auferlegt habe, ich dies gethan habe, weil ich weiß, daß die vorliegende Resolution der Gesammtexekutive, soweit ich über die Stimmung auf dem Parteitage informirt bin, noch einer gründlichen Umänderung unterzogen werden wird. Ich möchte hier noch kurz darauf verweisen, daß es ebensowenig die Aufgabe der Sozialdemokratie sein kann, Ihnen, ich möchte sagen, einen nationalen Zukunftsstaat bis in die kleinsten Details auszumalen, als es verlangt werden kann, den sogenannten Zukunftsstaat überhaupt im Detail vorzuführen. Die Aufgabe der Sozialdemokratie ist es nur, den Weg anzudeuten, der aus dem jammervollen Zustande, in dem wir uns befinden, herausführt, die Richtung anzugeben, in der die Entwicklung vor sich gehen muß, wenn wir zu einem Staatswesen gelangen sollen, in dem dem Proletariat die Möglichkeit geboten wird, seine Kraft vollständig zu entfalten und den ihm zustehenden Einfluß voll und ganz zur Geltung zu bringen. Die Sozialdemokratie in Oesterreich muß eine Lösung in dieser Frage herbeizuführen suchen und sich mit ihrer ganzen agitatorischen Kraft dafür einsetzen. Es handelt sich darum, die Grundlagen zu finden, auf denen ein Völkerleben in diesem Staate möglich ist, das die Garantie dafür bietet, daß an Stelle des Nationalitätenkampfes der volle und reine Klassenkampf gestellt werde. (Beifall.)

Nemec (Prag, tschechisch): Der Gegenstand, den wir jetzt berathen, ist einer der wichtigsten der Tagesordnung darum, weil wir für längere Zeit die Richtung und den Weg bestimmen sollen, wie wir nebeneinander und wie wir gemeinsam vorwärts zu gehen haben. Es sind viele Genossen unter uns, besonders tschechische Genossen, die erklären, daß unser Standpunkt zur nationalen Frage bereits im Hainfelder Programm genau bestimmt ist, und daß, soweit wir die Lösung dieser Frage für uns brauchen, die Frage schon wirklich gelöst ist, daß wir uns aber um die Interessen des Bürgerthums nicht zu kümmern brauchen. Aber schon die Thatsache, daß diese Frage heute im Mittelpunkt der Diskussion steht, ist ein Beweis, wie unrecht sie haben. Allerdings ist die Lösung dieser Frage deshalb so schwierig, weil sie komplizirt ist durch verschiedene andere Dinge, durch wirthschaftliche Bestrebungen und Forderungen, durch kulturelle Unterschiede u. s. w. Alles das muß hier berücksichtigt werden.

Bevor ich in das Meritorische dieser Frage eingehe, will ich noch einen Vorwurf zurückweisen, der uns Tschechen gemacht wurde. In einem Parteiblatte

habe ich gelesen, daß die tschechischen Genossen „sich die Klagen der Jungtschechen einigermaßen zu Herzen genommen haben". Dieser Vorwurf ist ganz unbegründet. Die tschechischen Genossen haben durch ihre Erklärung gegen das Staatsrecht das Tischtuch zwischen sich und den Jungtschechen für immer zerschnitten. Sie demonstrirten, daß sie mit den Jungtschechen nichts gemeinsam haben weder auf wirthschaftlichem, noch auf politischen, noch auf kulturellem Gebiete, da es sich diesen nur um die Erhaltung ihrer alten und die Erwerbung neuer Privilegien handelt. Aber wir haben auch praktisch diesen Vorwurf widerlegt, als in den Dezembertagen des Jahres 1897 ganz Prag von nationalem Wahnsinn befangen war und Polizei und Militär dagegen ohnmächtig waren. Da haben es die tschechischen Sozialdemokraten vermocht, nicht nur sich selbst mitten in den ärgsten Stürmen von dem nationalen Chauvinismus fernzuhalten, sondern auch dort, wo sie starke Organisationen haben (Lieben, Bubna, Holešovic, Smichov), diese stürmischen Ausbrüche des nationalen Wahnsinns überhaupt zu verhindern. Sie können sich wohl keinen Begriff machen, wie eine aufstrebende Bourgeoisie wie die tschechische sich benimmt. Die deutsche Bourgeoisie ist marastisch, feil, marklos; die jungtschechische ist geldgierig, brutal, rücksichtslos. (Genosse Adler: Das ist unsere auch trotz Marasmus!) Wir haben es also nicht verdient, daß uns solche Anwürfe gemacht werden.

Es liegen uns zwei Resolutionen vor von der Gesammtexekutive und von der südslavischen Exekutive. Beide sind im wesentlichen identisch. Ich will mich daher hauptsächlich mit der ersten Resolution beschäftigen. Diese theilt sich in zwei Theile, einen theoretischen und einen praktischen Theil. Der erste entspricht vollständig unserem Programm, und wir können uns mit ihm vollkommen einverstanden erklären. Anders ist es mit dem praktischen Theil. Dieser widerspricht dem theoretischen Theil in ganz gewaltiger Weise, und es muß auch konstatirt werden, daß er den Grundthesen unseres Programms nicht entspricht. Wir Sozialdemokraten stehen auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung und suchen überall die wirthschaftlichen Grundlagen auf. Hier aber wird davon ganz abstrahirt, und man glaubt, daß es möglich ist, neue Staaten im Staate zu bilden, ohne Rücksicht zu nehmen auf die wirthschaftlichen Verhältnisse und auf die wirthschaftliche Entwicklung. Ich glaube, darin liegt ein verhängnißvoller Fehler der Resolution. Im theoretischen Theil heißt es, daß wir gegen den bureaukratischen Zentralismus sind, und man sollte erwarten, daß diese Auffassung auch im praktischen Theil festgehalten ist. Aber diese fünf Postulate, die im zweiten Theil aufgestellt sind, können den Zentralismus nicht beseitigen, im Gegentheil, sie werden ihn nur verstärken. Aber auch der Bureaukratismus erhält seine wesentliche Förderung im zweiten Theil, besonders durch die Bestimmungen über die Verkehrsprache. Allerdings setzt man eine demokratische Verfassung in Oesterreich voraus, wo das Volk seine Beamten sich selbst wählen wird. Aber so weit sind wir noch lange nicht, und wenn wir so weit sein werden, dann haben wir Zeit genug, uns eine Verkehrssprache zu bestimmen. Jetzt ist wohl nicht unsere Sache, zu bestimmen, was für eine Sprache die Behörden untereinander sprechen sollen. Das ist eine Sache, die uns nicht betrifft. Wenn eine Sprache für alle Behörden in ganz Oesterreich festgesetzt werden soll, so widerspricht das wohl auch der Gleichberechtigung, und wenn man sie nur bei den höheren Behörden festsetzen will, dann geht es uns ganz gewiß am allerwenigsten an. Diese werden es sich schon so einrichten, wie sie es brauchen. Uns handelt es sich nur darum, wie sie sich uns gegenüber verhalten werden.

Der Zweck, den die Resolution erreichen will, ist die Reibungsflächen zwischen den einzelnen Nationen so weit als möglich zu verringern. Aber diese Resolution, besonders in der Stilisirung, in der sie uns vorliegt, würde das gerade Gegentheil erreichen. Stellen wir uns die praktische Durchführung dieser Resolution vor, stellen wir uns zum Beispiel die nationale Abgrenzung in Böhmen vor. Die Nationen wohnen in Böhmen oft in den einzelnen Orten neben einander, und die Sprachenstreitigkeiten würden ins letzte Dörfchen getragen werden. Man würde dann darüber streiten, zu welcher nationalen Gruppe dieses oder jenes Dorf gehört. Der nationale Kampf wird noch schärfer werden, als er jetzt ohnehin schon ist. Ich habe schon in der Einleitung erwähnt, daß es ein ver-

hängnißvoller Fehler der Resolution ist, daß sie auf die wirthschaftlichen Verhältnisse gar keine Rücksicht nimmt. Man spricht dort nur von nationalen und kulturellen Angelegenheiten und läßt die wirthschaftlichen ganz beiseite. Es kommt schließlich doch darauf hinaus, wer die ganze Geschichte bezahlen soll. Da würden wir neue Streitigkeiten bekommen, die, wie alle wirthschaftlichen Streitigkeiten, eine ganz besondere Schärfe annehmen würden. Wir tschechischen Sozialdemokraten stimmen mit dieser Resolution in ihrer gegenwärtigen Stilisirung nicht überein. Sie entspricht nicht dem, was wir Sozialdemokraten zu thun verpflichtet sind, sie entspricht nicht unseren praktischen Bedürfnissen und Forderungen und würde die nationalen Streitigkeiten nicht beseitigen, sondern nur verschärfen.

Ich stelle den Antrag, daß nach dem theoretischen Theile, mit dem wir, wie gesagt, einverstanden sind, die Punkte 1 bis 5 ersetzt werden durch folgende Bestimmung:

> Oesterreich kann nur bestehen als demokratischer Nationalitätenstaat, aufgebaut auf den Prinzipien ehrlicher Gleichberechtigung. Die nationalen Minoritäten sind in ihren nationalen Bestrebungen und Bedürfnissen durch ein besonderes Reichsgesetz zu schützen.

Es stehen hier zwei verschiedene Anschauungen einander gegenüber, und ich weiß nicht, wie viele noch dazukommen werden. Trotzdem wollen und müssen wir die Frage lösen, so weit sie eben lösbar ist. Das geht nur auf dem Boden des Kompromisses: wir müssen durch gegenseitige Verständigung die Form suchen, in der dies möglich ist, die Form, die uns in unserer Entwicklung nicht behindert. Ich beantrage daher, daß aus dem Plenum des Kongresses eine Kommission gewählt werde, in der alle Nationalitäten vertreten sind, und die während des Kongresses noch eine bestimmte Resolution ausarbeiten und uns vorlegen soll. Wie die Resolution auch ausfällt, sie wird aus gegenseitiger Verständigung hervorgegangen sein und daher den Bedürfnissen aller entsprechen. Wir alle haben das gemeinsame Interesse, daß die Arbeiterschaft aller Nationen sich so weit als möglich entwickle; unsere Pflicht ist es allerdings nicht, daß wir uns über staatliche Formen besonders aufregen sollten. Es ist aber nicht gleichgiltig, ob die Arbeiter in diesen staatlichen Formen sich entwickeln können, und als Sozialdemokraten müssen wir trachten, so viel Einfluß zu gewinnen, um jene staatlichen Formen zu erringen, in denen die Entwicklung der Arbeiterschaft am wenigsten behindert wird. (Lebhafter Beifall.)

Hannich (zur Geschäftsordnung) beantragt, daß bei diesem Punkte die Redezeit auf 20 Minuten verlängert werde. Resel spricht gegen, Krapka für den Antrag, der mit allen gegen fünf Stimmen sodann angenommen wird.

Hueber (zur Geschäftsordnung) beantragt, daß die Wahl der vorgeschlagenen Kommission sofort vorgenommen und die Debatte vertagt werde.

Dr. Adler bemerkt, es müsse doch der Kommission vorher ein Material vorgelegt werden.

Der Antrag Hueber wird sodann abgelehnt.

Prähauser (Salzburg): Aus den Erörterungen der Presse und den Ausführungen des Referenten geht schon hervor, daß sich niemand für die beiden Resolutionen besonders erwärmen kann. Wenn in unseren Kreisen ein Nationalitätenstreit besteht, dann ist es allerdings für uns wichtig, ihn zu beseitigen. Ich glaube aber, der Nationalitätenstreit entspringt nicht nationalen Ursachen, sondern wirthschaftlichen Ursachen in den bürgerlichen Klassen. Dieser Streit ist daher eine rein bürgerliche Angelegenheit, die uns nichts angeht Die deutsche Sprache wird eine Kultur- und Verkehrssprache bleiben, ob wir es wünschen oder nicht und die tschechischen Genossen dagegen sind oder nicht. Es ist daher überflüssig, dies in der Resolution zu betonen, weil das die Konstatirung einer Thatsache ist, die jedem bekannt ist. Unsere Aufgabe ist einzig und allein, alles zu thun, um als politische Armee schlagfertig dazustehen. Ich bin überzeugt, ein demokratisches Oesterreich wird es niemals geben, denn wir als Deutsche hätten, wenn Oesterreich zerfiele, kein Interesse daran, einen Bundesstaat zu bilden. Beifall.)

Dr. **Adler** (Wien): Ich möchte vor allem konstatiren, daß es sich in dieser Diskussion nicht um etwas handelt, dem wir ausweichen konnten. Wir sind nicht leichtsinnig und nicht ohne langes Zögern an die Frage herangetreten. Aber die Dinge in Oesterreich liegen eben so, daß die Partei gezwungen ist, auf die nationale Frage eine deutliche Antwort zu geben. (Bravo!) Hier kann es nicht dazu kommen, daß eine Gruppe die andere majorisirt, wir können hier nur feststellen, was das gemeinsame geistige Eigenthum der Partei ist. Wir wollen es hier auf dem Parteitag so weit bringen, daß wir uns eine Ueberzeugung bilden, und nur wenn und insoweit wir dies erreichen, sind wir in der Lage, Beschlüsse zu fassen. Es kann sich daher nicht darum handeln eigensinnig an einer Formulirung festzuhalten, und ich erkläre im vorhinein, daß wir ganz mit den tschechischen Genossen einverstanden sind, die die Einsetzung einer Kommission verlangen.

Die Gesammtexekutive hat die Frage lange Zeit erwogen und sie einer Kommission überwiesen, in der alle in Wien vertretenen Nationalitäten thätig waren. Das Ergebniß der eingehenden und langwierigen Debatten ist die Ihnen vorgelegte Resolution. Wir sind aber nicht so arrogant, uns zuzumuthen, daß wir gleich auf den ersten Griff die größte politische Schwierigkeit, die es in Europa gibt, zu lösen im Stande wären. Unsere Ueberzeugung ist es jedoch, daß wenigstens die hier ausgesprochenen Grundgedanken das Programm der Sozialdemokratie werden müssen, wenn diese auf die nationale Frage eine Antwort geben soll. Dieser Gedankengang ist folgender: Es ist nothwendig, daß jene Bedingungen geschaffen werden, die die nationalen Schwierigkeiten möglichst mindern, und das geschieht durch die Demokratisirung des Staatswesens nicht nur in der Gesetzgebung, sondern auch in der Verwaltung. Zweitens müssen die Reibungen vermindert werden. Die tschechischen Genossen im Reichsrath haben eine historisch denkwürdige That gethan, sie haben eine Erklärung gegen das böhmische Staatsrecht, gegen den Prager Zentralismus abgegeben, und, Parteigenossen, wir fordern Sie, die Delegirten dieses Parteitages, auf, daß Sie eine Erklärung gegen das österreichische Staatsrecht, gegen den Wiener Zentralismus abgeben und damit die Bande zerschneiden, die die Arbeiterschaft heute noch immer indirekt mit den herrschenden Klassen in Oesterreich verbinden. Wir wollen aus diesen zusammengewürfelten und zusammeneroberten Provinzen selbstständige Körper machen. Ich muß gestehen, daß es mich wundert, wenn man sich da den Kopf darüber zerbricht, wie das wirthschaftlich sein wird. Glauben Sie nicht, daß dieselben Befugnisse, die die heutigen sogenannten Kronländer haben, nicht mindestens im selben Ausmaße den nationalen Kantonen eingeräumt werden können? Ich kann darin keine Schwierigkeit erblicken, und insofern es eine ist, ist es nicht unsere Aufgabe, auf dem Parteitag die Details zu lösen. Wir haben nur die Richtungslinien anzugeben, in denen wir marschieren wollen, nicht etwa, wie aus diesem Oesterreich, sondern wie aus den Völkern, die Oesterreich bewohnen, etwas werden kann. (Beifall.) Man hat an unseren Vorschlägen herumkritisirt, und es hat sich auch ein Kritiker gefunden, der nicht mit dem Herzen bei der Sache ist, sondern nur ein Spiel des Geistes vorführen will. Ich meine damit die Artikel, die in der „Leipziger Volkszeitung" erschienen sind. Mit einem Standpunkt, der davon ausgeht, daß die Demokratisirung Oesterreichs Oesterreich an die Slaven und Klerikalen ausliefert, und daß darum die deutsche Bourgeoisie einen Verzweiflungskampf gekämpft habe, indem sie die Taaffe'sche Wahlreform bekämpfte, brauchen wir uns nicht weiter zu beschäftigen. (Zustimmung.) Man kann für das böhmische Staatsrecht sein, und man kann für das österreichische Staatsrecht sein, aber für das böhmische und das österreichische Staatsrecht zugleich und außerdem ein Sozialdemokrat sein zu wollen, das ist unmöglich. (Heiterkeit und Beifall.)

Genosse Nemec machte geltend, daß unsere Resolution in einem gewissen Gegensatz mit der südslavischen Exekutive stehe. Nemec scheint da nicht in den genaueren Sinn der Sache eingedrungen zu sein. Der Antrag der südslavischen Exekutive ist eigentlich nichts Anderes als der Ausdruck jener Idee, die „Synopticus" in seiner Broschüre über die nationale Frage entwickelte, nämlich für eine

Summe von Individuen eine nationale Selbstverwaltung zu bestimmen, ähnlich wie dies bei den Kirchengenossenschaften der Fall ist. Es ist zwar eine sehr geistreiche Idee, aber ich bezweifle, daß irgend jemand heute die Sache für praktisch ausführbar hält. Außerdem liegt in der Resolution auch ein Widerspruch. Es heißt hier „Nationalitätenbundesstaat“, und dann wird wieder gegen ein Territorium für eine bestimmte Nation ausdrücklich protestirt. Beides ist aber nicht möglich; denn wenn schon eine Nation ohne Territorium gedacht werden kann — ein Bundesstaat ohne abgesonderte Territorien ist nicht möglich.

Gegen die nationale Abgrenzung wird wohl keine Nation aus nationalem Interesse etwas einwenden können. Ich frage die Tschechen, ob es nicht ein Hauptinteresse der tschechischen Nation wäre, daß diese fünf Millionen Tschechen unabhängig von allen zufälligen Ereignissen in diesem Oesterreich für alle Zukunft einen administrativen Verband unter sich haben. Wer dagegen Einspruch erheben könnte, sind einzig und allein die Deutschen. Täuschen wir uns nicht! Die Internationalität in Oesterreich wird bestritten überall auf Kosten der Deutschen, und das ist selbstverständlich, weil bisher im Namen der Deutschen eine deutsche Bureaukratie die Vorherrschaft in Oesterreich gehabt hat. In Galizien sind es die Polen, die die Kosten zu bestreiten haben. Aber ich zweifle nicht, daß die Polen wie die Deutschen die angeblichen Vortheile dieser Vorherrschaft mit Freuden hergeben werden, wenn sie nicht nur Rechte für unterdrückte Nationen, sondern auch ihre eigenen Freiheiten erhalten, wenn die Deutschen in Oesterreich und die Polen in Galizien nicht mehr die Gendarmen für diesen sogenannten Staat spielen müssen.

Man stößt sich schließlich am allermeisten an Punkt 5 unserer Resolution, der gegen eine Staatssprache spricht, der aber die Thatsache aussprechen will, daß eine Verkehrssprache nothwendig ist und konstatirt, daß diese Verkehrssprache eben die deutsche ist. Ich für meine Person erkläre, wenn es Ihnen unbequem ist, diese Thatsache zu konstatiren: wir können warten. Wir können den Antrag, den, wie ich glaube, Genosse Steiner in der tschechischen Konferenz gestellt hat, daß man das dem Parlament überlassen möge, ruhig akzeptiren. Denn diese Vermittlungssprache kann, wie Sie selbst alle wissen, und wie der Parteitag hier zeigt, keine andere als die deutsche sein. (Zustimmung auf allen Bänken.) Aber ich erinnere Sie daran: Unsere Sache zu führen, verlangt Muth, und Sie, tschechische Genossen, haben gezeigt, daß Sie hundertmal mehr Muth gehabt haben, als man dazu braucht, unzweifelhafte Thatsachen anzuerkennen; Sie werden auch diese kleine Anstrengung noch leisten.

Es ist kein Zweifel, daß das, was wir Ihnen hier vorschlagen, eine revolutionäre That ist, insoweit man überhaupt von dem Beschluß einer Partei und eines Parteitages als von Thaten sprechen kann. Das, was wir Ihnen hier vorschlagen, schlägt dem heutigen Oesterreich in allen seinen Theilen ins Gesicht. Dieser Vorschlag auf Trennung nach Nationen, diese Zerschlagung der Provinzen, dieser nationale Föderalismus trifft die alte Staatsform ins Herz und tödtet den Wiener und tödtet den Prager Zentralismus. Er allein kann die Völker frei machen, er allein ist die Zukunft, und das zu sagen, erfordert Muth. Haben wir ihn heute, wenn unsere Einsicht hoch genug gewachsen ist! Wenn wir ihn heute nicht haben werden, werden wir ihn auf dem nächsten Parteitage haben. Die Idee ist ausgesprochen und muß alle gewinnen, weil sie die innere Logik und geschichtliche Nothwendigkeit für sich hat und nichts Anderes ist als der Ausdruck der unüberwindlichen, sich immer mehr geltend machenden Thatsachen. Gehen wir ohne alle Voreingenommenheit in die Sache ein. Wir sind nicht empfindlich und zu jeder Verständigung bereit. Der Parteitag wird nichts Anderes thun, als was dessen gemeinsame Ueberzeugung ist. (Beifall.)

(Auf Antrag des Genossen Steiner gelangt aus der Reihe der vorgemerkten Redner zunächst ein Vertreter jeder Nation zum Worte.)

Abgeordneter **Daszynski:** Parteigenossen! Es ist die Frage aufgetaucht, ob wir uns mit dieser Resolution überhaupt beschäftigen und uns nicht mit der allgemeinen Gleichberechtigungserklärung zufriedenstellen sollen, und es wurde gesagt, daß wir uns unsere Köpfe nicht für die bourgeoisen Parteien zerbrechen brauchen. Die Nothwendigkeit, uns mit der Frage zu befassen, haben wir prak-

tisch im Parlament empfunden, als wir sozialdemokratische Abgeordnete fast aller Völker Oesterreichs in der Sprachenfrage Stellung zu nehmen gezwungen waren. Alle Genossen haben damals zugestanden: Ja, es ist nothwendig gewesen, sich zu erklären, aber nur um kein Wort zu viel und kein Wort zu wenig, weil man nicht weiß, wie sich die Partei dazu stellt. Aber weiter erfordert es auch die Lage des Staates, sich mit der Sache zu befassen. Von der Schlichtung der nationalen Streitigkeiten muß jede Bewegung in Oesterreich ausgehen. Wenn wir uns nicht mit dieser Frage befassen, so werden es andere thun, und sie thun es heute schon, indem sie alle Leidenschaften im Interesse ihrer Partei und ihres Einflusses aufstacheln. Wir müssen also unter den gegebenen Verhältnissen klar und präzise Stellung nehmen. Es handelt sich in diesem Kampfe um die zukünftige Gestaltung der öffentlichen Verhältnisse im Staate, und da dürfen wir nicht indifferent bleiben. Wir sind es dem Proletariat schuldig, uns hier nicht mit allgemeinen Phrasen zu begnügen, sondern in dieser Richtung ein Programm aufzustellen. Und das ist nicht etwa bloß moralische Pflicht der Partei, sondern deren innerstes Wesen, und unsere alltägliche Thätigkeit macht es nothwendig, daß sich die Partei klar wird, wie sie sich die nationalen Einrichtungen in Oesterreich denkt. Ich verweise nur darauf, daß es ganze Völker gibt, wie zum Beispiel die Ruthenen in Galizien oder die Polen in Schlesien, bei denen das Mißtrauen gegen die Sozialdemokratie nur dadurch geweckt wurde, daß man die Lüge verbreitete, die Sozialdemokratie sei national indifferent, sie kenne sich in nationalen Fragen nicht aus. Es wurde hier gesagt, es gebe keine nationale Frage ohne wirthschaftliche Unterlage. Wenn dem so wäre, und wenn wir wirklich als Proletariat nur wirthschaftliche Interessen zu befriedigen hätten, dann behaupte ich, daß wir vor zwei Jahren den größten Fehler begangen hätten, indem wir uns national organisirten. Wir haben das aber keineswegs empfunden, im Gegentheil, alle Berichte, sowohl der polnischen als der deutschen und tschechischen Genossen, lauten einmüthig dahin, daß diese Trennung nach Nationalitäten die Partei erst in das nationale Leben eingeführt hat. Und mit dieser nationalen Eigenart müssen wir rechnen, und dadurch sind wir kräftig geworden, weil wir mit ihr richtig gerechnet haben, und weil wir schon vor zwei Jahren den Weg gefunden mit der nationalen Frage im Innern der Partei fertig zu werden. Es handelt sich auch darum, ob wir für das ganze Reich dasselbe Programm aufzustellen im Stande und auch genöthigt sind. Heute befinden sich in den Kronländern ganze Völker in der Minorität. Wir haben in Galizien fast dreieinhalb Millionen Ruthenen, die durch Schaffung der Provinz Galizien zu einer hoffnungslosen Minorität herabgedrückt wurden. Wir sehen in Böhmen zweieinhalb Millionen Deutsche, die verurtheilt sind, eine ohnmächtige Minorität zu bilden, und ein solcher Zustand der nationalen Hoffnungslosigkeit von Millionen von Leuten muß zu einem Kampfe gegen die bestehenden Verhältnisse führen. Wenn wir erklären, daß wenigstens große Komplexe von Nationen sich autonom gestalten sollen, so vermindert sich diese Hoffnungslosigkeit. Jeder Volksstamm hat sein eigenes Haus. Bei der nationalen Frage handelt es sich ja eigentlich nur um die paar Schulen, Aemter, Theater, Stipendien 2c. Wenn wir die Gesetzgebung des böhmischen, des galizischen oder des schlesischen Landtages betrachten, so sehen wir, daß sich die nationalen Minoritäten der Deutschen, der Ruthenen, der Polen beunruhigt fühlen und Grund zur Befürchtung haben, daß ihre Angelegenheiten nicht im Sinne der Gerechtigkeit erledigt werden. Und da fragt Genosse Nemec: Wer wird das bezahlen? Ja, *wer zahlt es denn jetzt*? Die drei Millionen Ruthenen zahlen ja beispielsweise die ganze polnische Kultur im Osten Galiziens, die 180.000 Polen in Ostschlesien zahlen den 42.000 Deutschen alle Kulturanstalten, hier in Mähren bestreiten die 70 Perzent Tschechen die Hälfte der deutschen Kulturbedürfnisse der 30 Perzent Deutschen. Die dreieinhalb Millionen Ruthenen haben keine einzige Universität, die Polen haben zwei; die Ruthenen haben 4 Gymnasien, die Polen 25; in Schlesien haben die Deutschen vier Gymnasien, die Polen kein einziges, obwohl sie viermal so stark sind als die Deutschen im Herzogthum Teschen. Gerade nach rein marxistischen Anschauungen ist es heute unmöglich, den jetzigen Zustand weiter zu erhalten. (*Adler*: Das ist nicht Marx, das ist Buchhaltung!) Jede verzweifelte Minorität greift nach

jedem Strohhalm, den sie findet. Wir sehen daher die nationalen Parteien in diesem Kampfe die unnatürlichsten Bündnisse eingehen, wir sehen die Ruthenen sich mit ihren ärgsten Feinden verbünden, die sich als die Retter des Ostens aufspielen. Das alles kommt daher, weil die Völker national gedrückt sind und einen Verzweiflungskampf in diesem Alt-Oesterreich führen müssen, der alle Vernunft vermissen läßt. Woher kommt es, daß sich die Bürgerlichen mit den Feudalen, den Thun und Liechtenstein, mit den Klerikalen u. s. w. vereinigen? Wie ist es möglich, daß in diesem österreichischen Parlament nie zur Bildung einer wirthschaftlichen Partei geschritten werden konnte? Indem die Sozialdemokratie Verständniß für nationale Dinge gewonnen, indem sie die nationalen Bedürfnisse gestillt hat, hat sie es, als die einzige Partei im Parlament, ermöglicht, alle Nationen zu vereinigen und alle wirthschaftlichen Interessen zu vertreten. Keine einzige andere Partei war dies im Stande, weil sie an verschiedenen historischen Programmen haftet, die im modernen Staatsleben unmöglich sind. Denn wenn Sie sich das österreichische Staatsrecht vor Augen halten, sehen Sie, daß der Ausgangspunkt dieses Begriffes nicht mehr modern ist, denn keine einzige Nation wird es sich gefallen lassen, daß sie kraft eines Staatsrechtes wieder unter das Joch gebeugt wird. Die moderne Richtung ist eine andere. Man hat Marx zitirt als den Retter von Alt-Oesterreich (Nemec: Keine Idee; im Gegentheil!) ... Um so besser für mich. (Heiterkeit.) Ueberall, wohin Sie schauen, werden Sie finden, daß die Nationen sich selbstständig als Staaten etabliren wollen. Schauen Sie sich die Dänen in Deutschland an, schauen Sie nach Elsaß und Lothringen, soweit es französisch ist, nehmen Sie die Polen in Deutschland und fragen Sie alle diese Nationen, ob sie zufrieden sind, und dieses geeinigte Deutschland war doch eine geschichtliche Nothwendigkeit. Sehen Sie auf Norwegen, auf Italien, überall finden Sie die Tendenz, daß sich die Völker von dem Druck fremder Nationalitäten befreien wollen. Eine Nation kann aber nicht anders konstituirt werden, ohne wenigstens ein Stück Demokratie aufzunehmen.

Als Bismarck die nationale Einigung Deutschlands in Wirklichkeit umsetzen wollte, mußte er die Hauptforderung der Demokratie einführen und dem geeinigten Deutschland das allgemeine und gleiche Wahlrecht geben. Eines ohne das andere geht auch in Oesterreich nicht. Wir wissen, daß wir das allgemeine Wahlrecht brauchen, und ebenso, daß, wenn wir es erkämpfen wollen, wir alle Nationen und alle Volksschichten aufrütteln müssen. Wir müssen eine Kraft repräsentiren, um uns dieses Recht zu nehmen. Alles zusammen sind nur Theile der großen demokratischen Strömung. Das allgemeine Wahlrecht ist eine Befreiung aus politischer Unterdrückung, und die nationale Gleichberechtigung in den Formen der Demokratie ist auch eine Befreiung von Unterdrückung durch Privilegien und andere Ungerechtigkeiten. Eines ist durch das andere bedingt. Auf die Konstatirung der Verkehrssprache dringe ich durchaus nicht. Diese Sache wird sehr einfach durch die thatsächlichen Verhältnisse entschieden. (Beifall und Händeklatschen.)

Die Sitzung wird hierauf um 12 Uhr Mittags unterbrochen.

(Nachmittagssitzung.)

Genosse Stampfer, der als Korrespondent der „Leipziger Volkszeitung" auf der Journalistenbank sitzt, verlangt das Wort.

Auf Antrag des Genossen Schuhmeier wird ihm das Wort nicht ertheilt.

Hankiewicz (Lemberg): Wir Ruthenen sind mit der Resolution der Gesammtparteivertretung einverstanden, eventuell mit Hinweglassung des Passus über die Verkehrssprache. Im übrigen stimmen wir dem Antrag auf Einsetzung einer Kommission zu.

In der Debatte, die in der letzten Zeit geführt wurde, habe ich aus den tschechischen Parteiblättern immer den Grundgedanken herausgelesen, daß nur dann der nationale Friede kommen kann, wenn diese Nationen einander gleichwerthig geworden sind. Wenn man der Ansicht ist, daß die Sozialdemokratie schwache Nationen in ihrer Entwicklung zu fördern hat, ist es aber nothwendig,

daß jede dieser Nationen ihre nationalen Angelegenheiten völlig autonom regeln kann, daß jede womöglich ein eigenes Territorium hat, wo sie als autonome nationale Einheit wirklich alle diese Kräfte entwickeln kann. Deshalb sind wir ruthenischen Sozialdemokraten zunächst für den Grundsatz, daß das alte Oesterreich in solche nationale Selbstverwaltungsgebiete zertheilt werden muß, wo jede Nation frei über ihr Geschick walten könne, dann dafür, daß Oesterreich auf einer demokratischen Grundlage neu aufgebaut werde. Denn nur unter dieser Bedingung wird auch der erste Grundsatz durchgeführt werden können. Wenn wir für eine derartige Lösung eintreten, haben wir daran ein besonderes Interesse, damit sich unser Volk in diesem Staate nicht nur frei entwickeln kann und den anderen Völkern in Oesterreich gleichwerthig werde, sondern auch daß wir Anknüpfungspunkte an den großen Theil unseres Volkes bekommen, der unter dem Joche des Zarenthums seufzt. Ich bin von der ruthenischen Sozialdemokratie beauftragt, nachstehende Erklärung abzugeben:

„Wir ruthenischen Sozialdemokraten stehen auf dem Boden der internationalen Solidarität des Proletariats aller Nationen in Oesterreich, und wir wissen, daß nur in diesem brüderlichen Bündniß auch unser Volk, das in einem seiner Theile diesem Staate angehört, seine nationale Befreiung erringen kann. Wir wollen aber die Thatsache nicht aus den Augen lassen, daß zwischen den Grenzpfählen dieses Staates nur ein Theil unseres Volkes wohnt, und daß jenseits der Grenze die große Majorität der ukrainischen Nation unter dem Joch des zarischen Absolutismus alle nationale Entrechtung ertragen muß, die zu seinem nationalen Tode führen soll. Wir sind überzeugt, daß die internationale Macht des Proletariats nur dann sich entwickeln wird, wenn jede Nation über ihre Geschichte wird entscheiden können. Wir wissen, daß die soziale und politische Befreiung auch die nationale Emanzipation voraussetzt. Die ruthenischen Sozialdemokraten erstreben deshalb auch die nationale Freiheit ihrer ganzen Nation, damit das geeinigte und befreite ruthenische Volk als ein ebenbürtiges Glied in der Reihe der Völker dastehe."

Kristan (Triest): Die von der slovenischen Parteivertretung eingebrachte Resolution ist heute mehrmals todtgeschlagen worden. Am bequemsten hat sich's damit Genosse Nemec gemacht, indem er sie einfach als nicht bestehend erklärte, Dr. Adler wieder, indem er ihre praktische Unmöglichkeit betonte. Dem Genossen Nemec gegenüber muß ich bemerken, daß sich unsere Resolution mit der Resolution der Exekutive nicht nur nicht deckt, sondern daß sie wesentlich etwas ganz Anderes festsetzt. Die Exekutive verlangt national autonome Territorien, wir nationale Autonomie ohne Rücksicht auf's Territorium. Ich bin von vornherein überzeugt, daß unsere Anschauung die Majorität des Parteitages nicht für sich haben wird, und ich werde darüber auch keine Thräne vergießen. Umsoweniger, als ich weiß, daß auch die Resolution, die aus den Berathungen der Kommission hervorgehen wird, nicht sofort praktische Konsequenzen haben wird. Unsere Exekutive hielt sich aber für verpflichtet, jene Anschauungen dem Parteitage vorzulegen, die sie für die prinzipiell einzig richtigen hält. Wenn wir den Staat an sich verwerfen und an seine Stelle eine freie Gesellschaft setzen wollen, kann es auch nicht unsere Aufgabe sein, eine neue Staatsformation zu schaffen. Mit dem Prinzip der freien Gesellschaft läuft der Begriff der Nation, die vom Territorium losgelöst ist, parallel. In der Parteipresse wurde im Verlaufe der Debatte über die nationale Frage wiederholt, wenn von Gleichberechtigung gesprochen wurde, erklärt, daß das ein Schlagwort, eine Phrase sei. Da muß ich denn doch darauf verweisen, daß die Gleichberechtigung schließlich doch das Um und Auf dieser Frage ist, daß die Frage sich darum dreht, wie diese Gleichberechtigung geschaffen werden soll. Wenn man eine Formation schafft, die nothwendig Minoritäten in sich schließen wird, ist die Gleichberechtigung nicht zu erzielen, umsoweniger als ja die Fluktuationen in der Bevölkerung noch lange nicht aufhören werden. Wir werden dann, bis sich nach einiger Zeit diese nationalen Territorien geändert haben, wenn die Nationen ihre Sitze verschoben haben, uns wieder hersetzen und neue Bezirke schaffen müssen. (Zwischenruf: Es ist noch sehr weit bis dahin!) Weit oder nicht, hier handelt es sich um die prinzipielle Festlegung dieser Frage. Wir müssen prinzipiell feststellen, daß die Gleichberechtigung herzustellen ist, wenn die Nation

nicht eine auf einem Stück Land lebende Bevölkerung, sondern die Summe aller jener Menschen ist, die sich zu dieser Nationalität bekennen. Nebenbei bemerken will ich, daß wir diese Idee nicht dem Synopticus gestohlen haben, sondern daß sie von uns in der Prager Akademie schon viel früher entwickelt wurde.

Wenn Sie das Küstenland ins Auge fassen, werden Sie sehen, daß hier die Slovenen österreichische Politik treiben. Woher kommt das? Die Slovenen sind ja an sich kein so reaktionäres Volk, wie man es nach dieser Erscheinung anzunehmen berechtigt wäre. Auch in unserer Geschichte gibt es revolutionäre Perioden, und auch heute noch ist das Volk nicht so polizeilich gesinnt. Woher kommt aber doch diese „Staats"-Politik? Das ist nur dadurch möglich, daß man immer eine Nation gegen die andere ausgespielt hat, um beide dazu zu bringen, die Regierungsgewalt für einen rettenden Faktor zu halten. Die Folge davon ist, daß in manchen unserer Volksgenossen, die sehen, daß slovenisch und reaktionär gleichbedeutend ist, die Sucht rege wird, lieber ein gefälschter Italiener als ein reaktionärer Slovene zu sein.

Die Resolution der Exekutive ist für mich auch deshalb unannehmbar, weil sie wieder etwas wie eine Art neuen Besitzstandes schafft. Auch der Punkt über den Schutz der Minoritäten ist mir nicht gerade sympathisch. Anstatt dessen sollte ein Gesetz zur Regelung gemeinsamer Angelegenheiten der auf einem Territorium wohnenden Nationen gemacht werden. Durch den Schutz der Minoritäten wird der Anschein erweckt, als ob prinzipiell die Majorität das Recht habe, die Minorität zu vergewaltigen, und daß man dieses Recht erst durch ein Gesetz eindämmen müsse. Ich kann mich in die Details, wie unsere Resolution durchzuführen ist, nicht einlassen, wie ja auch die Referenten erwähnt haben, daß solche Detailmalereien nur schwer möglich sind. Aber ebenso wie die römische Kirche von jedem Territorium absieht und dennoch eine feste Organisation hat, ebenso ist es auch mit den Nationalitäten möglich. Durch die Resolution der Gesammtexekutive werden die Reibungsflächen zwischen den Nationen nur wenig vermindert, aber ganz gewiß nicht beseitigt. Selbst dort, wo die Nationen in kompakten Massen beisammenleben, sind sie an den Peripherien immer gemischt. Es wird daher schwer sein, die Grenzen festzulegen. Wie soll im Küstenland eine territoriale nationale Scheidung zustande gebracht werden? Die Stadt Triest ist zum überwiegenden Theil italienisch, das Territorium der Umgebung ist fast ausschließlich slovenisch. Ja, wenn man ganz kleine Kantone machen würde und die nationalen Kantone zusammen erst eine Einheit bilden, dann allerdings ginge es. (Rufe: So ist es ja gemeint!) Genosse Hankiewicz hat hervorgehoben, daß der größere Theil seines Volkes in Rußland lebt, und daß es für sie ein Interesse habe, Berührungspunkte mit diesem Theile zu gewinnen. Dasselbe gilt auch für die anderen Nationen. Auch der Deutsche hat ja Kulturbeziehungen mit den Deutschen draußen.

Gerin (Triest): Die heutige Debatte ist nur die Folge der auf dem letzten Parteitag getroffenen nationalen Scheidung. Mir scheint die nationale Frage nur eine Magenfrage für die Bourgeoisie zu sein, die uns gar nichts kümmert. Wenn man von nationalen Territorien spricht, so wäre dieser Gedanke für uns Italiener in Oesterreich einfach undurchführbar, weil die Italiener nur in Südtirol in kompakterer Masse beisammenwohnen. Ich halte es für verfrüht, daß sich der Parteitag mit dieser Frage beschäftigt. Heute ist es die einzige Aufgabe der Sozialdemokratie, den Klassenkampf fortzusetzen.

Pernerstorfer (Wien): Wenn es eines Beweises bedürfte, daß in Oesterreich wirklich ein nationales Programm, das ein Weiterleben in diesem Lande ermöglicht, nothwendig ist, so wäre es zweifellos der Umstand, daß bis jetzt sämmtliche Nationen, die hier gesprochen haben, sich mit diesem Staate in höchst despektirlicher Weise beschäftigt haben. Die sozialistischen und demokratischen Kreise jeder Nation erklären, daß für ihr Gefühl diese Staatenform so gut wie nichts bedeutet. Daraus folgt, daß thatsächlich die Völker das Bewußtsein in sich haben, daß sie aus den heutigen Formen loskommen wollen. Es gilt also Formen zu finden, in denen die vielen Völker dieses Reiches in zufriedener Weise zu leben anfangen können. Wir sind alle überzeugt, daß, wenn es nicht zu einer halbwegs befriedigenden Lösung der Nationalitätenfrage kommt, die Existenz dieses Staates nur mehr in der Weise fortgefristet werden

kann wie jene des heutigen türkischen Staates. Für uns aber, die wir eine lebenskräftige Partei sind, ist dies gerade keine erquickliche Aussicht.

Wir müssen in der vorliegenden Frage vor allem zwei Dinge scharf von einander scheiden: die Sprachenfrage und die Nationalitätenfrage. Wenn es sich bloß um die Regelung der Sprachenfrage in Oesterreich handeln würde — und darum handelt es sich nur den meisten bürgerlichen Parteien — dann würden wir Sozialdemokraten uns sehr leicht verständigen können, denn da stehen wir auf dem Standpunkt des Bedürfnisses. Wir sehen aber, daß selbst eine Regelung der Sprachenfrage in diesem Sinne durchaus nicht jene Wünsche befriedigt, die von den Nationen erhoben werden.

Die Frage, um die es sich hier handelt, ist aber nicht die Sprachenfrage, sondern die nationale Frage, und wenn es Parteitagsmitglieder gibt, die in der Aufrollung der nationalen Frage eine „Verfälschung des proletarischen Gedankens" erblicken, so möchte ich darauf hinweisen, daß wir eine sozialdemokratische Partei heißen, und daß wir das Wort „demokratisch" aus unserem Programm streichen müßten, wenn wir nicht jene Forderungen der Demokratie ebenfalls vertreten wollten, die das Recht eines jeden Volkes auf nationale Existenz verlangen. Wie kann nun eine solche Existenz garantirt werden? Sie wird nicht garantirt durch die sprachliche Gleichberechtigung. Die Sprachenverhältnisse können sich mannigfach vermischen, und ich verweise da auf Amerika, wo niemand gezwungen ist, eine Staatssprache zu erlernen. Wir sehen aber, daß die großen Massen der europäischen Einwanderer vollständig entnationalisirt werden und auf diesem Territorium eine specielle Nation, die Yankeenation, entsteht. Allerdings wird niemand in diesem Saale wünschen, daß in Oesterreich ähnliche Verhältnisse platzgreifen und vielleicht eine österreichische Nationalität entstehen würde. Wir wollen die Existenz der Nationen in ihren Territorien sichern. Ich stehe ja selbst auf dem Standpunkt der Vorschläge des Synopticus, denen sich auch Genosse Kristan anschließt. Leider sehe ich aber nicht die Möglichkeit ein, sie heute praktisch durchzuführen. Genosse Kristan ist sogar so weit gegangen, ein europäisches Programm aufzustellen. Ich fürchte jedoch sehr, daß wir das nicht durchsetzen werden, da hiefür das Interesse weiter Kreise die Voraussetzung wäre. Wir müssen fragen, was praktisch möglich ist. Dabei müssen wir uns sofort sagen, daß die Phrase der Gleichberechtigung allerdings nicht bis in ihre äußersten Konsequenzen durchgeführt werden kann. Wir sind für die Freiheit, aber gewiß werden wir auch im demokratischen Gemeinwesen gewisse Gesetze haben, die die Freiheit des Einzelnen wesentlich beschränken. Es handelt sich also darum, durch Kompromisse einen Weg zu finden, der die demokratische Forderung auf nationale Existenz uns verbürgt, und diesen Weg glauben wir in unserer Resolution gefunden zu haben. Wir meinen, daß vor allem jede Nation in ihrer Existenz geschützt und gesichert werden muß. Eine Sicherung einer Nation gibt es aber nur durch Feststellung bestimmter nationaler Territorien. Freilich wären wir Deutsche vielleicht in der Lage, am ehesten zu sagen, daß wir das nicht so nothwendig haben. Das tschechische Volk aber hat keinen Staat, und daher ist es ganz begreiflich, daß auch seine bürgerlichen Parteien die Forderung nach einem solchen Staat aufgestellt haben. Die tschechischen Sozialdemokraten, die auf dem Standpunkte des lebendigen Rechtes stehen, haben aber alles Interesse, soweit sie sich selbst als Nation fühlen, sich einen konsolidirten Staat zu errichten. Es ist schon gesagt worden, daß dieser Staat eine Masse von fünf Millionen repräsentiren würde. In diesem ihrem Hause sind sie unbeschränkte Herren. Wenn Sie eine solche Forderung zurückweisen und nicht solche konkrete Gebilde aufstellen wollen, dann kommen Sie dazu, daß Sie sich flüchten vor jeder Lösung der Sprachenfrage schlechterdings. Wenn aber die nationalen Territorien gegen einander abgeschlossen sind, dann entfällt auch die Nothwendigkeit der Anerkennung einer Verkehrssprache. Wenn die Sozialdemokratie, jene Partei, in der die Nationen gemeinsam arbeiten, nicht die Fähigkeit hat, diese demokratische Lösung der nationalen Frage herbeizuführen, welche Partei in Oesterreich oder in einem anderen Lande soll diese Fähigkeit besitzen? Wir sind die einzige Partei, die ein lebendiges Interesse hat, die Solidarität der Nationen zu proklamiren. Wir sind daher auch diejenigen, die mit Recht den

herrschenden Klassen gegenüber sagen können: „Ihr vertretet nicht die Nation; die vertreten wir!“ Man hat mir den Vorwurf gemacht, daß ich in der Versammlung vor zwei Tagen zu deutsch und zu national gesprochen habe, und hat mir quasi mit dem Scheiterhaufen gedroht. Ich habe als bewußter Deutscher die internationale Solidarität proklamirt, und wenn Sie mich deshalb auf den Scheiterhaufen schleppen, dann bitte ich um die Gesellschaft der Genossen Daszynski und Nemec, damit der Scheiterhaufen ein internationaler werde. (Heiterkeit.)

Für uns ist es klar, daß die Aufrollung der Nationalitätenfrage in der Partei eine Nothwendigkeit ist. Mögen Sie die Frage auch heute vertagen, sie wird immer wiederkommen, so lange wir nicht zu festen Beschlüssen gelangen. Ganz verfehlt wäre es aber, den Antrag des Genossen Nemec anzunehmen. Was in diesem Antrag steht, predigen wir seit dreißig Jahren. Wenn wir also nichts mehr beschließen können, als was darin steht, so wäre es gar nicht nothwendig gewesen, daß wir uns mit der Frage überhaupt beschäftigen.

Genosse Nemec hat seinen Vorschlag als Kompromißvorschlag bezeichnet. Was heißt denn aber ein Kompromiß? Daß zwei Leute sich auf halbem Wege entgegenkommen. Es ist kein Kompromiß, wenn der eine auf seinem Platz sitzen bleibt und der andere zu ihm hingehen muß. Das ist aber das, was Sie uns hier vorschlagen. Allerdings kann hier nicht von einer Majorisirung die Rede sein. Solche Dinge werden nicht durch eine Abstimmung entschieden, bei der 10 oder 20 Stimmen entscheiden. Hier muß eine allgemeine Uebereinstimmung bestehen. Gegen eine absolute Negation von einer Seite ist man natürlich völlig wehrlos. Sie selbst werden sich aber sagen müssen, wenn wir nicht innerhalb unserer Partei uns einigen, dann wird der nationale Kampf noch weniger zur Ruhe kommen. Wir können uns nicht auf die Weisheit der Regierung verlassen. Die Demokratie, die wir als Voraussetzung fordern, streben wir seit dreißig Jahren an, und ich muß hinzufügen, daß wir ja für eine Menge von Dingen kämpfen, von denen wir wissen, daß sie nicht von heute auf morgen zu erreichen sind.

Genosse Nemec hat unsere Resolution sogar als eine zentralistische bezeichnet, weil Oesterreich eine wirthschaftliche Einheit ist und bleibt. Wenn ich recht verstanden habe, will er sogar wirthschaftlich geschlossene, gesonderte nationale Einheiten. Daran denkt doch niemand von uns, die wir Anhänger des Gedankens der Erweiterung der wirthschaftlichen Einheiten sind, die wir sogar wahrscheinlich alle Anhänger eines europäischen Zollbundes sind. Damit aber die nationale Frage bis zu einem gewissen Grade aus der Welt geschafft werde, müssen wir vor allem eine Basis suchen, auf der wir weiter bauen können. Wir müssen den nationalen Vorherrschaftsbestrebungen den Boden entziehen und das geschieht, indem wir die Herrschaft jeder Nation auf ein gewisses Territorium beschränkt wissen wollen. Natürlich wird es dann auch nothwendig sein, einen vernünftigen Schutz der Minoritäten zu organisiren. Von den Perspektiven, die uns Genosse Kristan eröffnet hat, kann wohl heute keine Rede sein. Wir stehen heute noch nicht auf dem Standpunkte, daß wir die nationale Frage wie die religiöse Frage auffassen können. Vielleicht kommt es mit der Zeit dazu. Heute müssen wir uns nach den konkreten Verhältnissen richten. Ich empfehle Ihnen darum, die Resolution der Parteivertretung anzunehmen. (Beifall.)

Krejci (Pilsen, tschechisch): Darüber ist kein Zweifel mehr, daß das alte Oesterreich nicht mehr aufrechtzuerhalten ist. Oesterreich kann nur auf demokratischer Grundlage möglich sein. Das Bürgerthum versteht unter Autonomie nur die Autonomie des Adels, des Bürgerthums, sie meint damit, daß die Selbstverwaltung in die Hände des Bürgerthums und des Adels gegeben werde, nicht in die des Volkes. Wir aber wollen, daß alle Einrichtungen, alle Gesetzgebung dem Volke in die Hände gegeben werden. Ich bin der Ansicht, daß die deutschen Genossen auf die ganze zweite Hälfte der Resolution verzichten, und dafür sollte ein Passus aufgenommen werden, daß die Sozialdemokraten überall gegen die Vergewaltigung der nationalen Minoritäten auftreten müssen.

Genosse Krejci beantragt schließlich, daß an Stelle des Passus in der Resolution vor „die endliche Regelung“ bis „Privilegien in Staat und Ländern“ folgender Passus gesetzt werde:

Die endliche Regelung der kulturellen, wirthschaftlichen sowie der Nationalitäten- und Sprachenfrage im Sinne des gleichen Rechtes und der Vernunft gehört zum Lebensinteresse des Proletariats. Diese Regelung ist nur möglich, wenn die Nationen in Oesterreich autonom und selbstständig werden, was nur in einem wahrhaft demokratischen Gemeinwesen möglich ist, das begründet ist auf dem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht, und in dem alle Vorrechte der Geburt, des Standes und des Eigenthums, sowie alle anderen Privilegien von Staat und Land beseitigt sind.

Ferner solle an Stelle des Passus von „Unter diesen Voraussetzungen" bis „erklärt feierlich" gesetzt werden:

Der Parteitag verurtheilt alle künstlich hervorgerufenen nationalen Reibungen und erklärt, daß die sozialdemokratische Partei überall gegen die Vergewaltigung der nationalen Minderheiten eingreifen werde.

Dr. **Ellenbogen** (Wien): Je mehr ich über die Resolution nachdenke, um so klarer wird mir eine Reihe von Widersprüchen, die darin enthalten sind, und die mich bestimmen, einen anderen Standpunkt als den dort zum Ausdruck gebrachten einzunehmen. Es ist gewiß lächerlich, wenn einzelne Genossen uns mit Hinblick auf unseren internationalen Standpunkt sagen, daß wir es nicht nöthig haben, uns mit der nationalen Frage zu befassen. Diese Frage ist ein Elementarereigniß, das in letzter Zeit durch die Eigenthümlichkeit der Verhältnisse über uns hereingebrochen ist, und es muß unsere Aufgabe sein, diese Hochfluth in bestimmte Bahnen zu lenken, damit sie unserer Partei und unseren Zielen nicht abträglich werde. Dr. Adler hat sehr recht, wenn er sagt, daß wir uns mit der nationalen Frage deshalb zu befassen haben, um die Reibungsflächen zwischen den Nationen zu vermindern. Diese Reibungsflächen sind aber in der Resolution nicht beseitigt; sie ist unvollständig, sie ist auf einem bestimmten Punkt zurückgeblieben und es würden nur neue und ganz gewaltige Reibungen entstehen. Wenn den Nationalitäten gewisse Territorien als ihr Heim zugewiesen werden, so müssen wir dann auch von den anderssprachigen Minderheiten reden, die in den Territorien wohnen, und in demselben Moment, wo diese vorhanden sind, beginnt der nationale Streit wieder von vorne. Diese Frage ist durchaus keine akademische, sondern eine rein praktische. Wir müssen an die anderssprachigen Minderheiten von Arbeitern in den sogenannten geschlossenen Sprachgebieten denken, und auch diese Genossen müssen das Recht erhalten, in ihrer Sprache unterrichtet zu werden, da die Nationalisirung im Sinne der Majorität nicht von heute auf morgen geschieht. Wir haben weiter das Vereins- und Versammlungsrecht und wissen, daß heute den Minoritäten das Recht vorenthalten wird, in ihrer eigenen Sprache in den Versammlungen zu sprechen. Sie werden sagen, wir haben dem in unserer Resolution vorgebeugt dadurch, daß diese nationalen Minderheiten in den gemischtsprachigen Gebieten durch ein eigenes Gesetz in ihrer nationalen Bethätigung geschützt werden sollen. Aber damit haben Sie nur Ihre eigenen Prinzipien durchbrochen und den Streit in Permanenz erklärt, denn dieses Gesetz wird ja wiederum nur der Reichsrath schaffen. Sie werden die nationale Frage wieder in den Reichsrath tragen, und Sie wollen ja, daß sich der Reichsrath mit solchen Angelegenheiten nicht befassen soll. (Abgeordneter D a s z y n s k i: Im Gegentheil, wir wollen sie dort regeln!)

Ja, wenn wir im Sinne der Resolution die Frage regeln wollen, so werden wir den Nationalitäten ein Heim schaffen, wir werden die Grenzen der geschlossenen Sprachgebiete abstecken müssen. Und das wird der Reichsrath thun? Und solche elementare Fragen wollen wir einem Parlament übergeben, das durchsetzt ist von nationalen Streitigkeiten und bewiesen hat, daß es zu deren Schlichtung unfähig ist? Wir müssen da eine andere Form finden und von vornherein erklären, daß wir an dem Prinzip der Territorialität der Nationen nicht festhalten, sondern zu den Gebieten der nationalen Körperschaften ohne Territorien übergreifen, die sich bilden auf Grund des freiwilligen Bekenntnisses, und die dann ihre sprachlichen und kulturellen Angelegenheiten in völliger Autonomie auf Grundlage des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes in ihren nationalen Kurien regeln. Wenn wir diese nationalen Kurien erhalten, so hört jeder Streit über Schulen 2c. auf, weil solche Dinge das Parlament und die Regierung nichts mehr angehen, vielmehr von den Nationen in ihren eigenen Vertretungen geregelt werden. Ge-

nosse Pernerstorfer spricht von dem Heim einer Nation und Genosse Daszynski von dem nationalen Existenzminimum, von dem Hause, von wo aus die Nationen ihre Thätigkeit entfalten mögen. Es wurde gesagt, es gibt kein Recht auf unbeschränkte Expansion, ebensowenig aber kann es ein Recht auf unbeschränkte Unterdrückung einer anderen Nation geben. Und ein solches würden wir etabliren innerhalb der geschlossenen Territorien, wenn dieser Anschauung beigepflichtet würde. Wir sehen, daß aus tschechischen Gebieten heute ganze Schaaren von Landarbeitern in geschlossener Masse in deutsche Gebiete hinüberwandern. Diesen gegenüber müßte ein Zwang geltend gemacht und sie ihrer Nationalität enteignet werden. (Daszynski: Warum?) Weil sie das Recht auf unbeschränkte Geltendmachung ihrer Nationalität in diesem Territorium nicht hätten. Wenn diese Grenzen abgesteckt sind, so ist dies bloß scheinbar ein Stillstehen des nationalen Streites, denn wir werden auch dann nicht verhindern können das Durcheinanderfluthen der Angehörigen der einzelnen Nationen, das in den Verhältnissen begründet ist. In dem Moment aber, wo wir die Grenzen festsetzen, und wo wir zugleich konstatiren, daß dieses Durcheinanderwogen der Nationalitäten nicht aufhören wird, ist die unausweichliche Folge eine ununterbrochene Kette von Reibungen, die wir ja vermeiden wollen. Warum sollen wir da nicht nationale Körperschaften konstituiren, die aus Anhängern bestehen, die sich freiwillig dazu bekennen, und einen Modus schaffen, vermöge dessen die Nationen ihre Angelegenheiten thatsächlich vollkommen selbstständig regeln können? Dieser Standpunkt ist allerdings der von Synopticus in seinem Buche entwickelte, jedoch von mir in Bezug auf unsere proletarischen Forderungen erweitert. Würden diese territorialen Grenzen abgesteckt, so würde das ein Stehenbleiben gewisser Nationen auf einer bestimmten Stufe bedeuten. Und da es auch zu Grunde gehende Nationen gibt, würden wir einen Zustand konserviren, der kein Recht auf Existenz hat. Denn die Kraft einer Nation, sich zu entwickeln, besteht nicht in der physisch größeren Zahl der Nation, sondern wir müssen diese Entwicklung als einen Kampf der gegenübertretenden ihr immanenten geistigen Kräfte auffassen. Diese Feststellung des Besitzstandes einer Nationalität an geistigem Gehalt, an der Fähigkeit, in Kunst und Literatur schöpferisch zu sein, können wir durch physische Grenzen nicht vornehmen. Es wurde der Einwurf gemacht, was Synopticus sagt, sei zwar geistreich, aber nicht möglich. Glauben Sie, daß, wenn die vorliegende Resolution angenommen und dem österreichischen Parlament zur Danachachtung vorgelegt werden sollte, diese unsere Forderung so leicht und so glatt in die Wirklichkeit überführen würde? Wir alle sind überzeugt, daß es lange und schwere Kämpfe kosten wird, ehe sich unsere Gedanken verwirklichen lassen. Und wenn wir wissen, daß das gesteckte Ziel nicht von heute auf morgen verwirklicht werden kann, warum gehen wir nicht weiter und erklären, daß die volle Selbstständigkeit der Nationalitäten mit der Möglichkeit, sich in geistiger Richtung zu expansiren, garantirt wird? Wenn Sie aber sagen, das sei auch theoretisch unmöglich, glaube ich, daß wir einen faktischen Beweis für die Möglichkeit der Entwicklung der Dinge in unserem Sinne gerade in unserer Partei haben, die wir als Muster hinstellen sollen. Wir stehen vor einem wichtigen und großen Moment in der Geschichte unserer Partei. In diesem Augenblick müssen wir uns gegenseitig klarzumachen suchen, wie die Schwierigkeiten zu beseitigen und wie die Frage zum Wohle der Entwicklung der gesammten in diesem Staate lebenden Menschen zu regeln sei. Da dürfen wir uns nicht von der momentanen Möglichkeit beeinflussen lassen, sondern müssen feste Grundzüge schaffen, mit denen thatsächlich ein Ausweg gefunden werden kann, und müssen einen Weg wählen, der, wenn auch vielleicht weiter und schwieriger, immerhin sicher und bedeutender für uns ist. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Abgeordneter **Zeller** (Teplitz): Ich kann in der Resolution keine Lösung der Nationalitätenfrage erblicken. Es handelt sich bei dieser Frage nicht bloß darum, ob die Leute Vereine gründen dürfen, sondern auch um Amt, Schule u. s. w. Dabei darf auch nicht vergessen werden, wer die Mittel für die Bedürfnisse der Nationen aufbringen wird. Ich kann mir den Schutz der Minoritäten nicht anders vorstellen, als daß für größere Minoritäten bis zu einem bestimmten Perzentsatze Schutzgesetze geschaffen die kleineren Minoritäten aber preisgegeben werden. Ich bin für den Antrag Nemec, weil ich hoffe, daß aus der Kommission

thatsächlich eine Resolution hervorgehen wird, die einstimmig wird angenommen werden können.

Winarsky (Wien): Wenn wir uns die traurigen Erscheinungen des Nationalitätenkampfes der letzten Zeit vor Augen führen, so finden wir als Ursache derselben, daß dieser Kampf wie alles übrige Leben in Oesterreich durch den in Oesterreich herrschenden feudalen Absolutismus vergiftet wurde. Wollen wir, daß in Oesterreich nicht der fröhliche Wettstreit der Nationalitäten beseitigt, wollen wir, daß die Nationen sich unbehindert weiter entwickeln, wollen wir, daß jede Nation ihre Meinung frei zum Ausdrucke bringen kann, so weist uns die von der Parteivertretung vorgeschlagene Resolution den richtigen Weg. Wenn gesagt wurde, daß sich alles, was in Oesterreich für die Internationalität geschieht, auf Kosten der Deutschen vollziehe, so glaube ich, daß die deutsche Nation nicht etwas verliert, was als Erb und Eigen ihr angehört, sondern es ist ein Vorrecht, das sie besessen, ihre Nationalität geltend zu machen auf Kosten der anderen Nationalitäten. Freilich war das kein Vorrecht des deutschen Proletariats, aber das deutsche Bürgerthum hat die ihm innewohnende höhere Kultur sich erworben auf Kosten der übrigen im Lande wohnenden Nationalitäten, und wenn diesem Zustand ein Ende gemacht wird, so ist das nur ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit. Von den Genossen Kristan und Ellenbogen ist Einspruch erhoben worden gegen die nationale Abgrenzung. Die Forderung des Genossen Kristan mag sehr demokratisch aussehen. Aber es ist ein Widerspruch in seinen Ausführungen, wenn er meint, die Slovenen haben kein Interesse an der Existenz Oesterreichs, und andererseits verlangt, daß jedermann zu einer Nation optiren und sich einfach einer einzelnen Exekutive für das ganze Reich unterordnen solle. Wenn wirklich ein großslovenisches oder großböhmisches oder reindeutsches Reich sich konstituirt, sollen dann die Slovenen, die in Wien wohnen, unter die Laibacher, oder sollen die Deutschen von Laibach unter die Wiener Exekutive — und wir müssen die Konsequenzen doch so weit ziehen — untergeordnet werden? Wenn Dr. Ellenbogen aus der vorliegenden Resolution ein Recht auf Unterdrückung herausgelesen hat, so verweise ich demgegenüber auf die Bestimmung über den Schutz der nationalen Minderheiten. Wenn vom Parlament gesprochen wird, so kann freilich darunter nicht das gegenwärtige, sondern nur ein demokratisches, durch das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht gewähltes Parlament gemeint sein, das in dieser Angelegenheit entscheidet und diese Eintheilung vorzunehmen hätte.

Ich komme zur Frage der Verkehrssprache und verweise Sie auf den Ausspruch Lassalle's, der sagt: „Die stärkste Politik ist die, auszusprechen, was ist." Und die deutsche Verkehrssprache ist eine Thatsache. Sie sehen es hier auf dem Parteitage, Sie sehen es sonst im Leben, daß die deutsche Verkehrssprache zu Recht besteht, allerdings nicht eingesetzt durch ein Gesetz, und sie wird auch nicht verschwinden, wenn dies heute hier nicht ausgesprochen wird. Aber es wäre nur ein Zeichen von Schwäche, wenn wir es nicht wagten, auszusprechen, was wir überall mit Händen greifen. Wir würden uns damit nur unfähig zeigen, in nationalen Fragen etwas Bestimmtes zu sagen. Es handelt sich jetzt nicht darum, was der Hainfelder Parteitag erklärt hat, sondern wie heute die Frage zu lösen ist. Obwohl ich überzeugt bin, daß es nicht möglich sein wird, eine andere, bessere Resolution mit gleichem logischen Aufbau zu empfehlen, ist es doch nöthig, diese Resolution einer eingehenden Vorberathung zu unterziehen, und ich beantrage deshalb:

> Der Parteitag wählt zur Begutachtung der zum vierten Punkt gestellten Anträge eine Kommission, die sich aus den vier Mitgliedern des Comités der Gesammtexekutive und je zwei Deutschen, zwei Tschechen, einem polnischen, einem ruthenischen, einem italienischen und einem slovenischen Genossen zusammensetzt.

Diese Kommission wird uns Bericht erstatten, und ich hoffe, daß ihr Antrag im Interesse der Völker Oesterreichs und seiner Sozialdemokratie nicht anders lauten wird, als auf unveränderte Annahme der Resolution der Gesammtexekutive. (Bravo! Bravo!)

Preußler (Wien): Es handelt sich nicht darum, utopistische Vorschläge zu machen, sondern solche, die geeignet sind, als Grundlage in der Nationalitätenfrage zu dienen. Wir müssen auch auf die bürgerlichen Klassen Rücksicht nehmen und es ihnen ermöglichen, direkte Vorschläge zu akzeptiren. Wir haben die Pflicht,

eine Vereinigung auch der bourgeoisen Parteien herbeizuführen. Wir müssen den Uebergriffen der verschiedenen bourgeoisen Parteien entgegentreten und das Beste der Nationen vertreten. In diesem Sinne sind wir national. Die Vorschläge der Genossen Kristan und Ellenbogen würden zur Konsequenz führen, daß der Chauvinismus verewigt und in jede kleine Gemeinde, in jede kleine Gruppe getragen würde. Es wäre dann auch möglich, daß eine unbedeutende Gruppe eine Macht erlangen würde, die ihr nicht zukommt. Es ist ja auch in unserer Organisation vorgekommen, daß in Linz die tschechischen Genossen, die dort im ganzen vielleicht zwölf Mann stark sind, eine eigene Wahlkreisorganisation bilden, eigene Delegirte entsenden wollten. (Steiner: Das ist nicht wahr!) Die bürgerlichen Klassen werden trotz aller Folgen des Nationalitätenstreites in den letzten Jahren nicht zur Vernunft kommen, sondern der Föderalismus und Klerikalismus wird so lange an der Herrschaft bleiben, bis es zu einer Katastrophe kommt. Wir aber müssen gegen diese Verhältnisse gerüstet sein, und von diesem Standpunkt aus trete ich für die Resolution ein.

Dr. **Liebermann** (Przemysl): Die uns vorliegende Resolution ist nicht klar. Das Hainfelder Programm enthält eine deutliche Antwort auf die nationale Frage, und die Resolution wäre nur eine Verkleinerung der Hainfelder Prinzipienerklärung. Sie widerspricht den Grundsätzen der Sozialdemokratie, die eine Partei der Freiheit ist. Ellenbogen hat recht, daß dieses praktische Programm nur ein halbes Programm wäre, denn in der wichtigsten Frage werden wir mit einem zu erlassenden Gesetze vertröstet. Die Parteivertretung hätte die Partei darüber aufzuklären, wie die Sache in gemischtsprachigen Bezirken zu regeln wäre. Sie spricht aber nur allgemein von einem Schutze der Minderheit. Entweder wir bleiben bei allgemeinen Phrasen, oder wir beantworten auch ganz konkret die praktischen Fragen. Und von diesem Gesichtspunkte aus ist mir die Resolution Nemec erwünschter als die der Parteivertretung, da sie nicht den Anspruch erhebt, ein praktisches Programm zu liefern. Sie will nur eine prinzipielle Erklärung sein und die des Hainfelder Parteitages erweitern. Daszynski meint, wir müssen an die Lösung der nationalen Frage herantreten, weil uns sonst andere Parteien zuvorkommen, andererseits behauptet er, daß nur die Sozialdemokratie im Stande sei, die Frage zu lösen. Das ist ein Widerspruch. Die Behauptung Daszynski's ist falsch, als ob die Ruthenen deshalb nicht für die Sozialdemokratie zu gewinnen wären, weil sie von den Sozialdemokraten keinen nationalen Schutz zu erwarten hätten. Das ist unrichtig, weil die Ruthenen kein städtisches Proletariat, sondern nur ein ländliches bilden, unter dem die sozialdemokratische Agitation sehr erschwert ist. Außerdem bilden die ruthenischen Proletarier auch keine konzentrirten Massen. Trotzdem haben wir die Arbeiter in Boryslaw erobert, obwohl, oder eigentlich weil wir die nationale Frage nicht aufgeworfen haben. Unsere Thätigkeit wird von der nationalen Frage zu sehr absorbirt. Es mag ja sein, daß sich die indifferenten Massen der Bourgeoisie durch diese Schlagworte hinreißen lassen. Aber ich muß da auf Marx zurückkommen, der sagt: „In der Geschichte sind nur die wirthschaftlichen Regungen der Masse ausschlaggebend.“ Wenn sich die bourgeoisen Parteien am nationalen Firlefanz begeistern — die Massen sind in ihrem Wirken und Denken nicht ideologisch und können an ihre wirthschaftlichen Interessen nicht vergessen. Das alltägliche wirthschaftliche Interesse mahnt das Volk, die Schönerer-Partei und die anderen nationalen Parteien zu fragen: Was bieten uns diese Parteien?, und weil diese Parteien den Arbeitern in wirthschaftlicher Beziehung nichts bieten können, so werden die Massen sehr bald ernüchtert werden. Deshalb dürfen wir uns durch diese nationalen Parteien nicht einschüchtern lassen.

Trotz der von Winarsky angeführten Autorität Lassalle's bin ich nicht der Meinung, daß man alles aussprechen kann, was man aussprechen soll. In unserem Innersten wurzeln Ideen, die wir nicht aussprechen können, weil es zu früh ist. Deshalb begreife ich die tschechischen Genossen, die das Wort „Verkehrssprache“ weglassen wollen. Die Massen werden die Subtilitäten von Staatssprache, Amtssprache und Verkehrssprache nicht unterscheiden. Von unseren Gegnern wird das verdreht und der tschechischen Bourgeoisie ein neuer Angriffspunkt auf unsere tschechischen Genossen geboten werden. Die Verkehrssprache wird in Zukunft durch

ein Gesetz statuirt werden. Ich stimme für die Resolution Nemec, weil sie wenig anspruchsvoll ist und nur eine Prinzipienerklärung, aber kein praktisches Programm enthält.

Vaněk (Budweis, tschechisch): Ich glaube, wir beschäftigen uns etwas vorzeitig mit den Angelegenheiten des zukünftigen Oesterreich. Die Verhältnisse sind noch nicht so weit, die Vorbedingungen sind noch nicht da, um das zukünftige Oesterreich zu begründen. Wir müssen zweierlei auseinanderhalten: erstens, wie wir Oesterreich in Zukunft einrichten wollen; zweitens, wie wir uns mit der Gegenwart auseinandersetzen sollen. Die Resolution der Exekutive hat nun den Fehler, daß sie das nicht auseinanderhält und zwischen beidem hin- und herlavirt. Der erste Theil der Resolution ist richtig, aber wie die Resolution zur Behandlung der praktischen Fragen übergeht, wird sie undurchführbar. Wir haben jetzt Landesgrenzen, und wenn wir nationale Gebiete schaffen wollen, müssen wir neue Grenzen bilden. Es wurde bereits darauf verwiesen, und ich halte den Einwurf für berechtigt, daß der Prozeß der Fluktuation noch nicht beendet ist; es kann leicht geschehen, daß aus einer Minorität plötzlich eine Majorität wird, und daß man die Grenzen ändern muß. Man stelle sich das nur in der Wirklichkeit vor. Wenn wir schon ein Zukunftsprogramm machen, von dem wir wissen, daß es nur das Ziel ist, das ohnedies nicht sofort durchgeführt wird, da scheint es mir doch vernünftiger, wenn wir von den Landesgrenzen vollständig absehen und Nationsgemeinden gründen nach dem Muster der Religionsgenossenschaften. Man wird uns da vorwerfen, daß wir niederreißen wollen; das brauchen wir nicht zu sehr zu fürchten, der Vorwurf wird uns ohnehin immer gemacht. Daß das undurchführbar wäre, glaube ich nicht. Ich verweise Sie darauf, daß bereits etwas Aehnliches besteht, nämlich unsere gewerkschaftliche Organisation. Die Genossen wandern von Ort zu Ort, überall aber bleiben sie Mitglieder ihrer Organisation. Ein anderer Einwurf ist der, daß dadurch der Klerikalismus gestärkt würde. Aber bis dieses Zukunftsprogramm praktisch wird, bis dahin wird wohl auch der Klerikalismus etwas weniger mächtig sein als jetzt. Woher aber die Mittel? fragt man. Da muß eben der Staat, dem gewisse Kompetenzen abgenommen werden, auch das Geld, das er für diese bisher eingenommen hat, den nationalen Gemeinden abliefern.

Die Aufgabe der Kommission wird es also sein, sich mit der nationalen Frage nach den beiden Gesichtspunkten zu beschäftigen. Bei der Stellungnahme zur Gegenwart wird sie sich auch fragen müssen, ob es nicht gut wäre, heute den Parteigenossen die Pflicht aufzuerlegen, daß sie überall für die nationalen Minoritäten eintreten, auch wenn es sich nicht um Genossen handelt. So haben zum Beispiel die Genossen in Lieben die deutsche Schule persönlich geschützt. Gegenüber dem Genossen Preußler muß ich bemerken, daß ich ihm etwas mehr Genauigkeit gewünscht hätte. Ich will nur die Kleinigkeit erwähnen, daß nach Linz achtzig „Dělnické Listy“ gehen, daß dort also doch etwas mehr als zwölf tschechische Genossen sind, wie Preußler behauptete. In Prag gibt es ein kleines Häuflein von Deutschen, und uns ist es nicht eingefallen, ihnen die Delegirung eines Genossen zu verbieten.

Zipfinger (Wien) beantragt Schluß der Debatte und die sofortige Wahl der Kommission.

Pokorny beantragt Schluß der Rednerliste.

Vorsitzender Popp gibt bekannt, daß noch siebzehn Redner vorgemerkt sind.

Es wird hierauf der Schluß der Debatte beschlossen und der Antrag Winarsky angenommen.

Von den tschechischen Genossen werden Vaněk und Berner, von den deutschen Hannich und Resel, ferner Dr. Liebermann (Pole), Hankiewicz (Ruthene), Gerin (Italiener) und Kristan (Slovene) vorgeschlagen, außerdem sollen die Referenten Seliger und Berner der Kommission angehören.

Diese Vorschläge werden angenommen.

Krapka (Wien) bemerkt gegenüber der Behauptung des Genossen Preußler, daß es in Linz nur zwölf tschechische Genossen gäbe, daß nach Linz eine ganz

ansehnliche Zahl tschechischer Parteiblätter gehe. Ebenso seien in Steyr die tschechischen Genossen stark vertreten, was gleichfalls aus dem Bezuge zahlreicher Exemplare tschechischer Blätter hervorgehe. Solche Organisationen seien gewiß berechtigt, auf dem Parteitag vertreten zu sein. (Beifall.)

Eldersch (Brünn) erklärt zur thatsächlichen Richtigstellung gegenüber einer Bemerkung, die Genosse Schuhmeier gemacht hatte, daß Genosse Stampfer in einer mehrjährigen Thätigkeit für die Brünner Organisation und Parteipresse sich stets als durchaus uneigennützig erwiesen habe.

Schuhmeier (Wien) erklärt, er habe nur eine Stampfer-Debatte verhindern wollen. Daß Genosse Stampfer sogar auch Feuilletons für die „Volkstribüne" umsonst geliefert habe, leugne er nicht.

Spielmann (Linz) erwidert gegenüber Krapka, daß aus der Zahl der nach Linz gelangenden tschechischen Parteiblätter auf die Stärke der Organisation nicht geschlossen werden könne.

Es wird nunmehr zum fünften Punkt der Tagesordnung

Wahl einer Kommission zur Revision des Parteiprogramms

übergegangen.

Referent **Ellenbogen** (Wien): Es ist der Stolz unserer Partei, daß wir uns nicht auf bestimmte Formeln einschwören und uns nicht begnügen, das, was wir schwarz auf Weiß besitzen, getrost nach Hause zu tragen. Vielmehr besteht gerade darin die Kraft unserer Partei, daß wir auf den Thatsachen fußen, daß wir unsere Anschauungen diesen entsprechend einrichten, das heißt sie anpassen. Es ist mit den Begriffen, die die Summe eines Parteiprogramms ausmachen, so wie mit den Zellen eines Organismus, die sich durch den Zersetzungsprozeß von neuem organisiren. Die Partei würde zugrunde gehen, wenn sie auf Formeln, die für Jahre festgesetzt sind, starr stehen bliebe. Gestehen wir es uns aber offen ein, daß gerade bei uns Sozialdemokraten die Gefahr einer Dogmatisirung sehr nahe liegt. Wir sind eine Partei, die zumeist aus Leuten besteht, die keine große Vorbildung haben, die Probleme aber, die wir dem Proletariar darzulegen haben, bedürfen einer weitläufigen und gründlichen Auseinandersetzung. Es wäre leicht begreiflich, wenn da der einfache Proletarier sich verleiten ließe, gewisse Formeln zu lernen und sich dann dem thörichten Wahn hingäbe, daß er damit ein Sozialdemokrat sei. Dazu kommt, daß wir nicht eine Partei sind, die ihr Programm feststellt, um es hinter Glas und Rahmen aufzuheben, sondern eine Partei, die unmittelbar im Kampfe steht, die gezwungen ist, mitunter zu sehr großen und einschneidenden Fragen des Tages Stellung zu nehmen. Auch das verleitet, gewisse Formeln als Grundlagen seines Handelns aufzustellen.

Dieser Gefahr einer Verknöcherung unserer Grundsätze begegnet die sozialdemokratische Partei dadurch, daß sie das wirklich demokratische Prinzip der Freiheit der Anschauungen und der Diskussion eingeführt hat, und wir sind diejenigen, die dieses Prinzip auch thatsächlich durchführen. Im Laufe der Entwicklung unserer Partei ist eine Menge von Fragen an uns herangetreten, die wir als gleichgiltig oder als noch nicht an der Zeit ganz bei Seite lassen müssen. Als im Jahre 1890 das Hainfelder Programm geschaffen wurde, konnten wir uns noch nicht mit dem Landproletariat beschäftigen, ja es wäre lächerlich gewesen, damals ein Agrarprogramm aufzustellen. Solche Fragen tauchen aber im Laufe der Zeit immer wieder auf, und was wir damals mit Recht übergangen haben, das zu vernachlässigen wäre heute eine große Sünde. Auch darauf möchte ich hinweisen, daß die Gefahr der Versumpfung durch den revolutionären Drang in unserer Partei beseitigt wird. So ist es gekommen, daß wir trotz der Klarheit und Zielbestimmtheit unseres Programms nicht erst heute, sondern schon vor Jahren auf den Gedanken gekommen sind, unser Programm zu ändern.

Wenn nun dieser Punkt auf der heutigen Tagesordnung steht, so will ich Ihnen gleich sagen, daß es sich nicht um eine Diskussion handelt. Wir haben in der eben verflossenen Zeit nicht Gelegenheit gehabt, uns friedlicher Denkarbeit hinzugeben. Das müssen wir ruhigen Zeiten überlassen und können auch nicht die Zeit des Parteitages in Anspruch nehmen, um noch eine Programmdebatte durch-

zuführen. Heute handelt es sich lediglich um die Wahl einer Kommission, die dieses Programm in den nächsten zwei Jahren zu revidiren und dem nächsten Gesammtparteitag einen bestimmten Vorschlag zu erstatten hat. Schon auf dem zweiten Parteitage in Wien 1892 tauchte der Vorschlag auf, die indirekten Steuern in das Programm aufzunehmen, der auch auf dem dritten Parteitag durchgeführt wurde. Auf allen folgenden Parteitagen hatte die Partei Gelegenheit, zu Fragen, die das Parteiprogramm betreffen, Stellung zu nehmen. Ich erwähne hier nur die Agrarfrage, die Frage der Konsumgenossenschaften und insbesondere die Ausarbeitung eines Kommunalprogramms. Auf den Parteitagen der tschechischen Genossen ist meines Wissens von einer Aenderung des Programms nicht die Rede gewesen, dagegen haben sich die polnischen Genossen auf ihren Parteitagen wiederholt mit Programmfragen befaßt. So wurde dem Parteitage in Neu-Sandez 1895 ein ausgearbeitetes Agrarprogramm für Galizien vorgelegt.

Der letzte deutsche Parteitag in Linz hat den strikten Beschluß gefaßt, eine Revision des Parteiprogramms vorzunehmen. Wir haben eine Menge von Fragen zu regeln, eine Menge von Detailfragen zu ändern. Es kann aber nicht meine Aufgabe sein, hierüber einen akademischen Vortrag zu halten. Die Kommunalfragen, die Frage der nationalen Verhältnisse bedürfen entschieden einer präziseren Darlegung im Programm, und wenn auch viele unter uns meinen, daß wir uns mit den agrarischen Verhältnissen nicht zu befassen haben, so wird es wohl nicht zu umgehen sein, daß wir im Programm etwas mehr sagen als bloß, die Arbeiterschutzgesetzgebung sei in geeigneter Weise auf die Landarbeiter auszudehnen. Aber nicht nur der Inhalt, sondern auch die Form des Hainfelder Programms bedarf einer Aenderung. Denn unser Programm ist bisher eine Summe von Resolutionen, kein einheitlich geschlossener Körper wie das Programm der deutschen Sozialdemokratie. Ich stelle demnach folgende Anträge:

1. Ueber diesen Punkt sei keine Debatte zu eröffnen.
2. Der Parteitag beschließt, aus seiner Mitte eine Kommission von fünf Mitgliedern zu wählen.
3. Die Parteigenossen, die Vorschläge über die Aenderung des Programms machen wollen, seien verpflichtet, ihre Anträge der zu wählenden Kommission zu übermitteln. (Lebhafter Beifall.)

Brod (Wien): Ich bin ebenfalls der Ansicht, daß hier keine Diskussion stattfinden soll. (Heiterkeit.) Ich möchte nur dem Wunsche Ausdruck geben, daß nicht nur sogenannte Praktiker in die Kommission gewählt werden. Wählen Sie in die Kommission Mitglieder, die sich nicht durch gewisse Strömungen der neueren Zeit beeinflussen lassen.

Radimsky (Wien) schlägt vor, daß die Kommission ihren Sitz in Wien haben soll und in dieselbe je ein Vertreter der nationalen Organisationen delegirt werde.

Dr. **Ellenbogen**: Ich kann diesen Antrag nicht empfehlen, denn bei der Revision eines Programms handelt es sich ja nicht um Nationalitäten (Zustimmung), es handelt sich darum, in die Kommission Leute zu senden, die praktisch und theoretisch tüchtig sind. Ich glaube auch, daß die Wahl nicht jetzt, sondern erst morgen erfolgen soll.

Ich stelle noch weiter den Antrag, daß die Kommission das Recht der Kooptirung haben soll.

Krapka (Wien) beantragt, die Gesammtparteivertretung werde damit betraut, an einem der nächsten Tage dem Parteitag eine Kandidatenliste vorzulegen.

Daszynski (Krakau) beantragt, die Kommission sei verpflichtet, sechs Monate vor dem Parteitage den nationalen Exekutiven und der Gesammtparteivertretung den Entwurf des Programms mitzutheilen.

Radimsky zieht seinen Antrag zurück.

Bei der Abstimmung werden die Anträge des Referenten sowie die Anträge Krapka und Daszynski angenommen.

Fünfter Verhandlungstag.

Vormittagssitzung (Beginn 9 Uhr 15 Minuten).

Vorsitzender **Popp** eröffnet die Sitzung mit der Mittheilung, daß die zu Punkt 4 der Tagesordnung eingesetzte Kommission ihre Arbeiten erledigt habe (Bravo!), daß aber in die Spezialdebatte erst eingegangen werden wird, bis die Resolution gedruckt vorliegt.

Es wird hierauf zum sechsten Punkt der Tagesordnung,

Arbeiterschutz

übergegangen.

Zu diesem Punkte liegen folgende Anträge vor:

Antrag der **Handelsarbeiterkonferenz** Ostern 1899 in Prag:

Die Parteivertretung wird beauftragt, im Einvernehmen mit den Organisationen der Handelsarbeiter eine Agitation zu dem Zwecke zu entfalten, um die organisirten Arbeiter vom Einkauf ihrer Bedürfnisse am Sonntag abzuhalten. Diese Agitation wird durch folgende Mittel betrieben:

1. Durch entsprechende Artikel in Parteiblättern.
2. Durch kleine Notizen, die von Zeit zu Zeit in den Partei- und womöglich auch in den Gewerkschaftsblättern aller Organisationen erscheinen, enthaltend die kurze Aufforderung, an Sonntagen keine Einkäufe zu besorgen.
3. Durch Propaganda in den Parteikonferenzen, Bezirks-, Lokalorganisationen rc.
4. Durch Abhaltung selbstständiger öffentlicher Parteiversammlungen, eventuell durch Einbeziehung dieser Frage als eigenen Punkt in die Tagesordnung geplanter Versammlungen.

Für die Kosten dieser Agitation haben die Landesorganisationen der Handelsarbeiter aufzukommen.

Antrag **Kozakiewicz** (Lemberg):

In Erwägung, daß der heutige Schutz des Arbeiters verschiedenen Vollstreckungsorganen anvertraut ist, daß diese Behörden der bureaukratischen Verknöcherung sich nicht entledigen können; daß den bestehenden Vollstreckungsgewalten neue Agenden zugewiesen worden und in der Zukunft die Zahl dieser Agenden sich mehren muß (arbeitsstatistisches Amt, Arbeitsvermittlungsamt); daß wir nur in diesem Falle einen vollen Arbeiterschutz und eine gleichmäßige Behandlung aller dieser Aufgaben erwarten dürfen, wenn dieses Gebiet fachmännisch, nach demokratischem Prinzipe verwaltet wird, beschließt der Parteitag: Es soll für den Gedanken eines Arbeiteramtes in obigem Sinne Propaganda gemacht werden.

Die Parteivertretung wie auch der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten werden aufgefordert, die nöthigen Schritte zu thun, die geeignet sind, diese Forderung zu verwirklichen.

Antrag **Rouschar** (Prag):

Da die Gewerbeordnung in Bezug auf den sogenannten Arbeiterschutz vollständig unvollkommen und für die Arbeiterschaft unzureichend erscheint, beschließt der Parteitag: Es sei eine Kommission zu wählen, die mit der Ausarbeitung einer neuen Gewerbeordnung betraut wird, die dem Fortschritt und den Interessen der Arbeiterschaft entsprechen würde. Dieser ausgearbeitete Entwurf sei dem Verbande der sozialdemokratischen Reichsrathsabgeordneten zu übergeben, die sich dafür einsetzen sollen, daß dieser Entwurf zum Gesetz erhoben wird, sobald sich das Parlament als arbeitsfähig erweist.

Antrag I **Müller** (Graz):

Der Sozialdemokratische Verband wird beauftragt, ehestens den Antrag auf Einführung der gesetzlichen achtstündigen Arbeitszeit für Arbeiter bei Hoch-, Puddel- und Martin-Oefen und für Glasbläser einzubringen.

Antrag **Kränkl** (Falkenau):

Durch das Gesetz vom 14. August 1896 betreffend die Errichtung von Genossenschaften beim Bergbau, sowie durch das Bruderladengesetz vom Jahre 1889 werden die Bergarbeiter verpflichtet, die auf sie entfallenden Wahlen als Delegirte der Genossenschaften und als Ausschüsse in den Bruderladen anzunehmen. Da es nun mehrfach vorgekommen ist, daß die Gewählten an der Ausübung ihrer Funktion, das ist an der Vertretung der Interessen der Bergarbeiterschaft gegenüber den Werksverwaltungen, von diesen verhindert werden in der Weise, daß sie einfach entlassen werden, wenn sie das gesetzlich gewährleistete kümmerliche Recht der Arbeiter geltend machen, die Vertreter der Arbeiterschaft aber, die Genossenschaftsdelegirten und Bruderladenausschüsse, dieser Willkür und brutalen Anmaßung des Unternehmerthums im Bergbau schutzlos preisgegeben sind, beschließt der Parteitag:

Der Sozialdemokratische Verband im Abgeordnetenhause habe ehethunlichst die bereits eingebrachten Anträge betreffend die so nothwendigen Abänderungen an den obzitirten Gesetzen zum Schutze der Genossenschaftsdelegirten und Bruderladenausschüsse im Parlament zu urgiren und für deren Durchführung entschiedenst einzutreten.

Antrag **Jobst** (Lieben):

Der Parteitag beschließt: Der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten wird beauftragt, nach Zusammentritt und bei erwiesener Arbeitsfähigkeit des österreichischen Parlaments sofort dahinzuwirken, daß die Regierung die ihr bisher von den Bezirkskrankenkassen unterbreiteten Anträge auf eine gründliche, den Interessen der Arbeiterschaft entsprechende und auch die Bezirkskrankenkassen auf eine gesunde Grundlage stellende Umarbeitung des Krankenversicherungsgesetzes dem Parlament zur Verhandlung vorlege.

Antrag **Preußler** (Wien):

Der Parteitag beschließt: Da die österreichischen Glashüttenarbeiter unter einem Lohnsystem zu leiden haben, das selbst den Grundsätzen der geltenden Gesetze über den Arbeitsvertrag vollständig widerspricht; da ferner die Arbeitszeit in den österreichischen Glashütten eine nach Zehntausenden zählende Arbeiterschaft körperlich und geistig zugrunde richtet und ihr nicht die Möglichkeit gibt, sich zum selbstständigen Kampfe für ihre geistigen und wirthschaftlichen Interessen zu erheben: wird der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten aufgefordert, im Abgeordnetenhause einen Antrag einzubringen, der die Regierung verpflichtet, eine Enquête einzuberufen und den Forderungen der Glashüttenarbeiter über Arbeitslohn und Arbeitszeit endlich ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Der Sozialdemokratische Verband soll dem Abgeordnetenhause einen diesbezüglichen Gesetzentwurf vorlegen, der den Ausnahmszustand für die Glasarbeiter aufhebt.

Antrag **Ausobsky** (Wien):

Der Parteitag beschließt: Die gesetzliche elfstündige Normalarbeitszeit ist für viele Industrien in Oesterreich durch die Einführung einer kürzeren Arbeitszeit bereits überholt. Der Sozialdemokratische Verband wird daher beauftragt, im Parlament einen Antrag auf gesetzliche Festlegung einer höchstens zehnstündigen Arbeitszeit für sämmtliche gewerbliche Unternehmungen einzubringen. Diesem Antrag ist durch eine lebhafte, sich über das ganze Reich erstreckende Propaganda für die Verkürzung der Arbeitszeit der entsprechende Nachdruck zu geben. Durch diese Aktion ist die Maifeier im nächsten Jahr einzuleiten.

Antrag **Prachensky** (Innsbruck):

Der Parteitag beschließt: Der Antrag der Handelsarbeiterkonferenz ist dahin abzuändern, daß die von dieser Konferenz geforderte Agitation auch für die Arbeiter der gesammten Lebensmittelbranche, insbesondere die Bäckereiarbeiter, entfaltet werde.

Antrag **Katscher** (Teplitz):

Der erste Absatz des Antrages der Handelsarbeiterkonferenz in Prag sei folgendermaßen abzuändern:

Der Parteitag empfiehlt den Partei-Organisationen, die Bestrebungen der Handelsarbeiter, die organisirten Arbeiter vom Einkauf ihrer Bedürfnisse am Sonntag abzuhalten, durch folgende Mittel zu unterstützen: . . .

Antrag **Krapka** (Wien):

Der Parteitag beschließt, allen Partei-Angestellten aufzuerlegen, einen Fachverein zur Wahrung ihrer Interessen zu gründen. (40 Unterschriften.)

Antrag II **Müller** (Graz):

In Erwägung, daß die bisher amtlich festgestellten ortsüblichen Löhne zur Bemessung der Krankenunterstützung mit 60 Perzent längst nicht mehr den thatsächlichen Verhältnissen entsprechen, die kranken Arbeiter hiedurch aber empfindlich geschädigt werden, beschließt der Parteitag: Es sei eine neuerliche, den thatsächlichen Verhältnissen entsprechende Regelung mit aller Energie anzustreben.

Antrag **Vaněk** (Budweis):

Der Parteitag legt der Parteivertretung auf, eine Aktion zur Aufklärung der Arbeiterschaft über die Schädlichkeit der Arbeitsbücher und die Nothwendigkeit der Abschaffung dieser Bücher einzuleiten. (7 Unterschriften.)

Antrag **Benesch** (Trebitsch):

Der Parteitag beschließt: Da die Gewerbeordnung die Ueberzeitarbeit erlaubt, welche Erlaubniß von den Fabrikanten auf das äußerste ausgenützt wird, so daß man in verschiedenen Fabriken von 5 Uhr Früh bis 8 Uhr Abends arbeitet, wird der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten beauftragt, im Parlament dahin zu wirken, daß die Ueberzeitarbeit verboten wird.

Antrag **Theodorczuk** (Krakau):

In Erwägung, daß die achtstündige Arbeitszeit in Großbetrieben sich in der Praxis nicht nur als ein großer Schritt zur physischen und moralischen Höherstellung der Arbeiter erwies, sondern auch in finanzieller und technischer Beziehung auf keine unüberwindlichen Schwierigkeiten gestoßen ist, beschließt der Parteitag:

Der Sozialdemokratische Verband wird aufgefordert, dem Parlament einen Gesetzentwurf zu unterbreiten, der sämmtlichen Arbeitern in den Staats-, Landes- und Gemeindebetrieben den achtstündigen Maximalarbeitstag verschafft.

In Betrieben, die eine längere als achtstündige Arbeitszeit erfordern, sei ein Zweischichtenwechsel und in denen mit kontinuirlicher Arbeitszeit Dreischichtenwechsel einzuführen.

Antrag **Dr. Stark** (Karlsbad):

Der Parteitag beschließt: Es ist eine Abänderung des bestehenden Krankenkassengesetzes anzustreben, die darauf abzielt, den geheimen Charakter der Wahlen zu wahren und so den versicherten Arbeitern die nothwendige Unabhängigkeit bei Vornahme der Wahl zu sichern.

Zu diesem Zwecke verlangt der Parteitag insbesondere Aufnahme von Bestimmungen ins Gesetz, die enthalten:

1. Die Pflicht der Auflage von Wählerlisten, um Reklamationen gegen ein einerseits vorenthaltenes, andererseits widerrechtlich zugesprochenes Wahlrecht zu ermöglichen;

2. zum Schutze des geheimen Charakters der Wahl das Verbot des Gebrauches markirter Stimmzettel;

3. Bestimmungen über Vertretungen sämmtlicher bei den Wahlen in Betracht kommenden Interessengruppen in den Wahlkommissionen;

4. die Festsetzung des Sonntags als Wahltag;

5. die Verlegung des Termins der Wahlvornahme auf einen solchen Zeitpunkt, wo die Masse der Arbeiter, die Saisonarbeiter, vom Wahlrechte nicht ausgeschlossen erscheint;

6. die Festsetzung einer für alle Kassen giltigen Verwaltungsperiode in der Dauer von höchstens zwei Jahren;

7. gesetzlichen Schutz vor Wahlbeeinflussungen durch das Unternehmerthum;

8. Feststellung des Wahlmodus.

Als Amendement zu diesem Antrag beantragt **Salamander** (Lemberg):

Der Parteitag beschließt: Der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten wird aufgefordert, schleunigst einen Gesetzentwurf über die Reform des Krankenversicherungsgesetzes vom 30. März 1889 auf Grund der Beschlüsse der Krankenkassentage, insbesondere des galizischen Krankenkassentages, einzubringen.

Antrag **Tuller** (Leoben):

In Erwägung, daß die Kartelle die Produktion und Konsumption im Lande einschränken und dadurch der Preis der Waare nach dem Gutdünken der Unternehmer

bestimmt wird; in der weiteren Erwägung, daß die Kartelle einen wirthschaftlichen Rückgang und die Verelendung der großen Volksmassen zur Folge haben, wird der Sozialdemokratische Verband des Reichsrathes aufgefordert, einen Gesetzentwurf einzubringen, der geeignet ist, die Ausraubung des arbeitenden Volkes durch die kartellirten Unternehmer einzudämmen.

Antrag **Teller** (Neu-Sandez):

Der Sozialdemokratische Verband wird beauftragt, gegen die Konkurrenz der Sträflingsarbeit energisch aufzutreten und die Regierung zur Regelung dieser Arbeit von dem Gesichtspunkte der Interessen der freien Arbeiter bezüglich Arbeitszeit, Arbeitslohn u. s. w. zu bewegen.

Antrag Julius **Beyer** (Göding):

Indem der Staat als Unternehmer die Pflicht hat, allen Unternehmern voranzuschreiten, so wolle der Parteitag beschließen, die Regierung werde aufgefordert, einen Gesetzentwurf dahin einzubringen, daß in allen staatlichen Unternehmungen, besonders in Tabakfabriken, wo die Arbeit sehr gesundheitsschädlich ist, der achtstündige Arbeitstag eingeführt werde.

Antrag des **Frauen-Reichscomités**:

Niedrige Löhne und lange Arbeitszeit sind unstreitig die hervorragendsten Hindernisse, die sich der Organisirung und Aufklärung der Arbeiterinnen in den Weg stellen. Die Thatsache, daß die Frau als Lohnarbeiterin ihrer häuslichen Arbeiten nicht enthoben ist, machen für sie die gesetzliche Normalarbeitszeit illusorisch. Ihre Bewegungsfreiheit ist in weit höherem Maße gehemmt als die der männlichen Arbeiter. Um dieses Uebel zu bekämpfen, beschließt der Parteitag, neben der allgemeinen Agitation für den Achtstundentag die Verkürzung der Arbeitszeit für Frauen zu fordern, und ist in erster Linie für den freien Samstag-Nachmittag der Arbeiterinnen zu agitiren.

Zum Schutze der Arbeiterinnen fordert der Parteitag für Fabriken, Werkstätten und die Heimarbeit die Einführung sachverständiger weiblicher Fabriksinspektoren.

Der Parteitag verurtheilt es, daß das Gesetz für die Gewerbegerichte den Arbeiterinnen nur das aktive Wahlrecht gewährt, und fordert auch die Verleihung des passiven Wahlrechtes an die Arbeiterinnen.

Referent Abgeordneter **Hannich** (Steinschönau): Es ist unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen in Oesterreich außerordentlich schwierig, über Arbeiterschutz zu sprechen, wo es sich gerade am meisten darum handelt, nicht ins Blaue hineinzureden, sondern mit den konkreten Thatsachen zu rechnen. Genosse Adler hat in seiner Schlußrede zum Punkt „Taktik" schon auf die Zweiseelentheorie unserer Partei hingewiesen, die einerseits an dem Bestande Oesterreichs kein Interesse habe, andererseits sich aber bemüht, aus diesem Oesterreich so viel wie möglich zu machen. Der Werth des Arbeiterschutzes wird von Jahr zu Jahr höher taxirt. Noch vor zwanzig Jahren hat man der Umsturztheorie weit mehr gehuldigt als heute, aber jetzt muß jeder vernünftige Mensch damit rechnen, daß wir noch geraume Zeit im Rahmen der heutigen Gesellschafts- und Wirthschaftsordnung uns werden zu bewegen haben. Und da ist es die oberste Pflicht der Sozialdemokratie, in diesem Rahmen von dem gesammten Arbeitserträgniß für die arbeitenden Klassen so viel wie möglich herauszupressen und herauszukämpfen. Wir haben die Erfahrung gemacht, daß die arbeitende Bevölkerung, je mehr sie der Verelendung in die Arme getrieben wird, umsoweniger fähig ist, den großen politischen und wirthschaftlichen Emanzipationskampf zu führen, der von uns ausgekämpft werden muß. Es ist unzweifelhaft, daß die Arbeiter gerade deshalb ein bedeutendes Interesse daran haben, sich der Gesetzgebungsmaschine zu bedienen. Sie tragen den Bau des Staates auf ihren Schultern, und sie haben daher auch ein besonderes Recht, zu verlangen, daß sich der Staat ihrer annimmt und sie schützt. Bisher aber hat sich der Staat sehr wenig um uns gekümmert. Wir waren immer benachtheiligt bei den Gaben, die der Staat zu vergeben hat. Gerade jene Parteien, die uns vorwerfen, daß wir ganz außergewöhnlich begehrlich sind, haben vom Staate alles Mögliche herausgepreßt. Er war gerade für diese herrschenden Parteien sozusagen die milchgebende Kuh. Die herrschenden Parteien verlangen Schutz für die Landwirthschaft, für die Industrie, Schutz für die Bierbrauer, Branntweinbrenner, für die Petroleumgrubenbesitzer, für die Herren von der Eisenbahnschiene und Schutz für das Kleingewerbe, und dieser Schutz ist nicht platonisch gedacht, er wird in ganz bedeutenden Summen an die Interessenten verabfolgt.

Und wenn wir sehen, wie die herrschenden Klassen so viel wie möglich aus diesem Staat herauszupumpen verstehen, so können wir selbst in unsern eigenen Forderungen nicht weit genug gehen. Sollen aber unsere Forderungen nur halbwegs verwirklicht werden, so brauchen wir ein Parlament, das nicht bloß funktionirt, sondern in dem wir ein ausschlaggebender Faktor sind, nicht ein Parlament in der heutigen Zusammensetzung, sondern ein wirklich demokratisches Parlament, gewählt auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes. Wir müssen uns die politischen Machtmittel erobern, um eine Vertretung zu bekommen, die sich in den Dienst des arbeitenden Volkes stellt. Die herrschenden Massen haben ein gewisses Interesse daran, daß die Volksvertretung am Boden liege, denn wenn wir eine gesunde parlamentarische Thätigkeit hätten, wenn nicht alles von dieser unleidlichen nationalen Frage vergiftet und zerrüttet wäre, so müßten auch schon im heutigen Parlament wirthschaftliche Fragen zur Besprechung gelangen; die fünfzehn sozialdemokratischen Abgeordneten würden mit aller Energie dafür eintreten, daß sich das Parlament mit Dingen befasse, die die österreichische Bevölkerung in Stadt und Land auf das allertiefste interessiren. Aber gerade das müssen die maßgebenden Parteien fürchten. Wenn es zur Berathung derartiger Angelegenheiten kommt, so müßten und würden sie ihr volksfeindliches und ihr verknöchertes Herz entdecken. Die Fabel von der Volks- und Arbeiterfreundlichkeit wäre nicht länger zu halten, und die Bevölkerung würde erkennen, daß sie von diesen Parteien nichts zu erwarten hat. Eine solche Enthüllung des verknöcherten Herzens dieser Parteien sahen wir am 6. Mai 1898 bei jener Debatte, die wir zum Zwecke der Aufhebung der Getreidezölle provozirten, und wo alle Redner, mit Ausnahme des Dr. Lecher, sich gegen diese Aufhebung ausgesprochen und die allerjämmerlichsten, kurzsichtigsten, veraltetsten Argumente gegen unsere Forderung ins Treffen geführt haben. Damals haben die bürgerlichen Parteien gezeigt, daß sie kein Empfinden für die Interessen der Arbeiterschaft haben; sie haben sich dagegen gestemmt, daß dem Volke ein etwas größerer Bissen Brot gegeben werde, und das waren dieselben Leute, die sich die denkbar größte Mühe geben, nationale Arbeiterorganisationen zu schaffen. So sehen Sie, daß wir die einzige Partei sind, die ein wirklich eminentes Interesse hat, für die Arbeiterschaft einzutreten.

Ich komme nun auf die Thätigkeit des Sozialdemokratischen Verbandes im Interesse des Arbeiterschutzes. Von dem ersten Augenblick an, als das Parlament Sitzungen gehalten hat, haben wir uns die größte Mühe gegeben, so viel wie möglich für die arbeitende Bevölkerung zu thun, aber alle unsere Gesetzentwürfe sind in dem unergründlichen Papierkorb der österreichischen Staatsmaschinerie verschwunden. Wir haben zunächst einen Gesetzentwurf über die Haftpflicht der Eisenbahnen und Tramway-Unternehmungen gegenüber ihren Arbeitern eingebracht. In diesem Gesetzentwurfe wird vorgesehen, daß den verunglückten Arbeitern jener Unternehmungen nicht nur die durch Unfallversicherungs- und andere Gesetze zugesicherte Rente gewährt werde, sondern ihnen nach dem bürgerlichen Gesetzbuch für den vollen Schaden, den sie erleiden, gehaftet werde. Der Gesetzentwurf betreffend die Regelung des Dienstverhältnisses der Handlungsgehilfen, der Hilfsarbeiter, der Angestellten in Advokaturs- und Notariatskanzleien, in Apotheken und Lottokollekturen, bei Arbeiter- und Unfallversicherungsanstalten und betreffend den Ladenschluß in Verkaufsgeschäften und die Sonntagsruhe ist nicht von uns allein, sondern in inniger Beziehung mit den Interessenten ausgearbeitet worden. In dem Gesetzentwurf über die Bestellung von Berginspektoren und die Wahl von Bergarbeiterdelegirten, ferner die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte bei Uebertretung des allgemeinen Berggesetzes und die Ergänzungen desselben ist die von der Sozialdemokratie aufgestellte Forderung gesetzlich festgelegt, daß auch die Arbeiter dem Inspektionsdienste zugezogen werden müssen. Ein Gesetzentwurf betrifft die Beschäftigung von jugendlichen und weiblichen Personen und deren tägliche Arbeitsdauer sowie die Sonn- und Feiertagsruhe beim Bergbau, ein anderer beschäftigt sich mit der Regelung der Lohnzahlung beim Bergbau. Sie werden sich vielleicht wundern, daß so viele Gesetze zum Schutze der Bergarbeiter eingebracht wurden. Sie werden dies aber nach den Beschlüssen der verschiedenen Parteitage und der gewerkschaftlichen Kongresse begreiflich finden. Es ist eine von der Partei anerkannte Nothwendigkeit, in erster Linie die Lage dieser Arbeiterkategorie zu heben, und wenn es uns gelingt, in

dieser Beziehung Erfolge zu erringen, so würde dies die denkbar größte Rückwirkung auch auf die anderen Arbeiterkategorien haben. Der Antrag der Genossen Dr. Verkauf, Steiner, Zeller und Kozakiewicz über den Ausbau der Arbeiterversicherung verlangt vor allem die Einführung der Alters- und Invaliditätsversicherung. Der Gesetzentwurf betreffend die Regelung des Vertragsverhältnisses zwischen den Eisenbahnen und ihren Angestellten ist gleichfalls im Einvernehmen mit den Vertretern der Eisenbahnangestellten ausgearbeitet worden. Ein achter Gesetzentwurf beschäftigt sich mit der Einschränkung der Kündigung und Entlassung von Vorstandsmitgliedern der Bruderladen und Delegirten der Genossenschaft beim Bergbau aus der Gruppe der Arbeiter. Es ist von den Genossen aus Falkenau hier ein Antrag eingebracht worden; die Genossen werden aber sehen, daß sich der Verband mit dieser Angelegenheit schon früher beschäftigt hat. Die Genossen werden sich wohl damit zufriedengeben.

In Vorbereitung haben wir einen Gesetzentwurf über den Ausbau des Gewerbe-Inspektorats. Dieses ist heute allerdings etwas besser als früher, trotzdem aber läßt es noch sehr viel zu wünschen übrig. Die Fraktion hat auch diese Frage berathen, ist aber zu einem Endresultat noch nicht gekommen. Für besonders nothwendig hält der Verband gesetzliche Schutzmaßregeln für die Heimarbeiter. Allerdings sind wir auch hier noch zu keinem greifbaren Resultat gekommen. Die Frage der gesetzlichen Regelung der Heimarbeit ist wirklich ein schwieriges Kapitel, und es ist leichter, die äußerlichen gesetzlichen Normen zu finden, um den Heimarbeitern wirklich zu helfen. Das soll natürlich nicht heißen, daß wir uns mit dieser Frage nicht befassen werden. Im Gegentheil, so wie wir die Ueberzeugung gewonnen haben, daß sich im Parlament auch nur etwas machen läßt, werden wir auch hier etwas zu thun versuchen. Die Regierung hat vor kurzem an die Gewerkschaftskommission die Anfrage gerichtet, wie sich die organisirte Arbeiterschaft zur Abänderung der Bestimmungen über die Kündigungsfrist stelle. Die Kommission hat sich in einem Gutachten für die Einführung der obligatorischen vierzehntägigen Kündigungsfrist ausgesprochen. Auf einem anderen Standpunkt steht die Parteileitung. Im Prinzip ist auch sie wahrscheinlich nicht gegen die Auffassung der Gewerkschaftskommission, sie ist aber aus politischen Rücksichten der Ansicht, es sei heute unter dem Regime des § 14 nicht gerathen, der Regierung auch nur die Handhabe zu bieten, daß sie eventuell die Gewerbeordnung auf Grund des § 14 ändere. Ich persönlich muß noch erklären, daß mir die obligatorische Feststellung der vierzehntägigen Kündigung auf Grund meiner Erfahrungen sehr sympathisch ist. Es ist für den Arbeiter schon ein sehr bedeutender Vortheil, wenn er seine Existenz auch nur auf vierzehn Tage hinaus gesichert hat.

Nun einige Worte über das arbeitsstatistische Amt und den Arbeitsbeirath. Als das Amt vom Handelsminister Bärnreither kreirt wurde, bestand der Beirath aus 32 Mitgliedern, unter denen die acht Arbeiter allerdings nicht allzu viel zu machen vermochten. Aber nach dem Bärnreither kam der Weinhändler aus Tirol, Baron Dipauli, und der benützte die Gelegenheit, um seinen schwarzen Freunden einen Gefallen zu erweisen, indem er den Arbeitsbeirath noch verschlechterte. Es wurden acht neue Mitglieder ernannt, unter denen die Arbeiter aus den politischen Freunden des Barons ausgewählt wurden, es sind das Leute, die von den Fragen, die uns am meisten angehen, so gut wie nichts verstehen. Die im Beirath vertretenen Genossen stehen dieser Institution mit dem größten Mißtrauen gegenüber, und es wurde sogar die Frage ventilirt, ob man nicht aus dem Beirath austreten solle. Wir finden auch hier wieder, wie schwer es in Oesterreich ist, für die Arbeiter etwas zu thun. (Beifall.)

Es sei mir noch gestattet, über die nationalen Arbeiterorganisationen zu sprechen. Im nordwestlichen Böhmen besonders machen die Deutschradikalen alle Anstrengungen, eine nationale Arbeiterorganisation zu schaffen. Zu Pfingsten hat gar ein nationaler Arbeitertag stattgefunden, wo ein Arbeiterprogramm festgesetzt wurde, das allerdings nur eine Abschrift aus unserem Programm ist. Wir brauchten uns also nicht zu grämen, wenn wirklich nationale Arbeiterorganisationen gegründet würden. Denn wenn die Nationalen wirklich die Arbeiterinteressen vertreten wollten, müßten sie wohl oder übel auf unserem Wege wandeln. Aber sie werden die Arbeiterinteressen nicht vertreten können und nicht vertreten wollen, und ihre ganze

Agitation wird sich als Mumpitz, als absichtliche Irreführung der arbeitenden Bevölkerung entpuppen. (Richtig!) Wenn wir trotzdem im Zweifel über den Charakter dieser Leute sein sollten, brauchen wir nur folgende Thatsachen betrachten: Einmal die erbärmliche Stellungnahme der deutschradikalen Blätter zum Löbtauer Bluturtheil. Kein Arbeiterfreund darf eine so verächtliche Stellung einnehmen, wenn Arbeiter wegen eines Exzesses bis zu zehn Jahren Zuchthaus erhalten. Ein Arbeitervertreter, der sich erfrecht, so über Arbeiter zu schreiben, ist gerichtet für alle Zukunft. (Beifall.) Dann die Haltung der deutschradikalen Presse zum Brünner Streik. In Eger hat man den sechsstündigen Arbeitstag für Bergarbeiter gefordert, und in Brünn hat man die Arbeiter verspottet, die für eine zehnstündige Arbeitszeit gekämpft haben. Greifbarer kann die Irreführung der Arbeiterschaft durch die Nationalen nicht in die Augen springen. Dazu kommt noch der Antrag Iro, der die Freizügigkeit der ländlichen Dienstboten noch mehr als es schon der Fall ist beschränken will. Eine Partei, die so die Interessen der Arbeiter mit Füßen tritt, hat den Anspruch verwirkt, als arbeiterfreundlich zu gelten. Und dann möge man noch Folgendes bedenken: Wenn heute Herr Wolf in eine der Industriestädte kommt, wo das Unternehmerthum die Arbeiter unter seiner Fuchtel zu halten sich bemüht, wird er von den Fabrikanten im Landauer abgeholt. Ich bin schon seit 1867 in der Arbeiterbewegung und bin durch Jahre als einer der gemäßigtesten verschrien worden, aber mein ganzes Leben lang ist es mir noch nicht passirt, daß mich irgendein Unternehmer im Landauer hätte abholen lassen. (Heiterkeit.) Ich bin wohl schon von Gendarmen abgeholt worden, von Fabrikanten noch nicht. Alles das ist charakteristischer für die Liebe, die die Herren Deutschnationalen für das Volk hegen, als das große Gethue auf dem Arbeitertag. (Lebhafter Beifall.)

Es liegt Ihnen unter anderem ein Antrag der Handlungsgehilfenkonferenz in Prag vor; ich bitte Sie, diesen Antrag der Parteileitung zuzuweisen. Uebrigens wird sich damit wohl kaum viel anfangen lassen. Ich gebe ja zu, daß durch die Agitation der Presse für die Sonntagsruhe der Handlungsgehilfen gearbeitet werden kann, aber eine durchgreifende Reform ist dadurch nicht zu erzielen, die ist nur durch gesetzliche Maßregeln möglich. Den Antrag Kozakiewicz bitte ich dem Verbande abzutreten.

Ich schlage Ihnen folgende Resolution vor, um deren einstimmige Annahme ich Sie bitte:

> Ausgehend von der vielfach erhärteten Thatsache, daß der moderne Großbetrieb selbst bei einer nur mäßig langen täglichen Arbeitszeit und bei entsprechenden Schutzmaßregeln zu Gunsten der Arbeiter eine intensive Anspannung der Kräfte der Arbeiter, somit eine maßlose Aus- und Abnützung des menschlichen Arbeitsmaterials bedingt, wogegen der Kleinbetrieb in Landwirthschaft und Gewerbe sich nur durch eine ins Maßlose ausgedehnte Arbeitszeit zu erhalten vermag, fordert der zu Brünn tagende Gesammtparteitag der österreichischen Sozialdemokratie für die der Verelendung preisgegebene arbeitende Bevölkerung in Stadt und Land den weitestgehenden Arbeiterschutz. Wohl haben die Arbeiter als die eigentlichen Träger der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung und als die wirthschaftlich Schwachen ein unveräußerliches Recht auf den nothwendigen Schutz von Staat und Gesetzgebung. Aber mit Rücksicht darauf, als das österreichische Parlament in seiner heutigen Zusammensetzung die ausgesprochenste Klassenvertretung ist, und als überdies diese Klassenvertretung durch das Ungeschick und die absolutistischen Neigungen der gewesenen Regierungen sowie durch den maß-, sinn- und ziellosen Sprachenstreit der bürgerlichen Parteien total lahmgelegt und für die Lösung sozialpolitischer Aufgaben unbrauchbar und unfähig geworden ist, fordert der Gesammtparteitag die Arbeiterschaft Oesterreichs auf das eindringlichste auf, durch den Anschluß an die schon bestehenden sowie durch den Ausbau der gewerkschaftlichen Organisationen zur Selbsthilfe zu greifen, um die Hebung der Lage der arbeitenden Klassen zu bewerkstelligen und die Arbeiterschaft für den wirthschaftlichen und politischen Befreiungskampf zu befähigen.
>
> Obgleich unter den gegenwärtigen, vollkommen zerrütteten politischen Zuständen in Oesterreich ein Eingreifen der Gesetzgebung zu Gunsten der Arbeiterschaft nicht zu erwarten ist, erklärt der Gesammtparteitag, daß sich die Arbeiterschaft nicht darüber täuschen lassen und auch klare Einsicht darüber verbreiten werde, daß jede wirkliche soziale Reform vor allem den arbeitsfähigen Arbeiter zum Gegenstand und die denkbar weitestgehende Eindämmung seiner Ausbeutung zum Ziele haben muß, und daß daher soziale Reformen in diesem Sinne nicht von den Ausbeutern, sondern nur durch ein zielklares Eingreifen der Ausgebeuteten durchgeführt werden können.

Eine Arbeiterschutzgesetzgebung, die ihren Zweck erreichen soll, muß zum mindesten umfassen:

1. Volle Koalitionsfreiheit und gesetzliche Anerkennung von Lohnverabredung und Kartellen der Arbeiter.
2. Den achtstündigen Maximalarbeitstag ohne Klauseln und ohne Ausnahmen.
3. Verbot der Nachtarbeit (mit Ausnahme jener Betriebe, deren technische Natur eine Unterbrechung nicht zuläßt).
4. Volle Sonntagsruhe von Samstag Abends bis Montag Früh.
5. Verbot der Beschäftigung von Kindern unter vierzehn Jahren.
6. Ausschluß der Frauenarbeit aus den für den weiblichen Organismus besonders schädlichen Betrieben.
7. Alle diese Bestimmungen haben für Betriebe jeder Stufenleiter (Großindustrie, Transportgewerbe, Handwerk, Hausindustrie) zu gelten.
8. Der Arbeiterschutz ist in geeigneter Weise auf die Landarbeiter auszudehnen.
9. Auf Uebertretungen dieser Bestimmungen von Seite der Unternehmer sind Arreststrafen gesetzt.
10. Arbeiterorganisationen, die auf fachlicher oder lokaler Grundlage beruhen, haben durch die von ihnen gewählten Inspektoren bei der Kontrole der Durchführung der Arbeiterschutzgesetzgebung mitzuwirken.

Kozakiewicz (Lemberg): Wenn der Referent wünscht, daß mein Antrag dem Verband zugewiesen werde, so stimme ich damit ganz überein, möchte aber zugleich die Parteivertretung ersuchen, daß sie sich mit diesem Gedanken beschäftigen und für seine möglichste Verbreitung wirken möge.

Rouschar (Prag, tschechisch): Daß die Gewerbeordnung die Forderungen der Arbeiter nicht erfüllt, das wissen wir alle. Immer haben sich die Unternehmer gegen eine Verbesserung gewehrt. In der letzten Zeit sind die Unternehmer plötzlich mit einem Vorschlag hervorgetreten, der den Zweck verfolgt, das Gesetz noch zu verschlechtern. Sie wollen das Risiko der Kündigungsfrist ganz auf die Schultern der Arbeiter wälzen. Das Ministerium hat diesen Vorschlag plötzlich für äußerst wichtig gehalten und begann eifrig zu arbeiten. Aber es gibt in der Gewerbeordnung noch zahlreiche Paragraphe, die nach Abänderung schreien, davon weiß das Ministerium nichts. Da ist vor allem die Bestimmung, daß die Arbeiter ihren Steckbrief, das Arbeitsbuch, mit sich schleppen müssen. (Richtig!) Bei der Firma Kolber in Wisotschan bei Prag wurde den Arbeitern in das Arbeitsbuch eingetragen, daß sie wegen des Streiks entlassen wurden (Hört!), und als die Arbeiter dagegen remonstrirten, wurde ihnen auf dem Gemeindeamt die Eintragung einfach ausgekratzt, das Arbeitsbuch also noch gefälscht. Nicht minder abänderungsbedürftig sind die Bestimmungen über die Arbeitszeit. Der elfstündige Arbeitstag kann in der Praxis nahezu ganz aufgehoben werden. Bei uns in Böhmen wird Ueberzeit bis zu drei Vierteljahren bewilligt (Hört!), und es gibt Fabriken, in denen ununterbrochen 36 Stunden gearbeitet wird. Bei Daniek in Prag arbeiteten dieselben Leute bei Tag und bei Nacht, und als wir vom Gewerbe-Inspektor verlangten, er soll einschreiten, antwortete er uns: „Jetzt ist schon 6 Uhr vorbei, ich habe keine Amtsstunden mehr, kann also nicht einschreiten.“ (Hört!) Erst als wir mit öffentlichen Demonstrationen drohten, inspizirte er die Fabrik, und der Unternehmer wurde zu 50 fl. Geldstrafe verurtheilt. Die Uebertretung des Gesetzes war dem Unternehmer gewiß 50 fl. werth. Ebenso kraß sind die Bestimmungen über den Kontraktbruch, die den Arbeiter rechtlos dem Unternehmer ausliefern, dann die Bestimmung, daß die Unternehmer wegen Uebertretung der Gewerbeordnung zuerst mit einem Verweise und dann mit Geldstrafe zu bestrafen sind, die Arbeiter sofort mit Arrest. Wenn wir für jede Gesetzesübertretung eingesperrt werden, dann sollen die Unternehmer ebenso behandelt werden. (Beifall.)

Müller (Graz) [zur Geschäftsordnung] beantragt, daß in Anbetracht der massenhaft vorliegenden Anträge eine Kommission zu deren Prüfung gewählt, daß aber die Debatte inzwischen fortgesetzt werde.

Dittrich (Wien) stellt den Abänderungsantrag, daß die Debatte inzwischen abgebrochen werde.

Bei der Abstimmung wird der Antrag auf Einsetzung einer Kommission und ebenso der Antrag auf Unterbrechung der Debatte angenommen und in die Kommission Hueber, Dr. Verkauf, Salamander, Rouschar und Preußler gewählt.

Es wird hierauf die Debatte über Punkt 4 der Tagesordnung: Die internationale Sozialdemokratie und der Nationalitätenstreit in Oesterreich fortgesetzt.

Referent **Seliger** (Teplitz): Die Kommission hat gestern Abends eine Sitzung abgehalten, und wir können erfreulicherweise konstatiren, daß wir die Schwierigkeiten überwunden haben. (Bravo!) Zunächst möchte ich eine persönliche Angelegenheit richtigstellen. Sowohl Dr. Adler als auch Dr. Ellenbogen haben die Bemerkung angeknüpft, daß es mir nicht leicht sei, die Resolution in dem vorliegenden Wortlaut zu vertreten. Ich erkläre, daß das nur in formeller Beziehung gemeint war. Ich wußte nämlich, daß von den tschechischen Genossen ziemlich schwerwiegende Veränderungen werden verlangt werden, sagte mir aber, daß der Beschluß des Parteitages ein einmüthiger sein müsse, daß wir also uns entgegenkommen müssen. Ich konnte freilich nicht voraussehen, daß die Sache sich so verhältnißmäßig leicht schlichten lassen würde, wie dies thatsächlich der Fall war.

Die Grundlage unserer Berathung bildeten die in der Resolution vorgeschlagenen fünf Punkte. Auf die einleitende und die Schlußerklärung sind wir nicht näher eingegangen, da ja in der Generaldebatte gegen diesen allgemeinen Theil ein nennenswerther Widerspruch nicht erhoben worden ist. Die Resolution, die Ihnen nun die Kommission vorschlägt, hat folgenden Wortlaut:

An Stelle der Punkte 1 bis 5 haben folgende Bestimmungen zu treten:

1. Oesterreich ist umzubilden in einen demokratischen Nationalitätenbundesstaat.
2. An Stelle der historischen Kronländer werden national abgegrenzte Selbstverwaltungskörper gebildet, deren Gesetzgebung und Verwaltung durch Nationalkammern, gewählt auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, besorgt wird.
3. Sämmtliche Selbstverwaltungsgebiete einer und derselben Nation bilden zusammen einen national einheitlichen Verband, der seine nationalen Angelegenheiten völlig autonom besorgt.
4. Das Recht der nationalen Minderheiten wird durch ein eigenes, vom Reichsparlament zu beschließendes Gesetz gewahrt.
5. Wir anerkennen kein nationales Vorrecht, verwerfen daher die Forderung einer Staatssprache; wie weit eine Vermittlungssprache nöthig ist, wird ein Reichsparlament bestimmen

Bei der Feststellung dieser fünf Punkte hat sich die Kommission von den gestern zum Ausdruck gebrachten Meinungen leiten lassen. Der Punkt 1 stellt lediglich eine präzisere Fassung dar. Der Punkt 2 mußte geändert werden, um die Unklarheit zu beseitigen, in der sich eine Reihe von Genossen bezüglich dieses Punktes befunden hat. Genosse Nemec meinte gestern, wenn hier von autonomen nationalen Selbstverwaltungsgebieten gesprochen wird, sei die Frage damit nicht erledigt, wie diese Selbstverwaltungsgebiete in wirthschaftlicher Hinsicht verwaltet werden. Es hat sich gestern gezeigt, daß hiefür ein klarer Ausdruck mangelt, wie man sich diese Sprachgebiete zu denken hat, wie weit ihre Rechte gehen, beziehungsweise welche Agenden ihnen zufallen. Da in der Resolution nur angedeutet werden kann, in welcher Richtung sich die Veränderung bewegen muß, wenn es in Oesterreich zu einem dauernden Völkerfrieden kommen soll, so konnten wir nicht alle jene Agenden aufzählen, die diesen Selbstverwaltungsgebieten zufallen. Um diese hier anzudeuten, haben wir ausdrücklich erklärt, daß an Stelle der historischen Kronländer nunmehr die national abgegrenzten Verwaltungskörper treten sollen, das heißt also mit ungefähr denselben Agenden, wie sie jetzt die Kronländer zugetheilt haben. Es ist gestern auch bemerkt worden, daß aus der Resolution der Gesammtexekutive nicht ganz klar hervorgehe, wie die nationalen Selbstverwaltungsgebiete und nationalen Einheiten gegliedert werden sollen, was man sich darunter vorstellen solle. Um hier eine Klarheit zu schaffen, ist Punkt 3 geändert worden. Ich bitte nun festzuhalten, daß die nationalen Selbstverwaltungsgebiete ungefähr die Agenden der heutigen Kronländer zu besorgen haben, daß zum Beispiel das Selbstverwaltungsgebiet Deutschböhmen mit den übrigen Selbstverwaltungsgebieten deutscher Zunge in Oesterreich zusammengefaßt wird zu einem einheitlichen Verbande, dessen Aufgabe es ist, die nationalen Angelegenheiten der Gesammtheit der in Oesterreich lebenden Deutschen zu erledigen. Zur Erledigung der das ganze Reich betreffenden Angelegenheiten haben wir das Reichsparlament, das, wie schon gesagt, nur auf das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht gegründet sein soll.

Es ist gestern schon gesagt worden, daß das Wort „Schutz“ nicht so ganz das zusammenfaßt, was den nationalen Minderheiten eingeräumt werden muß. Es handelt sich nicht bloß darum, der nationalen Minderheit gegenüber der Majorität in ihrer nationalen Bethätigung und kulturellen Entwicklung Schutz zu gewähren, sondern auch dafür zu sorgen, daß dieser nationalen Minderheit gewisse Rechte eingeräumt werden müssen. Denn wir zerschlagen ja nicht die bisher bestehenden Gemeinden. Diese Minderheit hat wohl auch ein besonderes Interesse an der kommunalen Verwaltung, und hier muß festgelegt werden, welche Rechte sie in diesem engsten Kreise in Bezug auf die Regelung ihrer nächstliegenden öffentlichen Interessen genießt. Man hat also an Stelle des Schutzes das Recht statuirt, das durch das Parlament festgesetzt werden soll.

Es ist gestern auch die Frage aufgeworfen worden, wer dieses Minderheitsgesetz schaffen soll, und es ist darauf geantwortet worden: das Parlament. Man war sich aber darüber nicht klar, welches Parlament, das gegenwärtige oder das zukünftige. Es versteht sich nun von selbst, daß wir nicht wollen können, daß die Regelung einer so wichtigen Frage dem jetzigen Parlament übertragen werde, das von einer demokratischen Grundlage himmelweit entfernt ist.

In der Debatte sind da zwei Ansichten hervorgetreten; die eine sagt, es sei nicht nöthig, zu erklären, was schon in Wirklichkeit umgesetzt ist, und die andere, die das gerade deshalb, weil es besteht, ausgesprochen haben will. Die Kommission hat hier den Mittelweg eingeschlagen und sich dahin geeinigt, daß die Bestimmung einer Vermittlungssprache, soweit sie nöthig ist, dem Reichsparlament vorbehalten werde. Um aber den prinzipiellen Standpunkt bezüglich der nationalen Privilegien in Bezug auf eine bestimmte Sprache zu wahren, hat sie den ersten Satz des Punktes 5 der Resolution belassen und Punkt 5 der vorliegenden Fassung angenommen.

Was die Kommission in diesen fünf Punkten niedergelegt hat, ist das, was wir aus der gestrigen Debatte herauslesen konnten, und ich muß mit besonderer Freude konstatiren, daß ich in gewisser Hinsicht enttäuscht war, indem ich mir die Schwierigkeiten viel größer vorgestellt habe, als sie thatsächlich waren. Die Stilisirung der Resolution hat speziell bei den tschechischen Genossen zu einer schiefen Auslegung dessen, was sie sagen will, geführt; nach der Interpretation der Verfasser derselben hat aber die Sache ein anderes Gesicht angenommen, und ich kann sagen, daß die Grundsätze, die in diesen fünf Punkten der neuen Resolution niedergelegt sind, fast gar nicht abweichen von den leitenden Grundsätzen der Resolution der Gesammtparteivertretung. Ich hebe weiter als besonders wichtig hervor, daß in Bezug auf diese leitenden Grundsätze, wie sie hier in der neuen Resolution niedergelegt sind, in der Kommission vollste Uebereinstimmung geherrscht hat. (Bravo! Bravo!) Allerdings sind in der Kommission zwei Meinungen hervorgetreten. Dr. Liebermann vertrat die Anschauung, daß wir uns auf die Angabe der leitenden Grundsätze in dem Sinne, wie sie hier aufgestellt sind, nicht einlassen, sondern unsere Prinzipienerklärung des Jahres 1892 erweitern sollen, indem wir zu einem präziseren Ausdruck bringen, wie wir uns das Verhältniß zu den Nationen denken.

Weiter ist bei der Kommissionsberathung die Ansicht des Genossen Kristan, die in dem Antrag der südslavischen Exekutive niedergelegt ist, zum Ausdruck gelangt. Und wenn die ganze Resolution mit allen gegen die eine Stimme des Genossen Kristan angenommen wurde, so hat Kristan nur deshalb dagegen gestimmt, weil die Kommission es abgelehnt hat, die Idee, die in dem Antrag der südslavischen Exekutive niedergelegt ist, die sogenannte Körperschaftstheorie, in den einleitenden Theil unserer Resolution hineinzunehmen. Hinzufügen kann ich, daß Kristan erklärte, mit den in den fünf Punkten niedergelegten leitenden Grundsätzen vollkommen einverstanden zu sein. Die Kommission hat auch den Antrag Nemec, der von Liebermann zu einer etwas detaillirteren und den Gedanken klarer aussprechenden Resolution zusammengefaßt wurde, abgelehnt, weil sie sich sagte, daß wir mit dieser Resolution nicht auskommen, weil wir unbedingt die Angaben der leitenden Grundsätze für nothwendig erachten. Liebermann hat aber nach Ablehnung seiner Resolution für die ausgearbeiteten weiteren fünf Punkte gestimmt.

Ich möchte noch auf die Anschauung zurückkommen, daß wir die Nationalitätenfrage als für uns nicht vorhanden betrachten sollen, eine Ansicht, die von der Kommission selbstverständlich nicht berücksichtigt werden konnte. Denn es hieße ja Vogelstraußpolitik treiben zum Schaden der Arbeiterklasse, wollten wir etwas als nicht vorhanden ansehen, was sich so konkret vor uns abspielt. Die nationale Frage in Oesterreich ist nicht Angelegenheit der Bourgeoisie der österreichischen Völker, sondern Angelegenheit der Gesammtheit aller Nationen, zu der selbstverständlich die Arbeiter gehören. Diese haben ein wesentliches Interesse daran, wie die Beziehungen der Nationen zueinander geregelt werden, und daß eine Nation nicht bestimmend eingreife in die Angelegenheiten der neben ihr wohnenden anderen Nation. Die Nothwendigkeit, hier leitende Grundsätze zu fixiren, ergibt sich zunächst daraus, daß wir jene unmittelbar vor uns liegenden Hindernisse beseitigen müssen, um den Klassenkampf auf der ganzen Linie entfalten zu können. Andererseits halten wir auch die Lösung des Nationalitätenproblems für eine Sache, die nicht in so unabsehbarer Zukunft gelegen ist, daß wir sie heute als eine Utopie betrachten können. Die Kommission ist der Meinung gewesen, daß es vielmehr sehr praktische Politik ist, sich heute mit dieser Frage zu beschäftigen, daß es so auf absehbare Zeit nicht fortgehen kann, daß die Arbeiter ein sehr wichtiges Interesse daran haben, daß der heutige Zustand geändert werde, und daß diese Anschauung vom Proletariat auch auf jene Volksschichten übertragen werde, die man nicht direkt zum Proletariat zählen kann. Es muß und wird der Augenblick kommen, wo eine Aenderung der Dinge herbeigeführt wird, und wenn wir erkennen, daß dieser Moment nicht in so unabsehbarer Ferne vor uns liegt, so hat die Sozialdemokratie hiezu nicht zu schweigen, sie muß der nothwendig eintretenden Entwicklung und Aenderung der Dinge ihren Stempel aufdrücken, sie muß bestrebt sein, aus dieser Aenderung für die arbeitende Klasse den möglichst größten Erfolg zu erzeugen, und das kann nur geschehen, indem sie ihrer Meinung in der Richtung Ausdruck gibt, wie dies in der Resolution geschieht. Wenn heute der Parteitag an die Regelung dieser eminent wichtigen und komplizirten Frage geht, wenn er heute die Richtlinie geben will, in der wir in Oesterreich zu marschieren haben, um aus diesem tollen Durcheinander, aus diesem Tohuwabohu, aus diesen bis zur Unmöglichkeit gesteigerten unleidlichen Verhältnissen herauszukommen, wenn der Parteitag heute die Richtschnur gibt für die einzig vernünftige, einzig mögliche und so dringend nothwendige Entwicklung Oesterreichs, so soll dies in der Weise geschehen, daß der Parteitag, daß alle Delegirten aller Nationen Oesterreichs ihren gemeinsamen Willen gemeinsam bekunden. Für den Werth dieser Resolution und für die Kraft, die wir in sie hineinlegen wollen, ist es von großer Bedeutung, daß der Gesammtparteitag sich einstimmig für sie erklärt, und ich bitte Sie deshalb, Parteigenossen, den Vorschlag der Kommission einstimmig anzunehmen, ohne Rücksicht darauf, was die chauvinistischen Parteien aller Nationen sagen werden. Wir könnten das Himmelreich auf diese Erde verpflanzen und unsere Gegner würden immer daraus eine Hölle machen wollen. Wir haben daher nicht danach zu fragen, was eventuell die Deutschnationalen und die Jungtschechen dazu sagen werden, sondern wir haben einzig und allein mit den gegebenen Thatsachen zu rechnen. Wir haben zu fragen, ob das, was wir fordern und aussprechen, der wissenschaftlichen Kritik standhalten kann, ob das, was wir ihr formuliren, möglich ist oder nicht. Was in diesen leitenden Grundsätzen niedergelegt ist, ist nichts, was sich nicht realisiren ließe; im Gegentheil, wenn man die Vorschläge überdenkt, so muß man nothwendigerweise zur Ueberzeugung kommen, daß sie eigentlich das Nächstliegende, das einzig Mögliche sind, das verwirklicht werden muß, wenn wir zum nationalen Frieden gelangen sollen.

Parteigenossen! Wir werden es erleben, daß unsere Gegner uns ob dieser Resolution und der in ihr enthaltenen Grundsätze auf das heftigste bekämpfen werden. Das liegt in der Natur der Sache, weil niemand mehr ein Feind des nationalen Friedens sein kann, als die nationalen chauvinistischen Parteien. (Beifall.) Sie werden uns bekämpfen bis auf das Messer. Wenn wir hinausgehen, um unsere Forderungen, wie wir sie hier auf dem Parteitage aufstellen, zu verfechten, so werden wir auch gewiß im Stande sein, unsere Anschauung mit Kraft und Energie zu vertreten. Wenn Sie die Resolution in der vorliegenden Form annehmen, so

dokumentirt die österreichische Sozialdemokratie, daß in ihr einzig und allein nicht nur die moralische und sittliche Kraft wohnt, für eine Idee einzutreten, sie dokumentirt damit zugleich, daß die Sozialdemokratie die einzige Partei Oesterreichs ist, die noch Ideen hat, Ideen, die sich in reale Wirklichkeit verpflanzen lassen. Die Idee der internationalen Zusammengehörigkeit, die wir in unserer Parteiorganisation so glänzend zum Ausdruck gebracht haben, diese Idee muß dem österreichischen Staatsleben als offizieller Stempel aufgedrückt werden. Die Thatsache, die für uns möglich war, muß auch für das österreichische Volk und alle seine Klassen möglich sein. Wir vertreten mit dieser Resolution den nationalen Frieden des Staates, jenen nationalen Frieden, den wir für unsere Partei durch unsere Parteiorganisation geschaffen haben. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Nemec (Prag, tschechisch): Die Resolution, die Ihnen die Kommission vorlegt, ist das Resultat einer Auseinandersetzung zwischen den einzelnen Nationalitäten. Sie erinnern sich, daß die Tschechen in der Debatte erklärt haben, bloß der theoretische Theil der Resolution der Exekutive sei annehmbar, nicht aber der praktische, der besonders den Fehler hat, daß er zu unklar und unbestimmt ist. Die Autoren dieser Resolution haben uns nun in der Kommission erläutert, wie sie die Resolution verstehen, und haben den größten Theil unserer Bedenken auf diese Weise behoben. Allerdings mußte nun auch die Resolution umgeändert und besonders die Erläuterungen aufgenommen werden. Da ist zum Beispiel der zweite Punkt, daß der Bundesstaat sich in autonome nationale Selbstverwaltungsgebiete gliedert, die sich möglichst den Sprachgrenzen anpassen. Wir hatten die Befürchtung, daß durch diese Bestimmung der Zentralismus, den wir ja beseitigen wollen, wieder eingeführt werde. Diese Bestimmung wurde dementsprechend modifizirt. Im dritten Punkte wurde festgesetzt, wie die nationalen Organisationen zusammenarbeiten sollen. Die bestehenden Landesgrenzen werden niedergerissen und natürliche nationale Grenzen gebildet. An die Stelle der bestehenden Kronländer treten die nationalen Gebiete, und diese bilden zusammen einen Nationalitätenbund, der seine Autonomie in allen Angelegenheiten, die ihn betreffen, hat. Das haben wir tschechischen Sozialdemokraten immer dem tschechischen Staatsrechte entgegengehalten. Es ist gleichzeitig festgesetzt, daß die finanzielle Verwaltung sich die nationalen Gebiete selbst besorgen werden. Früher war das nicht klar bestimmt. Wir waren uns klar, daß an den Grenzen der nationalen Gebiete sich immer eine gemischtsprachige Zone befindet, und mußten darum Bestimmungen zum Schutze der Minoritäten vorsehen. Das betreffende Gesetz kann nicht durch die nationalen Gebiete erlassen werden, es kann nur von der Reichsvertretung gegeben werden. Das letzte Prinzip betrifft die Forderung der Staatssprache. Es ist allerdings richtig, daß man sich unter dem Worte „Staatssprache" nichts vorstellt, ebensowenig wie unter dem tschechischen Staatsrecht. Es ist nichts als eine agitatorische Phrase. Wir mußten einerseits unsere grundsätzliche Stellung hiezu klar festlegen, andererseits mußten wir festsetzen, wie die nationalen Verwaltungsgebiete untereinander verkehren werden. Die Staatssprache wurde natürlich entschieden verworfen, die Festsetzung der Sprache der Verständigung zwischen den einzelnen nationalen Gebieten soll vom Parlament getroffen werden.

Diese Resolution wurde in der Kommission einstimmig angenommen, wenn wir auch alle Einwände, die erhoben wurden, gründlich prüften. Ich will noch konstatiren, daß ich mir die Regelung der Frage viel schwieriger vorgestellt habe, als sie wirklich ist. Im praktischen Leben zwingt uns der Druck der Verhältnisse immer mehr aneinander, weil die Gemeinsamkeit der wirthschaftlichen Interessen viel stärker ist als die nationalen Unterschiede. (Beifall.) In der Resolution sind alle unsere Forderungen, wie sie sich aus den gegenwärtigen Verhältnissen ergeben, festgesetzt. Wenn sich einmal die Verhältnisse ändern, können wir natürlich auch die Resolution ändern. Wenn wir die Resolution einstimmig annehmen, werden wir dokumentiren, daß wir die Frage, die die Bourgeoisie spaltet, gelöst haben, wir werden dokumentiren, daß die Sozialdemokratie die fortschrittlichste, die wahre Volkspartei ist, und daß nur sie alle die Hindernisse beseitigen kann, die sich der Entwicklung aller Nationen in den Weg stellen. Es wird die Einmüthigkeit des österreichischen Proletariats dokumentiren. (Stürmischer Beifall.)

Krapka (Wien): Ich beantrage, mit Rücksicht auf die Bedeutung der Resolution und zur Bekundung der Einheitlichkeit der Partei die Resolution ohne Debatte anzunehmen.

Die Resolution wird sodann einstimmig en bloc angenommen. (Minutenlanger frenetischer Beifall. Der ganze Kongreß erhebt sich, und alle brechen in begeisterte Hoch- und Na zdar-Rufe aus.)

Reger (Bielitz) gibt namens der polnischen Delegirten folgende Erklärung ab:

Die polnische Delegation erklärt: Das in der sozialdemokratischen Partei organisirte polnische Proletariat arbeitet und wirkt solidarisch mit den Proletarierorganisationen von ganz Oesterreich. Seine Lage gestaltet sich aber um so schwieriger, als das polnische Volk durch Grenzpfähle in drei Theile getrennt worden ist, das gemeinsame Wirken des gesammten polnischen Proletariats außerordentlich erschwert wird und die brutale nationale Unterdrückung durch den russischen und preußischen Staat zugleich auch die organisirte Arbeit des polnischen Proletariats selbst verhindern will. Deshalb wirken die polnischen Sozialdemokraten unter dem gesammten polnischen Volke unermüdlich dahin, daß das schwere nationale Unrecht, das am polnischen Volke verübt wird, beseitigt werde und daß in Zukunft das polnische Volk national vereinigt und frei in der Völkerfamilie dastehe.

Dr. **Ellenbogen**: Trotzdem meine Ausführungen nicht entkräftet worden sind, habe ich dennoch für die Resolution gestimmt, und zwar aus dem Grunde, weil in diesem Augenblick nicht philosophische Spekulationen gepflogen werden sollen.

Popp: Der Parteitag nimmt beide Erklärungen zur Kenntniß.

Die Vormittagssitzung wird um 1 Uhr geschlossen.

Nachmittagssitzung.

Vorsitzender **Popp** eröffnet um halb 3 Uhr die Verhandlung über Punkt 7 der Tagesordnung:

Konsumvereine.

Bei diesem Punkte stehen folgende Anträge in der Debatte:

Antrag der **Handelsarbeiterkonferenz** Ostern 1899 in Prag:

Unter prinzipieller Anerkennung der Nützlichkeit gut organisirter, gut geleiteter und gut fundirter Konsumvereine spricht der Parteitag die absolute Schädlichkeit der Konsumvereine, wie sie heute in Oesterreich bestehen, aus. Sie sind, soweit sie auf sozialdemokratischer Grundlage stehen oder zu stehen vorgeben, selten gut organisirt, noch seltener gut geleitet und nie gut fundirt. Es ist nothwendig, daß zur Organisation und zur Leitung der Konsumvereine sowie zur Besorgung rein kaufmännischer Arbeiten in erster Linie kaufmännisch geschulte Genossen herangezogen werden, die sich naturgemäß vornehmlich aus den Reihen der Handelsarbeiter rekrutiren. Ist der Konsumverein einmal lebensfähig, dann wird leicht auch für Genossen, die dem Kaufmannsstande nicht angehört haben, also insbesondere für gemaßregelte Genossen Raum zu schaffen sein. Da die Konsumvereine von unseren Gegnern gern als Institution hingestellt werden, die trotz ihres angeblich proletarischen Charakters die Forderungen ihrer Arbeiter nicht erfüllen können, erklärt der Parteitag, ohne sonst von dem Standpunkt abzugehen, daß in der kapitalistischen Gesellschaft die berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft überhaupt unerfüllt bleiben, daß die Konsumvereine zumindest erfüllen müssen, was wir heute schon von jedem Arbeitgeber fordern; in erster Linie sechsunddreißigstündige Sonntagsruhe, Achtstundentag, angemessene Lohnzahlung, Beseitigung des Kautionswesens. Der Parteitag erklärt, daß kein klassenbewußter Genosse einem Konsumverein angehören kann, der den Anschauungen des Parteitages nicht entspricht oder mindestens nicht in nächster Zeit Rechnung zu tragen bestrebt ist. Neu zu gründende Konsumvereine haben diesen Anschauungen des Parteitages von vornherein Rechnung zu tragen, wenn sie darauf Anspruch erheben, als sozialdemokratisch zu gelten.

Antrag des IV. **Wiener Wahlkreises**:

Die Gründung von Konsumvereinen und Produktivgenossenschaften ist als Privatsache zu betrachten.

Antrag **Dietl** (VI. böhmischer Wahlkreis):

Der Parteitag beschließt: Die Gründnng von Konsumvereinen ist anzustreben, aber nur dort vorzunehmen, wo die hiezu nothwendigen Vorbedingungen vorhanden sind. Diese Vorbedingungen sind: 1. eine gute gewerkschaftliche Organisation; 2. tüchtige, kaufmännisch geschulte Kräfte, die die Leitung des Vereines übernehmen können. Die Gründung kann jedoch nur an solchen Orten vorgenommen werden, wo die Kreisvertretung die nöthigen Vorbedingungen findet.

Antrag **Zipfinger**:

In Erwägung, daß die Konsumvereine an so manchen Orten für die Arbeiterschaft von Vortheil sein können, erklärt der Parteitag, daß dort, wo sich die Nothwendigkeit und die Bestandsicherheit eines solchen Vereines herausstellt, den Genossen bei der Gründung kein Hinderniß entgegengestellt werden soll. Jedoch bleibt die Gründung von Konsumgenossenschaften Privatsache der betreffenden Genossen, für deren Handlungen die Partei nicht verantwortlich ist. Die Zugehörigkeit zu den Konsumvereinen enthebt die Genossen nicht von der Pflicht, der gewerkschaftlichen Organisation anzugehören und in der Partei thätig zu sein.

Referent Dr. **Adler** (Wien): Kaum ist ein Parteitag in Sicht, so tritt immer eine größere Anzahl von Genossen mit dem Wunsch an den Parteitag heran, dieser möge sich mit den Wirthschaftsgenossenschaften befassen. Man kann dies nicht einer theoretischen Befangenheit dieser Genossen zuschreiben, sondern muß wohl annehmen, daß die Erscheinung objektive, in den Verhältnissen liegende Ursachen hat. Seitdem wir zum letztenmal über die Konsumvereine gesprochen haben hat sich auf diesem Gebiete zweierlei vollzogen. Erstens ist damals, zum Theil unter dem Eindruck der Reichsrathswahlen, eine massenhafte Betheiligung von Arbeitern und Genossen an den Konsumvereinen erfolgt. Wir haben sogar eine Gründerperiode mit allen ihren Vor- und Nachtheilen erlebt. Zweitens ist aber eine ganze Reihe von Gründungen dem unvermeidlichen Krach verfallen. Diese Thatsache wollen wir uns vor Augen halten, sie zu erklären suchen und daraus unsere Schlüsse ziehen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß ein großer Hang besteht, in Konsumvereine einzutreten. Der Hauptgrund dafür ist, daß durch die Konsumgenossenschaften der Verfälschung der Lebensmittel und dem Lebensmittelwucher entgegengetreten wird. Das geschieht insbesondere dort, wo die Genossenschaften selbst Lebensmittel produziren, mit dem größten Erfolge. Wenn sich aber bei uns nicht jene Erfolge zeigen, wie wir sie im Ausland sehen, so muß man fragen: Bedeutet diese Erscheinung in Oesterreich eine konstitutionelle Krankheit der Konsumvereine, oder ist es ein Uebel, das zu beheben ist, eine Entwicklungskrankheit? Wenn es eine konstitutionelle Krankheit wäre, dann müßten wir im Ausland dasselbe sehen. Ich habe vor einem halben Jahre Gelegenheit gehabt, in Belgien die größten der dortigen Genossenschaften ziemlich eingehend zu studieren. Ich habe von der Lebensfähigkeit dieser Genossenschaften und von dem Nutzen, den sie der Arbeiterschaft überhaupt und der Arbeiterpartei insbesondere bieten, den allergrößten Eindruck bekommen. Wenn ich nun untersuche, welcher Unterschied zwischen diesen und unseren Genossenschaften in Oesterreich ist, dann muß ich sagen, daß die belgischen Genossenschaften durchaus Arbeiterunternehmungen und nichts Anderes sind. Die Statuten des „Volkshaus" in Brüssel bestimmen zum Beispiel in ihrem Artikel 6: „Die Genossenschaft ist der belgischen Arbeiterpartei angeschlossen", und im Artikel 10: „Um Mitglied der Genossenschaft zu werden, muß man" — unter anderem — „das Programm der Arbeiterpartei anerkennen", und auf dem Titelblatt jedes Mitgliedsbuches ist zu lesen: „Das Volkshaus ist eine sozialistische Genossenschaft. Die Genossenschafter anerkennen durch ihre Eintragung in die Bücher der Genossenschaft das Programm der Arbeiterpartei." Hier ist also jeder Genossenschafter ein Genosse, die Genossenschaft eine Vereinigung von Genossen zu Zwecken der Partei, nicht allein zu politischen Zwecken, sondern auch zu anderen Parteizwecken. Dieser Unterschied muß hier konstatirt werden. Bei uns wird eine Genossenschaft nicht gegründet, um eine Vereinigung von Genossen zu bilden, sondern zur Abwehr nach außen. Die Genossenschaften werden nicht durch die Liebe der Genossen untereinander zusammengehalten, sondern vielmehr durch die Abneigung gegen den wuchernden und sie schädigenden Zwischenhandel. Aus

diesem Umstand allein ergibt sich ein ganz verschiedener Charakter. Es entsteht dadurch nicht jenes eigenthümliche Solidaritätsgefühl, durch das allein eine Wirthschaftsgenossenschaft mit Erfolg bestehen kann. Sie werden mir zugeben, daß wenn es möglich wäre, die Genossenschaften mit diesem Geiste zu erfüllen, sie dadurch einen ganz bedeutenden Werth für unsere Bewegung und die Organisationen gewinnen könnten. Das ist aber heute nicht der Fall, und wir müssen sie von dem Standpunkte betrachten, wie sie heute sind und wohl für die nächste Zukunft bleiben werden, und da müssen wir sagen, daß wir unsere Konsumgenossenschaften in die Organisation nicht einfügen können. Andererseits müssen Sie aber zugeben, daß es eine Reihe von Genossenschaften gibt, die an bestimmten Orten und unter gewissen Bedingungen den allergrößten Werth für die Arbeiter haben. Wir sitzen hier in einem Hause, das in jedem Sinne nichts Anderes als eine genossenschaftliche Leistung ist. Dieses „Arbeiterheim" bietet uns nicht nur einen Aufenthalt für unsere Kongresse und für die Feste der Arbeiter. Ich erkläre Ihnen, daß es die gesammte Textilarbeiterschaft Oesterreichs dieser genossenschaftlichen Leistung, dem „Arbeiterheim", zu verdanken hat, daß der Brünner Streik gewonnen wurde. (Beifall.) Das ist aber nicht etwas Lokales. Auch die Wiener Genossen werden zugeben, welchen ungeheuren Werth es für das ganze Zusammenleben, für die Partei, selbst in einer so großen Stadt wie Wien hätte, wenn wir ein Heim errichten könnten. Wenn ich Ihnen weiter sage, daß solche Genossenschaften auch heute schon, wenn sie halbwegs vernünftig geführt werden, im Stande sind, die gegenwärtig ganz planlose Lebensmittelversorgung sofort zu einer weniger wucherischen zu machen, daß wir in Oesterreich unter unseren beschränkten Verhältnissen dasselbe erleben, was uns aus anderen Ländern gemeldet wird, daß zum Beispiel die Brotpreise sofort fallen und anständiges Brot geboten wird, sobald sich die Konkurrenz einer Brotfabrik einstellt, die von Arbeitern geleitet wird, so möge Ihnen das genügen, um Ihr Interesse auf den Gegenstand zu lenken.

Im Jahre 1897 ist der Sturm auf die Konsumvereine mit solcher Vehemenz erfolgt, daß, um nur ein Beispiel anzuführen, der größte Wiener Arbeiterkonsumverein binnen einem Jahre von 7000 auf 11.000 Mitglieder gestiegen ist, und die Wirkung war auch noch im Jahre 1898 eine anhaltende, wo eine weitere Zunahme von 2000 bis 3000 Mitgliedern erfolgte. Daneben haben wir jedoch eine Reihe von Gründungen erlebt, die in der schmählichsten Weise abgekracht sind, weil sie mit ganz ungenügenden Geldmitteln und ungenügenden geistigen und technischen Mitteln unternommen waren, und weil sie an und für sich nicht nur überflüssige, sondern schädliche Einrichtungen waren. Wir haben in Städten, wo derartige Konsumgenossenschaften bereits existiren, durchaus nicht nothwendig, ihnen neue Institute an die Seite zu stellen und die kostspieligen Erfahrungen, die in andern Genossenschaften erworben wurden, in den Wind zu schlagen. In unserer ganzen Konsumgenossenschaftsbewegung haben wir das Lehrgeld, das jede Bewegung zahlen muß, nicht Einmal, sondern hundertmal bezahlt, weil jede Organisation fehlte.

Ich gehe nicht weiter darauf ein, daß bei den verschiedenen Unglücksfällen, die in und außerhalb Wiens stattgefunden haben, die traurige Erscheinung zu konstatiren war, daß gewissenlose Personen, die als Genossen aufgetreten sind, das in sie gesetzte Vertrauen mißbrauchten. Häufig war es aber auch Leichtsinn und Unkenntniß, die dann in Gewissenlosigkeit ausgeartet ist. Damit will ich Sie nicht verleiten, über die ganze Institution das Kreuz zu machen, denn es gibt ja auch andere Institute, die an solchen Dingen kranken. Auch in den Krankenkassen findet sich ab und zu ein Haderlump, der stiehlt. Wir werden aber deshalb nicht die Krankenkassen beseitigen, sondern werden mit diesen Leuten auspacken. In dieser Beziehung ist gerade hier ungemein viel gesündigt worden. Ich meine aber, wir können uns ganz gut Konsumvereine vorstellen, wo es nicht so zugeht.

Ein weit schlimmeres Uebel ist die Zwergwirthschaft, die allzu kleinen Genossenschaften, die sehr häufig auf dem Lande vorkommen. Damit ist oft der Mangel kaufmännischer Kenntniß und Tüchtigkeit verbunden. Die Genossenschaften müssen eben Leute nehmen, die die Sache verstehen, sie müssen sie aber auch ordentlich bezahlen. Unsere Konsumvereine wollen jedoch mit qualifizirten Arbeitskräften, die sie unter dem Marktpreise bezahlen, arbeiten. Wenn ein Kaufmann

einen Buchhalter mit hohem Gehalt anstellt, so thut er dies nicht aus Edelmuth, sondern im Interesse des Geschäftes.

Einer der schwerwiegendsten Punkte ist die „Dividendenjagd". Das ist ein charakteristisches Merkmal unserer Konsumvereine, daß man mit solch lächerlichen, trügerischen Vortheilen die Mitglieder einzufangen sucht. Hier möchte ich etwas einschalten. Der Linzer Parteitag hat uns beauftragt, uns mit dem Verbande der Konsumgenossenschaften in Verbindung zu setzen und statistisches Material herbeizuschaffen. Ich habe, da der Verband davon nur sehr wenig besitzt, eine eigene schriftliche Enquête mit dem Genossen Neumann unternommen und habe an alle Konsumvereine einen Fragebogen ausgesendet. 73 Konsumvereine mit 39.000 Mitgliedern, die eine Jahreslosung von 5,825.000 fl. repräsentiren, haben unsere Fragen sehr ausführlich beantwortet.

Betrachten wir einmal diese Fragebogen. In der Rubrik „Dividende" geht es glänzend zu. Dividenden von 6 bis 7 Perzent sind etwas ganz Gewöhnliches, ja man findet Dividenden bis 11 Perzent. Wenn Sie aber die Bilanz prüfen, dann sehen Sie, daß die Leute, die diese hohen Dividenden zahlen, große Schulden haben, und zwar nicht etwa bloß Hypothekarschulden auf ihren Grundstücken, sondern Waarenschulden in Beträgen, die mitunter das eingezahlte Kapital übersteigen. Diese Dividenden werden bezahlt: erstens auf Kosten der Qualität der Waare, zweitens auf Kosten einer richtigen Führung der Genossenschaft. Wenn die Dividenden verwendet würden, um sich die Arbeitskräfte zu kaufen, um die Genossenschaft anständig zu führen, wenn man den Greislerstandpunkt aufgeben und gute, gesunde Waare liefern würde, würde man den Mitgliedern einen weit größeren Dienst erweisen. Indem man ihnen Dividenden vorspiegelt, foppt man sie in ein Unternehmen, das faul ist, weil es schlecht geführt ist, und weil es eine Schmutzkonkurrenz mit dem Greisler treibt, das heißt beinahe eine ebenso schlechte Waare führt wie der Greisler selbst. Sie sehen: ich nehme mir gegenüber der heutigen Genossenschaftsgebahrung kein Blatt vor den Mund. Ich bitte aber, nicht zu glauben, daß da die Gesammtheit gemeint ist. Wir haben eine ganze Anzahl sehr gut fundirter und tüchtiger Konsumvereine, auf die alles das nicht paßt. Ich bin jetzt aber bei der Besprechung der Krankheiten der Konsumvereine und der Ursachen, warum so viele mißglücken.

Nun komme ich zum vierten Punkt. Wenn die Arbeiterkonsumvereine schon daran kranken, daß der Arbeiter wenig konsumirt, so kranken sie umsomehr daran, daß der Arbeiter wenig Baargeld hat. Und die Kreditwirthschaft in den Konsumvereinen ist eines der größten Uebel. Jeder Konsumverein hat in seinem Statut die Baarzahlung aufgenommen. Wahr ist es aber nirgends. Nun müssen Sie bei dem Kredit, der den Mitgliedern gewährt wird, zwei Formen unterscheiden: Jenen Kredit, der nur bis zum Termin der wöchentlichen Lohnzahlung gewährt wird und unnachsichtlich nicht weiter geht. Ein solcher Kredit läßt sich jedenfalls noch immer rechtfertigen. Wenn dieser Kredit noch beschränkt wird durch die Höhe des bereits eingezahlten Mitgliedsbeitrages, so ist die Gefahr für den Konsumverein keine so große. Wenn aber der Kredit des Konsumvereines in Konkurrenz treten muß mit dem Kredit, den der Greisler gewährt, da kommt man zu uneinbringlichen Krediten, und mancher Konsumverein ist gerade dadurch ruinirt worden. Auch hier wird mit diesem Prinzip Mitgliederfang betrieben, und man diskreditirt das Genossenschaftswesen überhaupt dadurch.

Das sind die vier Punkte, die das Genossenschaftswesen am schwersten schädigen, und die zuerst beseitigt werden müssen. Dies kann meiner Ansicht nach dadurch geschehen, daß die Arbeiterkonsumgenossenschaften eine fachmännisch geschulte Leitung, einen wirklichen juristischen und kaufmännischen Rathgeber an ihre Seite bekommen. Es existirt heute schon ein Verband von Arbeiterkonsumgenossenschaften, der 65 Vereine umfaßt, ein Verband, der sich jedoch nur kümmerlich entwickelt, zum Theil durch die Schuld jener Personen, die diese Krachperiode mitverschuldet haben. In den letzten Monaten aber hat sich sehr langsam und allmälig das Vertrauen der einzelnen Vereine zu diesem Verbande wieder zu heben begonnen, und es wäre sehr wünschenswerth, wenn der Verband ausgebildet würde. Der Verband bezweckt in erster Linie die Vermittlung des gemeinsamen Einkaufes. Dieser Punkt der Verbandsthätigkeit darf aber nicht als die Hauptsache angesehen

werden. Bei der Verbandsthätigkeit handelt es sich ja nicht so sehr darum, Gewinne zu machen, als vielmehr schweren Schaden zu verhüten. Die Vereine müssen vor allem gekämmt, gebürstet, gewaschen und geputzt werden, das heißt überall muß ein Fachmann sie genau prüfen und sie juristisch und kaufmännisch auf die richtige Basis stellen. Ich traue mich nicht, ihnen heute die Verpflichtung aufzuerlegen, in diesen Verband einzutreten. Ich würde es für sehr werthvoll halten, wenn wir die Arbeiterkonsumvereine von dem deutschliberalen Verbande, an dessen Spitze Herr Wrabetz steht, loslösen könnten. Das wird sofort geschehen, wenn wir einen leistungsfähigen Verband haben. Heute steht die Sache so, daß wir ihnen den Rath nicht geben können, weil wir ihnen vorläufig nichts Gleichwerthiges bieten können.

Was ich Ihnen da gesagt habe, hat nicht nur eine wirthschaftliche, sondern auch eine sehr weitgehende politische Tragweite. Jeder, der zum Beispiel in Deutschböhmen zu thun gehabt hat, weiß, daß sich mit dem juristischen Rath des Herrn Wrabetz auch politischer Einfluß geltend macht. Wir haben auch unsere Kronjuristen, die das Geschäft sehr gut verstehen, wir können uns die Kaufleute und die Juristen ankaufen, und ich werde beantragen, daß man daran denke, eine solche Zentralstelle zu schaffen. Der Parteitag kann sie ebensowenig schaffen wie die Partei oder die Parteivertretung, aber wir können alle fleißig beten, daß es geschehe. (Heiterkeit.)

Die Konsumvereine stehen nicht auf Einer Linie mit den Gewerkschaften, obwohl sie einmal auf Einer Linie stehen können, wenn sie entwickelt sind. Auch auf die Gewerkschaften haben wir als Partei keinen Einfluß, und trotzdem sind die Gewerkschaften in Oesterreich die Kinder der sozialdemokratischen Partei und sind heute die Hauptquelle unserer Stärke. Wir müssen, wenn auch mit aller Vorsicht, darauf hinarbeiten, daß auch die Konsumgenossenschaften dasselbe werden. Heute schon gibt es eine ganze Reihe von Konsumvereinen, die auch materiell für die Organisationen etwas geleistet haben. Von Parteibeiträgen kann nach unserem Gesetz keine Rede sein, aber die Arbeiter haben noch andere Interessen, als die Beiträge zu politischen Organisationen, und es liegt nur in den Händen der Genossen, daß sie in die Konsumvereine eintreten, um sehr viel auf diesem Gebiete zu thun.

Jetzt handelt es sich um die Frage: Sollen wir weiter auf dem Punkte bleiben, auf dem wir bisher waren, oder sollen wir einen Schritt weitergehen? Man sagt: Wir dürfen für die Konsumvereine keine Verantwortung übernehmen. Einverstanden. Man sagt dann, wir haben mit den Konsumvereinen nichts zu thun. Und das — sage ich — ist nicht richtig. Das Hauptargument (es ist nicht mein Argument, sondern ich habe es in zahlreichen Briefen von Parteigenossen gefunden) ist das: Wenn ein Konsumverein gut geht, so hat die Partei gar nichts davon, denn die Partei hat von vornherein abgelehnt, mit ihm etwas zu thun haben zu wollen. Wenn er aber krachen geht, macht die ganze Welt die Partei dafür verantwortlich, ob wir auch die Verantwortung hundertmal abgelehnt haben. Selbst diejenigen Genossen also, die ich nicht überzeugen konnte, daß uns die Konsumvereine nützen können, wenn sie floriren, müssen einsehen, daß sie uns schaden können, wenn sie nicht floriren. Auf jedem Parteitag haben wir die fulminantesten Erklärungen gegen die Konsumvereine abgegeben; das hat alles nichts genützt. Wir müssen also schauen, daß die Vereine nicht zusammenkrachen, und daß sie auch nicht zu Machtmitteln in den Händen einer anderen Partei werden.

Die Handelsarbeiterkonferenz in Prag hat eine Resolution vorgeschlagen, die, soweit sie eine Pauschalanklage gegen die Konsumvereine enthält, nicht gerechtfertigt ist. Recht hat die Resolution allerdings, wenn sie verlangt, daß die Angestellten der Konsumvereine anständig behandelt werden, wenn sie auch darin zu weit geht. Denn wenn man den Genossen verbietet, Mitglieder von Konsumvereinen zu werden, die diese Forderungen nicht durchgeführt haben, macht man es unmöglich, daß wir Konsumvereine für uns erobern oder daß man in solchen Konsumvereinen diese Forderungen durchführt. Ueber die Resolution des IV. Wahlkreises spreche ich kein Wort. Sie gibt uns keine Richtschnur. Man kann aus ihr machen, was man will. Ich schlage Ihnen vielmehr folgende Resolution vor:

Der Parteitag muß es auch jetzt noch wiederholt ablehnen, die Konsumgenossenschaften als ein Element der Parteiorganisation aufzunehmen. Er anerkennt jedoch, daß

gutgeleitete Konsumgenossenschaften an manchen Orten und unter gewissen Umständen der Arbeiterschaft nützlich sein können. Er anerkennt weiter, daß es vielfach im Interesse der organisirten Arbeiter liegt, ihren Einfluß in den Wirthschaftsgenossenschaften geltend zu machen und die Führung nicht indifferenten oder gegnerischen Elementen zu überlassen.

Der Parteitag lehnt jede Verantwortung der Partei als solcher für die Konsumvereine ab, erklärt es aber für in hohem Grade wünschenswerth, daß den bestehenden Genossenschaften ein kaufmännisch und juristisch fachkundiges Organ (fachliche Inspektion) berathend und helfend zur Seite stehe, um sie und die betheiligten Arbeiter vor Schaden zu bewahren.

Der Parteitag erklärt es als selbstverständliche Pflicht aller in Konsumgenossenschaften thätigen Genossen, energisch dafür einzutreten, daß den Angestellten angemessene Löhne, Sonntagsruhe und anständige Arbeitsbedingungen gewährt werden.

Mit dem ersten Theil der Resolution soll der Bannfluch von denjenigen Genossen genommen werden, die sich mit Konsumvereinen beschäftigen. Heute ist jeder Genosse, der in einem Konsumverein thätig ist, ein Genosse zweiter Güte. Er wird von vornherein als verdächtig angesehen. Ich gestehe allerdings ohneweiters zu, daß eine große Anzahl dieser Genossen dieses Urtheil verdient hat, und zwar darum, weil sie die Thätigkeit in diesen Konsumvereinen als Invalidenversorgung angesehen haben, als Ruheposten, wo sie nichts mehr für die Bewegung machen. Wir haben aber noch eine Reihe anderer derartiger Invalidenhäuser, zum Beispiel die Krankenkassen, in denen auch zahlreiche Genossen für die Bewegung verlorengehen. Wir müssen von den Genossen in den Konsumvereinen doppelt und dreifach verlangen, daß sie in der Partei thätig sind.

Ich wollte mit meiner Resolution nicht mehr als die allgemeine Grundlinie ziehen, ich wollte nicht mehr als die Verrufserklärung, die auf den Genossenschaften lastet, aufgehoben wissen. Die Partei kann die Genossenschaften nicht herausreißen, sie braucht sie aber in der Entwicklung nicht mehr zu hindern. (Beifall.)

Korreferent **Schuhmeier**: Ich nehme gegen die Konsumvereine eine viel entschiedenere Haltung ein als Genosse Adler, und um diese Stellungnahme motiviren zu können, wurde ich zum Korreferenten bestimmt. Genosse Adler erwähnte, daß die Frage der Konsumvereine auf jedem Parteitage immer wieder an uns herantritt, und behauptete, daß die Freunde der Konsumvereine immer zahlreicher würden. Ich erlaube mir das ganz bestimmte und konkrete Gegentheil zu behaupten, und erkläre, daß sich gerade in den letzten zwei Jahren die Gegner der Konsumvereine stark vermehrt haben. Gegenüber dem großen Anlaufe des Jahres 1897 ist jetzt eine Ernüchterung eingetreten, der Hoffnungsrausch von damals ist verflogen, und die Sache wird gegenwärtig von einem ganz anderen Gesichtspunkt behandelt.

Genosse Adler hat eine ganze Reihe von Argumenten für die Konsumvereinsbewegung angeführt, und nahezu alle kann ich auch für mich in Anspruch nehmen, der ich ein Gegner der Konsumvereine bin. Sobald seine Theorie in Praxis umgesetzt werden soll, wird sie so grau, daß den Anhängern dieser Bewegung davor grauen muß. Adler sagt, die Konsumvereinsbewegung ist immer eine gute Institution, weil sie zugleich eine Organisation ist, aber Adler mußte selbst hinzusetzen, daß die Konsumvereine auch unsere Prinzipien vertreten müssen, die heute in ihnen nicht zu finden sind. Und in dieser Prinzipienlosigkeit liegt der Grund jener Erscheinungen, die wir in so vielen Konsumvereinen in Oesterreich finden. In den Konsumvereinen wurden nicht bloß Genossen untergebracht, weil sie gemaßregelt worden waren, sondern wir finden, daß einzelne Konsumvereine, um den Konsumverein zu erhalten, um ihn vor jedem schiefen Licht zu bewahren, um die Arbeitskraft dort so recht ausbeuten zu können, den Parteigenossen ziemlich deutlich verboten haben, für die Partei auch nur eine Hand zu rühren. Es gibt Konsumvereine, die sich nicht einmal mit der Kolportage von Parteiblättern befassen mögen. Die Jagd nach der Dividende tödtet jedes Prinzip, erschlägt die Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit. Durch die Konsumvereine soll auch der Lebensmittelwucher, die Verfälschung der Lebensmittel hintangehalten werden; aber thatsächlich gibt es nur wenige in Oesterreich, die diesem Versprechen auch gerecht werden. Bei den meisten wird dieses Prinzip als Aushängeschild verwendet, verschwindet aber schon nach wenigen Wochen. Wenn ich für diese meine Behauptung keine konkreten Thatsachen anführe, werden Sie das begreiflich finden, ich könnte

höchstens von jenen Konsumvereinen reden, die schon eingegangen sind. Aber es sind Thatsachen, die sich nicht ableugnen lassen, daß in vielen Vereinen anstatt Butter, anstatt Schmalz u. s. w. ganz andere oder minderwerthige Produkte verkauft wurden. (Dr. Ellenbogen: Schwindler gibt es überall!) Wir haben da zum Beispiel in Wien die „Brüderlichkeit" gehabt, und die Genossen könnten manches davon erzählen. So lange man theoretisch über die Konsumvereine beräth, wird man zugeben müssen, daß im Genossenschaftswesen viel Gutes liegt, und die Frage ist gerechtfertigt, wieso es kommt, daß gerade in Oesterreich so traurige Erscheinungen auftreten. Adler meint, das seien Kinderkrankheiten, aber ich behaupte, daß sie nicht werden überwunden werden und der Arzt für sie auch nicht in einem Verbande gelegen ist, den Adler uns vorschlägt. Jene Schwärmer für die Konsumvereine verlangen von uns nicht theoretisch-wissenschaftliche Darlegungen, sondern sie verlangen von uns, daß sich der Parteitag direkt dahin ausspreche: Die Konsumvereine werden als Parteisache erklärt, und es sei Pflicht jedes Parteigenossen, irgend einem Konsumverein anzugehören. Genosse Adler hat sehr viel statistisches Material gesammelt, und ich weiß nicht, warum er es nicht vorgelegt hat. Er hat sich sein Material von jenen Konsumvereinen verschafft, die heute noch existiren und die Aussicht auf Weiterbestand haben. Ich hingegen habe mein Material von jenen Konsumvereinen gesammelt, die schon eingegangen sind, und von jenen Genossen, die durch ihren Niedergang schmählich um ihre paar hundert Gulden gekommen sind. Wollte ich Ihnen meine Ziffern vorlegen — Sie würden davor zurückschaudern. Im Genossenschaftswesen liegt theoretisch eine Organisation; sowie Sie das aber in Praxis umsetzen, ergibt sich das Fazit, daß durch die Konsumvereine nicht eine Organisation geschaffen, sondern durch ihre Gründung bestehende und gut fundirte sozialdemokratische Organisationen zerstört wurden. (Sehr richtig!) Ich spreche nur von Niederösterreich, wo ich solche Erfahrungen gemacht habe. (Rufe: Anderswo auch!) Wir hatten Orte in Niederösterreich, wo ganz hübsche sozialdemokratische Organisationen bestanden haben. Gänzlich unfähige Leute haben sich da gegen die Absicht der Partei vorgedrängt und haben Konsumvereine gegründet. Von Orten, wo man zu klug war, um an eine Gründung zu gehen, sind sie aufs Land hinausgegangen, haben unter den Bauern Mitglieder angeworben und Genossenschaften mit unbeschränkter Haftung gegründet. In Orten, wo wir früher offen als Sozialdemokraten aufgetreten sind, dürfen wir uns heute nicht blicken lassen, weil die Leute dort bei diesen Genossenschaften mit unbeschränkter Haftung hunderte von Gulden verloren haben.

Wo die Konsumvereine übereilig gegründet wurden, haben sie Schaden angerichtet. Wenn man einwendet, warum sich die Partei nicht um die Konsumvereine kümmert, ist zu bedenken, daß wenn auch die Partei erklärt: Gründet an diesen und jenen Orten keine Genossenschaften, einzelne Personen doch immerhin im Stande sind, wenn sie die Konsumvereine als etwas so Rosiges hinstellen, solche Gründungen zu veranlassen. Wir fanden, daß Konsumvereine, die gegründet wurden, um einem angeblichen Bedürfniß abzuhelfen, in der That nur Menschen, die gemaßregelt wurden, eine Existenz verschaffen sollten. Wir haben in Niederösterreich Leute an der Spitze von Genossenschaften, die vollständig unfähig sind, vom Markte nichts verstehen, die sich schlechte Produkte anhängen lassen, die kein richtiges Wort schreiben können, und durch die die Partei blamirt wird. Es wird dann gesagt: Wie der ist, sind alle.

Um nicht mißverstanden zu werden, erkläre ich, daß auch ich gegen lebensfähige Konsumvereine nichts einzuwenden habe, daß ich durchaus nicht wünsche, daß durch meine Stellungnahme eine Schädigung der gut fundirten Institute eintreten soll. Aber wir dürfen uns über die gute Fundirung auch nicht täuschen lassen. Es gibt Genossenschaften, die Dividenden zahlen und die Wechsel schuldig bleiben. Da ist der Krach unausweichlich.

In der letzten Zeit hat die Gründungswuth nachgelassen, und wir können heute ruhiger über die Frage diskutiren. Adler war gezwungen, heute dort, wo er die praktische Seite der Frage berührt hat, genau dieselbe Haltung einzunehmen wie ich. Neumann sagte auf dem Wimberger-Parteitag, Adler habe die Krankheit — das ist ein schlechter Ausdruck, er ist Gott sei Dank recht gesund und wird uns noch recht lange erhalten bleiben (Heiterkeit) —, immer durchzuschwimmen. Er

meinte auch heute, wir können nicht scharf genug unseren Standpunkt präzisiren. Auch ich sage das; meine aber, wir können nicht scharf genug erklären, daß wir die leichtfertige Gründung von Konsumvereinen von vornherein als schädlich bezeichnen. Adler ist praktisch geworden und erklärt, man kann die Frage nicht von sich weisen, und sinnt auf Abhilfe. Was er aber da vorgeschlagen hat, ist furchtbar mager. Das Einzige ist die fachmännisch geschulte Leitung, der Rathgeber, der im Verbande zu suchen sein soll. Ein solcher besteht aber bereits, und ich behaupte, daß ich und andere in diesen Verband nicht das Vertrauen setzen, daß er der Rathgeber sein könnte, so lange dort nicht ein gründlicher System- und Personenwechsel platzgreift.

Wer soll nun der Rathgeber der einzelnen Genossenschaften werden? Nicht die Partei, auch nicht die Parteivertretung. Ja, wer denn? Wir verlangen einen Rath von einem Arzte, der nichts versteht, von dessen Unkenntniß wir überzeugt sind. Die Resolution Adler nimmt im ersten Satz Stellung gegen die Konsumvereine und im nächstfolgenden Satze kommt wie immer das berühmte Adler'sche „Aber". (Heiterkeit.)

Den Antrag der Prager Handelsarbeiter kann ich nicht unterstützen, nicht etwa deshalb, weil der Achtstundentag darin ist. Ich bin für den Achtstundentag auch für die Arbeiterkonsumvereine, und zwar so, daß die Arbeiter durch die richtige Zeiteintheilung davon auch profitiren. Merkwürdig ist, daß Adler in einer Institution, die Partei-Institution sein soll, den Achtstundentag verleugnen muß. Und unsere Parteigenossen sollen da Konsumvereine unterstützen, wo sie wissen, daß in ihrer eigenen Werkstätte ihre Hauptforderung nicht verwirklicht erscheint? Adler kann sich für den Achtstundentag nicht erklären, und doch sehen wir, daß im Brünner Konsumverein der Achtstundentag eingeführt ist. Die Resolution der Prager Handelsarbeiter ist trotz der Unterstützung des Antrages in ihrem Organ unannehmbar. Die Prager Handelsarbeiter erwarten von unserem Parteitag, daß er ganz Bestimmtes in der Frage beschließen werde, und daß weder die Gründung von Konsumvereinen noch diese selbst als Privatsache erklärt werden. Die Genossen machen sich lustig und fragen, was denn noch alles als Privatsache werde erklärt werden: Religion, Konsumvereine 2c.? Sie sagen, man müßte dann auch die Krankenkassen als Privatsache erklären. Aber das ist gewiß etwas Anderes. Der Parteitag wird die Hoffnung der Prager Handelsangestellten, daß er die Konsumvereine als Parteisache erklären werde, gewiß nicht erfüllen.

Ich wünschte, daß überall dort, wo sozialdemokratische Organisationen bestehen, sobald sich die Absicht zeigt, Konsumvereine ins Leben zu rufen, der Vertrauensmann die Partei sofort hievon verständigen soll, auf daß man vor der Gründung warnen kann. Freilich kann es sich ereignen, daß der Vertrauensmann der Partei selbst zu den Gründern gehört. Ich bin daher außerdem dafür, daß auch die Kreisvertretungen sich mehr um diese Angelegenheiten kümmern und den Muth finden sollen, gegen Gründungen aufzutreten, wo nicht von vornherein die Garantie geboten ist, daß sich der Konsumverein behaupten kann. Ich erkläre auch jetzt nicht, daß ich gar keine Gründung von Konsumvereinen gutheißen kann. Es mag hunderte von Orten in Oesterreich geben, wo viele industrielle Arbeiter vorhanden, wo die Löhne nicht zu niedrig sind; da wäre es überall möglich (Ruf: Das ist das Schuhmeier'sche „Aber"! — Heiterkeit). Ja, aber das ist nicht so bedenklich wie das Adler'sche „Aber". Wir können gewiß nicht von vornherein sagen: wir beschließen und dekretiren feierlich, daß keine Konsumvereine zu gründen sind, weil ich prinzipiell der Ansicht bin, daß eine Zeit kommen wird, in der wir die Konsumvereinsgründung und die Konsumvereinsbewegung selbst werden ins Leben rufen müssen. Wir werden doch nicht immer und immer bei unseren Gegnern einkaufen. (Gelächter.) Da gibt es nichts zu lachen. Es kann sich gewiß in zehn oder fünfzehn Jahren ereignen, daß die Klassengegensätze so scharf geworden sind und wir über so viel geistiges Material verfügen, um erklären zu können, jetzt werden wir bei uns selbst kaufen. Heute aber haben wir das Geld und die Kräfte hiezu nicht, und ebenso wie wir vor zehn Jahren noch nicht jene Entwicklung und Ausbreitung in der Partei hatten wie heute, so werden wir vielleicht in zehn oder fünfzehn Jahren über jenes geistige Material verfügen, das uns heute noch fehlt. Aber heute einen Beschluß zu fassen und zu sagen: wir heißen das gut, wir sind

dafür und lassen uns dadurch von aller anderen momentanen Arbeit ablenken, das geht nicht. Was Adler von Belgien behauptet, ist richtig, aber in Oesterreich haben wir nicht einmal jene Vorbedingungen, die nothwendig sind, um solche Konsumvereine zu gründen, wie sie Adler hier anführt. Es wurde deshalb auch auf dem Wimberger-Parteitag ein Antrag eingebracht, daß die Genossen im Parlament dafür sorgen sollen, daß die gesetzliche Grundlage hiefür geschaffen werde. Ich zweifle nicht daran, daß die Genossen alles Nöthige thun werden, aber heute sind die Bedingungen nicht gegeben.

Ich war früher ein viel schrofferer Gegner in dieser Sache. Ich bin ruhiger geworden, und diese Ruhe rührt her von der Ueberzeugung, die ich durch das Material gewonnen habe, das dagegen spricht, daß sich die Partei für die Konsumvereinsbewegung erklärt. Ich habe beispielsweise auf dem Wimberger-Parteitag vorsichtig gesagt, die besten Produktivgenossenschaften dürften in Wien die Hutmacher, Schuhmacher und Bäcker sein. Diese Vorsicht war gut, denn thatsächlich sind heute die Bäcker und Schuhmacher schon zugrunde gegangen.

Ich werde die Resolution Adler noch eingehender studieren, vielleicht verständigen wir uns zu einer gemeinsamen Resolution. Das Eine aber kann ich erklären, daß ich mich direkt als Gegner von Konsumvereinsgründungen erkläre, dort wo die Bedingungen hiefür nicht gegeben sind. Bezüglich des Antrages des VI. Wahlkreises bin ich der Ansicht, daß man sich auch die Leute genau ansehen muß, die die Leitung übernehmen, und ich sehe nicht ein, warum man da weniger rigoros sein soll als bei Gründung von Parteiblättern. Ich ersuche Sie, mit derselben Objektivität, wie dies Adler und ich gethan, in die Sache einzugehen. (Bravo! Bravo!)

(Zu diesem Punkte sind 23 Redner vorgemerkt.)

Dittrich (Wien): Dr. Adler hat von Parteigenossen zweiter Güte gesprochen. Ich erkläre, auch zu diesen Parteigenossen zu gehören, die sich in Konsumvereinen bethätigt haben. Es ist leider der Fall gewesen, daß Parteigenossen, die für Konsumvereine gearbeitet haben, bespöttelt und verdächtigt wurden. Mit den Ausführungen Dr. Adler's bin ich im großen Ganzen einverstanden, nicht so mit denen Schuhmeier's, mit dessen Argumenten ich mich nicht identifiziren kann. Wenn Schuhmeier sagt, Adler habe sich mit der Sache bloß theoretisch beschäftigt, so glaube ich, Schuhmeier habe sich mit ihr weder theoretisch noch praktisch befaßt. Er erklärt, für ihn sei die Prinzipienlosigkeit der Konsumvereine entscheidend, er sagt, daß die Konsumvereine heute für unsere Partei nichts leisten, für sie im Gegentheil nur schädlich sein können. Wir geniren uns allerdings nicht, zu sagen, daß dort, wo Parteigenossen hinkommen, nicht jenes geschäftliche Verständniß herrscht, das bei einem Unternehmen nöthig ist. Aber damit ist es noch nicht begründet, zu sagen, die Konsumvereine seien nicht werth, daß man sich mit ihnen beschäftige. Wir haben auch in unserer gewerkschaftlichen Organisation Leute, die keine Sozialdemokraten sind, auch dort müssen die Leute erst erzogen werden, und ebenso müssen wir auch in den Genossenschaften eine erzieherische Thätigkeit entfalten. Das könnte geschehen, wenn, anstatt Dividenden zu zahlen, erzieherische Vorträge gehalten, wenn die Leute aufgeklärt würden, daß die Dividenden nichts Anderes sind als eine Ueberzahlung der in Empfang genommenen Waaren. Wir haben heute schon Vereine, die ihre Mitglieder soweit aufgeklärt haben, daß diese nicht mehr sechs Perzent, sondern drei bis vier Perzent nehmen und das übrige für andere Zwecke verwenden lassen. Es wurde auf die Gründungsperiode vor zwei Jahren hingewiesen und gesagt, daß die Partei dadurch gelitten habe. Daran aber ist nicht das System schuld, sondern jene Genossen, die an die Spitze der Unternehmungen gestellt wurden. Die ablehnende Haltung, die man den Konsumvereinen gegenüber eingenommen hat, haben die Leute benützt, um unter dem Scheine von Opposition einen Einfluß zu gewinnen. Es ist die Leistungsunfähigkeit der Genossen in den Konsumvereinen ins Treffen geführt worden. Darüber darf man sich nicht wundern, denn jeder, der hingegangen ist, ist über die Achsel angeschaut worden. Man mußte die Leute förmlich bitten, eine Funktion im Aufsichtsrathe u. s. w. zu übernehmen. Es wurde gesagt, daß man zu dem Verbande der Arbeiter der Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften kein Vertrauen habe. Da wäre es nöthig gewesen, aus der Reserve etwas herauszutreten, um zu sagen, wo

die Krankheit steckt. Es sind aber thatsächlich nichts als Tratschereien, die auch andere Organisationen zugrunde gerichtet haben.

Krainz (Reichenberg): Die Wahlkreisvertretung hat sofort nach Bekanntgabe der Tagesordnung über die Konsumvereine Umfrage gehalten, und es wurde uns gemeldet, daß die Partei von keinem dieser Vereine einen Nutzen gehabt habe; im Gegentheil, man mußte es schon als günstig bezeichnen, wenn ein Konsumverein die Partei nicht geschädigt hat. Wir haben stets, sobald wir von der Gründung eines Konsumvereines hörten, dagegen Stellung genommen. Sie können im „Freigeist" das Inserat eines Konsumvereines lesen, der einen Lagerhalter sucht, dem er für vierzehn Tage 13 fl. Lohn zahlen will. (Hört!) Ich habe mit den Leitern der großen Konsumvereine in Dresden gesprochen, die ebenfalls die entschiedensten Gegner der Konsumvereine sind, weil aus diesen nur Zwistigkeiten und Streit entspringen. Ich gebe zu, daß Konsum- und Produktivgenossenschaften für die Partei von Nutzen sein können, und darum wollen wir sie nicht absolut verwerfen, ich bin aber beauftragt, für jene Resolution zu stimmen, die fordert, daß wenigstens die Schädigung der Partei durch die bestehenden Konsumvereine so viel als möglich hintangehalten werde.

Fröhlich (zur Geschäftsordnung) beantragt, daß bei diesem Punkt die Redezeit auf fünf Minuten beschränkt und Schluß der Rednerliste ausgesprochen werde.

Beide Anträge werden angenommen.

Krejci (Pilsen, tschechisch): Die Erfahrungen in unserem Wahlkreis haben uns belehrt, daß die Partei am besten thut, wenn sie sich um die Konsumvereine gar nicht kümmert. Es sind auch sehr oft nicht die Bedürfnisse der Arbeiter, die die Gründung von Konsumvereinen veranlassen, sondern die Bedürfnisse einzelner Leute, die Posten erhalten möchten. Wir haben in unserem Wahlkreis einen entsprechenden Beschluß gefaßt, und es hat sich bald bei dem Krach eines Konsumvereines gezeigt, wie recht wir hatten. So schnell die Konsumvereine wachsen, ebenso schnell machen sie auch wieder Bankerott. Und dann werden zahlreiche Genossen um ihre letzten elenden Habseligkeiten gebracht. Die Existenz von Konsumvereinen läßt sich bei der heutigen wahnsinnigen Konkurrenz nicht sichern. Ich stelle daher den Antrag:

Die Partei hat mit den Konsumvereinen nichts gemein.

Adelheid **Popp** (Wien): Ich verkenne nicht, daß die Konsumvereine an manchen Orten nützlich wirken, in ihrer großen Mehrzahl aber haben sie die Partei nur kompromittirt. (Sehr richtig!) Bei vielen ist sogar die Qualität und die Quantität der Waare eine schlechtere, als sie bei den Privatunternehmungen zu finden ist. Schon daraus geht hervor, daß sie für die Partei nichts Ersprießliches leisten. Wenn wir aber dabei noch sehen, daß in diesen Konsumvereinen eine Arbeitszeit von zwölf bis sechzehn Stunden gefordert und Wochenlöhne von 7 bis 8 fl. gezahlt werden, dann muß man sie geradezu als für die Partei schädlich bezeichnen. Sie wirken insofern auch kompromittirend, als eine Anzahl von Parteigenossen in der Verwaltung der schlecht geleiteten Konsumvereine thätig ist. Mich kann die Resolution Adler nicht befriedigen; ich meine, es muß klarer ausgesprochen werden, was wir bei der Gründung von Konsumvereinen verlangen. Wenn die Genossen einen Konsumverein gründen, dann müssen sie auch so viel Vertrauen und Disziplin haben, sich zuvor der Zustimmung der Partei zu versichern, die zu beurtheilen in der Lage ist, ob die nothwendigen Voraussetzungen vorhanden sind.

Die Resolution der Handlungsgehilfen halte ich in einzelnen Punkten nicht für annehmbar; ich bin selbstverständlich für den Achtstundentag, bezweifle aber, ob es unter den heutigen Verhältnissen möglich ist, die volle sechsunddreißigstündige Sonntagsruhe bei den Konsumvereinen durchzuführen. (Bravo! Bravo!)

Skaret (Wien): Genosse Dr. Adler meinte, daß die letzte „Gründungsperiode" für die Organisation insoweit schädlich war, als alle mit dem Niedergange der Konsumvereine verbundenen Nachtheile immer auf das Konto unserer Partei geschrieben wurden. Das ist richtig. Ich glaube aber, diese schwindelhafte Konsumvereinsbewegung hat noch einen anderen Nachtheil gehabt, den nämlich:

daß an vielen Orten, wo die Konsumvereine zugrunde gegangen sind, eine seit Jahren mühsam aufgebaute Organisation niedergerissen wurde und es auf Jahre hinaus nicht möglich sein wird, dort wieder festen Fuß zu fassen. Genosse Schuhmeier hat auch gemeint, die Konsumvereine seien auch deshalb nicht zu befürworten, weil sie nicht einmal die von den Handlungsgehilfen aufgestellten minimalen Forderungen erfüllen. Da würde ich doch bitten, über die Konsumvereine etwas milder zu urtheilen. Innerhalb der heutigen privatkapitalistischen Produktionsweise können sie eben keine sozialistischen Inseln bilden. Das eine steht fest: wenn diese Remunerations- und Dividendenwirthschaft beseitigt würde, wäre es möglich, daß sie den Forderungen ihrer Angestellten weit mehr entsprechen könnten. In Oesterreich mangelt den Konsumvereinen eines, was die ausländischen Konsumvereine in hohem Maße besitzen: die Solidarität der Mitglieder. Wir sehen seit Jahren einen Niedergang der Konsumvereine, weil eben die Konsumvereinsbewegung nicht in dem Maße von dem Gedanken des Klassenkampfes durchdrungen ist, wie dies der Fall sein müßte, damit sie zu einem Erfolge für die Partei führen könnte.

Katscher (Teplitz): Ich gebe zu, daß in unserer Resolution einige besondere Schärfen enthalten sind, und will auch anerkennen, daß nicht alle Konsumvereine in Oesterreich schädlich sind, wohl ist das aber bei den meisten der Fall. Genosse Schuhmeier sagt, schlechte Konsumvereine sind schlecht, aber gute Konsumvereine sind nicht schlecht. (Heiterkeit.)

Wir sagen, wenn Konsumvereine bestehen, so müssen sie jene Forderungen erfüllen, die wir zu stellen berechtigt sind, und von diesem Standpunkt aus halte ich die Resolution des Genossen Dr. Adler für zu wenig energisch. So halte ich zum Beispiel die Forderung nach Einhaltung der vollständigen Sonntagsruhe für vollkommen durchführbar. Genosse Schuhmeier meint weiter, wenn man sich auch heute gegen die Konsumvereine wendet, vielleicht werde man sie in zehn bis fünfzehn Jahren brauchen. Machen Sie, was Sie wollen. Mit den Konsumvereinen verhält es sich so wie mit den Leuten, die Alimente für Kinder zu zahlen haben, die nicht ihnen gehören. Unsere Gegner schwören, daß die Konsumvereine Kinder der sozialdemokratischen Partei sind, und alles, was diese Konsumvereine verschulden, wird dann der Partei in die Schuhe geschoben. Sicher ist, daß die Handelsangestellten, wenn schon nicht als solche, so doch als Sozialdemokraten, ein Interesse an dieser Frage haben. Wir wünschen vor allem, daß die Konsumvereine nicht der Mittelpunkt jener Bestrebungen werden, die wir häufig in Instituten ähnlicher Art finden, wo die Angestellten ebenso ausgebeutet werden wie in den kapitalistischen Unternehmungen.

Job (Lieben) beantragt Schluß der Debatte.

Der Antrag wird mit 37 gegen 35 Stimmen angenommen.

Adler (zum Schlußwort): Schuhmeier hat mir wieder einmal den Vorwurf gemacht, daß ich „mitten durchschwimme“. Wahr ist allerdings, daß ich mich bemühe, bei allen Dingen beide Seiten zu sehen. So mache ich es auch bei den Konsumvereinen. Wir können den Parteigenossen nicht den Rath geben, Konsumvereine zu gründen, es wäre aber ebenso verfehlt, zu sagen, daß sie sich um die Konsumvereine nicht zu kümmern haben. Das ist keine Halbheit, das ist nur die vernünftige Vermittlung. Wir sagen: Ihr dürft die Konsumvereine nicht den Gegnern überlassen; ihr dürft aber auch nicht aufhören, in der Gewerkschaft und in der Partei thätig zu sein, und ihr dürft nicht glauben, daß ein Konsumverein auf jeden Fall gegründet werden muß. Genosse Kristan hat mich darauf aufmerksam gemacht, daß bei ihnen eine Konsumvereinsbewegung existirt, die von den Klerikalen ausgeht und unsere Bewegung sehr schädigt, und daß sich unsere Genossen nur dadurch wehren können, daß sie aktiv eingreifen, um etwas Wasser auf ihre Mühle zu leiten.

Genosse Schuhmeier hat eine Reihe von Argumenten angeführt, die direkt für mich sprechen. Wenn es vorkommt, daß Genossen in den Konsumvereinen für die Partei nicht thätig sind, ja daß es ihnen manchmal von der Leitung verübelt wird, wenn sie thätig sind, so spricht das ja dafür, daß unsere Parteigenossen verpflichtet werden sollen, in die Konsumvereine zu gehen und dort Ordnung zu machen. Wir können nicht verlangen, daß die alten Spießer, denen wir die Konsumvereine bisher überlassen haben, daß diese Krämerseelen Verständniß haben für

unsere Ziele. Da müssen wir eben selbst eingreifen. Es wurde weiter gesagt, daß die Konsumvereine Arbeitskräfte der Partei für sich absorbiren. Das ist richtig, das gilt aber nicht nur von den Konsumvereinen, und ich mache Sie aufmerksam, daß dasselbe Argument sehr lange den Gewerkschaften in erster Linie entgegengehalten wurde. Aber in dem Maße, als sich die Partei auf die Gewerkschaften geworfen hat, hat die Partei aus den Gewerkschaften eine Menge Kräfte gewonnen, die sie früher nicht hatte. Die Anleihe an Arbeitskräften, die die Gewerkschaften im Anfang bei der Partei gemacht haben, haben sie uns heute schon reichlich zurückgezahlt. Ebenso wird es mit den Konsumgenossenschaften gehen. Ich verweise nur auf andere Länder, vor allem auf Belgien. Dort nahmen den allerersten Rang in der Partei Genossen ein, die zugleich Leiter von Genossenschaften waren: Jean Volders, Anseele, Van Beveren u. s. w. Ich weiß, daß man das nicht im Fluge erreichen kann, aber möglich ist es, und man soll es nicht unmöglich machen.

Ich konstatire mit Genugthuung, daß sich Genosse Schuhmeier nicht prinzipiell gegen die Konsumvereine ausgesprochen hat. Er steht allerdings noch unter dem Eindruck der letzten wirklich beklagenswerthen Ereignisse der Krachperiode. Es gibt aber heute schon Anzeichen einer Gesundung der Konsumvereinsbewegung. Wir haben als eine Hauptkrankheit die Dividendengier bezeichnet, und ich konstatire, daß wir hier auch die Anfänge einer sehr gesunden Bewegung unter den Konsumvereinen bemerken können. Im Statut des Landstraßer Konsumvereines ist eine Bestimmung enthalten, daß die Dividende höchstens 4 Perzent betragen darf; was darüber ist, muß zur Herabsetzung der Preise, zur Vermehrung des Anlagekapitals und zu anderen nützlichen Zwecken verwendet werden.

Was den Verband betrifft, bin ich mit Schuhmeier vollkommen einverstanden, daß der Verband, wie er heute ist, nicht mehr die Energie und die Initiative zu haben scheint, die er benöthigt. In dem Maße aber, als sich die Vereine durch geeignete Personen aus ihrer Leitung an dem Verband betheiligen werden, würden sie auch einen Einfluß auf ihn ausüben können, und wenn wir das Unsrige dazu thun, werden wir den Verband entweder in Stand setzen, leistungsfähig zu werden, oder wir werden ihn beseitigen und durch ein neues, besseres Organ ersetzen. Darüber kann der Parteitag natürlich nichts bestimmen.

Ich bin mit dem Genossen Schuhmeier übereingekommen, zu meiner Resolution folgenden Zusatz zu beantragen:

> Der Parteitag fordert die Vertrauensmänner und die Parteigenossen allerorts auf, der leichtfertigen oder ungenügend vorbereiteten Gründung von Konsumvereinen auf das energischeste entgegenzutreten und zu hindern, daß dadurch die Genossenschaftsbewegung diskreditirt und unvorsichtige Mitglieder geschädigt werden.

Gegen den Antrag Dietl erkläre ich mich entschieden. Wir können die Gründung von Konsumvereinen nicht offiziell von der Kreisvertretung abhängig machen, weil wir diese dann mitverantwortlich machen würden.

Den Antrag Zipfinger unterstütze ich. Dagegen bitte ich, den Antrag Krejci und den Antrag des IV. Wiener Wahlkreises abzulehnen.

Zum Schluß noch etwas zu dem Antrag der Handlungsgehilfen. Man soll die Mißstände in den Konsumvereinen zu beseitigen trachten, aber man betrachte nicht die Konsumvereine für die einzigen Karnikel. Denken Sie auch ein bischen an die Redakteure; deren Arbeitskraft wird auch nicht nach dem Marktwerthe, den diese Waare heute hat, sondern weit darunter bezahlt.

Schuhmeier (Wien): Ich weise den Vorwurf Dittrich's zurück, daß ich mich mit dieser Frage weder praktisch noch theoretisch beschäftigt habe. Zu dem, was Dittrich über den Verband der Konsumvereine sagte, muß ich ihn doch an den Austritt mehrerer Vereine, deren Leitung in Händen von Genossen ist, und deren Beitritt zum Wrabetz-Verband erinnern. Wie Konsumvereine gegründet werden, erhellt daraus, daß sich in Niederösterreich Konsumvereine gebildet haben mit dem Gelde von Leuten, die schon sehr anrüchig sind. Zum Schluß möchte ich noch daran erinnern, daß auf dem Wimberger-Parteitag auch beschlossen wurde, die Aufhebung der Fabriks- und Werkskonsumvereine anzustreben.

Es wird zur Abstimmung geschritten und hiebei die Resolution Adler sowie der Zusatzantrag Adler-Schuhmeier und der Antrag Zipfinger angenommen.

Sechster Verhandlungstag.

Vormittagssitzung (Beginn 9 Uhr 15 Minuten).

Vorsitzender **Popp** theilt bei Eröffnung der Verhandlung mit, daß die Gesammtexekutive, entsprechend dem ihr bei Punkt 5 zutheil gewordenen Auftrage, einen Vorschlag für die Wahl in die Kommission zur Revision des Parteiprogramms zu machen, folgende Genossen vorschlägt: Dr. Adler, Dr. Ellenbogen, Steiner, Daszynski und Schuhmeier.

Dieser Vorschlag wird einstimmig genehmigt und in die Weiterberathung des Punktes 6, Arbeiterschutz, eingegangen.

Referent **Hannich** wünscht, der Parteitag möge zunächst darüber beschließen, ob die Debatte nach Erstattung des Berichtes fortgeführt werden solle.

Vorsitzender **Popp** konstatirt, daß nur die der Kommission zugewiesenen Anträge zu diesem Punkte in Verhandlung stehen.

Zipfinger (Wien) hält es mit Rücksicht auf die kurz bemessene Zeit für entsprechend, daß der Referent zu jedem der vorgelegten Anträge Stellung nehme und hierüber sofort die Abstimmung eingeleitet werde. Zu jedem Antrage wäre höchstens je einem Pro- und Contra-Redner das Wort zu ertheilen.

Salamander (Lemberg) beantragt, die Redezeit bei diesem Punkte auf fünf Minuten abzukürzen.

Vorsitzender **Popp** meint, der Referent der Kommission möge dem Parteitage eine Uebersicht über die vorgelegten Anträge geben. Dadurch würde die Abstimmung über jeden einzelnen Antrag entfallen.

Zipfinger zieht seinen Antrag zurück.

Der Antrag Salamander wird angenommen.

Referent **Hannich**: Die Mehrzahl der Anträge ist so gehalten, daß sie entweder der Parteivertretung oder dem Verbande zugewiesen werden müssen. Die Anträge haben jedoch so verschiedenen Inhalt, daß es unmöglich ist, sie in einem Gesammtantrage zusammenzufassen. Es wäre daher am besten, wenn jetzt in die Debatte eingegangen und die Anträge im Einzelnen erst vor der Abstimmung verlesen würden.

Prähauser (Salzburg): Da ich noch am Vormittag abreisen muß, gestatten Sie mir, Ihnen den von uns eingebrachten Antrag, der allerdings erst beim letzten Punkte der Tagesordnung zur Verhandlung kommt, zur Annahme zu empfehlen.

Schweichart (Steinschönau): Wir sollten hier derjenigen nicht vergessen, die am meisten des Schutzes bedürfen, der Heimarbeiter, deren Zahl in Oesterreich noch viel größer ist als die der Bergarbeiter. Ich möchte daher bitten, daß sowohl von der Presse als auch vom Verbande und von den Gewerkschaften dieser Kategorie von Arbeitern eine größere Aufmerksamkeit zugewendet werde. Allerdings ist es ungemein schwierig, das Material zu verarbeiten, da man hier vielfach spezialisiren muß. Erlauben Sie mir, Ihnen in kurzem die Forderungen vorzuführen, die die Heimarbeiter im Reichenberger Handelskammerbezirke aufstellen. Vor allem verlangen unsere Glasarbeiter, daß die Arbeitszeit gesetzlich auf elf Stunden festgesetzt werde, während sie heute dreizehn bis fünfzehn Stunden arbeiten müssen. Weitere Forderungen sind die Durchführung der Sonntagsruhe, Verbot der Kinderarbeit, Kranken- und Unfallversicherung, Festsetzung einer zehntägigen Kündigungsfrist, für die Glasarbeiter der gesetzliche Musterschutz, Errichtung von Erwerbsgenossenschaften, Verbot von Abzügen ohne richterliche Entscheidung, überhaupt Klarstellung des rechtlichen Verhältnisses der Heimarbeiter zu den Fabrikanten

und Verlegern, Untersuchung der Werkstätten in Bezug auf ihre sanitären Verhältnisse und Errichtung von Gewerbegerichten.

Katscher (Teplitz): Da wir hier nicht die Möglichkeit haben, unsere Forderungen in ausführlicher Weise darzulegen, werden wir dies in unserer Fachpresse thun. Wenn unser Antrag der Parteivertretung zugewiesen werden wird, so möchte ich diese ersuchen, daß sie es nicht dabei bewenden lasse, den Beschluß des Parteitages lediglich zur Kenntniß zu nehmen, sondern daß sie auch thatsächlich unseren Forderungen so weit als möglich Rechnung trage. Es wird leider von den Genossen gegenüber der Organisation der Handelsangestellten nicht immer mit jener Objektivität vorgegangen, wie wir diese zu wünschen berechtigt zu sein glauben. Die Organisation der Handelsangestellten hat allerdings eine gewisse Schwäche, deren Ursache aber darin liegt, daß die Verhältnisse hier ganz andere sind, und daß es thatsächlich gerechtfertigt ist, wenn die Organisation der Handelsangestellten eine separate Behandlung verlangt. Die Handelsangestellten sind die Brücke, die in den Mittelstand hinüberführt, und ich bin der Ansicht, daß man die Mittelstandspolitik in unserer Partei nicht ganz beiseite lassen soll. Es wird an den Handelsangestellten gelegen sein, sich des Entgegenkommens der Genossen würdig zu zeigen. Ich möchte auch darauf hinweisen, daß die Provinzorganisation der kaufmännischen Arbeiter auf einem ganz anderen Standpunkt steht als die Organisation der Wiener Handelsangestellten. Die Provinzorganisationen sind wirthschaftliche, die Wiener Organisation ist eine politische Organisation. (Widerspruch.) Da ist es nun das Bestreben der Handelsangestellten in der Provinz, den Wiener Handelsangestellten wirthschaftliche Belehrungen zu ertheilen.

Kräukl (Falkenau): In unserem Antrag verlangen wir Schutz für die Berg- und Hüttenarbeiter gegenüber den maßlosen Chikanirungen der Unternehmer. Ich könnte Ihnen Fälle anführen, die es rechtfertigen, wenn in unserem Revier eine stete Streikbewegung herrscht. Vielleicht wird heute noch eine Depesche einlaufen, daß der Streik der Bergarbeiter zur Thatsache geworden ist. In Falkenau wurden Genossenschaftsdelegirte, die allerdings Sozialdemokraten sind und es als solche mit ihrer gesetzlichen Verpflichtung, für die Arbeiter einzutreten, ernst nehmen, gemaßregelt. Vor drei Wochen verlangte ein Genossenschaftsdelegirter die Abschaffung verschiedener Uebelstände, die die Gesundheit und das Leben der Bergarbeiter bedrohen, und nachdem er seine Forderung mehrmals wiederholt hatte, wurde er gemaßregelt. Es kam ein Oberbergrath, der in der Sache intervenirte, aber auch ihm gelang es nicht, den Direktor Urban umzustimmen und die grundlose Entlassung zurückzunehmen. Dieser Urban ist zugleich auch Präsident der Genossenschaft. Man sieht aber, wie ernst er es mit der Durchführung des Gesetzes nimmt, die er ja zu überwachen hat.

Ein zweiter Fall ist bei der Reichenauer Kohlengewerkschaft vorgekommen. Hier wurde der Delegirte Bleier entlassen, weil er verlangte, daß die Schichtzeit, die der Verwalter Pollak — ein Deutschnationaler — von zehn auf zwölf Stunden erhöht hatte, wieder auf zehn Stunden herabgesetzt werde. Der Verwalter nannte Bleier, den Delegirten, einen Hetzer. Dieser erklärte, nicht er hetze, sondern die Arbeiter werden durch die Bestimmungen und Verfügungen des Pollak aufgehetzt. Darauf ließ Pollak dem Delegirten die Entlassung ankündigen und trat auch klagbar gegen ihn auf. Bleier wurde vom Bezirksgerichte Falkenau zu achtundvierzig Stunden Arrest verurtheilt. Die Kündigung wurde allerdings wieder zurückgenommen, weil am anderen Tage die gesammte Belegschaft des Werkes erklärte, in den Streik zu treten, wenn die Entlassung nicht rückgängig gemacht werde. Noch eine Bemerkung: Ein Oberbergrath, der in der Sache intervenirte, erklärte, er wundere sich, daß es gerade im Falkenau-Ellbogener Revier so unruhig zugehe. Unsere Delegirten machten ihn aber darauf aufmerksam, daß dies seinen Grund darin habe, daß die Genossenschaftsdelegirten hier Sozialdemokraten seien, die es mit der ihnen gesetzlich übertragenen Pflicht, für die Interessen der Arbeiter einzutreten, thatsächlich ernst nehmen, was in den anderen Revieren nicht der Fall sei.

Adelheid **Popp** (Wien): Ich fürchte, meine Anträge nicht genügend begründen zu können, weil ich auf kurze Reden nicht eingerichtet bin. (Heiterkeit.) Die Frage des freien Samstagnachmittags für die Arbeiterinnen ist bisher in Oesterreich noch niemals erörtert worden und Manche fassen diese Forderung viel-

leicht so auf, als verlange das Frauen-Reichscomite für die Arbeiterinnen ein Privilegium, es ist aber so lange kein Privilegium, als die Frau, trotzdem sie Lohnarbeiterin ist, auch die Arbeiten des Haushaltes machen muß. Durch den freien Samstagnachmittag wird erst die Vorbedingung für die Arbeiterin geschaffen, sich den gewerkschaftlichen Organisationen anzuschließen, wenn sie wenigstens an einem Abende in der Woche über ihre Zeit verfügen kann, was heute nicht der Fall ist. Der freie Samstagnachmittag ist auch die Vorbedingung für die vollständige Sonntagsruhe im Handelsgewerbe; erst dann wird die Arbeiterin auf jeden Einkauf am Sonntag verzichten können, wenn ihr der freie Samstagnachmittag zur Verfügung steht. Diese Forderung ist anderwärts keine Neuerung. Sie ist in England verwirklicht, wo ja auch vollständige Sonntagsruhe eingeführt ist. In der Schweiz und in Deutschland und sogar in einzelnen Betrieben in Oesterreich besteht für die Arbeiterin die anderthalbstündige Mittagspause nicht als Privilegium, sondern um ihr eine kurze Spanne Zeit zur Erledigung ihrer häuslichen Arbeiten zu geben. Nur die extremsten Frauenrechtlerinnen sprechen sich gegen solche Forderungen aus, weil sie für die Arbeiterin keinen höheren Schutz wollen als für den Arbeiter, im Interesse der „Gleichheit“, wie sie sagen, thatsächlich vertreten sie damit nur die Interessen des Kapitals. Die Forderung nach Einführung von sachverständigen weiblichen Fabriksinspektoren werden Sie gewiß begreiflich finden. In den Berichten der Gewerbe-Inspektoren ist heute von den Beschwerden der Arbeiterinnen, wie wir sie oft hören, nichts enthalten. Speziell in Tabakfabriken wird die Arbeiterin nach Arbeitsschluß Untersuchungen unterzogen, die jedes Schamgefühl aufs tiefste verletzen. Wenn wir Inspektorinnen haben werden, werden die Arbeiterinnen ihren Geschlechtsgenossinnen sagen können, was sie einem Manne nicht sagen; erst dann wird die Oeffentlichkeit von diesen beschämenden Zuständen unterrichtet werden. Die Forderung nach dem passiven Wahlrecht der Frauen für die Gewerbegerichte ist gleichfalls gerechtfertigt, wenn auch eingewendet werden kann, daß bei Gewerbegerichten, wo die Vertreter der organisirten Arbeiterschaft sitzen, die Interessen der Arbeiterinnen gleichfalls vertreten werden. Ich bitte Sie, unsere Anträge anzunehmen und eine lebhafte Agitation in diesem Sinne zu entfalten.

Salamander (Lemberg) empfiehlt den Antrag der Prager Handelsarbeiterkonferenz, erklärt jedoch, für die galizischen Handelsangestellten, sich mit den Beschlüssen der Konferenz nicht zu identifiziren, weil sie zu dieser Konferenz nicht eingeladen wurden. Ein Reichsverband der Handelsangestellten ist gewiß nöthig, und wenn sich die Wiener Organisation dagegen stemmt, so werden wir einen solchen Verband ohne die Wiener einführen. Erst dann werden wir die volle Sonntagsruhe gemeinsam mit der organisirten Arbeiterschaft erkämpfen können.

Ausobsky (Wien): Die verschiedenen Wünsche auf Verkürzung der Arbeitszeit für die verschiedenen Branchen bilden einen großen Wunschzettel und sind auch gewiß alle sehr berechtigt. Wir haben uns aber hier nicht mit den Wünschen einzelner Industriegruppen zu beschäftigen, wir müssen uns vielmehr klar werden, was in bei der Arbeitszeit für die gesammte Arbeiterschaft zu geschehen hat. Es ist richtig, daß alljährlich am 1. Mai für den Achtstundentag demonstrirt wird, aber die übrige Zeit des Jahres beschäftigt sich die Partei nicht viel mit dieser internationalen Forderung. Aber gerade jetzt wäre ein sehr günstiger Zeitpunkt, um da einen Vorstoß zu machen. Schon bei der Berathung der letzten Novelle zur Gewerbeordnung hat der Abgeordnete Exner einen Antrag auf Einführung des Zehnstundentages eingebracht. Auf dem letzten Gewerbetag in Wien wurde der Zehnstundentag allerdings nur für die Fabriken gefordert und damit begründet, daß der Zehnstundentag für das Kleingewerbe ohnehin schon eingeführt ist. Es ist nöthig, daß wir vor dem 1. Mai eine große Bewegung für die Verkürzung der Arbeitszeit ins Leben rufen. Vorausgesetzt, daß das Parlament arbeitsfähig ist, soll ein Antrag eingebracht und durch eine lebhafte Propaganda im ganzen Reiche unterstützt werden. Es ist ja richtig, daß die Maifeier auch heute noch in vielen Gegenden gut durchgeführt wird, aber der Charakter der Feier ist nicht mehr so imposant wie vor einigen Jahren. Was wir zur Erreichung des allgemeinen Wahlrechtes jahrelang machen, soll auch ein paar Wochen zur Erreichung einer verkürzten Arbeitszeit geschehen. Anläßlich der Agitation zur Erlangung des Land-

tagswahlrechtes haben die Massenpetitionen in den Städten einen sehr respektablen Eindruck gemacht. Ebenso müssen wir auch für die Verkürzung der Arbeitszeit Sturmpetitionen einbringen. Wenn im ganzen Reiche schon jetzt Unterschriften gesammelt und alle diese Unterschriften vielleicht in einem großen Möbelwagen ins Parlament gebracht und feierlich überreicht würden, so würden wir die Maibewegung und die Bewegung zur Erreichung des Achtstundentages in hohem Maße fördern.

Müller (Graz): Der Achtstundentag ist besonders begründet in den Hüttenbetrieben Steiermarks, Kärntens, Krains u. s. w. Da wird mit Menschenmaterial Raubbau getrieben, die gesetzlichen Vorschriften, die nothwendigsten Bestimmungen des Arbeiterschutzes werden da trotz aller Anzeigen, trotz aller Interventionen nicht eingehalten. Es besteht hier eine 36-, 24-, 18stündige Arbeitszeit, wo die Leute umfallen und fortgetragen werden; an deren Stelle treten neue, denen es wieder so ergeht.

Die vorgeschriebenen Pausen werden nicht eingehalten, durch intensivere Arbeitseintheilung werden alle Schutzbestimmungen illusorisch gemacht. Es muß eine einheitliche Aktion eingeleitet werden, damit für die Hütten- und Hochofenarbeiter der Achtstundentag eingeführt werde. Insbesondere die tschechischen Genossen müssen den Hüttenbetrieben eine größere Aufmerksamkeit zuwenden. Dann wäre auch für Steiermark der Achtstundentag möglich. Wir hätten ihn auch bei den Hochöfen schon längst erreicht, aber da drohen uns immer die Herren: Wenn ihr nicht parirt, werden wir uns aus Böhmen Arbeiter kommen lassen. Wenn wir einheitlich vorgehen, so werden wir mit den Herren von der Prager Eisenindustriegesellschaft und werden auch mit jenen von der Montangesellschaft fertig werden, die untereinander verschwägert und versippt sind bis an die höchsten Spitzen.

Souček (Nürschan): Genosse Kränkl meint, daß sich die Bergarbeiter im Falkenauer Revier sehr rührig zeigen, und es klingt da der Verdacht heraus, als ob sich die anderen Bergarbeiter Oesterreichs nicht in der Weise für eine Verbesserung ihrer Lage einsetzen würden. Thatsächlich sind aber die Bergarbeiter Nordwestböhmens beispielsweise ebenso rührig wie die des Falkenauer Revieres. Besonders müssen wir uns heute im Interesse der Bergarbeiter dafür einsetzen, daß dieses schädliche Bruderladengesetz aufgehoben werde. Die Bergarbeiter, die sich zwanzig und dreißig Jahre in den Gruben geplagt und ihre blutig verdienten Kreuzer in die Bruderladen eingezahlt haben, werden auf das Pflaster geworfen, bekommen keine Arbeit und keine Pension aus der Bruderlade.

Prachensky (Innsbruck): Wenn eine Agitation zu Gunsten der Handelsangestellten eingeleitet werden soll, so müßte diese auch auf die Arbeiter der gesammten Lebensmittelbranche ausgedehnt werden. Beispielsweise haben die Arbeiter im Bäckergewerbe eine sechzehnstündige Arbeitszeit, sie haben keine Sonntagsruhe, keinen Ersatzruhetag. Wenn unsere Genossen dem Statthalter ihre Beschwerden vortragen, sagt er, er sei nicht unterrichtet, er müsse sich informiren.

Krapka (Wien): Ich habe einen Antrag gestellt, der von der Organisirung aller Partei-Angestellten handelt, und das ist kein Scherz von mir, sondern blutiger Ernst. Es muß hier ausgesprochen werden, daß Parteigenossen, die vielleicht zehn Jahre und mehr als Redakteure gewirkt haben, brotlos werden, denen eine Rückkehr in ihr Gewerbe unmöglich ist, und die vielleicht auch nie ein Gewerbe gelernt haben. Diesen Genossen muß ein ähnlicher Schutz geboten werden wie in anderen Fachvereinen. Viele Genossen Redakteure können ja in eine gewerkschaftliche Organisation gar nicht eintreten, weil nicht jeder ein Gewerbe gelernt hat. Unser Parteiprogramm bestimmt aber, daß jeder Parteigenosse einem Fachverein angehören solle. Wir sozialistischen Journalisten können nicht in die „Concordia", in den „Svatobor" eintreten, wo ja den bürgerlichen Journalisten ein genügender Schutz geboten ist. Aber auch wir bedürfen desselben Schutzes und derselben Unterstützung im Alter, vielleicht sogar mehr als jene hochmögenden Journalisten der bourgeoisen Parteien.

Hannsch (Sternberg): Es ist schon viel über Tabakarbeiterinnen gesprochen worden. In dem Wahlkreis, den ich vertrete, haben wir drei Tabakfabriken. Die Verhältnisse dort sind nicht besser als in den anderen Tabakfabriken, aber in

einer dieser Fabriken besteht ein Brauch, wie er in keinem Privatbetriebe vorkommen dürfte: Die Tabakarbeiterinnen müssen nämlich, bevor sie zu arbeiten anfangen, in der Fabrik beten. (Hört!) Was den Antrag Preußler betrifft, würde ich Sie warnen, dafür zu stimmen. Wir haben in vielen Betrieben schon eine geringere Arbeitszeit, und es geht nicht an, daß wir jetzt nur den Zehnstundentag verlangen.

Wir haben in Nordböhmen 12.000 bis 15.000 Hausweber, die einen Wochenlohn von 1 fl. 50 kr. bis 3 fl. haben, und bei denen ein fürchterliches Elend herrscht. Es wird nothwendig sein, daß diese Frage in der Presse sowie in den Versammlungen die nothwendige Beachtung findet. Es wurde eine ganze Reihe von Anträgen eingebracht, die den Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung bezwecken. Dagegen läßt sich nichts einwenden. Aber die beste Garantie für den Arbeiterschutz haben wir denn doch nur dann, wenn eine gute gewerkschaftliche Organisation besteht. Wenn die Genossin Glas verlangt, daß man sich in den Versammlungen mehr mit Arbeiterschutz und mit dem Schutze der Arbeiterin befasse, so muß ich darauf erwidern: Das ist im großen Ganzen bisher schon geschehen.

Sofie **Jobst** (Asch): Im Ascher Gebiet ist besonders die Textilindustrie entwickelt. In Asch, Graslitz, Zwodau u. s. w. kommen jede Woche Unglücksfälle vor, die nur dem Umstande zuzuschreiben sind, daß keine Arbeiterschutzvorrichtungen in den Fabriken bestehen. Wenn man weiter von geheimen Zeichen in Arbeitsbüchern gesprochen hat, so wissen wir auch in Asch ein Liedchen davon zu singen. Wenn sich jemand bei uns erlaubt, öffentlich in der Partei thätig zu sein, wird er entlassen und erhält ein geheimes Zeichen ins Arbeitsbuch. Auch in den Glas- und Porzellanfabriken ist es so. Wie mangelhaft in unseren Fabriken die Arbeiterschutzvorrichtungen sind, beweist ein Fall, der sich jüngst im Alt Rohlau abgespielt hat, wo ein 16jähriges Mädchen verunglückte. Die Rampenarbeiterinnen in Falkenau müssen unter freiem Himmel stehen, so daß ihnen die Kleider oft am Leibe anfrieren. Und auch im Nürschaner Kohlenbecken ist es nicht besser, dort müssen Frauen sogar bei Nacht arbeiten; im Erzgebirge müssen sich sogar Kinder im Alter von sechs bis zehn Jahren schon früh Morgens an die Arbeit setzen. Die Spitzenklöpplerinnen, Posamentierarbeiterinnen, Handschuharbeiterinnen, sogar Puppenmacherinnen — alle diese Heimarbeiterinnen im Erzgebirge und auch die Waldarbeiter gehören keiner Krankenkasse an. Ich stimme der Genossin Popp zu, die dringend die Einführung weiblicher Fabriksinspektoren verlangt hat.

Lotte **Glas** (Wien): Wenn jede kleinste Schutzbestimmung für die Arbeiterschaft von größter Bedeutung ist, so sind wir alle darüber einig, daß ausgedehnte Schutzbestimmungen besonders für die arbeitenden Frauen nothwendig sind. Ich muß da mein Bedauern darüber aussprechen, daß von der Partei im allgemeinen und vom Verbande sowie von den verschiedenen Gewerkschaften im besonderen — soweit die Agitation in Betracht kommt — für die Arbeiterinnen wenig geschehen ist. Auch in der Resolution des Referenten sind alle jene alten Bestimmungen von den früheren Parteitagen und aus dem Programm wiederum enthalten. Es sind aber eine Reihe von Bestimmungen, die in unserer Resolution enthalten sind, und auf die er von vornherein hätte kommen müssen, nicht darin enthalten. Es findet sich weder die Forderung nach weiblichen Fabriksinspektoren noch das gesetzliche Verbot von Nachtarbeit, Kinderarbeit u. s. w. darin. Ein Redner hat gemeint, daß sich die Arbeiterinnen um die Organisationen mehr bekümmern sollen. Wenn wir uns mehr bekümmern würden, den Arbeiterinnen die verschiedenen Forderungen in Bezug auf den Arbeiterschutz vorzutragen, Versammlungen einzuberufen, in denen wir ihnen die Wichtigkeit und die Bedeutung der weiblichen Fabriksinspektoren, sowie eines ausgedehnten Schutzes für schwangere Frauen auseinandersetzen, hätten wir weniger über die Indifferenz der Arbeiterinnen zu klagen. Mit einigen Worten möchte ich auch der Thätigkeit des Verbandes gedenken. Der Genosse Hannich hat hervorgehoben, daß die Vorbedingung für ernste Arbeit im Parlament fehlt. Aber auch so lange der Verband seine Thätigkeit entfaltet hat, haben wir Frauen nicht entdecken können, daß man sich irgendwie mit Arbeiterinnenschutz besonders befaßt hätte. Es ist zwar wahr, daß die Abgeordneten Resel und Rieger einzelne Unzukömmlichkeiten in Tabakfabriken vorgebracht haben, aber man hat in dieser Beziehung viel zu wenig gethan. Ich möchte wünschen, daß der Verband

insbesondere wegen der Tabakarbeiterinnen und der Heimarbeiterinnen etwas thue. Es ist bekannt, daß schwangere Frauen in Tabakfabriken geohrfeigt wurden, eine Brutalität, die jedermann empören muß. Ich will nochmals allen da ans Herz legen, daß Sie in Versammlungen besonders über den Arbeiterinnenschutz reden und dafür eine ausgiebige Agitation einleiten.

Pokorny (Brünn): Es ist eine allgemein bekannte Thatsache, daß unsere unzulängliche Arbeiterschutzgesetzgebung von den Unternehmern noch umgangen wird. Alle eingebrachten Anträge gehen aber dahin, daß diese Gesetzgebung noch verbessert werde. Nun zeigt uns aber die Statistik, welche Opfer die Vernachlässigung dieser Gesetze zur Folge gehabt hat. Ich möchte Ihnen ein Mittel in Vorschlag bringen, das geeignet wäre, die große Anzahl der Opfer zu verringern. Das ginge sehr leicht, wenn neben den politischen und gewerkschaftlichen Vertrauensmännern in den einzelnen Industrieorten auch solche angestellt würden, die sich lediglich mit der Ueberwachung der Betriebe und der Untersuchung der Beschwerden zu beschäftigen hätten. Unsere Vertrauensmänner können das nicht thun. Es sind auch bei uns in Brünn sehr viele Beschwerden eingelaufen, die aber nicht erledigt worden sind, weil keine Personen da waren, die dazu Zeit gehabt hätten.

Betty **Krapka** (Wien) [tschechisch]: Ich glaube, niemand von uns wird verkennen, wie dringend nothwendig die Bestellung von weiblichen Fabriksinspektoren ist. Hier in Brünn, wo so viele Textilarbeiterinnen beschäftigt sind, ist diese Nothwendigkeit ganz besonders in die Augen springend. Wir müssen selbstverständlich darauf beharren, daß die Arbeiterinnen auch ein Wort dreinreden, und daß Leute in das Inspektorat kommen, die sich in den Fragen des praktischen Lebens der Arbeiter auskennen. Hier in Brünn kam es sehr oft vor, daß sich die Arbeiterinnen nach ihrer Arbeitszeit noch Arbeit nach Hause nahmen. Auch die Ziegelarbeiterinnen müßten mehr geschützt werden. Die Ziegelarbeiterinnen müssen auch in der letzten Zeit der Schwangerschaft schwere Arbeiten leisten, und unter sechs Kindern kommt höchstens eines gesund zur Welt. Es müßte verboten werden, daß sie bis zur Niederkunft arbeiten müssen. Wenn Sie die Anträge zum Nutzen der Frauen heute annehmen, glauben Sie nicht, daß Sie dann schon genug gethan haben. Das ist oft genug geschehen. Aber wir müssen verlangen, daß auch wirklich eine Aktion in ganz Oesterreich eingeleitet werde. Wenn die Frauen geschützt sind, haben nicht nur die Frauen selbst, sondern die ganze Arbeiterschaft den Vortheil daran.

Referent **Hannich**: Bevor ich auf die einzelnen Anträge eingehe, will ich einige Worte auf die Einwände der Genossin Glas vorbringen, daß wir uns mit dem Arbeiterinnenschutz zu wenig befassen. Das ist unrichtig. Wenn wir in der Frage des Arbeiter-, beziehungsweise Arbeiterinnenschutzes nicht weitergekommen sind, so ist der Grund hiefür in der Aufhebung der parlamentarischen Session zu suchen. Der Vorwurf der Genossin Glas gegen meine Resolution ist unberechtigt. Ursprünglich war meine Resolution allerdings wesentlich anders. Da wir aber keine Aussicht haben, daß wir so bald zur Lösung sozialpolitischer Fragen kommen werden, wurde die Resolution so geändert, wie sie vorliegt. Daß ich die Resolution, die im Parteibericht abgedruckt ist, nicht erwähnt habe, geschah deshalb, weil ich vorausgesetzt habe, daß Sie die Frage später selbst besprechen werden. Die Beschwerden, die Genossin Krapka über die Ziegelarbeiterinnen vorgebracht hat, fallen unter die allgemeinen Beschwerden über die Handhabung der Gewerbeordnung. Was sie von Dienstboten gesagt hat, läßt sich nur besser machen durch eine Abänderung der Dienstbotenordnung. Sobald wir nur halbwegs normale Zustände im Parlament haben, werden wir auch davon sprechen.

Was die einzelnen Anträge betrifft, so habe ich Folgendes zu bemerken. Bezüglich des Antrages Teller muß ich darauf verweisen: daß wir uns mit der Regelung der Sträflingsarbeit beschäftigt haben, aber nicht aus denselben Gründen wie die Kleingewerbetreibenden, die die Strafhausarbeit bekämpfen, weil sie darin eine Konkurrenz erblicken. Sie verlangen das Verbot der Strafhausarbeit, wir verlangen aber eine Regelung derselben und sagen, insofern die Sträflinge arbeiten — und wir erblicken darin eine Milderung der Strafe —, soll es unter denselben Arbeitsbedingungen geschehen, unter welchen die anderen arbeiten.

Was den Antrag des Genossen Anjobsky betrifft, so haben Sie ja dessen Begründung durch den Antragsteller gehört. Die Kommission ist der Ansicht, daß dieser Antrag aus prinzipiellen Gründen abzulehnen sei, denn es ist unmöglich, daß wir heute den Verband beauftragen, im Parlament für die Festsetzung der zehnstündigen Arbeitszeit einzutreten, wo wir seit Jahren den achtstündigen Arbeitstag fordern. Eventuell kann dieser Antrag dem Verband zugewiesen werden, damit dieser gegebenenfalls, wenn dieses Kapitel im Parlament angeschnitten werden sollte, darüber spreche.

Bezüglich des Antrages Müller (Graz) war die Kommission der Ansicht, daß für die Arbeiter in diesen Betrieben eine achtstündige Arbeitszeit eigentlich schon zu viel sei, und daß man trachten müsse, hier die achtstündige Arbeitszeit als Maximalarbeitszeit festzusetzen. Der Antrag Krapka wäre nach Ansicht der Kommission dem nächsten Gewerkschaftskongreß zu übermitteln; hier sollte er abgelehnt werden. Den Antrag Kränkl empfiehlt Ihnen die Kommission zur Annahme, damit dieses freche und ungerechte Unternehmerthum, wie es beim Bergbau zu treffen ist, öffentlich gebrandmarkt wird. Gegenüber dem Antrage der Handelskonferenz in Prag kann sich die Kommission nur dahin äußern, daß die Handelsangestellten vor allem dafür sorgen sollen, tüchtige Organisationen zu schaffen. (Sehr richtig!) Das dürfte der beste Weg sein, zum Ziele zu gelangen. Nichtsdestoweniger empfiehlt Ihnen die Kommission, diesen Antrag der Parteivertretung zur thunlichsten Berücksichtigung zuzuweisen. Ich wurde aufgefordert, hier besonders darauf aufmerksam zu machen, daß die Organisation der Handelsangestellten in Wien sehr viel zu wünschen übriglasse, und daß es an der Zeit wäre, daß man in Wien einen anderen Weg einschlagen möge. (Krapka: Das sollte allgemein gesagt werden!) Ganz richtig, es muß dies auf die Handelsangestellten in allen größeren Städten bezogen werden.

Die Resolution des Frauen-Reichscomités enthält die sehr wichtige und weitgehende Forderung, daß die in den Fabriken beschäftigten Frauen den Samstagnachmittag freibekommen sollen. Wenn es uns gelingt, dies durchzusetzen, dann können Sie versichert sein, daß uns die Durchführung der vollen Sonntagsruhe bezüglich der Handelsangestellten sehr leicht sein wird.

Es wird nunmehr zur Abstimmung geschritten. Dem Sozialdemokratischen Verbande werden zugewiesen die Anträge: Job (Lieben), Dr. August Stark (Karlsbad), Müller II (Graz), Salamander (Lemberg), Prachensky (Innsbruck), Theodorczuk (Krakau), Benesch (Trebitsch), Preußler (Wien), Julius Bayer (Göding), Teller (Neu-Sandez), Müller I (Graz), Vaněk (Budweis) und Kozakiewicz (Lemberg); der Parteivertretung werden zugewiesen der Antrag Tuller (Leoben) und der Antrag der Handelskonferenz in Prag.

Dem Verbande und der Parteivertretung werden zugewiesen die Anträge Konschar (Prag) und des Frauen-Reichscomités.

Der Antrag Kränkl (Falkenau) und die Resolution des Referenten werden einstimmig angenommen, die Anträge Krapka (Wien) und Anjobsky (Wien) werden abgelehnt.

Zur Verhandlung kommt Punkt 8

Frauenbewegung.

Zu diesem Punkte liegen folgende Anträge vor:

Antrag des **Frauen-Reichscomités**:

Zur Förderung der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterinnen empfiehlt der Parteitag die Einführung der von der ersten Frauenkonferenz zu Ostern 1898 beschlossenen Frauensektionen.

Um auch die politische Aufklärung der Arbeiterinnen zu fördern, ist in Versammlungen, in der Presse und im Parlament die Zulassung der Frauen als ordentliche Mitglieder in politische Vereine anzustreben.

Für den sozialdemokratischen Programmpunkt: Allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechtes für alle Vertretungskörper 2c., ist mit Bezug auf die Frauen mit mehr Nachdruck wie bisher in Versammlungen, Presse und Parlament einzutreten.

Um das Verständniß der Arbeiterinnen für die Presse und ihre eigenen Interessen zu erwecken, empfiehlt der Parteitag den Organisationen, ihren weiblichen Mitgliedern die „Arbeiterinnen-Zeitung" zugänglich zu machen.

Antrag **Dorfer**:

1. Die Parteivertretung wird beauftragt, bei allen Volksversammlungen einen Punkt, „Die Stellung der Frauen und ihr politisches Recht", aufzunehmen.

2. In allen Parteiblättern soll eine separate Rubrik „Frauenbewegung" aufgenommen werden, unter der speziell die ökonomische und politische Rechtlosigkeit der Frauen zur Besprechung zu gelangen hätte.

Antrag Božena **Toužil** (Werschowitz):

Die sozialdemokratische Partei soll so weit als möglich den theoretischen Forderungen der Frauen auch in der Praxis Rechnung tragen, und zwar derart, daß in der Parteivertretung auch die Frauen ihre Vertretung haben;

daß ferner überall, wo sich die hiezu fähigen Frauen vorfinden, diese geradeso wie die Männer zu redaktionellen und administrativen Arbeiten zugelassen sowie in die Institutionen der Partei (zur Krankenkontrole, in die Krankenkassen, Versicherungsinstitute 2c.) gewählt werden.

Antrag Dr. **Liebermann** (Przemysl):

1. Die Resolution des Frauen-Reichscomités wird der Parteivertretung zur thunlichsten Berücksichtigung zugewiesen.

2. Die zur Revision des Parteiprogramms eingesetzte Kommission wird beauftragt, eine Resolution, die die Stellung der österreichischen Sozialdemokratie der Frauenfrage gegenüber genau und erschöpfend präzisirt, auszuarbeiten und dem nächstfolgenden Gesammtparteitag zu unterbreiten.

Adelheid **Popp** (Wien): Parteigenossen! Ich will hier nicht viel Worte über die Nothwendigkeit der Frauenbewegung sprechen, denn die meisten Genossen sind ja im Prinzip mit der Frauenbewegung, das heißt der Frauenorganisation vollkommen einverstanden. Es gibt aber unter ihnen doch sehr viele, die in dieser Richtung sehr pessimistische Anschauungen haben. Auch uns, die wir in der Arbeiterinnenbewegung seit Jahren thätig sind, geht es oft so. Das kann und darf uns aber nicht bewegen, unsere Thätigkeit erlahmen zu lassen. Wir dürfen uns auch nicht verhehlen, daß trotz aller Schwierigkeiten und Hindernisse bereits erfreuliche Fortschritte gemacht worden sind. Es ist schon auf dem Linzer Parteitag von den Weisungen und Beschlüssen der Frauenkonferenz gesprochen worden, nach denen sich die Organisation der Arbeiterinnen entwickeln soll. Ich meine die Frauensektionen. Es soll nicht eine von den männlichen Arbeitern völlig abgeschlossene Organisation geschaffen werden, sondern es soll nur insoweit eine Trennung stattfinden, als diese die Eigenart und die speziellen Verhältnisse der Arbeiterinnen erheischen. Ich kann konstatiren, daß eine große Reihe von Parteigenossen und Vertrauensmännern sich mit diesen Forderungen der Frauenkonferenz beschäftigt haben und aus eigener Initiative bestrebt gewesen sind, die Arbeiterinnenorganisation auszubauen, was auch vielfach von Erfolg begleitet war. Es sind zahlreiche Frauensektionen geschaffen worden. Allerdings macht man sich über den Zweck und die Einrichtung solcher Frauensektionen manchmal unrichtige Vorstellungen. Viele Genossen haben die Sache so aufgefaßt, als sei dies nur eine Umschreibung für die Arbeiterinnenbildungsvereine. Die Frauensektionen, die heute schon in sehr großer Anzahl bestehen, sind aber thatsächlich mit Ausnahme jener Orte, wo es nicht anders möglich ist, nichts als eine Zusammenfassung der weiblichen Mitglieder in den verschiedenen gewerkschaftlichen Organisationen.

Wir konnten uns der Erkenntniß nicht verschließen, daß für die Arbeiterinnen ganz andere Organisationsbedingungen gegeben sein müssen als für die Arbeiter, daß es vor allem, mit wenigen Ausnahmen, nicht möglich ist, daß die Arbeiterinnen den gemeinsamen Sitzungen beiwohnen, weil sie ja nicht über ihre Zeit ebenso verfügen können wie die Arbeiter. Speziell in den Industrieorten ist die Sache so, daß, wenn sich Mann und Frau an der Organisation betheiligen, eine Abwechslung bezüglich der Theilnahme an den Sitzungen und Vereinsabenden eintritt. Wir haben daher den Genossen empfohlen, daß die weiblichen Mitglieder einer jeden Gewerkschaft eine Sektion mit einer eigenen Vorsitzenden

bilden, die ihre besonderen Wochenversammlungen, Diskussionsabende u. s. w. hat. In Niederösterreich, wo fast gar keine Frauenorganisation war, sind nun durch die Schaffung von Frauensektionen ganz schöne Ansätze vorhanden. Ebenso in Nordböhmen, wo sich insbesondere die Glasarbeiterinnen in der Organisationsarbeit intensiv bethätigen. Schlechte Erfahrungen in dieser Richtung dürfen uns freilich nicht gleich abschrecken. Die Frauen sind nun einmal „das zurückgebliebene Geschlecht". Sie sind noch nicht auf jene Höhe der Kultur gebracht wie die Männer; allerdings nicht in Folge ihrer natürlichen Veranlagung, sondern in Folge der Erziehung und Unterdrückung all ihrer Fähigkeiten. Diesem Umstande aber müssen wir in der Organisation und Agitation Rechnung tragen. Wir haben auch erkannt, daß die vollständig separate Organisation der Arbeiterinnen zu ihren Gunsten ist. Freilich sind andere als gewerkschaftliche Organisationen der Frauen nicht unter allen Umständen zu verwerfen, denn es gibt Gebiete, wo für die Arbeiterinnen noch nicht die Möglichkeit der gewerkschaftlichen Organisation vorhanden ist. Im Bezirke, den die Genossin Jobst vertritt, sind im letzten Jahre mehr als tausend Arbeiterinnen organisirt worden; sie besitzen aber keine gewerkschaftlichen Organisationen. Auch in Wien haben wir durch die Schaffung der Frauensektionen Fortschritte gemacht.

Es wird immer von der Gleichberechtigung der Frau mit dem Manne gesprochen. Aber den Frauen fehlen vielfach noch die Vorbedingungen, die Gleichberechtigung auszunützen. Es fehlt ihnen der Muth, ihre gleichen Rechte in den Organisationen so auszunützen, wie es nothwendig wäre, nicht weil die Genossen immer dagegen sind, sondern weil die Frauen eine kleine Minorität sind, weil sie verschüchtert und nicht gewöhnt sind, in den Reihen der Männer ihre Rechte zu vertreten. Ich bitte Sie, die Frauensektionen zu unterstützen, und wo keine bestehen, deren Gründung zu fördern. In Steinschönau haben wir schon acht Frauenorganisationen, wo abwechselnd in einer Woche die Männer, in der anderen die Frauen ihre Vereinsabende abhalten. Solche Frauensektionen bestehen auch schon in den Alpenländern, in Villach, Klagenfurt. Wir haben in einzelnen Bezirken, wo die Tabakarbeiterinnen den Ausschlag geben, schon heute ganz erfreuliche Ansätze für Frauenorganisationen und so auch in einer Reihe von anderen Branchen. Freilich kann das Frauen-Reichscomité nicht alle zufriedenstellen; es werden Vorwürfe gegen uns erhoben, aber es fehlt uns eben nicht nur an Agitationskräften, sondern auch an den finanziellen Mitteln, aus eigener Initiative überall einzugreifen, wo ein Boden für die Frauenorganisation vorhanden ist. Wenn wir an Sie herantreten, uns auch in materieller Hinsicht zu unterstützen, so thun wir es, um im Interesse der gemeinsamen Organisation etwas zu erreichen durch die Gewinnung der Arbeiterinnen.

Wir verlangen in unserer Resolution auch, daß für die politischen Forderungen der Frauen eifriger eingetreten werde als bisher. Wir verlangen, daß in der Presse, in den Versammlungen und im Parlament die Zulassung der Frau zu den politischen Vereinen gefordert werde. Wenn wir die Arbeiterinnen bloß gewerkschaftlich organisiren, so werden wir damit unseren Prinzipien nicht vollständig entsprochen haben. Ebenso wie für den Arbeiter die politische Organisation neben der gewerkschaftlichen nöthig ist, so braucht auch die Arbeiterin politische Aufklärung. Ich will hier keine Vorwürfe erheben, glaube aber behaupten zu können, daß nur in den seltensten Fällen für die politische Gleichberechtigung der Frau etwas gethan wurde. Wir sind damit zufrieden, wenn Sie anerkennen, daß thatsächlich die Zulassung der Frau in politische Vereine in Volksversammlungen, in der Arbeiterpresse und vom Sozialdemokratischen Verbande vertreten werden möge. Wir verlangen nicht eine separate Agitation hiefür im ganzen Reiche.

Wir beantragen weiters, daß zur Erkämpfung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes ohne Unterschied des Geschlechts für alle Vertretungskörper mehr geschehe als bisnun. Speziell während der letzten Wahlrechtsbewegung, die im ganzen Reiche so hohe Wellen geschlagen hat, hätte viel zur Aufklärung und Gewinnung der Frauen gethan werden können. Thun Sie es wenigstens in Zukunft, und ich bringe Ihnen das Vertrauen entgegen, daß

Sie unseren gerechten Forderungen auch entsprechen werden. Man kann einwenden, es wäre heute aussichtslos, für das Wahlrecht der Frauen und ihre politischen Forderungen einzutreten, wir haben aber auch die politischen Rechte der Arbeiter zu einer Zeit vertreten, wo von der österreichischen Gesetzgebung nichts zu erwarten war. Je früher für die politische Aufklärung der Frau gesorgt wird, desto eher werden wir auch die Gefahr beseitigen, die einzelne Genossen noch im Wahlrecht der Frauen erblicken; sie sagen, wir können heute der Frau das Wahlrecht nicht geben, weil die Frauen reaktionär und klerikal, weil sie verpfafft sind. Nun sehen wir aber, daß überall dort, wo die Frauen bereits politische Rechte — und zwar das Wahlrecht nicht nur für die Gemeindevertretungen, sondern auch für das Parlament — besitzen, wie in Australien, in Amerika und der englischen Colonie Neu-Seeland, sie ihre Rechte fast immer im Sinne des Fortschritts und der Freiheit ausgeübt haben. Wenn Sie für die politischen Rechte der Frau eintreten, so werden Sie sich das Vertrauen der Arbeiterinnen in erhöhtem Maße gewinnen und sie überzeugen, daß die Sozialdemokratie ebenso die Partei der Arbeiterinnen wie der Arbeiter ist. Um die Verpfaffung der Frauen zu bekämpfen und sie für die Reform der Schule zu gewinnen, ist vor allem ihre politische Aufklärung und Erziehung nothwendig, dann werden sie eine Stütze der freiheitlichen Bestrebungen sein.

Unsere Resolution enthält auch die Forderung, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung" den weiblichen Mitgliedern der Organisationen zugänglich gemacht werde. Das gilt nicht nur für die deutsche Arbeiterinnen-Zeitung, sondern auch für die tschechische. Wir können heute sagen, daß seit der Frauenkonferenz und seit die Frauensektionen im Aufblühen begriffen sind, sich auch bei der „Arbeiterinnen-Zeitung" ein sehr erfreulicher Aufschwung gezeigt hat. (Bravo!) Noch im vorigen Jahre hatte die „Arbeiterinnen-Zeitung" eine Auflage von 2800 Exemplaren, die nicht verkauft wurden, und heute werden thatsächlich 4200 Exemplare unter den Arbeiterinnen abgesetzt. (Beifall.) Die Genossen in der Provinz haben sehr viel dafür gethan, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung" in den Frauensektionen verbreitet werde. Es ist dies ein Maßstab dafür, daß thatsächlich auch die Organisation der Arbeiterinnen eine bessere geworden ist. Die christliche Frauenbewegung brauchen wir durchaus nicht zu fürchten, denn Arbeiterinnen kann uns diese Bewegung nicht nehmen, weil sie keine einzige wirthschaftliche oder politische Forderung für die Arbeiterinnen aufstellt.

Den Antrag des Genossen Dorfer, so gut er auch gemeint ist, empfehle ich Ihnen nicht, wir halten es einfach für eine Unmöglichkeit, daß in allen Versammlungen, was immer auch dort gesprochen wird, ein eigener Punkt über die Frauenfrage aufgestellt werde. Uns genügt es, wenn die Genossen in allen ihren Referaten bei den politischen und wirthschaftlichen Forderungen dasselbe für die Frau verlangen, was sie für die Genossen anstreben. Ebenso ist es auch mit der vom Genossen Dorfer gewünschten separaten Rubrik: „Frauenbewegung" in den Parteiblättern. Es ist gewiß wünschenswerth, daß sich die Parteipresse so oft und so viel wie möglich mit der Arbeiterinnenorganisation beschäftigt, aber nicht immer verfügen die Parteiblätter über den genügenden Raum oder über das nothwendige Material, um eine eigene Rubrik führen zu können. Es genügt, aber das ist auch die Pflicht der Genossen, wenn alle jene, die an der Spitze der Parteiblätter stehen, die Interessen der Frau, so oft dieses möglich ist, in ihren Blättern zum Ausdruck bringen.

Ich bitte Sie, unserer Resolution zuzustimmen, aber nicht bloß einen platonischen Beschluß zu fassen, sondern unseren Anträgen auch nach dem Parteitag nachdrücklich Geltung zu verschaffen. Heute ist eine Reihe von Genossinnen beisammen, die all ihr Wollen und Können im Interesse der Gesammtorganisation einsetzen. Wie es in nationaler Beziehung Minoritäten gibt, für die Sie eine Eigenart anerkennen, so müssen Sie auch in gleichem Maße die speziellen Verhältnisse und die Eigenart der Frauen berücksichtigen und ihnen Rechnung tragen. (Zustimmung.) Es ist nicht berechtigt, wenn man sagt: es darf für die Frauen keinen Separatismus geben. In Folge der Verhältnisse, in Folge der Gesetzgebung, die bisher nur eine Gesetzgebung für Männer war, muß man mit der eigenartigen Stellung der Frauen, die in ganz anderen Verhältnissen und Anschauungen aufgewachsen sind, rechnen. Wir wollen damit keinen Separatismus, sondern nur das

Wohl, die Förderung und das Aufblühen der Sozialdemokratie. Wir werden mit der Frauenbewegung Erfolge erringen, wenn auch nicht in so gewaltigem Maße wie bei den Männern, wenn wir allen Ernstes und mit der festen Absicht daran gehen. Wenn sich das Frauen-Reichscomité an die Organisationen um Geldmittel wenden wird, so verlangen wir nichts, um spezielle Wünsche zu erreichen, sondern um das Unserige zur Erreichung unseres gemeinsamen Zieles beitragen zu können. Wir müssen aber manchmal einen anderen Weg einschlagen als die Genossen, und dazu brauchen wir die entsprechenden Mittel. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Božena **Toužil** (Prager Weinberge, tschechisch): Wenn wir heute auf dem Parteitag über die Frauenfrage sprechen, so hat es den Zweck, Direktiven zu erhalten, wie unter den Frauen weiter agitirt werden soll. Ich bin völlig einverstanden mit den Ausführungen der Genossin Popp, daß die Frauen mit den Männern zusammenarbeiten sollen, wo es nothwendig ist, ihnen aber auch gestattet sein soll, selbstständige Sektionen zu gründen, wo es im Interesse der Organisation gelegen ist. Bei der Organisation dürfen wir uns nicht nur an die Arbeiterinnen wenden, sondern müssen auch die Frauen der Arbeiter berücksichtigen; auch diese haben ja dieselben Interessen wie jene. Unter unseren männlichen Genossen wird vielfach die Frauenorganisation als etwas Nebensächliches betrachtet, wenn auch nicht in der Theorie, so doch in der Praxis. Statt daß die Genossen helfen würden, damit die Organisation der Frauen Fortschritte macht, verhalten sie sich an vielen Orten völlig ablehnend und hindern jede Organisationsbestrebung der Frauen. Wir müssen von den Männern verlangen, daß sie dieses Verhalten aufgeben, und daß sie dort, wo sich die Frauen zu organisiren streben, ihnen behilflich sind mit ihrer Erfahrung und mit agitatorischen Kräften. Es wäre angezeigt, daß eine Aktion eingeleitet würde, um den Frauen die Theilnahme an politischen Vereinen zu ermöglichen, und der Verband sollte im Parlament diesbezüglich Schritte unternehmen. Was den von mir gestellten Antrag betrifft, so sind darin gewiß keine übertriebenen Forderungen aufgestellt. Es soll darin nur der Grundsatz ausgesprochen werden, daß die Frauen, die dieselben Fähigkeiten haben wie die Männer, diesen nicht nachgesetzt werden. Gerade bei den Krankenkassen wäre es ein großer Vortheil für die kranken Arbeiterinnen, wenn Frauen zu ihnen als Kontrolore kämen. (Beifall.)

Vorsitzender **Popp** verliest ein Telegramm aus Dzieditz-Haberspirk, daß dort 120 Bergarbeiter wegen Entlassung eines Genossenschaftsdelegirten die Arbeit eingestellt hätten. (Pfuirufe.)

Dr. **Liebermann** (Przemysl): Das Frauen-Reichscomité kommt nur mit kleinlichen Dingen, die ausschließlich die Agitationstechnik betreffen. Ich bin der Ansicht, daß sich der Parteitag nicht in Details einlassen, sondern nur organische Grundzüge für die Agitation und das politische Leben des Proletariats statuiren kann. So zum Beispiel sagt die Resolution, wir sollen eine Aktion einleiten, daß die Frauen Mitglieder der politischen Vereine werden können. Das ist überflüssig, es steht schon im Hainfelder Programm. (Rufe: Auch die Arbeiterschutzgesetze stehen schon im Hainfelder Programm!) Ob ein Postulat mit größerem oder geringerem Nachdruck vertreten werden soll, sollte man der Parteivertretung überlassen. Es ist nicht immer der Zeitpunkt günstig, wo man Fragen wie das allgemeine Wahlrecht der Frauen in die Massen werfen kann. Die Massen beschäftigen jetzt viel dringendere Sachen, sie würden es nicht begreifen, wenn wir ihnen jetzt damit kämen. Die Forderung, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung" den Frauen zugänglich gemacht werde, gehört nicht vor den Gesammtparteitag, sondern vor den deutschen Parteitag. Ich betrachte die Resolution des Frauen-Reichscomités als ein Flickwerk und bitte meinen Antrag anzunehmen.

Lotte **Glas** (Wien): Ich glaube, mich den Ausführungen der Genossin Popp dahin anschließen zu können, daß wir uns theoretisch und politisch über die Frauenfrage vollständig klar sind, ebenso wie über die nationale Frage. Aber so wie sich dieser Parteitag mit der nationalen Frage gründlich befassen mußte, wird sich der spätere Parteitag, und vielleicht mehr als manchem Genossen lieb sein mag, mit der Frauenfrage befassen müssen. Ich glaube, daß es gar nicht von

uns abhängt, ob wir uns mit der Frauenfrage befassen oder nicht. Wir wissen, daß wir über diese rein ökonomischen Thatsachen nicht hinwegkönnen. Ob ein Theil der Genossen diese Frage mit Widerwillen behandelt, muß für uns gleichgiltig sein. Es handelt sich für uns darum, inwieweit wir die im Hainfelder Programm festgelegten Prinzipien auch in Wirklichkeit durchführen sollen. Ich will Ihnen gern zugestehen, daß die Schwächen, die Hindernisse, die sich der Agitation entgegenstellen, uns besser bekannt sind, weil sie uns täglich zum Bewußtsein kommen. Dr. Liebermann sagt, wir sollten der Parteivertretung mit mehr Vertrauen gegenüberstehen. Wenn Sie von Mißtrauen gegenüber der Parteivertretung sprechen, finde ich es begreiflich; daran sind nicht wir schuld, sondern die Parteivertretung selbst. Beim Wimberger-Parteitag hat Dr. Czech die Parteivertretung gefragt, was sie für die Frauenbewegung gethan habe. Wir erhalten hierüber den Bericht des Frauencomités als Antwort. Das sieht so aus, als ob die Parteivertretung sich um das Entstehen dieses Comités ein Verdienst erworben hätte. Sie ist aber ganz unschuldig daran.

Ich kann Ihnen sagen, daß ich das Vertrauen gegenüber der Parteivertretung nicht habe. Es ist eine Reihe von Parteigenossen dort, die sowohl durch ihre Abstimmungen als durch ihre Reden der Frauenbewegung Konzessionen machen müssen; daß Sie sich aber zu einer unzweideutigen prinzipiellen Anerkennung und praktischen Durchführung derselben nicht verstehen wollen, ist leider sicher. Es ist wahr, es sind ganz erfreuliche Fortschritte in Bezug auf die Frauenorganisation zu verzeichnen, aber ich täusche mich nicht, daß noch ein großer Theil der Genossen mit Mißtrauen und Gleichgiltigkeit jenen Arbeiten gegenübersteht, die nun einmal zu machen nothwendig sind. Ich halte es für wenig vortheilhaft für unsere Bewegung, daß diese Art der Betrachtung der Frauenfrage manchem Parteigenossen beliebt. Ich möchte auch noch bitten, es nicht immer bei der prinzipiellen und platonischen Anerkennung unserer Forderungen zu belassen, sondern auch mit der That für unsere Forderungen einzutreten. Die erste Bedingung und Grundlage einer wirklichen politischen Frauenbewegung ist eine intensive Arbeit in den Gewerkschaften, und ich betone wieder, daß ich für die wichtigste Aufgabe den Ausbau der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterinnen, ihre Aufklärung in ökonomischer Beziehung halte. (Beifall.)

Jobst (Asch): Wer die Verhältnisse in der Provinz kennt, wird zugeben müssen, daß es nicht leicht möglich ist, dort selbstständige Frauenorganisationen zu schaffen. Ich kann daher die von dem Frauen-Reichscomité vorgeschlagenen Frauensektionen nur auf das lebhafteste begrüßen. Wir müssen trachten, insbesondere die verheirateten Frauen in die Organisation zu bringen, weil sie sonst ein Hinderniß für die Organisation der Männer sind. Hiebei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Frauen nicht in der Lage sind, so hohe Beiträge zu leisten wie die Männer.

In dem Bericht des IV. böhmischen Wahlkreises fehlt eine Anzahl von Organisationen, die wir in der letzten Zeit geschaffen haben, so eine Organisation der Tabakarbeiterinnen, die mehr als 200 Mitglieder zählt, eine Sektion der Porzellanarbeiterinnen in Grachowitz, ein Gewerkschaftsverein der Textilarbeiterinnen in Zwodau und eine Organisation der Handschuharbeiterinnen in Platten. In Joachimsthal dagegen sind die Handschuharbeiterinnen nicht für die Organisation zu gewinnen, da sie durchwegs Heimarbeiterinnen sind. In Falkenau haben wir eine Spinnfabrik, in der mehr als 300 Arbeiterinnen und nur 10 bis 15 Männer beschäftigt sind. Diese Arbeiterinnen haben heuer den 1. Mai gefeiert. Auch die Spitzenklöpplerinnen, die oft nur einen Verdienst von 20 kr. per Tag haben, suchten wir für die Organisation zu gewinnen. Die Rampenarbeiterinnen im ganzen Falkenauer Bezirk gehören dem Distriktsverbande der Berg- und Hüttenarbeiter an, und es darf keine auf der Rampe arbeiten, wenn sie nicht dem Verband angehört. Im Ascher, Graslitzer und Egerer Bezirk, wo die Textilindustrie vorherrscht, ist es ungemein schwer, die Arbeiterinnen für die Frauenbewegung zu gewinnen. Auch im III. böhmischen Wahlkreis, wo die Pfaffen und Feudalen unumschränkt herrschen, ist es uns ebenfalls gelungen, durch Gründung von Ortsgruppen unseres Vereines Fortschritte zu machen. Wenn wir in der Frauenbewegung vorwärtskommen wollen, müssen wir — und

das empfehle ich insbesondere den Genossen, welche in Versammlungen sprechen — die Aufmerksamkeit der Frauen auf die „Arbeiterinnen-Zeitung" lenken. (Beifall.)

Betty **Krapka** (Wien, tschechisch): Daß die Frauenbewegung als letzter Punkt auf die Tagesordnung gesetzt ist und jetzt so schnell durchgepeitscht wird, finde ich sehr merkwürdig. Statt daß die Genossen auf die Tribüne treten und uns ihre Ansichten über die Frauenbewegung sagen würden, schweigen sie still; aber wenn sie nach Hause kommen, da fällt manchem ein, daß es vielleicht doch nicht gut ist, wenn man die Frauen in ihren Organisationsbestrebungen unterstützt. Wenn wir dafür eintreten, daß in den Gewerkschaften Frauensektionen gegründet werden, so hat das seinen Grund hauptsächlich darin, daß die Genossen in den Gewerkschaften ihre Pflicht gegenüber den Arbeiterinnen vielfach nicht erfüllen. Es wird auch viel zu wenig gethan, um die Arbeiter über die Frauenfrage aufzuklären. So kommt es, daß selbst Genossen, die in Versammlungen als Redner auftreten, ganz merkwürdige Ansichten hierüber haben. So habe ich selbst einen Redner sagen gehört, daß die Frauenfrage gelöst sein werde, wenn die Männer besser gezahlt sein werden, da dann die Frauen nicht werden arbeiten müssen! Ein merkwürdiger Sozialismus das! Den Antrag der Genossin Touzil halte ich für berechtigt. Auf allen Kongressen wurden bisher immer alle möglichen Beschlüsse über die Frauenfrage gefaßt, wenn es sich aber darum handelte, die Gleichberechtigung in der Praxis durchzuführen, war alles wieder vergessen. Wie sollen wir mit Lust und Freude uns der Agitation widmen können, wenn man den Frauen so entgegenkommt, wie es erst vor kurzem in Brünn vorgekommen ist.

Vorsitzender **Popp**: Ich glaube, der Parteitag kann den Vorwurf, daß diese Frage durchgepeitscht wird, mit Recht zurückweisen. Thatsache ist ja, daß dies der einzige Punkt ist, bei dem alle vorgemerkten Redner zum Worte gelangt sind.

Adelheid **Popp** (zum Schlußwort): Ich habe zunächst auf die Ausführungen des Genossen Dr. Liebermann einiges zu bemerken. Das Frauen-Reichscomité ist von der Parteivertretung beauftragt worden, zu dieser Frage eine Referentin zu bestimmen und auch eine Resolution vorzulegen. Diese Resolution ist von der Parteivertretung „zensurirt" worden, es wird also das, was Ihnen in unserer Resolution vorgeschlagen wird, im Einverständniß mit der Parteivertretung vorgeschlagen. Dr. Liebermann meint auch, eine Agitation für die Zulassung der Frau in die politischen Vereine sei überflüssig, weil im Parteiprogramm die Beseitigung des Vereins- und Versammlungsgesetzes gefordert wird. Nach meiner unmaßgeblichen Meinung ist es nicht unwahrscheinlich, daß die Zulassung der Frauen in die politischen Vereine eher zu erreichen sein wird als die Beseitigung des Vereins- und Versammlungsgesetzes, wenn eine genügende Agitation entfaltet wird. Wir wollen ja nicht Kundgebungen im ganzen Reiche veranstalten, es sollte aber doch in der Presse und in den Versammlungen darauf hingewiesen werden. Es ist auch eine Gepflogenheit unserer Partei, daß wir, wenn uns der Zeitpunkt geeignet erscheint, eine Forderung aus dem Programm herausgreifen und für sie eine Agitation entfalten.

Wenn Dr. Liebermann bemerkt, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung" nicht hieher gehöre, so stimme ich ihm bei und ich möchte den betreffenden Passus in der Resolution in folgender Weise abändern:

> Der Parteitag empfiehlt den Organisationen, ihren weiblichen Mitgliedern die sozialdemokratische Arbeiterinnenpresse zugänglich zu machen.

Noch ein Wort zum Antrag der Genossin Touzil, um hier allfälligen Mißverständnissen zu begegnen. Genossin Touzil will damit den Parteigenossen empfehlen, in jenen Instituten, wo die sozialdemokratische Arbeiterschaft Einfluß hat, auch die sich bewerbenden Frauen, wenn sie die Befähigung besitzen, bei Anstellungen zu berücksichtigen. Werden ja doch die Frauen in staatlichen und privaten Instituten immer mehr zu Kanzleiarbeiten herangezogen. Die Ablehnung der von uns vorgelegten Anträge würde eine bedeutende Schädigung der Arbeiterinnenbewegung herbeiführen, denn es könnte leicht so gedeutet werden, als ob der Parteitag es für überflüssig und unmöglich halten würde, daß den Arbeiterinnen auch politische Rechte zut heil werden. Ich bitte Sie daher, unsere Anträge einstimmig anzunehmen.

Hierauf wird zur Abstimmung geschritten.

Der erste Punkt des Antrages Liebermann wird abgelehnt, der zweite Punkt des Antrages der Kommission zur Revision des Parteiprogramms überwiesen.

Der Antrag des Frauen-Reichscomités mit dem Abänderungsantrage der Referentin Popp und ebenso der Antrag Touzil werden einstimmig angenommen. Der Antrag des Genossen Dorfer wird abgelehnt.

Hiemit ist der Punkt 8 erledigt, und wird zum letzten Punkt der Tagesordnung,

Eventuelles

geschritten.

Zur Beschickung des internationalen Sozialisten- und Arbeiterkongresses in Paris 1900 nimmt das Wort

Dr. **Adler**: Im nächsten Jahre wird in Paris der internationale Sozialisten- und Arbeiterkongreß zusammentreten. Es hat bereits eine Vorkonferenz in Brüssel stattgefunden, zu der von der Gesammtexekutive meine Person delegirt wurde. Bei dieser Vorkonferenz wurden die wichtigsten Grundbestimmungen festgestellt, auf Grund deren der Kongreß einberufen werden soll. Die Hauptschwierigkeit hiebei liegt in der Spaltung der französischen Sozialdemokratie in fünf verschiedene Fraktionen, die aber hoffentlich in wenigen Wochen beseitigt sein wird. (Bravo!) Ich glaube in Ihrem Sinne zu sprechen, indem ich sage, daß wenn der internationale Arbeiterkongreß in Paris nichts weiter leisten würde, als daß er dazu beigetragen haben wird, die von uns so sehr bedauerte Spaltung der französischen Sozialdemokratie zu beseitigen und sie zu einer einheitlichen Partei zu einigen, er dadurch allein schon eine sehr wichtige Aufgabe für das internationale Proletariat vollbracht hat. Und in der That haben die Vorkonferenzen schon gezeigt, daß die Kenntniß von der Nothwendigkeit, daß auf dem Kongreß die Parteien aller Länder als ein geschlossener Körper auftreten, für die französischen Genossen von erheblichem Einfluß in Bezug auf die Gestaltung ihrer inneren Parteiverhältnisse war. Es zeigt sich auch hier wieder, daß das internationale Verhältniß der Partei nicht nur einen Werth hat für die Beziehungen der Arbeiterschaft der verschiedenen Nationen untereinander, sondern auch rückwirkt auf die Geschlossenheit und Solidarität der einzelnen Nationen selbst. Die Tagesordnung dieses Kongresses ist lang und sehr wichtig. Sie kennen sie, und ich schlage Ihnen kurz vor:

> Der Parteitag beschließt, es sei die Gesammtexekutive zu beauftragen, für die Beschickung des internationalen Arbeiter- und Sozialistenkongresses in Paris 1900 zu sorgen. (Beifall.)

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Weiter liegt noch eine Reihe von Anträgen vor, über die ohne Debatte sofort abgestimmt wird, und zwar:

Antrag der **Bezirksorganisation Steyr**:

> In Anbetracht des Umstandes, daß ein beträchtlicher Theil der Arbeiterschaft in den verschiedenen Gemeinden in Folge der neuen Personaleinkommensteuer das Wahlrecht schon im Rahmen der bestehenden Wahlordnungen besitzt (Reichsgemeindegesetz, Artikel IX, Gesetz vom 21. Dezember 1867, R.-G.-Bl. Nr. 142, Artikel IV), dieses Recht aber von den bürgerlichen Parteien den Arbeitern vorenthalten wird, stellt die Wahlkreisorganisation Steyr folgenden Antrag:
>
> Unbeschadet unserer Forderung nach dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht für Reich, Land und Gemeinde, ist von allen jenen Gemeinden, wo es den Verhältnissen entspricht, das Wahlrecht auf Grund der Personaleinkommensteuer und mit Bezug auf die obenzitirte Gesetzesstelle mit allem Nachdruck zu fordern. (Angenommen.)

Antrag des **IV. Wiener Wahlkreises**:

> Die Parteileitung wird beauftragt, das sozialdemokratische Hainfelder Programm in kurzer, aber klarer Weise (mit Vermeidung von Fremdwörtern) auszuarbeiten und unentgeltlich als Flugblatt im Reiche zur Vertheilung bringen zu lassen. (Zurückgezogen.)

Antrag des IV. **Wiener Wahlkreises:**

In Erwägung, daß es für die Organisation sowie Agitation eines jeden Wahlkreises der fünften Kurie von großem Nutzen wäre, das Reichsrathswahlergebniß von seinen Wahlorten, beziehungsweise Wahlsektionen (überhaupt von jedem Orte, wo ein Skrutinium stattfindet) zu besitzen, beschließt der Parteitag:

Jeder Wahlkreis hat, wenn er vor einer Reichsrathswahl steht, wo ein Kandidat von unserer Partei aufgestellt ist, entsprechende Formulare an die Genossen, die ein Skrutinium aufzunehmen haben, zur Vertheilung zu bringen. (Der Parteivertretung zugewiesen.)

Antrag des V. **Wiener Wahlkreises:**

Der Gesammtparteitag verurtheilt die veraltete Form der Zusammensetzung der Schwurgerichte und verlangt von der Regierung deren Ausbau in modernem und demokratischem Sinne (durch Wahl der Geschwornen auf Grund des allgemeinen, geheimen Wahlrechtes), damit auch die breite Schichte des Volkes — und nicht nur eine privilegirte Klasse — zum Geschwornenamt zugelassen wird. Unsere Reichsrathsabgeordneten und die Gesammtexekutive werden beauftragt, für diese Forderung einzutreten. (Der Kommission zur Revision des Parteiprogramms zugewiesen.)

Antrag **Reis** (Buchdrucker Böhmens):

Den Abgeordneten der Partei wird auferlegt, in den nächsten Parlamentssitzungen mit aller Macht dahinzuwirken, daß der Zeitungsstempel abgeschafft und die Regierung gezwungen wird, daß sie ihr Versprechen, diese abscheuliche Bildungssteuer, die nicht nur auf die kulturelle Entwicklung des Volkes, sondern auch auf die Entwicklung ganzer Industriegruppen schädlich einwirkt, abzuschaffen. (Einstimmig angenommen.)

Antrag **Reis** (Buchdrucker Böhmens):

In der nächsten Parlamentsperiode sollen die Abgeordneten der Partei einen vollständigen Antrag eines Preßgesetzes vorlegen, aus dem alle reaktionären Bestimmungen, die die freie Entwicklung des Druckes hemmen, hauptsächlich aber jene über das Kolportageverbot und das objektive Verfahren zu beseitigen sind. (Einstimmig angenommen.)

Antrag des XIV. **böhmischen Wahlkreises:**

Der Parteitag beschließt, daß die Revue „Akademie" bis auf weiteres nur in böhmischer Sprache erscheint, und zwar weil sie dadurch billiger sei, unter den böhmischen Genossen größere Verbreitung finden und auf die Entwicklung der tschecho-slavischen Partei sehr vortheilhaft einwirken wird. (Angenommen.)

Antrag **Prähauser** (Salzburg):

Durch die letzte Hochwasserkatastrophe wurde ein beträchtlicher Theil der Bevölkerung der Alpenländer (Salzburg, Oberösterreich, Steiermark und Niederösterreich) von schwerem Unglück betroffen. Viele verloren ihr geringes Eigenthum oder wurden daran schwer geschädigt. Tage hindurch mußten Arbeiter in Folge Betriebsstörung in Fabriken, Werken und sonstigen Arbeitsstätten feiern, ja manche sind heute noch arbeitslos, da viele Betriebe vollständig zerstört wurden. Einer Anzahl Familien wurden die Ernährer entrissen, zum Theil durch die Tücke des Elements, zum Theil bei opfermuthiger Arbeit zum Schutze der Nächsten.

Das Elend ist in den vom Hochwasser heimgesuchten Gegenden ungeheuer und deshalb ausgiebige Hilfe dringend nöthig. Die Privathilfe kann bei der Größe des Unglücks bei weitem nicht zureichen, es ist deswegen Staatshilfe dringend geboten.

Die Gefertigten beantragen daher, der Parteitag möge beschließen: Der Parteitag stimmt der Ansicht des Verbandes der sozialdemokratischen Abgeordneten über die letzte Hochwasserkatastrophe zu und erwartet daß er sofort nach Zusammentreten des Reichsrathes eine energische Aktion zu Gunsten einer ausreichenden Staatsunterstützung der durch das Hochwasser Geschädigten, insbesondere der Arbeiter und Minderbemittelten, einleiten werde. (Einstimmig angenommen.)

Antrag **Beer** und Genossen (Wien):

Die Fragen der österreichisch-ungarischen Handelspolitik werden schon vor Ablauf der Handelsverträge mit den mitteleuropäischen Staaten bei der Revision des autonomen Zolltarifes an uns herantreten. Es handelt sich dabei um eine Reihe von einschneidenden Fragen, in denen bis jetzt das entscheidende Wort Agrarier und Großindustrielle gesprochen haben. Diesmal wird auch die sozialdemokratische Partei

ihr Votum in die Wagschale zu werfen im Stande sein. Es ist deshalb geboten, zur Frage der Handelspolitik Stellung zu nehmen.

Die Entwicklung der Kartelle hat auch in Oesterreich Formen angenommen, die in der letzten Zeit großen Arbeiterschichten ebenso wie dem gesammten arbeitenden Volke sich sehr schmerzlich bemerkbar gemacht haben. In der Presse wie in Versammlungen ist auch darüber vielfach gesprochen worden. Es ist jedoch geboten, daß auch diese Frage auf Grund der neuesten Erfahrungen auf einem Gesammtparteitag erörtert werde.

Wir beantragen daher: Es wird beschlossen, auf die Tagesordnung des nächsten Gesammtparteitages die Fragen der Handels- und Zollpolitik sowie die Kartelle zu stellen. (Angenommen.)

Antrag **Kristan** (Triest):

Der Parteitag wolle eine ständige korrespondirende, zehngliedrige Kommission wählen, die auf die nationale Frage bezughabendes Material sammeln, alle damit im Zusammenhang stehenden Erscheinungen studieren und der Gesammtparteivertretung darüber berichten, eventuell von Fall zu Fall praktische Vorschläge erstatten und die Ergebnisse veröffentlichen soll. Die Kommission kann sich nach Bedarf und eigenem Dafürhalten Mitarbeiter kooptiren. (Abgelehnt.)

Antrag **Bichl** (Graz):

In Erwägung, daß es äußerst wünschenswerth und nothwendig ist, daß die Beschlüsse des Parteitages zur Kenntniß aller Partei-Angehörigen gelangen, beschließt der Parteitag:

Es wird allen politischen Organisationen zur Pflicht gemacht, für die Verbreitung des Parteitagsprotokolls das Möglichste zu thun, damit durch größeren Absatz auch der Einzelpreis herabgesetzt werden kann und so die bessere Verbreitung erleichtert wird. (Angenommen.)

Antrag **Karpas** (Prag):

Die Erwerbung eigener Arbeiterheime am Sitze größerer Organisationen hält der Parteitag für sehr empfehlenswerth. (Abgelehnt.)

Antrag **Skaret** und Genossen:

Wir beantragen, daß der nächste Gesammtparteitag in Krakau abgehalten wird. (Mit 42 gegen 38 Stimmen angenommen.)

Abgeordneter Dr. **Verkauf** (Wien): Der Vorsitzende hat Ihnen den Inhalt eines Telegramms aus Falkenau zur Kenntniß gebracht, daß 120 Bergarbeiter in Zieditz-Haberspirk in den Streik getreten sind. Das ist kein gewöhnlicher Streik, darunter verbirgt sich mehr. Es droht eine Ausdehnung des Streiks, es droht ein heißer und prinzipieller Kampf zu werden. Die Aufmerksamkeit der österreichischen Arbeiterschaft wird wegen dieses geringfügigen Streiks nach dem Falkenauer Revier gelenkt werden. Er hat eine Ursache, wie sie nur in Oesterreich möglich ist. Man hat den Bergarbeitern das Genossenschaftsgesetz aufgedrängt. Graf Falkenhayn wollte damit die freien Organisationen der Bergarbeiter vernichten. Um den Arbeitern einen Knebel in den Mund zu stecken, ist dieses Gesetz gemacht worden. Man hat die Arbeiter gezwungen, die Mandate zu akzeptiren, man hat es aber unterlassen, sie zu schützen, wenn sie bei Ausübung des Mandats ihre Pflicht erfüllen. Es ist eingetroffen, was nicht ausbleiben konnte. Ein Delegirter hat in Ausübung seiner Pflicht den Direktor aufmerksam gemacht, daß an einer Stelle eine große Gefahr für die Sicherheit und das Leben der Arbeiter droht, und in der That ist dort ein Arbeiter verschüttet worden. Zum Glück ist er nicht todt, sondern nur verletzt. Der Direktor hat nun dem Delegirten, der seine Pflicht erfüllt hat, gekündigt. (Entrüstung.) Schon vor zwei Jahren hat aber der christliche Herr Urban, der Direktor des Juden Gutmann, den Versuch unternommen, die gesammte Bergarbeiterorganisation in Trümmer zu schlagen. Ich habe mich jetzt an das Ackerbauministerium gewendet und verlangt, daß es diesen neuerlichen Versuch, die Freiheit der Arbeiter einzuschränken, im Keim erstiche. Das Ackerbauministerium hat auch einen höheren Beamten hinausgeschickt. Aber der Uebermuth und die Macht dieser Unternehmer und ihrer Direktoren ist so groß, daß sie auch den Bemühungen des Ackerbauministeriums den entschiedensten Widerstand entgegengesetzt haben und darauf beharren, die

Organisation der Arbeiter zu zertrümmern. Ich habe es für nothwendig gehalten, hier auf dem Parteitage darauf hinzuweisen, und ich freue mich, daß der Parteitag noch beisammen ist, um konstatiren zu können, welche Wirkungen die Arbeiterschutzgesetze für die Arbeiter haben. Bei dieser Gelegenheit handelt es sich nicht um die 120 Bergarbeiter und ihre Familien, sondern um die prinzipielle Frage, den Versuch, die Arbeiterorganisation zu zertrümmern, zunichte zu machen. Wenn die Herrschaften sehen werden, daß nicht nur die Falkenauer Organisationen allein, sondern die gesammte österreichische Arbeiterschaft solidarisch für die Streikenden eintreten, werden sich solche Dinge nicht wieder ereignen. Es muß vor der Oeffentlichkeit konstatirt werden, daß es ein Direktor wagt, zu sagen: „Eher lass' ich den Schacht ersäufen, bevor ich die Arbeiter wieder aufnehme", damit man weiß, wer im Recht ist in dem Kampf, der uns bevorsteht. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Reis (Prag): Morgen beginnen in Wien die Berathungen der Buchdrucker zur Feststellung eines neuen Normaltarifes. Die Prinzipale nehmen von vornherein hiezu eine feindliche Stellung ein, und es ist zu erwarten, daß es zu einem Ausstand kommen werde, umsomehr als die Prinzipale sogar in manchen Punkten eine Herabsetzung des Tarifes beabsichtigen. Wir dürfen aber bei den gegenwärtigen Theuerungsverhältnissen nicht zurückgehen. Sie sind selbst große Konsumenten der Druckereien, und ich bitte Sie, dieser Lohnbewegung, die sämmtliche Buchdrucker Oesterreichs angeht, Ihre Sympathien entgegenzubringen. (Beifall.)

Vorsitzender **Popp**: Der Parteitag bringt sowohl den Bergarbeitern als den Buchdruckern seine vollsten Sympathien entgegen, und wir werden beide nach Möglichkeit unterstützen. (Allgemeiner Beifall.)

Hiemit erscheint die Tagesordnung des Parteitages erschöpft.

* * *

Dietl (Aussig an der Elbe): Es ist uns eine angenehme Pflicht, vor unserem Auseinandergehen dem verehrten Präsidium unseren Dank dafür auszusprechen, daß es sich seiner schwierigen Aufgabe in so mustergiltiger Weise entledigt hat. Ich glaube im Sinne aller Delegirten zu sprechen, wenn ich Sie ersuche, dem Präsidium diesen Dank durch Erheben von den Sitzen zu bezeugen. (Lebhafter Beifall. — Die Versammlung erhebt sich.)

Schuhmeier (Wien): Es ist auch unsere Pflicht, daß der Parteitag den Brünner Parteigenossen für die Aufmerksamkeit, die sie uns während unseres Aufenthaltes gewidmet haben, seinen wärmsten Dank ausspreche. (Beifall und Händeklatschen.)

Vorsitzender **Popp**: Geehrter Parteitag! Wir sind am Schlusse unserer Verhandlungen angelangt. Wir haben die Arbeiten, die wir uns vorgelegt haben, erledigt. Wir haben in einer Stadt getagt, wo die tschechische Organisation vorherrschend ist, wo aber auch die deutschen Genossen, wenn auch in der Minderheit, so doch eine gute Organisation besitzen. Die beiden Organisationen haben zusammengewirkt, um uns den Aufenthalt in Brünn so angenehm wie möglich zu machen. Es ist dies ein ehrendes Zeugniß für das Zusammenwirken beider Organisationen. Wir haben auf Brünner Boden eine Arbeit geleistet, die gewiß eine historische That genannt werden kann. Wir haben ein Programm beschlossen, das die Nationalitätenfrage in Oesterreich für die Zukunft regeln soll, und das den Rahmen aufstellt, wonach Oesterreich zu gestalten ist, wenn es nicht zugrunde gehen soll. Wenn wir die Lösung dieser Frage zustande gebracht haben, so ist diese That gewiß eine historische zu nennen, und künftige Geschichtsschreiber werden den Werth dieser Arbeit erst würdigen können. Die Sozialdemokratie hat aber damit bewiesen, daß die Befürchtungen eines Theiles unserer Genossen, daß diese Frage zur Zersplitterung unserer Partei führen könnte, sowie die Frohlockungen im gegnerischen Lager, daß diese Frage uns nicht zusammenführen, sondern entzweien werde, unbegründete und trügerische waren. Denn der Parteitag hat die Frage, soweit er sich sie vorgelegt, auch voll und

ganz gelöst. Wir geben uns gewiß nicht der Illusion hin, daß wir dadurch, daß wir hier einen Rahmen geschaffen haben, der die heutige Gestaltung Oesterreichs, die alten historischen Grenzen der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder streichen und neue Grenzen festsetzen soll, der auch unserer eigenen Organisation und unserer eigenen Bewegung eine neue Gestaltung gegeben hat, auch alle kleinlichen Zwistigkeiten zwischen den einzelnen Nationen unmöglich gemacht haben. Solche kleinliche Streitigkeiten werden immer vorkommen, sie haben aber keine prinzipielle Bedeutung für uns. Prinzipielle Bedeutung hat der festliegende Beschluß, den wir hier gefaßt haben. Bei gutem Willen und taktisch klugem Vorgehen an den Orten, wo zwei Nationen beisammen sind, die einheitlich arbeiten wollen, werden auch diese Reibungen verschwinden, die kleinen Zänkereien werden aufhören.

Wir können mit dem Ergebniß des Parteitages zufrieden sein. Die Sozialdemokratie Oesterreichs hat bekundet, daß die Organisation, die sie geschaffen hat, sich bewährte, daß sie jede Frage, die sie sich stellt, zu lösen vermag, sie hat bekundet, daß das organisirte Proletariat Oesterreichs, daß die österreichische Sozialdemokratie als Klasse einheitlich dasteht, einheitlich und kampfesentschlossen gegen jeden ihrer Gegner, einheitlich und kampfbereit gegen das Ausbeuterthum, einheitlich und kampfbereit gegen die Reaktion, kampfbereit gegen das Pfaffenthum und gegen alles, was das Proletariat zu unterdrücken versucht. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Diese Einheitlichkeit der Partei ist von unendlich hoher Bedeutung. Es wird einen großen Eindruck machen und von großem agitatorischen Werthe sein, wenn wir hinausgehen in die Reihen des arbeitenden Volkes und ihnen berichten, wie die Sozialdemokratie ihre Arbeiten erledigt und wie sie ihren Gegnern gegenübersteht. Wir leben in einer regierungslosen Zeit, und obwohl wir acht Tage beisammen sind und Graf Thun so liebenswürdig war, noch vor unserem Zusammentreten zu gehen, so ist es trotzdem noch nicht gelungen, Männer zu finden, die dieses Oesterreich regieren können. Mag kommen, was will, mag welche Regierung immer auf den Plan treten, sei sie klerikal oder liberal, deutsch oder slavisch, die Sozialdemokratie wird geschlossen dieser Regierung gegenübertreten, sobald sie sich als volksfeindlich erweist. Dieses Bewußtsein haben wir, wir können zufrieden sein und nun den Parteitag schließen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender **Nemec** (tschechisch): Das österreichische Parlament kann nicht zusammentreten, es ist aktionsunfähig; aber hier sitzt das Parlament des arbeitenden Volkes beisammen, und es hat gezeigt, daß es möglich ist, die nationale Frage zu lösen, wenn nur guter Wille da ist, wenn man Fortschritt und Freiheit als die Grundlagen anerkennt, wenn man die alten, überlebten Formen zerstört und neue lebenskräftige, entwicklungsfähige Formen an deren Stelle setzen will. Alle jene, die sich darauf freuen, daß hier in Brünn die Sozialdemokratie sich spalten werde, werden jetzt mit Aerger, aber auch mit Bewunderung hieher blicken. Sie werden erkennen, daß nichts zwischen uns besteht, was uns trennen könnte, daß vielmehr die Verhältnisse uns immer mehr aneinanderschließen und uns in Eine Front drängen, bis wir die wirthschaftliche und politische Freiheit erlangt haben. Dieser Kongreß hat gezeigt, daß die Internationale, die jene so hassen und verfolgen, die schwierigsten Fragen lösen kann, daß die Internationale die nationalen Fragen wie in Oesterreich im kleinen, so auf der ganzen Welt zu lösen allein fähig ist. Wir haben uns den Weg freigemacht für eine große Entwicklung. Wir wissen nicht, was morgen kommen wird. Sie drohen uns mit Absolutismus, sie drohen uns mit repressiven Maßregeln, aber der Absolutismus hat für uns nie aufgehört, und Oesterreich war nie ein freier Staat. Wir fürchten auch keine repressiven Maßregeln, woher sie auch kommen mögen. Wir sind im Kampfe stark geworden, und im Kampfe werden wir siegen. Die internationale Sozialdemokratie, die allein im Stande ist, die verwickeltsten Fragen zu lösen, die internationale Sozialdemokratie, die allein die Interessen des arbeitenden Volkes vertritt, die internationale Sozialdemokratie, die uns kämpfen gelehrt hat, und die uns zum Siege führen wird, die internationale Sozialdemokratie lebe hoch!

Vorsitzender **Popp**: Ich richte noch an die internationale Exekutive, die bisher zusammengearbeitet hat, die Aufforderung, auch in Zukunft, und womöglich noch einiger als bisher, gemeinsam zu arbeiten. Ich schließe den Parteitag mit einem dreimaligen Hoch auf die internationale Sozialdemokratie.

Der Kongreß bringt ein begeistertes dreifaches Hoch und Na zdar aus. Die Delegirten singen stehend das Lied der Arbeit und die „Rothe Fahne". Der Parteitag wird hierauf um halb 3 Uhr geschlossen.

An den Parteitag eingelangte Begrüßungsschreiben und Telegramme.

„Il Lavoratore" Triest, Organisation des X. böhmischen Wahlkreises Nimburg, deutsche Organisation Budweis, Parteileitung der ungarischen Sozialdemokratie, die vereinigten Zimmerergehilfen Wiens IX, Bezirksvertretung Brüx, Arbeiterbildungsverein „Eintracht" Zürich, Gießereiarbeiterversammlung in den „Drei Engel"-Sälen Wien, Generalversammlung der Buchdrucker Schlesiens Troppau, Eisenbahnarbeiter Neu-Sandec, Konsumangestellte Villach, die österreichisch-ungarischen und deutschen Sozialdemokraten in der Schweiz Zürich (den in Brünn versammelten Vertretern der österreichischen Sozialdemokratie entbieten herzlichen Gruß), organisirte Textilarbeiter Brüsau, polnische sozialistische Jugend Lemberg, organisirte Genossen Perchtoldsdorf, Buchdrucker Teschens, slovakische Arbeiter Budapest, Genosse Hlavacek Chicago, tschechische Sozialdemokraten Chicago, Frauenorganisation Vlasta Proßnitz, Handlungsgehilfenversammlung Brünn, organisirte Arbeiter Steyrs, Ortsgruppe VIII der Metallarbeiter Wiens, die Jägerndorfer Genossen, Partei-Exekutive der Bukowinaer Sozialdemokraten, Redaktion der „Oesterreichisch-ungarischen Lokomotivführer-Zeitung", Gründungsfest „Apollo" und „Helios", Buchdrucker von Czernowitz, österreichisch-ungarische Sozialdemokraten in Zürich, Organisation Policka, Handlungsgehilfen Krakau, Dr. Soukup in Preßburg, südslavische Sozialdemokratie Laibach, tschechische Organisation Budapest, „Sila" in Lemberg, „Volnost" Falkenau, Nachoder Genossen, Genossen aus Lemberg, Kaufmännische Angestellte Trebitsch, Schuhobertheilarbeiter Krakau, Die organisirten Gastwirthegehilfen Wiens, Die Konferenz der Organisation „Unie", Mährisch-Ostrau, Genosse Havirz, Bauer in Schumitz, Talesweber Kolomea, Organisation Auschine-Arbesau bei Aussig, Bezirkskonferenz Oberdorf bei Voitsberg, „Brüderlichkeit" in Drohobycz, Gründungsfest der chemischen Branche Donaufeld, Genossen in der Heilanstalt Alland, Genossen beim Weiz, Landstraße Wien, Handlungsgehilfen Olmütz, „Naturfreunde" Wien und Floridsdorf, Genossen in Neuhaus, Leseverein „Karl Marx" Wien, tschechische Eisenbahnerorganisation Zizkow, Organisation Neu-Königgrätz, Arbeiterschaft Trient, Vertrauensmännerversammlung Tetschen, Organisirte Arbeiter Mödling und Siebenhirten, Organisation Werschowitz, Organisation Groß-Meseritsch, Versammlung Lemberg, Lokalorganisation Kostenblatt, deutsche Organisation Proßnitz, Wahlkreisvertretung Vorarlberg, Sozialdemokraten Asch, Mitglieder des Turnvereines „Vorwärts", Böhmisch-Leipa, Polnische Bauern Krakau, Redaktion „Naprzod" Krakau, „Brüderlichkeit" Lemberg, Organisation Zabehlitz bei Prag, Handschuhmacher Freiwaldau, Wahlverein Josefstadt Wien, Arbeiter in Jaroslau, einige Genossen aus Bleiberg, Gerberfachverein „Einigkeit" Stanislau, Organisation Holleschau, Verein der Monteure und Hilfsarbeiter für Elektrotechnik Wien, die organisirten Genossen der „Sila" Stanislau, „Sila" Podgorze, Bezirksorganisation Grulich, Eisenbahner Staatsbahn Prag, Eisenbahner Südbahn Wien, Gewerkschaft der Färber Wien, Eisenbahner der Südbahn Graz, Landescomité für Vorarlberg Dornbirn, Genosse Bretschneider Wien, Bund russischer Sozialdemokraten Bern (wünscht den österreichischen Genossen Erfolg im Kampfe gegen die reaktionären Mächte. Hoch die internationale Solidarität!), Näherinnen Wien, 31 Genossen aus Saaz, die durch die verwerfliche Kampfesweise der Deutschnationalen vor dem hiesigen Kreisgericht auf der Anklagebank sitzen, senden dem Parteitag herzliche Grüße und wünschen besten Erfolg, die organisirten Eisenbahner der k. k. Staatsbahnen, sozialdemokratische Gewerbetreibende Ottakring Wien, organisirte Frauen Villachs, Bezirksvertretung Leoben, Lokalorganisation Knittelfeld, organisirte Arbeiter Zeltweg, sozialistische Jugend Proßnitz, organisirte Eisenbahner der Nordbahn Wien, Bezirksorganisation Döbling Wien, Versammlung deutscher Arbeiter Prag, Verein „Wahrheit" Kolomea, Verein „Gerechtigkeit" Kolomea, sozialdemokratische Partei Kroatiens, organisirte Eisenbahner der Oesterreichisch-ungarischen Staatseisenbahngesellschaft Wien, organisirte Eisenbahner der Eisenbahn Wien-Aspang, ruthenische sozialistische Jugend Lemberg, „Brüderlichkeit" Tarnopol, organisirte Arbeiter in Beraun, Verein „Arbeiterheim" Favoriten Wien, Arbeiterradfahrerklub in Inzersdorf, die Funktionäre der Organisation der Lebensmittelarbeiterbranchen in Wien, Sozialdemokratische Organisation in Kremsier, Exekutivcomitésitzung in Weipert im Erzgebirge, Verband der Arbeiterradfahrervereine Oesterreichs in Wien, die organisirten Buchbinder und Lederarbeiter in Wien, „Vorwärts!" Wien, Bezirksorganisation in Spittal an der Drau, die Weber des Ritter v. Wernberg in Wernstadt, Fohnsdorfer Genossen und ein Proletarierlehrer (dankt für die unerschrockene Vertheidigung der freien, interkonfessionellen Schule).

Präsenzliste

zum Gesammtparteitag der österr. Sozialdemokratie in Brünn.

Kongreßtheilnehmer	aus	vertritt
Adler Viktor, Dr.	Wien	Parteivertretung (deutsch)
Arbeitel Moriz	Steyr	II. oberösterr. Wahlkreis (deutsch)
Aster Jaroslav	Hohenmauth	XII. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Ausobsky Alois	Wien	Parteikontrole (deutsch)
Aust Ludwig	Kladno	II. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Barth Josef	Gablonz a. d. N.	IX. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Bayer Franz	Brünn	I. mähr. Wahlkreis (deutsch)
Bayer Julius	Göding	III. mähr. Wahlkreis (tschechisch)
Beer Heinrich	Wien	Parteivertr. u. Metallindustrie (deutsch)
Beneš Franz	Trebitsch	II. mähr. Wahlkreis (tschechisch)
Berner Ernst	Witkowitz	Reichsrathsabgeordneter VI. mähr. Wahlkreis (tschechisch)
Bichl Rudolf	Graz	I. steierm. Wahlkreis (deutsch)
Bierkopf Peter	Villach	Wahlkreis Kärnten (deutsch)
Brod Jakob	Wien	Holzarbeiterindustrie (deutsch)
Chura Jakob	Pilsen	XVIII. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Cingr Peter	Mähr.-Ostrau	Reichsrathsabgeordneter (tschechisch)
Czech Ludwig, Dr.	Brünn	VI. mähr. Wahlkreis (deutsch)
Daszynski Ignaz	Krakau	Reichsrathsabgeordneter (polnisch)
David Anton	Wien	V. niederösterr. Wahlkreis (deutsch)
Dietl Heinrich	Aussig a. d. E.	VI. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Dittrich Robert	Wien	IV. niederösterr. Wahlkreis (deutsch)
Dobiasch Josef	Wiener-Neustadt	IX. niederösterr. Wahlkreis (deutsch)
Doležel Ignaz	Wien	Tschechische Organis. (N.-Oesterr.)
Eldersch Mathias	Brünn	II. schles. Wahlkreis (deutsch)
Ellenbogen W., Dr.	Wien	Parteivertretung (deutsch)
Englisch Johann	Krakau	II. galizischen Wahlkreis (polnisch)
Filipinsky Johann	Brünn	Textilindustrie (tschechisch)
Fröhlich Karl	Wien	VI. niederösterr. Wahlkreis (deutsch)
Gerin Antonio	Triest	Wahlkreis Küstenland (italienisch)

Kongreßtheilnehmer	aus	vertritt
Glas Lotte	Wien	Frauen-Reichscomité (deutsch)
Grablovic Anton	Köflach	I. steierm. Wahlkreis (slovenisch)
Gröbner Johann	Wien	IV. niederösterr. Wahlkreis (deutsch)
Habermann Gustav	Brünn	I. mähr. Wahlkreis (tschechisch)
Hackenberg Th.	Krems	VII. niederösterr. Wahlkreis (deutsch)
Hankiewicz Nic.	Lemberg	I. galizischen Wahlkreis (ruthenisch)
Hannich Josef	Steinschönau	Reichsrathsabgeordneter (deutsch)
Hanusch Ferdinand	Sternberg	VI. mähr. Wahlkreis (deutsch)
Hofmann Franz	Jitschin	X. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Hudec Josef	Lemberg	I. galiz. Wahlkreis (polnisch)
Hübel Ernst	Reichenberg	Textilindustrie (deutsch)
Hueber Anton	Wien	Gewerkschaftskommission Oesterreichs
Hybeš Josef	Brünn	Reichsrathsabgeordneter (tschechisch)
Job Johann	Lieben	VII. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Jobst Sophie	Asch	III. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Karpas Julius	Prag	Eisenbahnerorganisation (tschechisch)
Katscher Bertrand	Teplitz	Handelsgruppe (deutsch)
Kiesewetter Wilhelm	Reichenberg	Reichsrathsabgeordneter (deutsch)
Klička Ignaz	Pribram	XVII. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Körbler Raimund	Wien	V. niederösterr. Wahlkreis (deutsch)
Kořinek Karl	Wien	Parteivertretung (tschechoslavisch)
Kozakiewicz Johann	Lemberg	Reichsrathsabg., I. galiz. Wahlkreis (polnisch)
Kocur Adam	Heřmanitz	II. schles. Wahlkreis (tschechisch)
Kränkl Gustav	Falkenau a. d. E.	IV. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Krainz Mathias	Reichenberg	VIII. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Krapka Josef	Wien	Parteivertretung (tschechoslavisch)
Krapka Betty	Wien	Frauenorganisation (tschechisch)
Krejči Alois	Pilsen	XVIII. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Kristan Etbin	Triest	Wahlkreis Krain, Küstenland und Parteivertretung (slovenisch)
Kubiček Johann	Kremsier	IV. mähr. Wahlkreis (tschechisch)
Kurowski Stefan	Krakau	I. u. III. galiz. Wahlkreis (polnisch)
Ležák Josef	Nová Ves	XIII. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Liebermann H., Dr.	Przemysl	Wahlkreis Galizien (polnisch)
Meizr Franz	Wien	II. niederösterr. Wahlkreis (deutsch)
Mischak Eduard	Wigstadtl	I. schles. Wahlkreis (deutsch)
Morgenstern L., Dr.	Mähr.-Schönberg	VII. mähr. Wahlkreis (deutsch)
Muchitsch Vincenz	Graz	I. steierm. Wahlkreis (deutsch)
Müller August	Graz	II. steierm. Wahlkreis (deutsch)
Němec Anton	Prag	I. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Padrlik Josef	Reichenberg	VIII. u. IX. böhm. Wahlk. (tschechisch)

Kongreßtheilnehmer	aus	vertritt
Pahl Johann	Znaim	III. mähr. Wahlkreis (deutsch)
Pelikan Emil	Wien	I. niederösterr. Wahlkreis (deutsch)
Pernerstorfer Engelb.	Wien	Parteivertretung (deutsch)
Peukert Anton	Niemes	VI. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Pokorny Alois	Brünn	I. mähr. Wahlkreis (deutsch)
Ponec Josef	Linz	I. u. II. oberöst. Wahlkreis (tschech. Org.)
Popp Julius	Wien	Parteivertretung (deutsch)
Popp Adelheid	Wien	Frauen-Reichscomité (deutsch)
Prachensky Josef	Innsbruck	I. u. II. Tiroler Wahlkreis (deutsch)
Prähauser Jakob	Salzburg	Wahlkreis Salzburg (deutsch)
Preußler Robert	Wien	Keramische Industrie (deutsch)
Prokeš Johann	Mähr.-Schönberg	VI. mähr. Wahlkreis (tschechisch)
Radimský A.	Wien	Parteivertretung (tschechoslavisch)
Reger Thaddäus	Bielitz	II. schles. Wahlkreis (polnisch)
Reis Anton	Prag	XIV. böhm. Wahlkreis und Buchdrucker (tschechisch)
Resel Hans	Graz	Reichsrathsabgeordneter (deutsch)
Rieger Eduard	Brünn	Reichsrathsabgeordneter (deutsch)
Roušar Josef	Prag	I. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Salamander David	Lemberg	I. galizischen Wahlkreis (polnisch)
Schlinger Anton	Floridsdorf	VIII. niederösterr. Wahlkreis (deutsch)
Schmidt Hugo	Jägerndorf	I. schles. Wahlkreis (deutsch)
Schrammel Anton	Aussig a. d. E.	Reichsrathsabgeordneter (deutsch)
Schuhmeier Franz	Wien	Parteivertretung (deutsch)
Schweichart Josef	Steinschönau	VIII. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Seha Franz	Proßnitz	V. mähr. Wahlkreis (tschechisch)
Seliger Josef	Teplitz	V. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Siegl Roman	Zwittau	VII. mähr. Wahlkreis (deutsch)
Skaret Ferdinand	Wien	Parteivertretung (deutsch)
Slowik Wladyslaw	Wien	Polnische Organisation, Wien
Smitka Johann	Wien	Parteikontrole und Bekleidungsindustrie (deutsch)
Souček Anton	Nürschan	III. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Špera Alois	Brünn	I. mähr. Wahlkreis (tschechisch)
Spielmann Julius	Linz	I. oberösterr. Wahlkreis (deutsch)
Stark Hugo, Dr.	Karlsbad	IV. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Steiner Josef	Wien	Reichsrathsabg., II. böhm. Wahlkreis u. tschech. Organisation N.-Oesterr.
Syrůček Franz	Neu-Königgrätz	XI. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Světlik Vincenz	Wien	Parteivertretung (tschechoslavisch)
Taub Salomon	Wien	Eisenbahnerorganisation (deutsch)

Kongreßtheilnehmer	aus	vertritt
Teller Andreas	Neu-Sandez	VII. galiz. Wahlkreis (polnisch)
Theodorczuk Wlad.	Krakau	II. galiz. Wahlkreis (polnisch)
Toužil Božena	Werschowitz	XIV. böhm. Wahlkreis u. tschechische Frauenorganisation
Trejbal Johann	Teplitz	V. u. VI. böhm. Wahlkreis (tschech.)
Tuller Ludwig	Leoben	II. steierm. Wahlkreis (deutsch)
Ullrich Viktor	Bielitz	II. schles. Wahlkreis (deutsch)
Vaněk Karl	Budweis	XVI. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Verkauf Leo, Dr.	Wien	Reichsrathsabgeordneter (deutsch)
Vrátný Karl	Pilsen	Reichsrathsabgeord., XVIII. böhm. Wahlkreis (tschechisch)
Winarsky Leopold	Wien	II. niederösterr. Wahlkreis (deutsch)
Wittassek Johann	St. Pölten	VI. niederösterr. Wahlkreis (deutsch)
Wolf Franz	Wien	I niederösterr. Wahlkreis (deutsch)
Zeller Eduard	Teplitz	Reichsrathsabg., V. böhm. Wahlkreis (deutsch)
Zimmermann Franz	Wien	III. niederösterr. Wahlkreis (deutsch)
Zipfinger Alois	Wien	III. niederösterr. Wahlkreis (deutsch)

Vertreter ausländischer Parteien:

Frohme Karl, Hamburg.
Cabrini Angiolo, Professor, Mailand.
Baron Eduard, Budapest.

Sprechregister.

J. Bergmann & Comp. in Wien.